



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD

Bundesamt für Justiz BJ

Direktionsbereich Privatrecht

Eidgenössisches Amt für das Zivilstandswesen EAZW

Weisung EAZW

Nr. 10.20.02.01 vom 1. Februar 2020 (Stand: 1. Mai 2025)

Zivilstandsaufgaben der Schweizer Vertretungen im Ausland

Das Eidgenössische Amt für das Zivilstandswesen erlässt gestützt auf Art. 5 Abs. 4 und 84 Abs. 3 Bst. a der Zivilstandsverordnung (ZStV) folgende Weisung

Inhaltsverzeichnis

1	Allgemeines	8
2	Allgemeine Verfahrens- und Übermittlungsregeln für die Vertretungen	10
2.1	Einleitung	10
2.2	Allgemeine Verfahrensregeln	10
2.2.1	Grundsatz	10
2.2.2	Ausstand	11
2.2.3	Zuständigkeit	12
2.2.4	Identität	13
2.2.5	Handlungsfähigkeit	13
2.2.6	Beizug einer sprachlich vermittelnden Person	14
2.2.7	Amtsgeheimnis und Datenschutz	15
2.3	Allgemeine Regeln bezüglich der Übermittlung und Bestellung von Dokumenten im Zivilstandsbereich	15
2.3.1	Übermittlungsgrundsätze	15
2.3.2	Verwendungszweck der Formulare	17
2.3.3	Angaben zum Datum	17
2.3.4	Bezeichnung von Orten, Staaten und Staatsangehörigkeiten	18
2.3.5	Zeichensatz und Schreibweise ausländischer Personenstandsdaten	18
2.3.6	Unbekannte oder fehlende Daten und Angaben, Beilagen, Unterschrift, etc.	19
3	Allgemeine Regeln betreffend Gebühren und Auslagen	19
4	Entgegennahme, Übersetzung, Beglaubigung und Übermittlung ausländischer Entscheidungen und Urkunden über den Zivilstand (Dokumentenübermittlung)	21
4.1	Entgegennahme ausländischer Ereignisse, Erklärungen und Entscheidungen, die den Personenstand betreffen	21
4.1.1	Meldepflicht	21
4.1.2	Zuständigkeit der Vertretung	22
4.1.3	Entgegennahme der Dokumente	22
4.1.4	Unterbreitung durch die Schweizer Zivilstandsbehörden	23
4.2	Übersetzung ausländischer Entscheidungen und Urkunden über den Zivilstand	24
4.2.1	Modalitäten der Übersetzung	24
4.2.2	Mitwirkung einer dolmetschenden / übersetzenden Person	25
4.3	Beglaubigung ausländischer Entscheidungen und Urkunden über den Zivilstand	25
4.3.1	Allgemeines	25
4.3.2	Beglaubigung mittels Apostille durch die ausländische Behörde	26
4.3.2.1	Grundsatz und Anwendungsbereich der Apostille	26

4.3.2.2	Beschaffung und Umgang mit der Apostille	27
4.3.2.3	Verzicht auf eine Apostille	28
4.3.3	Befreiungen von Beglaubigungsformalitäten oder andere Vereinfachungen	28
4.3.4	Konsularische Beglaubigung durch die Vertretung	29
4.3.4.1	Überprüfung der Stempel und Unterschriften	29
4.3.4.2	Anbringen der Beglaubigung	29
4.3.4.3	Verweigerung der Beglaubigung	30
4.3.5	Vorgehen der Vertretung bei Zweifeln an der Echtheit des Dokuments und / oder dessen Inhalt	30
4.3.6	Ermessen der zuständigen Schweizer Zivilstandsbehörden	31
4.4	Übermittlung ausländischer Entscheidungen und Urkunden über den Zivilstand	31
4.4.1	Grundsatz	31
4.4.2	Zuständige Behörden	33
4.4.3	Zusätzliche Angaben	33
4.4.4	Beilagen	34
4.4.5	Spezialrubriken einzelner Formulare 801	35
4.4.5.1	Übermittlung einer Geburtsurkunde mit Angaben zur Entstehung des Kindesverhältnisses	35
4.4.5.2	Übermittlung einer Scheidungsurkunde oder einer Urkunde über die Auflösung der Partnerschaft mit fehlender Rechtskraftbescheinigung	36
4.4.5.3	Übermittlung einer Adoptionsurkunde	37
4.4.6	Übermittlung von beglaubigten Kopien	37
4.5	Umgang mit elektronischen Dokumenten sowie elektronisch angebrachten Beglaubigungen und Apostillen	38
4.6	Bestätigung der Eintragung	39
5	Entgegennahme und Übermittlung von Gesuchen und Erklärungen für die Eheschliessung in der Schweiz und Übermittlung Schweizer Ehefähigkeitszeugnisse für die Eheschliessung im Ausland	40
5.1	Voraussetzungen und Überblick über das Verfahren	40
5.2	Eheschliessung ist in der Schweiz vorgesehen	41
5.3	Eheschliessung ist im Ausland vorgesehen	41
5.3.1	Anwendbares Recht und Meldepflicht	41
5.3.2	Gesuch um Ausstellung eines Ehefähigkeitszeugnisses	42
5.4	Vorbereitung der Entgegennahme der Erklärung betreffend die Ehevoraussetzungen	42
5.4.1	Gesuchsformular	42
5.4.2	Beizubringende Dokumente	43
5.4.3	Sprachliche Verständigung	44

5.4.4	Dispens vom persönlichen Erscheinen _____	45
5.5	Entgegennahme der Erklärung betreffend die Ehevoraussetzungen _____	46
5.5.1	Allgemeine Voraussetzungen _____	46
5.5.2	Formelle Voraussetzungen _____	46
5.5.3	Wahrheitspflicht und Hinweis auf die Straffolgen _____	46
5.5.4	Erklärungen von einer oder einem der Verlobten oder beiden Verlobten _____	47
5.5.5	Unterschrift und Beglaubigung _____	47
5.5.6	Information der Brautleute _____	47
5.6	Entgegennahme von Erklärungen betreffend die Namensführung im Rahmen des Eheschliessungsverfahrens _____	47
5.6.1	Namenserklärung bei Eheschliessung in der Schweiz _____	48
5.6.2	Namenserklärung bei Eheschliessung im Ausland _____	48
5.6.3	Unterschrift und Beglaubigung _____	49
5.7	Übermittlung der Unterlagen an die zuständigen Zivilstandsbehörden in der Schweiz _____	49
5.7.1	Übermittlung der Unterlagen bei Eheschliessung in der Schweiz _____	49
5.7.2	Übermittlung der Unterlagen bei Eheschliessung im Ausland _____	50
5.8	Prüfung des Gesuchs und Abschluss des Verfahrens durch das zuständige Zivilstandsamt in der Schweiz _____	51
5.8.1	Verfahrensabschluss bei Eheschliessung in der Schweiz _____	51
5.8.2	Verfahrensabschluss bei Eheschliessung im Ausland _____	52
5.9	Gebühren _____	53
6	Entgegennahme und Übermittlung von Erklärungen betreffend die Umwandlung der eingetragenen Partnerschaft in eine Ehe _____	53
6.1	Überblick über das Verfahren _____	53
6.2	Entgegennahme der Erklärung betreffend die Umwandlung _____	54
6.2.1	Voraussetzungen _____	54
6.2.2	Ausnahmen von der Umwandlungserklärung _____	55
6.2.3	Persönliches Erscheinen der Erklärenden _____	55
6.2.4	Form der Umwandlungserklärung _____	55
6.2.5	Zeremonielle Umwandlungserklärung _____	55
6.2.6	Wirkungen der Umwandlungserklärung _____	56
6.3	Übermittlung der Unterlagen an die zuständigen Zivilstandsbehörden in der Schweiz _____	56
6.4	Gebühren _____	56
6.5	Ausländische gleichgeschlechtliche Ehe (Aktualisierung) _____	57
6.6	Tabelle zu Fragen im Zusammenhang mit der Umsetzung der «Ehe für alle» _____	57
7	Entgegennahme und Übermittlung von Namensklärungen ausserhalb eines Vorbereitungs- oder Vorverfahrens _____	57
7.1	Zulässigkeit einer Namensklärung nach Schweizer Recht _____	57

7.2	Namenserklärung nach Artikel 8a Schlusstitel ZGB (Art. 14a ZStV)	58
7.3	Namenserklärung nach Auflösung der Ehe oder der eingetragenen Partnerschaft (Art. 13 resp. 13a ZStV)	59
7.4	Namenserklärung für das erste gemeinsame Kind miteinander verheirateter Eltern (Art. 37 ZStV)	59
7.5	Namenserklärung für das erste gemeinsame Kind nicht miteinander verheirateter Eltern (Art. 37a ZStV)	61
7.5.1	Keine gemeinsame elterliche Sorge	61
7.5.2	Gemeinsame elterliche Sorge	61
7.6	Zustimmung des Kindes zur Namensänderung bei nachträglicher Eheschliessung der Eltern	62
7.7	Verfahren	63
7.7.1	Allgemeine Voraussetzungen	63
7.7.2	Beglaubigung der Unterschriften	63
7.7.3	Übermittlung	63
7.7.4	Zuständiges Zivilstandsamt in der Schweiz	63
7.8	Gebühren	63
8	Entgegennahme und Übermittlung des Gesuchs um Anpassung der Namensschreibweise	64
8.1	Voraussetzungen und Überblick über das Verfahren	64
8.2	Verfahren	64
8.3	Übermittlung	65
8.4	Zuständiges Zivilstandsamt in der Schweiz	65
8.5	Gebühren	65
9	Entgegennahme und Übermittlung von Erklärungen über die Änderung des im Personenstandsregister eingetragenen Geschlechts und über die damit verbundene Änderung von Vornamen	66
9.1	Erklärungen über die Änderung des im Personenstandsregister eingetragenen Geschlechts	66
9.2	Voraussetzungen für die Entgegennahme einer Erklärung über die Änderung des Geschlechts	66
9.3	Wirkungen einer Erklärung über die Änderung des im Personenstandsregister eingetragenen Geschlechts	66
9.4	Übermittlung an das zuständige Zivilstandsamt in der Schweiz	67
9.5	Gebühren	67
10	Entgegennahme und Übermittlung von Erklärungen über die Vaterschaft – Kindesanerkennung durch Vermittlung der Vertretung	67
10.1	Voraussetzungen und Überblick über das Verfahren	68
10.2	Vorbereitung der Entgegennahme der Anerkennungserklärung	69
10.2.1	Zuständigkeit und Einverständnis der zuständigen Zivilstandsbehörde in der Schweiz	69
10.2.2	Beizubringenden Dokumente und Angaben	70
10.2.3	Sprachliche Verständigung	71

10.3	Entgegennahme der Erklärung der Kindesanerkennung	72
10.3.1	Allgemeine Voraussetzungen	72
10.3.2	Formelle Voraussetzungen	72
10.3.3	Hinweise auf die zivilrechtlichen und strafrechtlichen Folgen der Kindesanerkennung	73
10.3.4	Erklärung des Anerkennungswilligen und Unterzeichnung des Formulars	73
10.3.5	Beglaubigung der Unterschrift	73
10.4	Übermittlung der Unterlagen an das zuständige Zivilstandsamt in der Schweiz	73
10.5	Abschluss des Verfahrens	74
10.6	Nachweis der Anerkennung und der Vaterschaft	74
10.7	Gebühren	74
11	Beschaffung ausländischer Entscheidungen und Urkunden über den Zivilstand	75
11.1	Im Allgemeinen	75
11.2	Pflicht zur Dokumentenausstellung gestützt auf staatsvertragliche Regelungen	75
11.3	Verzögerung oder Unmöglichkeit der Dokumentenbeschaffung	76
12	Überprüfung der Echtheit (inhaltlich) ausländischer Urkunden	77
12.1	Im Allgemeinen	77
12.2	Überprüfung im Auftrag der Schweizer Zivilstandsbehörden	78
12.2.1	Mandatierung einer Vertrauensstelle durch die Vertretung	79
12.2.2	Übermittlung des Ergebnisses und Verwendung durch die Zivilstandsbehörden	80
12.3	Freiwillige vertiefte Überprüfung einer ausländischen Urkunde	81
13	Beschaffung und Übermittlung von Informationen über das ausländische Recht (Art. 5 Abs. 1 Bst. h ZStV)	81
14	Bestellung von Zivilstandsdokumenten bei den Zivilstandsbehörden in der Schweiz durch die Vertretung	82
14.1	Grundsatz	82
14.2	Modalitäten der Bestellung	83
14.3	Zivilstandsdokumente aus den bis 2005 durch die Vertretung geführten Register	84
15	Überprüfung einzelner Zivilstandsdaten zur Erfüllung von Verwaltungsaufgaben der Vertretung	85
16	Inkrafttreten und Aufhebung anderer Weisungen	86

Änderungstabelle

Änderungen per 1. Mai 2025	NEU
Ganze Weisung	Formale Anpassung des Textes aufgrund des Inkrafttretens der Revision zur Änderung des Geschlechts im Personenstandsregister, der Öffnung der Ehe für alle, der Einführung des Verfahrens zur Anpassung der Namensschreibweise aufgrund des neuen Zeichensatzes und des CIEC-Übereinkommens Nr. 34
Ziffer 2.2.6	Ergänzung im Zusammenhang mit der Einführung eines englisch-/spanischsprachigen Formulars für den Beizug einer Dolmetscherin oder eines Dolmetschers
Ziffern 2.3.2, 4.2.2, 4.3.3, 4.6, 5.3.1, 5.4.3, 5.6, 5.6.1, 5.8.1	Verschiedene Präzisierungen
Ziffer 6	Neues Kapitel nach dem Inkrafttreten der Revision über die Ehe für alle und die Möglichkeit der Umwandlung einer bestehenden eingetragenen Partnerschaft in eine Ehe als Ersatz für die Entgegennahme und Übermittlung von Gesuchen und Erklärungen für die Begründung einer eingetragenen Partnerschaft in der Schweiz
Ziffer 8	Neues Kapitel nach der Einführung des Verfahrens über die Anpassung der Namensschreibweise aufgrund des neuen Zeichensatzes
Ziffer 9	Neues Kapitel nach dem Inkrafttreten der Revision zur Änderung des Geschlechts im Personenstandsregister
Ziffern 10–16	Neue Nummerierung aufgrund der Einfügung der neuen Kapitel über die Einführung des Verfahrens zur Anpassung der Namensschreibweise und zur Änderung des Geschlechts im Personenstandsregister

1 Allgemeines

Diese Weisung (WS) beinhaltet die wesentlichen Aufgaben der Schweizer Vertretungen im Ausland (nachfolgend *Vertretungen*) im Bereich des Zivilstandswesens insbesondere gemäss Artikel 5 der Schweizer Zivilstandsverordnung (ZStV)¹ sowie die damit verbundenen allgemeinen Verfahrensregeln.

Die Vertretungen der Schweiz im Ausland haben im Zivilstandswesen insbesondere folgende Aufgaben:

- Information und Beratung der betroffenen Personen.
- Entgegennahme, Übersetzung, Beglaubigung, und Übermittlung ausländischer Entscheidungen und Urkunden über den Zivilstand (Dokumentenübermittlung; siehe Ziff. 4).
- Entgegennahme und Übermittlung von Gesuchen und Erklärungen für die Eheschliessung in der Schweiz sowie für die Ausstellung von Schweizer Ehefähigkeitszeugnissen im Hinblick auf die Eheschliessung im Ausland (inkl. Durchführung von Anhörungen der Verlobten auf Anweisung der Schweizer Zivilstandsbehörden; siehe Ziff. 5).
- Entgegennahme und Übermittlung von Erklärungen über die Umwandlung der eingetragenen Partnerschaft in eine Ehe (siehe Ziff. 6).
- Entgegennahme und Übermittlung von Namenserkklärungen nach Schweizer Recht ausserhalb eines Vorbereitungsverfahrens zur Eheschliessung (siehe Ziff. 7).
- Entgegennahme und Übermittlung des Gesuchs um Anpassung der Namensschreibweise (siehe Ziff. 8).
- Entgegennahme und Übermittlung von Erklärungen über die Änderung des im Personenstandsregister eingetragenen Geschlechts und über die damit verbundene Änderung von Vornamen (siehe Ziff. 9).
- Entgegennahme und Übermittlung von Erklärungen über die Vaterschaft, wenn eine Beurkundung der Anerkennung des Kindes im Ausland nicht möglich ist (Kindesanerkennung durch Vermittlung der Vertretung; siehe Ziff. 10).
- Unterstützung bei der Beschaffung ausländischer Entscheidungen und Urkunden über den Zivilstand (siehe Ziff. 11).
- Erledigung von Aufträgen der Zivilstandsbehörden in der Schweiz (z.B. Anhörung der Verlobten oder der Partnerinnen und Partner, Echtheitsüberprüfung etc.).
- Überprüfung der Echtheit (inhaltlich) ausländischer Urkunden (siehe Ziff. 12).
- Beschaffung und Übermittlung von Informationen über das ausländische Recht (siehe Ziff. 13).
- Bestellung von Zivilstandsdokumenten bei den Zivilstandsbehörden in der Schweiz (siehe Ziff. 14).
- Meldung von Tatsachen, die auf eine missbräuchliche Eheschliessung oder Begründung einer eingetragenen Partnerschaft hindeuten (siehe dazu WS EAZW Nr. 10.07.12.01 betr. Umgehung des Ausländerrechts).

¹ Zivilstandsverordnung vom 28. April 2004 (ZStV; SR 211.112.2).

Die Gebühren für die vorgenommenen zivilstandsamtlichen Tätigkeiten und die damit verbundenen Auslagen sind gemäss Verordnung über die Gebühren im Zivilstandswesen (ZStGV)² in Rechnung zu stellen.

Ergänzend zu dieser Weisung gelten insbesondere folgende Weisungen des Eidgenössischen Amtes für das Zivilstandswesen (EAZW):

- «Ehe für alle» vom 1. April 2022 – (WS Nr. 10.22.04.01);
- «Änderung des im Personenstandsregister eingetragenen Geschlechts» vom 1. Januar 2022 (WS Nr. 10.22.01.01);
- «Massnahmen gegen Zwangsheiraten und erzwungene eingetragene Partnerschaften sowie gegen Minderjährigenehen» vom 1. Juli 2013 (WS Nr. 10.13.07.01);
- «Ehen und eingetragene Partnerschaften ausländischer Staatsangehöriger: Nachweis des rechtmässigen Aufenthaltes und Meldung an die Ausländerbehörden» vom 1. Januar 2011 (WS Nr. 10.11.01.02);
- «Umgehung des Ausländerrechts» vom 5. Dezember 2007 (WS Nr. 10.07.12.01).;
- «Nachweis der Entstehung des Kindesverhältnisses nach ausländischem Recht» (Kreisschreiben Nr. 20.08.01.01).

Weitere Informationen sind überdies folgenden Dokumenten zu entnehmen:

- «Zusammenstellung der Gebühren im Zivilstandswesen - Schweizer Vertretungen im Ausland»;
- «Anleitung für die Schweizer Vertretung im Ausland betreffend Entgegennahme der Erklärungen im Zusammenhang mit dem neuen Namensrecht»;
- «Anleitungen für die Übermittlungsformulare im Zivilstandsbereich»;
- «Namenstabelle neues Namensrecht»;
- Diverse Merkblätter zu den genannten Bereichen.

Sämtliche Unterlagen sind auf der Internetseite des Eidgenössischen Amtes für das Zivilstandswesen (EAZW) beziehungsweise im geschützten Bereich für die Vertretungen abrufbar (www.eazw.admin.ch).

² Verordnung vom 27. Oktober 1999 über die Gebühren im Zivilstandswesen (ZStGV; SR 172.042.110).

2 Allgemeine Verfahrens- und Übermittlungsregeln für die Vertretungen

2.1 Einleitung

Die Vertretung erfüllt im Bereich des Zivilstandswesens Aufgaben gestützt auf eine rechtliche Kompetenzdelegation oder in Unterstützung beziehungsweise im Auftrag der Schweizer Zivilstandsbehörden (Zivilstandsämter, kantonale Aufsichtsbehörden im Zivilstandswesen, EAZW). Sowohl die Verfahrensleitung als auch die Entscheidkompetenz sowie Beurkundung im Personenstandsregister sind ausschliesslich Aufgabe der Zivilstandsbehörden in der Schweiz.

Die Vertretung erteilt keine verbindlichen Auskünfte über die Rechtsanwendung oder Rechtswirkungen in der Schweiz, sondern verweist diesbezüglich an die zuständigen Schweizer Zivilstandsbehörden.

Demgegenüber kann die Vertretung, soweit die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sind, die in der Zivilstandsverordnung genannten Erklärungen rechtsverbindlich von der erklärenden Person entgegennehmen. Die anschliessende Übermittlung an die zuständige Schweizer Zivilstandsbehörde hat nach einheitlichen Vorgaben zu erfolgen.

Bestehen seitens der Vertretung Zweifel über das Vorgehen im konkreten Einzelfall, informiert sie die zuständigen Schweizer Zivilstandsbehörden und ersucht um Anweisungen. Die diesbezüglich erteilten Instruktionen sind für die Vertretung verbindlich.

2.2 Allgemeine Verfahrensregeln

2.2.1 Grundsatz

Die Vertretungen wenden die allgemeinen Verfahrensgrundsätze an, die sich aus der Bundesverfassung (BV)³ ergeben. Dazu gehören insbesondere die Rechtmässigkeit, die Verhältnismässigkeit und der Anspruch auf rechtliches Gehör. Ausserdem, ist die Einhaltung des Völkerrechts zu beachten, insbesondere der Wiener Übereinkommen über diplomatische und konsularische Beziehungen⁴.

Es gelten hinsichtlich des Verfahrens im Bereich des Zivilstandswesens nebst dem Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVG)⁵ namentlich die Bestimmungen der ZStV und der ZStGV sowie die Weisungen und Instruktionen des EAZW (siehe Ziff. 1).

Im Tagesgeschäft sind insbesondere nachstehende Verfahrensregeln zu berücksichtigen. Diese Regeln gelten für alle Handlungen der Vertretungen im Bereich der Aufgaben im Zivilstandswesen und werden daher nicht mehr für jedes Geschäft einzeln aufgeführt. So wird

³ Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 18. April 1999 (BV; SR 101).

⁴ Wiener Übereinkommen über diplomatische Beziehungen vom 18. April 1961 (SR 0.191.01) und Wiener Übereinkommen über konsularische Beziehungen vom 24. April 1963 (SR 0.191.02). Gemäss diesem Abkommen ist die Ausübung von Funktionen als Zivilstandsbeamtin oder als Zivilstandsbeamter nur zulässig, wenn die Gesetze und Vorschriften des Wohnsitzstaates dem nicht entgegenstehen (Art. 5 Bst. f).

⁵ Bundesgesetz über das Verwaltungsverfahren vom 20. Dezember 1968 (VwVG; SR 172.021).

beispielsweise in Ziffer 5 nur noch der spezifische Ablauf des Ehevorbereitungsverfahrens detailliert dargestellt, ohne die Ausstandspflichten oder die Identitätsprüfung gemäss Ziffer 2.2 zu wiederholen.

Von zentraler Bedeutung ist dabei der Grundsatz, dass sämtliche Entscheidungen von materiellem Gehalt und die sich daraus allenfalls ergebenden Verfügungen ausschliesslich von den Zivilstandsbehörden in der Schweiz (Zivilstandsämter, kantonale Aufsichtsbehörden) getroffen werden. Die Vertretungen haben dagegen, jedenfalls soweit zivilstandsrechtliche Fragen betroffen sind, keinerlei Verfügungskompetenz. Die Mitarbeitenden der Vertretungen achten darauf, nicht in die diesbezüglichen Kompetenzen der inländischen Behörden einzugreifen und geben deshalb auch keine verbindlichen Auskünfte an Privatpersonen über die künftige Rechtsanwendung (z.B. Prinzip der Anerkennung und der Wirkungen einer im Ausland ausgesprochenen Adoption; Zulässigkeit eines Dokumentes als Nachweis des Zivilstands einer ausländischen Person, die in der Schweiz heiraten möchte; etc.), solange wenn die zuständige Behörde noch keinen Entscheid getroffen hat.

Bestehen Zweifel betreffend die Bearbeitung eines Falles, informieren die Mitarbeitenden der Vertretung die Schweizer Zivilstandsbehörden und bitten das zuständige Zivilstandsamt (ZA) oder die zuständige Aufsichtsbehörde (AB) um Stellungnahme. Sind mehrere Zivilstandsbehörden (AB, ZA) in der Sache involviert, kann das EAZW zur Koordination und Vermittlung beigezogen werden.

Die diesbezüglichen erteilten Anweisungen der inländischen Behörden sind für die Vertretungen in ihrer Funktion als Dienstleistungserbringer der Schweizer Zivilstandsbehörden verbindlich.

2.2.2 Ausstand

Mitarbeitende der Vertretung müssen in den Ausstand treten, wenn⁶

- sie persönlich betroffen sind;
- ihre Ehegattin oder ihr Ehegatte, ihre eingetragene Partnerin oder ihr eingetragener Partner oder eine Person betroffen ist, mit der sie eine faktische Lebensgemeinschaft führen;
- Verwandte und Verschwägte in gerader Linie oder bis zum dritten Grad⁷ in der Seitenlinie betroffen sind;
- eine Person betroffen ist, die sie als gesetzliche Vertreterin oder gesetzlicher Vertreter oder im Rahmen eines privatrechtlichen Auftragsverhältnisses vertreten oder unterstützt haben;
- sie aus anderen Gründen Unabhängigkeit und Unparteilichkeit nicht gewährleisten können, namentlich im Fall einer engen Freundschaft oder persönlichen Feindschaft.

⁶ Art. 89 Abs. 3 ZStV. Ist es nicht möglich, einen befangenen Mitarbeiter oder eine befangene Mitarbeiterin zu ersetzen (z.B. kleine Vertretung, die nur einen Angestellten oder eine Angestellte hat etc.), hat er oder sie die Aufgabe auszuführen und der zuständigen Zivilstandsbehörde die genauen Umstände darzulegen. Es liegt sodann in der Kompetenz der zuständigen Zivilstandsbehörde, darüber zu entscheiden, ob die ausgeführten Arbeiten akzeptiert werden können oder nicht.

⁷ Der Grad der Verwandtschaft bestimmt sich nach der Zahl der sie vermittelnden Geburten (z.B. Geschwister der Eltern einer Person sind deren Verwandte dritten Grades).

Diese Regeln gelten auch für Hilfspersonen der Mitarbeitenden, insbesondere für sprachlich vermittelnde Personen wie Dolmetscherinnen und Dolmetscher, Übersetzerinnen und Übersetzer sowie für Vertrauensanwältinnen und Vertrauensanwälte, die an der Bearbeitung eines Dossiers mitwirken.

2.2.3 Zuständigkeit

Die Vertretung prüft, ob sie örtlich zuständig ist⁸.

Die Zuständigkeit bestimmt sich nach der Aufteilung der Konsularbezirke, wie sie vom Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (nachfolgend *EDA*) festgelegt wird (Art. 5 Abs. 3 ZStV, der auf Art. 3 Abs. 1 der Auslandschweizerverordnung vom 7. Oktober 2015⁹ verweist).

In Absprache mit dem EAZW können durch den konsularischen Dienst des EDA je nach konkreter Situation der in einem Land ansässigen Vertretungen Ausnahmen von der primären örtlichen Zuständigkeit (Konsularbezirk) einer Vertretung vorgesehen werden. So können beispielsweise in einem Staat weitere oder sämtliche Vertretungen ermächtigt werden, Zivilstandsdokumente aus dem ganzen Staatsgebiet entgegen zu nehmen und in die Schweiz zu übermitteln.¹⁰ Dies ist in Ländern, in denen keine Urkundenfälschungen bekannt sind und in denen die vorgelegten Dokumente häufig in unterschiedlichen Konsularkreisen ausgestellt werden, zweckmässig. Ist eine konsularische Beglaubigung erforderlich, so müssen die jeweiligen Muster von Stempel und Unterschriften der ausstellenden ausländischen Behörden den ermächtigten Vertretungen zwecks Erfüllung ihrer Überprüfungspflichten zugänglich sein. Es obliegt dem EDA sowie den Vertretungen, die Voraussetzungen für die erforderliche Dokumentenüberprüfung zu schaffen.

Die Vertretung prüft, ob sie sachlich zuständig ist¹¹.

Sie kontrolliert, ob es sich um eine Aufgabe im Zivilstandswesen insbesondere gemäss Art. 5 ZStV handelt und ob es sich um Schweizerinnen und Schweizer respektive um ausländische Staatsangehörige, die zu Schweizerinnen oder Schweizern in einem familienrechtlichen Verhältnis stehen, handelt. In Fällen, in denen ausschliesslich ausländische Staatsangehörige involviert sind, haben die ausländischen Betroffenen nachzuweisen, dass sie in der Schweiz ein Zivilstandsereignis verzeichneten oder verzeichnen werden (z.B. Eheschliessung).

⁸ Art. 3 der Verordnung vom 7. Oktober 2015 über Schweizer Personen und Institutionen im Ausland (V-ASG; SR 195.11); Art. 16 Abs. 1 Bst. a ZStV.

⁹ SR 195.11.

¹⁰ Beispiele: Die Ausstellung von Zivilstandsurkunden in den USA ist je nach Bundesstaat auf Staats-, County oder City-Ebene geregelt. Es ist daher nicht garantiert, dass die Vertretungen über aktuelle Unterschriftsmuster der jeweiligen Behörden verfügen. Die ausgestellten Zivilstandsdokumente weisen nebst der Unterschrift der ausstellenden Behörde klare Sicherheitsmerkmale auf, welche von der Vertretung geprüft werden können. Dabei kann sogar auf die Beibringung einer Apostille verzichtet werden (siehe Ziff. 4.3.2.3). In Zweifelsfällen sind die ausstellenden Behörden hilfreich bei Ermittlungen oder es können jederzeit neue Dokumente verlangt werden. Es ist daher zweckmässig, die Zuständigkeit der Vertretung unabhängig vom Ausstellungsort der Urkunde vorzusehen. In Spanien verfügen alle Vertretungen über entsprechende Kenntnisse bezüglich der Echtheitsmerkmale spanischer Urkunden, so dass beispielsweise die Übermittlung einer spanischen Zivilstandsurkunde, welche nicht auf einem CIEC-Formular erstellt wurde, auch ohne Anbringung einer Apostille durch eine Vertretung ausserhalb des effektiven Konsularbezirks der ausstellenden spanischen Behörde in die Schweiz erfolgen kann.

¹¹ Art. 3 V-ASG; Art. 16 Abs. 1 Bst. a ZStV.

Die Mitarbeitenden der Vertretungen nehmen ausserhalb der in der vorliegenden Weisung geregelten Aufgaben und Dienstleistungen keine zivilstandsamtlichen Funktionen wahr.

2.2.4 Identität

Die Vertretung prüft, ob die Identität der Person, die eine Erklärung oder ihre Dokumente persönlich am Schalter zur Übermittlung in die Schweiz abgeben will, nachgewiesen ist¹². Über den Nachweis der Identität dürfen insbesondere bei der Entgegennahme einer Erklärung keine Zweifel bestehen. In der Regel weist sich die Person mittels Reisepass oder Identitätskarte (ID) aus. Ist sie dazu nicht in der Lage oder bestehen andere Zweifel betreffend die Identität, wendet sich die Vertretung für das weitere Vorgehen an die zuständigen Schweizer Zivilstandsbehörden.

Demgegenüber ist bei der Entgegennahme und Übermittlung von Dokumenten eine Identitätsprüfung nur zweckmässig, wenn die betreffende Person ihre eigenen Dokumente persönlich abgibt. Werden die ausländischen Dokumente zur Übermittlung in die Schweiz von Drittpersonen (z.B. Familienangehörigen) auf der Vertretung abgegeben oder per Post zugeschickt, fällt die Identitätsprüfung weg.

2.2.5 Handlungsfähigkeit

Nur wer handlungsfähig ist, kann durch seine Handlungen Rechte und Pflichten begründen. Dies gilt auch im Bereich des Zivilstandswesens¹³. Die Vertretung hat die Handlungsfähigkeit von Amtes wegen zu prüfen.

Die Handlungsfähigkeit setzt voraus, dass eine Person volljährig (mind. 18 Jahre alt) und urteilsfähig und nicht verbeiständet ist. Wohnt eine Person im Ausland, bestimmt sich die Handlungsfähigkeit nach dem Recht am Wohnsitz.¹⁴ Die entsprechenden Bestimmungen des ausländischen Rechts, die möglicherweise vom Schweizer Recht abweichen, sind folglich zu prüfen. Handelt es sich um durchreisende Schweizerinnen oder Schweizer (Touristen, Geschäftsreisende), ist bezüglich der Handlungsfähigkeit Schweizer Recht anwendbar.

Das Alter einer Person ergibt sich aus den Ausweisen (Reisepass, ID). Ist eine Person minderjährig, hat ihre gesetzliche Vertretung die Zustimmung zu einer Rechtshandlung zu erteilen (z.B. zur Kindeserkennung) oder für die minderjährige Person direkt zu handeln (z.B. Übermittlung der Geburtsurkunde eines Kindes) soweit das Gesetz nichts Anderes vorsieht (z.B. Zustimmung zur Namensänderung). Ist das Vertretungsverhältnis nicht offensichtlich (offensichtlich ist es z.B. bei Eltern, die für ein Neugeborenes handeln), muss die gesetzliche Vertretung ihre Vertretungsbefugnis nachweisen.

Betreffend die Prüfung der Urteilsfähigkeit haben Mitarbeitende der Vertretung unabhängig vom anwendbaren Recht Folgendes zu berücksichtigen: Die Urteilsfähigkeit einer volljährigen Person wird im Rechtsalltag vermutet. Sie bestimmt sich nach Schweizer Recht.¹⁵ Nur wenn offensichtliche und schwere Zweifel am vernunftgemässen Handeln einer volljährigen Person

¹² Art. 16 Abs. 1 Bst. b ZStV erster Satzteil.

¹³ Art. 16 Abs. 1 Bst. b ZStV zweiter Satzteil.

¹⁴ Art. 35 des Bundesgesetzes vom 18. Dezember 1987 über das internationale Privatrecht (IPRG; SR 291).

¹⁵ Die Urteilsfähigkeit ist eine minimale Anforderung des Ordre public, insofern bestimmt sich dieser Begriff nach Art. 16 des Schweizerischen Zivilgesetzbuches vom 10. Dezember 1907 (ZGB; SR 210).

vorliegen (Drogen, Alkohol, schwere geistige Behinderung), muss die Vertretung die Entgegennahme von Erklärungen verweigern.

Bei offensichtlichen Zweifeln kann die betroffene Person auf Anordnung der Schweizer Zivilstandsbehörden respektive der Vertretung zur Mitwirkung verpflichtet werden, um ihre Urteilsfähigkeit nachzuweisen¹⁶. Ist die betroffene Person zwar urteilsfähig, jedoch handlungsunfähig (d.h. sie ist zwar volljährig, steht aber unter umfassender Beistandschaft und hat somit eine gesetzliche Vertretung), muss die gesetzlich vertretende Person ihre rechtlich eingeräumte Vertretungsbefugnis nachweisen¹⁷.

Zu beachten ist, dass auch eine minderjährige Person urteilsfähig sein kann und in gewissen Fällen selbständig rechtsverbindliche Erklärungen abgeben kann. So ist durch die Vertretung beispielsweise die Zustimmungserklärung zur Änderung des Namens des minderjährigen Kindes, welches das zwölfte Altersjahr vollendet hat¹⁸, von diesem direkt entgegen zu nehmen.

2.2.6 Beizug einer sprachlich vermittelnden Person

Verfügt die Vertretung nicht über eine Mitarbeiterin oder einen Mitarbeiter, welche oder welcher die für die Erfüllung einer Aufgabe nach Art. 5 ZStV erforderliche sprachliche Verständigung sicherstellen kann, ist für die mündliche Unterstützung eine dolmetschende Person und für die schriftliche Unterstützung eine übersetzende Person beizuziehen. Diese hat sich zu identifizieren und entsprechende Qualifikationen für die vorgesehene Unterstützung beizubringen (z.B. Sprachdiplom etc.). Die Vertretung stellt sicher, dass keine Ausstandsgründe vorliegen (siehe Ziff. 2.2.2).

Wirkt eine aussenstehende dolmetschende (mündlich) oder übersetzende (schriftlich) Person mit, die nicht dem Personal der Vertretung angehört, ist diese über ihre Pflichten als Dolmetscherin oder Übersetzerin oder als Dolmetscher oder Übersetzer zu belehren (Ausstands- und Wahrheitspflicht). Dazu ist das Formular in den Amtssprachen «Mitwirkung eines/einer Dolmetscher/in – Übersetzer/in» auszufüllen und von der als dolmetschenden oder übersetzenden Person in Gegenwart der Mitarbeiterin oder des Mitarbeiters der Vertretung zu unterschreiben. Die Person, welche die Rechtsbelehrung vorgenommen hat, bestätigt dies unter Angabe von Namen und Funktion mittels Unterschrift. Das betreffende Formular ist dem Übermittlungsdossier beizufügen.

Das Formular «Mitwirkung eines/einer Dolmetschers/in – Übersetzers/in» wird in zwei weiteren Fremdsprachen (Englisch, Spanisch) zur Verfügung gestellt. Es kann als Verständigungshilfe dienen in Ländern, in denen keine unserer Landessprachen beherrscht wird. Fremdsprachige Formulare sollten jedoch nicht ausgefüllt werden, sondern helfen beim Ausfüllen des Formulars in einer der Schweizer Landessprachen. Um Missverständnisse zu vermeiden, ist es ratsam, eine Kopie des fremdsprachigen Hilfsformulars an das offizielle Formular zu heften, das die Dolmetscherin oder Übersetzerin oder der der Dolmetscher oder Übersetzer unterschrieben hat. Die verschiedenen Sprachversionen des Formulars sind auf der Website des EAZW im geschützten Bereich für Vertretungen verfügbar.

¹⁶ Mitwirkungspflicht gem. Art. 16 Abs. 5 ZStV, z.B. Beibringung eines Arztzeugnisses über ihren geistigen Gesundheitszustand und somit ihre Urteilsfähigkeit.

¹⁷ Z.B. gesetzlicher Vertreter oder Beistand durch behördliche Ernennung, der einem Rechtsgeschäft zustimmen muss.

¹⁸ Art. 270b ZGB.

Die damit verbundenen Auslagen gehen zu Lasten der Person, welche die Dienstleistung veranlasst¹⁹. Die Übersetzung in die Gebärdensprache geht zulasten des zuständigen Zivilstandsamtes²⁰.

2.2.7 Amtsgeheimnis und Datenschutz

Mitarbeitende der Vertretung sowie deren Hilfspersonen unterliegen bezüglich den bei der Ausübung ihrer Aufgaben im Bereich des Zivilstandswesens erlangten Kenntnisse der Schweigepflicht. Die Pflicht zur Wahrung des Amtsgeheimnisses besteht nach der Beendigung des Dienstverhältnisses weiter²¹.

Es gelten bezüglich Anspruch auf Auskunft oder Akteneinsicht die Datenschutzbestimmungen des ZGB und der ZStV²² und nicht des Bundesgesetzes über den Datenschutz (DSG)²³.

Die Schweizer Vertretung ist somit beispielsweise nicht befugt, ausländische Entscheide und Urkunden über den Zivilstand (Art. 32 IPRG), welche sie im Rahmen ihrer Übermittlungsaufgaben erhalten hat, an Dritte herauszugeben. Intern zu Handen der Akten erstellte Kopien solcher Dokumente stehen unter den gleichen datenschutzrechtlichen Bestimmungen wie die Originaldokumente.

Macht eine Person einen Anspruch auf Akteneinsicht geltend, so ist stets zu prüfen, ob es sich um Dokumente, welche den zivilstandsrechtlichen Datenschutzbestimmungen unterliegen, oder um amtsinterne, vertraulich zu behandelnde Dokumente handelt (kein Anspruch auf Einsicht). Bei Fragen und Unsicherheiten ist stets direkt das EAZW zu konsultieren.

Liegt in Absprache mit dem EAZW ein Anspruch auf Akteneinsicht durch eine berechnigte betroffene Person vor, so sind beispielsweise Angaben zu Drittpersonen oder die Personalien des Vertrauensanwalts, welcher eine Echtheitsüberprüfung durchgeführt hat, zwingend in den betreffenden Akten einzuschwärzen.

2.3 Allgemeine Regeln bezüglich der Übermittlung und Bestellung von Dokumenten im Zivilstandsbereich

2.3.1 Übermittlungsgrundsätze

Alle Vorgänge, die den Versand von Originaldokumenten mit persönlichen Daten beinhalten und/oder die über den Fachbereich Infostar (FIS) des Bundesamtes für Justiz (BJ) abzurechnen sind, sind auf dem vorgeschriebenen Dienstweg abzuwickeln.

Die Übermittlung erfolgt vom Ausland in die Schweiz (und umgekehrt) stets mittels Kurierdienstes des EDA an das BJ/FIS. Innerhalb der Schweiz wird die Sendung vom BJ/FIS gleichentags und ohne Dossiererfassung oder konkrete Prüfung der Dokumentensendung direkt auf dem ordentlichen Postweg an die zuständige Aufsichtsbehörde im Zivilstandswesen (AB)

¹⁹ Art. 7 Abs. 1 Bst. c ZStGV.

²⁰ Art. 7 Abs. 3 ZStGV. Sind damit hohe Kosten verbunden, ist das zuständige Zivilstandsamt vorab darüber zu informieren.

²¹ Art. 44 ZStV.

²² Art. 43a Abs. 2 ZGB i.V.m. Art. 81 ZStV.

²³ Siehe Art. 2 Abs. 4 Bundesgesetzes über den Datenschutz vom 1925. September 2020 (SR 235.1).

weitergeschickt. Diese leitet die Sendung nach Vornahme allfälliger damit verbundener Aufgaben (z.B. Erlass einer Eintragungsverfügung) kantonsintern dem zuständigen Zivilstandsamt (ZA) weiter.

Dokumente, die ausländische Entscheidungen und Urkunden über den Zivilstand betreffen, sind grundsätzlich immer im Original zu übermitteln (Ausnahme siehe Ziff. 4.4.6).

Die Vertretung ist verpflichtet, für alle Übermittlungen im Bereich des Zivilstandswesens das dafür vorgesehene Formular in der jeweils aktuellen Fassung zu verwenden.²⁴ Dadurch lässt sich ein geordneter Ablauf der Übermittlung sicherstellen. Ausserdem beinhaltet jedes Formular diverse Rubriken, die auf die jeweilige Übermittlung zugeschnitten sind. So lassen sich die wesentlichen Angaben und Anliegen hinsichtlich der involvierten Personen und Stellen, die Beilagen, allfällige Bemerkungen, buchhalterische Angelegenheiten und sonstige Spezialitäten (z.B. Eintragungsbestätigungen) einheitlich und für alle involvierten Stellen übersichtlich, effizient und sicher abwickeln. Es stehen insbesondere folgende Formulare zur Verfügung:

- Formulare 801 für die Übermittlung von ausländischen Entscheidungen oder Urkunden über den Zivilstand. Je nach zu übermittelndem Dokument und der damit verbundenen Angaben stehen spezifische Übermittlungsformulare 801 zur Verfügung;
- Formulare 802 für die Übermittlung von Gesuchen und Erklärungen für die Eheschliessung. Dabei stehen für die Übersendung der Gesuche (für die Ehevorbereitung und für die Ausstellung eines Ehefähigkeitszeugnisses) sowie für den Abschluss des Verfahrens individuelle Übermittlungsformulare 802 zur Verfügung;
- Formulare 803 für die Übermittlung von Namenserkklärungen und der Erklärung über die Vaterschaft auf der Schweizer Vertretung sowie der Bestätigung der jeweiligen Eintragung seitens der Zivilstandsbehörden in der Schweiz;
- Formulare 804 für die Übermittlung von sonstigen Anliegen seitens der Schweizer Vertretungen an die Zivilstandsbehörden in der Schweiz und umgekehrt;
- Formular für die Bestellung von Zivilstandsdokumente durch die Schweizer Vertretung;
- Formular «Auftrag der Zivilstandsbehörden an die Schweizer Vertretung CHV».

Sämtliche Übermittlungs- und Bestellformulare sind auf weissem Papier auszudrucken, um optimale Lese- und Kopiereigenschaften zu gewährleisten.

Die erste Seite des Formulars beinhaltet zwingend die Angaben zu Absender und Empfänger der Dokumentensendung und dient als Deckblatt der Dokumentenübermittlung. Die Vertretung, die den Versand vornimmt, fügt ihren Sitz und ihre Referenznummer ein. Als Empfänger ist das Kantonskürzel der zuständigen AB sowie gegebenenfalls das zuständige ZA (Angaben gemäss Liste der Zivilstandskreise²⁵) einzutragen.

Die Zuständigkeiten sind an Hand des Geschäfts und der involvierten Personen (Heimort/Wohnsitz/Ereignisort etc.) zu ermitteln.

Um Verwechslungen oder den Versand an einen falschen Empfänger zu vermeiden (z.B. an das Staatssekretariat für Migration statt an das BJ/FIS), müssen alle für das BJ/FIS bestimmten Akten in einem separaten, mit BJ/FIS angeschriebenen Kuvert versendet werden.

²⁴ Aktuelle Fassung abrufbar im geschützten Bereich der Vertretungen auf der Homepage des EAZW.

²⁵ Abrufbar unter der Rubrik «Zuständigkeiten und Behörden» auf der Homepage des EAZW.

Die Sendung ist so zu verpacken, dass ein Auseinanderfallen oder Trennen von zueinander gehörenden Unterlagen auf dem Transportweg nicht möglich ist. Dazu sind die mit einem Übermittlungsformular versandten Beilagen idealerweise zusammenzuheften oder auf andere untrennbare Weise zusammen zu packen (z.B. Plastikmappe, Kuvert, etc.; Büroklammern sind nicht geeignet, da sie sich auf dem Transportweg mit anderen Dossiers verhaken können).

Überflüssiges Heften von Originaldokumenten gilt es nach Möglichkeit zu vermeiden, damit diese möglichst unversehrt bleiben. Wurde eine konsularische Beglaubigung vorgenommen, ist auf dem Übermittlungsformular die Referenz des beglaubigten Dokuments aufzuführen, damit bei allfälliger Trennung der Sendung nachvollziehbar ist, welches Dokument beglaubigt wurde (siehe Ziff. 4.3.4.2).

2.3.2 Verwendungszweck der Formulare

Die Übermittlungs-, Auftrags- und Bestellformulare dienen ausschliesslich verwaltungsinternen Zwecken. Sie dürfen nicht an Privatpersonen ausgehändigt werden.

Eintragungsbestätigungen oder entsprechende, aus Infostar generierte Mitteilungen, welche seitens der Zivilstandsbehörden in der Schweiz mit diesen Formularen an die Vertretungen geliefert werden, dienen ausschliesslich der Aktualisierung des Auslandschweizerregisters. Auch sie dürfen somit nicht an Privatpersonen ausgehändigt werden. Es erfolgt keine aktive Information der Privaten durch die Vertretung bezüglich erfolgter Eintragung; eine Auskunftserteilung auf Anfrage hin ist jedoch zulässig. Bei Bedarf haben Private einen gebührenpflichtigen Auszug aus dem Personenstandsregister oder wenn vorhanden eine entsprechende Eintragsungsverfügung²⁶ zu verlangen, wenn sie Auskunft bezüglich einer Eintragung im Personenstandsregister wünschen.

Grundlage für die Beurteilung ausländischer Entscheidungen und Urkunden über den Zivilstand durch die zuständige Aufsichtsbehörde im Zivilstandswesen im Hinblick auf die Eintragung im Personenstandsregister²⁷ bilden stets die Dokumente und Urkunden, die mit dem jeweiligen Formular übermittelt oder bestellt werden. Die in den Übermittlungsformularen aufgeführten Personenstandsangaben und Informationen dienen primär als Unterstützung (Übersetzungshilfe, Zuordnung der Personenstandsdaten etc.) im Hinblick auf eine in der Schweiz vorzunehmende Beurkundung.

2.3.3 Angaben zum Datum

Die Angaben zum Datum (z.B. Geburtsdatum, Entscheiddatum eines Scheidungsurteils etc.) sind mit arabischen Zahlen in der Reihenfolge Tag, Monat und Jahr auf dem Formular aufzuführen. Für den 23. Februar 1969 schreibt man also 23.02.1969. Fehlen Angaben zum Datum (z.B. Rechtskraftdatum), sind dazu im Übermittlungsformular entsprechende Ausführungen zu machen (Rubrik «Besondere Angaben zum Datum der rechtlichen Auflösung der Ehe bei fehlender Rechtskraftbescheinigung»).

²⁶ Gestützt auf Art. 32 IPRG wird eine ausländische Entscheidung oder Urkunde über den Zivilstand aufgrund einer Verfügung der zuständigen kantonalen Aufsichtsbehörde in die Zivilstandsregister eingetragen.

²⁷ Art. 32 IPRG.

2.3.4 Bezeichnung von Orten, Staaten und Staatsangehörigkeiten

Die Bezeichnung von Orten, Staaten und Staatsangehörigkeiten ist wie folgt vorzunehmen:

Die Bezeichnung von Orten, Staaten oder Staatsangehörigkeiten darf übersetzt werden, wenn dies dem allgemeinen Sprachgebrauch entspricht. Dabei sind die Angaben in einer der Amtssprachen der Schweiz auf dem Formular einzutragen (z.B. Genf/Genève/Ginevra – Kairo/Le Caire/Il Cairo – Italien/Italie/Italia). Idealerweise ist die Amtssprache der für die Urkundensendung zuständigen Zivilstandsbehörde zu verwenden. Abkürzungen für Staaten sind gemäss der Liste der internationalen Länderabkürzungen (Empfehlung der International Organization for Standardization [ISO] Ländercodes 3166) zu verwenden (z.B. Toronto, Ontario, CDN). Andere Abkürzungen, insbesondere für Verwaltungsbezirke, sind nicht zulässig.

Schweizer Orte sind mit dem Kantonskürzel zu versehen (z.B. Massagno TI). Bei ausländischen Orten ist in Klammern der Verwaltungsbezirk (Bezirk, Departement, Provinz etc.) und der Staat, zu dem er gehört, zu vermerken. Dies ist vor allem wichtig bei neuen Staaten und Verwaltungsbezirken. Geografische Zusatzangaben (Kantonskürzel, Verwaltungsbezirk oder Staat etc.) müssen nicht wiederholt werden, wenn der betreffende Ort im Übermittlungsformular mehrmals vorkommt. Vorbehalten sind Fälle, in denen Verwechslungen möglich sind, weil dieselbe Bezeichnung im gleichen Formular für verschiedene Orte verwendet wird (z.B. Cressier FR und Cressier NE).

Es sind alle nachgewiesenen Staatsangehörigkeiten einer Person anzugeben. Insbesondere, wenn die betreffende Person nebst dem Schweizer Bürgerrecht noch die Staatsangehörigkeit des Wohnsitzstaates besitzt. Dies kann für die Bestimmung des anwendbaren Rechts eine wesentliche Rolle spielen.²⁸ Staatenlosigkeit kann mit der Abkürzung APA (apatride) eingetragen werden.

2.3.5 Zeichensatz und Schreibweise ausländischer Personenstandsdaten

Die Angaben zu den involvierten Personen sind unter Verwendung des lateinischen Zeichensatzes mit den im System hinterlegten Sonderzeichen²⁹ in die entsprechenden Rubriken des Formulars einzufüllen. Angaben in nichtlateinischer Schrift sind – soweit keine amtlichen Ausweispapiere in lateinischer Schrift vorliegen – entsprechend dem Prinzip der Transkription (ins Englische) einzutragen. Die Schreibweise ist, soweit es der Zeichensatz erlaubt, exakt zu übernehmen unter Beachtung der Gross- und Kleinschreibung.

Diakritische Zeichen sind ebenfalls wiederzugeben; diese Regel gilt zwingend für Akzente, die in den Schweizer Amtssprachen vorkommen (Accent grave [è], Accent aigu [é], Circonflexe [ê], Trema oder Umlaut [ü], Cédille [ç]), und kommt auch bei Akzenten anderer Sprachen [ñ] zur Anwendung, wenn das Textverarbeitungssystem dies ermöglicht. Namen dürfen nicht «übersetzt» werden (so darf der russische Vorname «Michail» nicht als «Michael» geschrieben werden).

²⁸ Art. 23 IPRG.

²⁹ Zeichensatz gemäss Art. 80 ZStV.

2.3.6 Unbekannte oder fehlende Daten und Angaben, Beilagen, Unterschrift, etc.

Im betreffenden Formular vorgesehene Rubriken, zu denen keine Angaben vorhanden sind, sind leezulassen. Es ist nicht erforderlich, dafür ein Zeichen (z.B. -/-) einzusetzen.

Sämtliche Beilagen sind unter der Rubrik «Beilagen» einzeln aufzuführen und der Urkundensendung beizulegen. Beim Versand gilt es sicherzustellen, dass eine Trennung der Urkundensendung und der dazugehörenden Beilagen nicht möglich ist (z.B. Verpackung der ganzen Sendung in einem verschlossenen Kuvert etc.).

Im Formular 801 ist das Ausfüllen gewisser Rubriken zusätzlich mit Datum, Stempel und Unterschrift zu versehen (z.B. Beglaubigung). Die Person, welche die Richtigkeit der Übersetzung und der Übertragung der Angaben aus dem ausländischen Dokument auf das Übermittlungsformular bestätigt, gibt überdies ihren Namen, Vornamen und ihre Funktion an. Dies erleichtert bei Nachfragen eine gezielte Kontaktaufnahme.

3 Allgemeine Regeln betreffend Gebühren und Auslagen

Die Gebühren für die vorgenommenen zivilstandsamtlichen Tätigkeiten und die damit verbundenen Auslagen sind gemäss Verordnung über die Gebühren im Zivilstandswesen (ZStGV) in Rechnung zu stellen³⁰.

Dies gilt auch bei einem allfälligen vorzeitigen Rückzug eines Antrages oder Gesuches für die bereits erfolgten Dienstleistungen und Aufwendungen.³¹

Die durch die Mitwirkung von Drittpersonen oder Behörden verursachten Kosten (z.B. für Gutachten, Vertrauensanwalt) werden den Betroffenen als Auslagen belastet³² und direkt bei den Betroffenen erhoben.

Die jeweiligen Gebührenpositionen sind soweit möglich einzeln auszuweisen (Beglaubigung, Beschaffung, Übersetzung etc.), damit die Zivilstandsbehörden entsprechend informiert sind und allfällige Anfragen dazu beantworten können.

Bei Dringlichkeit oder Dienstleistungen ausserhalb der normalen Geschäftszeiten ist ein Gebührenzuschlag zu erheben.³³

Gebühren und Auslagen, die die Vertretung zu Handen der Zivilstandsbehörden (AB, ZA, BJ/FIS) in der Schweiz einkassiert, sind stets gemäss den in der Gebührenverordnung vorgesehenen Gebührensätzen in Schweizer Währung abzurechnen.

Für die Übersetzung, Beglaubigung und Übermittlung von Entscheidungen und Dokumenten über den Zivilstand, die gemäss Meldepflicht³⁴ für die Beurkundung im Personenstandsregister zu übermitteln sind, werden keine Gebühren und Auslagen erhoben, sofern diese Arbeit vom

³⁰ Verordnung über die Gebühren im Zivilstandswesen vom 27. Oktober 1999 (ZStGV; SR 172.042.110)

³¹ Art. 2 Abs. 1 ZStGV. Siehe auch Verordnung über Kosten und Entschädigungen im Verwaltungsverfahren (SR 172.041.0), Art. 4b: Wird ein Verfahren gegenstandslos, so werden die Verfahrenskosten jener Partei auferlegt, deren Verhalten die Gegenstandslosigkeit bewirkt hat.

³² Art. 7 Abs. 1 Bst. c ZStGV.

³³ Art. 6 ZStGV.

³⁴ Art. 39 ZStV.

Personal der Vertretung ausgeführt werden kann³⁵. Demgegenüber wird für die Übermittlungsdienstleistungen einer solchen Dokumentensendung, die mittels Auftrags seitens der Zivilstandsbehörden in der Schweiz über das BJ/FIS an die Vertretungen (und retour) erfolgen, durch das BJ/FIS eine Gebühr erhoben³⁶. Diese ist von der AB zu Handen des BJ/FIS direkt bei den Betroffenen vorgängig einzukassieren.

Zivilstandsamtliche Aufgaben, die die Vertretung im Auftrag der Zivilstandsbehörden vornimmt, bedürfen bezüglich der voraussichtlichen Gebühren und/oder Auslagen stets einer Kostengutsprache durch die auftraggebende Zivilstandsbehörde, soweit der entsprechende Kostenvorschuss nicht direkt bei den im Ausland wohnhaften Betroffenen erhoben werden kann.

Bei allfälligen Verzögerungen oder unerwarteten Schwierigkeiten, die einen Einfluss auf die erteilte Kostengutsprache haben können, sind die Schweizer Zivilstandsbehörden zu informieren. Gesuche um Erhöhung der Kostengutsprache sind jeweils vor Ausschöpfung der laufenden Kostengutsprache zu stellen.

Bei allfälligen Verzögerungen oder unerwarteten Schwierigkeiten, die einen Einfluss auf die erteilte Kostengutsprache haben können, sind die Schweizer Zivilstandsbehörden zu informieren. Gesuche um Erhöhung der Kostengutsprache sind jeweils vor Ausschöpfung der laufenden Kostengutsprache zu stellen.

Unter bestimmten Voraussetzungen und im Einvernehmen mit den anderen zuständigen Behörden können, insbesondere bei Mittellosigkeit der gebührenpflichtigen Person, die geschuldeten Gebühren reduziert oder erlassen werden.³⁷

In der vorliegenden Weisung werden die Gebühren und Auslagen gemäss der ZStGV sowie eine allfällige Bevorschussung – soweit erforderlich – direkt bei den einzelnen Aufgabenbereichen behandelt.

Als Arbeitsinstrument im Alltag dient die «Zusammenstellung der Gebühren im Zivilstandswesen - Schweizer Vertretungen im Ausland» des EAZW.³⁸

Nicht Inhalt dieser Weisung sind die Gebühren der Vertretung gemäss der Verordnung über die Gebühren des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten³⁹.

³⁵ Anhang 3 Ziff. 1.1 ZStGV.

³⁶ Gemäss Anhang 4 Ziff. 2.1 und 2.2 ZStGV wird für die Einholung und Weiterleitung ausländischer Entscheidungen und Urkunden über den Zivilstand sowie von Übersetzungen, Beglaubigungen, Echtheitsüberprüfungen und die Übermittlung von Gutachten via BJ/FIS eine Gebühr von CHF 50.00 pro Dossier erhoben.

³⁷ Art. 13 ZStGV.

³⁸ Aktuelle Fassung, abrufbar im geschützten Bereich der Vertretungen auf der Homepage des EAZW.

³⁹ GebV-EDA; SR 191.11.

4 Entgegennahme, Übersetzung, Beglaubigung und Übermittlung ausländischer Entscheidungen und Urkunden über den Zivilstand (Dokumentenübermittlung)

Eine der Hauptaufgaben der Vertretungen ist die Entgegennahme von ausländischen Entscheidungen und Urkunden über den Zivilstand, welche mittels Kurierdienstes des EDA in die Schweiz zu übermitteln sind. Dabei sind die Dokumente je nach konkretem Fall mit einer Übersetzung und allenfalls mit einer Beglaubigung zu versehen. Die Details bezüglich der damit verbundenen Aufgaben sind in den nachstehenden Ziffern erläutert.

4.1 Entgegennahme ausländischer Ereignisse, Erklärungen und Entscheidungen, die den Personenstand betreffen

4.1.1 Meldepflicht

Schweizerinnen und Schweizer sowie ausländische Staatsangehörige, die zu Schweizerinnen oder Schweizern in einem familienrechtlichen Verhältnis stehen, haben ausländische Ereignisse, Erklärungen und Entscheidungen, die den Personenstand betreffen, der zuständigen Vertretung der Schweiz im Ausland zu melden⁴⁰.

Handelt es sich um durchreisende Schweizerinnen oder Schweizer (Touristen, Geschäftsreisende) oder ausländische Familienangehörige von Schweizern, die nicht im Auslandschweizerregister eingetragen sind, ist im Rahmen der Dokumentenübermittlung darauf hinzuweisen, dass gewisse Angaben nicht vorliegen oder von den Betroffenen selber nachgereicht werden müssen (z.B. Angabe des Wohnsitzes vor der Heirat). Die fehlenden Angaben werden soweit erforderlich durch die zuständigen Zivilstandbehörden nachverlangt.

Zu melden sind insbesondere:

- die Geburt;
- der Tod;
- die Eheschliessung;
- die Eintragung einer Partnerschaft;
- die Eheauflösung (z.B. Scheidung, Ungültigerklärung oder Annullierung der Eheschliessung, Verstossung);
- die Auflösung der eingetragenen Partnerschaft (z.B. Auflösung durch Gerichts- oder Verwaltungsentscheid, Annullierung);
- die Entstehung eines Kindesverhältnisses (z.B. Kindeserkennung, Vaterschaftsurteil, Adoption);
- die Auflösung eines Kindesverhältnisses (z.B. Vaterschaftsaberkennung, Annullierung der Kindeserkennung oder der Adoption);
- die Verschollenerklärung und deren Aufhebung oder die Todesfeststellung;
- die Namensänderung (aufgrund eines behördlichen Entscheides oder einer Erklärung bzw. aufgrund eines Zivilstandsereignisses);

⁴⁰ Art. 39 ZStV.

- die Geschlechtsänderung;
- die Berichtigung von Personenstandsdaten (z.B. Berichtigung von Geburtsort oder Geburtsdatum, der Geschlechtsangabe, der Schreibweise eines Vornamens);
- der Erwerb einer ausländischen Staatsangehörigkeit, soweit dies der Vertretung mitgeteilt worden ist (diese Tatsache kann dann hilfreich sein, wenn das anwendbare Recht festzustellen ist);
- ausländische zivilstandsrelevante Dokumente, die im Schweizer Recht unbekannt sind, zur Prüfung allfälliger Rechtswirkungen für den Schweizer Rechtsbereich⁴¹.

Ausländische Personen, welche nicht in einem familienrechtlichen Verhältnis zu einer Schweizerin oder einem Schweizer stehen, haben ausländische Ereignisse, Erklärungen oder Entscheidungen, die den Personenstand betreffen, grundsätzlich direkt den Migrationsbehörden ihres Wohnsitzes in der Schweiz zu melden. Eine Meldung bei der Vertretung zwecks Weiterleitung an die Zivilstandsbehörden in der Schweiz ist nur dann angezeigt, wenn die ausländische Person aufgrund eines in der Schweiz eingetretenen Zivilstandsereignisses bereits im Personenstandsregister Infostar aufgenommen wurde⁴² und die Meldung Änderungen dieses Eintrages zur Folge hat (z.B. im Ausland erfolgte Kindesanerkennung eines in der Schweiz geborenen ausländischen Kindes). In diesem Fall hat die Vertretung im Hinblick auf eine Fortschreibung im Personenstandsregister auch ausländische Entscheidungen und Urkunden über den Zivilstand ausländischer Personen entgegenzunehmen und zu übermitteln⁴³. Hat die Vertretung Zweifel, ob eine Fortschreibung durch die zuständige Aufsichtsbehörde als angezeigt erachtet wird, nimmt sie vor Ausführung der Übermittlungsarbeiten Kontakt mit der zuständigen Zivilstandsbehörde in der Schweiz auf.

4.1.2 Zuständigkeit der Vertretung

Die Vertretung prüft ihre Zuständigkeit und den Bezug zur Schweiz (siehe Ziff. 2.2.3) sowie die Identität der vorsprechenden Person (siehe Ziff. 2.2.4). Werden die Dokumente zur Übermittlung per Post zugestellt, entfällt die Identitätsprüfung. Ist der Bezug zur Schweiz für die Vertretung nicht erkennbar, weist sie die Dokumente zurück.

4.1.3 Entgegennahme der Dokumente

Die Dokumente sind im Original vorzulegen und entgegenzunehmen. Ist die Weiterleitung des Originals nicht möglich oder nicht zumutbar⁴⁴, kann die Vertretung ausnahmsweise eine beglaubigte Kopie des Originals erstellen. Die Beglaubigung ist nach Einsichtnahme des Originaldokuments auf der Vorderseite der Kopie des Dokuments anzubringen. Sie lautet: «Die Kopie entspricht dem Original» und wird mit Datum, Unterschrift der bearbeitenden Person der Vertretung sowie dem Stempel versehen (für die Übermittlung beglaubigter Kopien siehe Ziffer

⁴¹ Z.B. die Ehetrennung nach brasilianischem Recht («desquite»), die zu einer Änderung des Familiennamens führen kann; der Konkubinatsvertrag für heterosexuelle Paare nach griechischem Recht, der eine Vaterschaftsvermutung des männlichen Konkubinatspartners zur Folge haben kann.

⁴² Art. 15a ZStV.

⁴³ Art. 23 Abs. 2 Bst b und c i.V.m. Art. 15a ZStV.

⁴⁴ Die betroffene Person benötigt das Original anderweitig oder eine Neubeschaffung des Dokuments ist unmöglich, z.B. in Ländern, in denen eine Geburtsurkunde nur einmal ausgestellt wird.

4.4.6). Im Übermittlungsformular 801 ist unter der Rubrik «Weitere Bemerkungen und Hinweise der Vertretung» im Feld «Sonstiges» kurz zu begründen, weshalb nicht das Original, sondern eine beglaubigte Kopie übermittelt wird.

Führt ein Zivilstandsereignis im Ausland dazu, dass eine ausländische Person im Personenstandsregister erfasst werden muss, weil das Ereignis familienrechtliche Wirkungen für eine Person mit Schweizer Bürgerrecht hat⁴⁵, sind die für die Aufnahme im Personenstandsregister notwendigen Dokumente⁴⁶ ebenfalls zu übermitteln. Bei der Meldung einer Eheschliessung mit Schweizer Beteiligung ist dies regelmässig der Fall für die ausländische Ehepartnerin oder den ausländischen Ehepartner. Zusätzliche Angaben aus weiteren Dokumenten oder gegebenenfalls aus dem Auslandschweizerregister sind im Übermittlungsformular 801 zur betreffenden Urkunde auf der zweiten Seite aufzuführen (siehe Ziff. 4.4.3).

4.1.4 Unterbreitung durch die Schweizer Zivilstandsbehörden

Erhalten die Aufsichtsbehörden im Zivilstandswesen oder die Zivilstandsämter ausländische Entscheidungen und Urkunden über den Zivilstand direkt von den betroffenen Personen, so können sie diese der Vertretung (mittels Form. «Auftrag der Zivilstandsbehörden an CHV») zustellen. Die Vertretung versieht das betreffende Dokument mit einem Übermittlungsformular 801, welches insbesondere die für die Zivilstandsbehörden erforderliche Übersetzung der wesentlichen Angaben des angehefteten Dokuments sowie die Angaben zu den Beglaubigungsformalitäten beinhaltet.

Dies passiert insbesondere, wenn die Meldung von Auslandereignissen durch meldepflichtige Betroffene⁴⁷ direkt bei den Zivilstandsbehörden in der Schweiz erfolgt. Die ausländischen Dokumente zu meldepflichtigen Auslandereignissen werden nicht bei der zuständigen Vertretung im Ausland abgeben, sondern direkt den Zivilstandsbehörden in der Schweiz vorgelegt.

Ausserdem kann im Zusammenhang mit einem in der Schweiz eingetretenen und zu beurkundenden Zivilstandsereignis (z.B. Geburt eines Kindes) die Aufnahme von ausländischen Personen in das Schweizer Personenstandsregister erforderlich sein. Dies bedarf zahlreicher Personenstandsangaben (z.B. zu den Eltern des Kindes), die mittels ausländischer Entscheidungen und Urkunden über den Zivilstand zu belegen sind⁴⁸. Die Prüfung der Dokumente für die Aufnahme einer ausländischen Person in das Personenstandsregister fällt je nach Kanton in die Zuständigkeit der Aufsichtsbehörde oder des Zivilstandsamts. Benötigt die zuständige Zivilstandsbehörde bezüglich der vorgelegten Dokumente⁴⁹ Unterstützung, insbesondere betreffend der Überprüfung der Echtheit des Dokuments, sendet es das betreffende Dokument via BJ/FIS an die zuständige Vertretung mittels Auftragsformular (Form. «Auftrag der Zivilstandsbehörden an CHV»). Diese nimmt die in Auftrag gegebenen Arbeiten (z.B. Beglaubigung, Übersetzung, etc.) vor und sendet das Dokument mittels Übermittlungsformular 801 zurück an die zuständige Zivilstandsbehörde.

Bei Zweifeln über das Vorgehen erkundigt sich die Vertretung bei der zuständigen Zivilstandsbehörde und ersucht diese bei Bedarf um entsprechende Anweisungen (vgl. Ziff. 2.1).

⁴⁵ Art. 23 Abs. 2 Bst. a ZStV.

⁴⁶ Art. 16 Abs. 2 ZStV.

⁴⁷ Art. 39 ZStV.

⁴⁸ Für die Personenaufnahme vgl. die WS EAZW Nr. 10.08.10.01 v. 1.10.2008 «Aufnahme ausländischer Personen in das Personenstandsregister».

⁴⁹ Ausländische Entscheidungen oder Urkunden über den Zivilstand.

4.2 Übersetzung ausländischer Entscheidungen und Urkunden über den Zivilstand

4.2.1 Modalitäten der Übersetzung

Dokumente, welche in einer der schweizerischen Landessprachen verfasst sind, bedürfen keiner Übersetzung.

Fremdsprachige Dokumente, welche nicht in einer der Landessprachen vorliegen, können zurückgewiesen werden, wenn sie nicht mit einer deutschen, französischen oder italienischen Übersetzung versehen sind.⁵⁰ Davon ausgenommen sind CIEC-Urkunden. Diese Dokumente werden gemäss CIEC-Abkommen nach einheitlichen Vorgaben (Musterdokumente mit Sprachcode) ausgestellt und bedürfen, auch wenn sie in keiner der Landessprachen vorliegen, keiner Übersetzung.

Ausnahmsweise kann die Vertretung akzeptieren, dass ein Dokument mit einer Übersetzung in die englische Sprache versehen ist. Dies setzt voraus, dass die Vertretung Kenntnis davon hat, dass vor Ort eine Übersetzung in eine der Schweizer Landessprachen nicht beschaffbar ist, oder dass die Schweizer Zivilstandsbehörden eine englische Übersetzung akzeptieren. Jede einem Dokument beigefügte Übersetzung ist als Beilage zur Urkundensendung mit dem Übermittlungsformular 801 mitzusenden.⁵¹

Die Vertretung liefert im Rahmen der Übermittlung eines fremdsprachigen Dokuments die Übersetzung der wesentlichen Angaben. Sie trägt dabei auf der ersten Seite des Übermittlungsformulars 801 sämtliche übersetzten Angaben ein, die sie dem ausländischen Dokument bezüglich der vorgesehenen Felder entnehmen kann.⁵² Damit lässt sich sicherstellen, dass die zuständigen Zivilstandsbehörden in der Schweiz den fremdsprachigen Inhalt einer ausländischen Urkunde oder einer ausländischen Entscheidung über den Zivilstand direkt aus der ersten Seite des Übermittlungsformulars entnehmen können. Felder, zu denen aus dem ausländischen Dokument keine Angaben entnommen werden können, sind leer zu lassen.

Bei Bedarf kann die zuständige Zivilstandsbehörde entsprechende Ergänzungen oder Präzisierungen oder die Beibringung einer Übersetzung in eine der Landessprachen von den Betroffenen verlangen.

Der Übersetzungsteil im Übermittlungsformular 801 ist von der Vertretung nicht auszufüllen, wenn ein in einer schweizerischen Landessprache (d, f, i) verfasstes Dokument oder ein CIEC-Dokument übermittelt wird.

Die Richtigkeit der Übersetzung und der Übertragung der Angaben aus dem ausländischen Dokument sowie der sonstigen Angaben auf dem Übermittlungsformular 801 ist unter Bekanntgabe von Name, Vorname und Funktion der Person, welche das Übermittlungsformular 801 ausgefüllt hat, mittels Unterschrift und Stempel zu bestätigen.⁵³ Dies ermöglicht bei Nachfragen eine gezielte Kontaktaufnahme.

⁵⁰ Art. 3 Abs. 4 ZStV.

⁵¹ Unter der Rubrik «Weitere Bemerkungen und Hinweise der Vertretung» im Feld «Sonstiges» kann beispielsweise vermerkt werden, dass vor Ort nur englische Übersetzungen erhältlich sind.

⁵² Rubrik «Übersetzung der wesentlichen Angaben des angehefteten Dokuments» und entsprechende Felder (z.B. Geburtsort, Familienname, Angaben zu Eltern etc.).

⁵³ Seite 3 des Übermittlungsformulars unter der Rubrik «Bestätigung der Richtigkeit der Übersetzung und der Angaben auf diesem Formular».

Wurde für die Übersetzung der Angaben auf dem Übermittlungsformular 801 eine andere Person der Vertretung beigezogen, welche nicht identisch ist mit der Person, welche die Richtigkeit der Übersetzung bestätigt hat, so sind deren Vorname, Name und Funktion ebenfalls aufzuführen, damit bei allfälligen Rückfragen klar ist, wer mitgewirkt hat.⁵⁴

4.2.2 Mitwirkung einer dolmetschenden / übersetzenden Person

Kann die Vertretung ein Dokument nicht selbst übersetzen, ist von den Betroffenen eine Übersetzung durch einen qualifizierten externen Übersetzer beizubringen. Legen die Betroffenen die verlangte Übersetzung nicht innerhalb der von der Vertretung festgelegten (angemessenen) Frist vor, kann die Vertretung auf Kosten der Betroffenen die Übersetzung direkt bei einem Übersetzer in Auftrag geben. In diesem Fall ist ein Kostenvorschuss einzuholen.

Wird die Übersetzung von einer Schweizer Zivilstandsbehörde verlangt (z.B. im Rahmen der Übermittlung von Dokumenten zur Beglaubigung oder vertieften Überprüfung ausländischer Urkunden), hat diese einen entsprechenden Auftrag mit Kostengutsprache via BJ/FIS an die Vertretung zu übermitteln (Formular «Auftrag der Zivilstandsbehörden an CHV»).

Wirkt eine externe übersetzende Person mit, ist das Formular «Mitwirkung eines/einer Dolmetscher/in – Übersetzer/in» auszufüllen. Die übersetzende Person unterschreibt das Formular. Die Vertretung beglaubigt die Unterschrift und fügt das Schriftstück dem Übermittlungsformular 801 als Beilage an.

Bei Verwendung eines fremdsprachigen Hilfsformulars muss nur das Formular in einer der Schweizer Landessprachen ausgefüllt werden (siehe Ziff. 2.2.6). Um Missverständnisse zu vermeiden, empfiehlt es sich, eine Kopie des fremdsprachigen Formulars an das offizielle Formular zu heften, das von der Dolmetscherin oder der Übersetzerin bzw. vom Dolmetscher oder Übersetzer unterzeichnet wurde.

Die Kosten für die externe Übersetzung gehen in einem ersten Schritt zulasten der auftraggebenden Zivilstandsbehörde und werden anschliessend den Betroffenen als Auslagen in Rechnung gestellt⁵⁵.

4.3 Beglaubigung ausländischer Entscheidungen und Urkunden über den Zivilstand

4.3.1 Allgemeines

Die Beglaubigung ist ein förmliches Verfahren, welches dazu dient, ausländische Urkunden hinsichtlich ihres Beweiswertes inländischen Urkunden gleichzustellen. Dabei wird die Echtheit einer Unterschrift, die Eigenschaft, in welcher die unterzeichnende Person gehandelt hat und gegebenenfalls die Echtheit des Siegels oder Stempels bestätigt. Im internationalen Verkehr ist je nach Land eine von der vorgesetzten Regierungsbehörde (z.B. Aussenministerium) ausgestellte Bestätigung der Echtheit der amtlichen Originalunterschriften für landesintern ausgestellte Urkunden beizubringen (sog. Überbeglaubigung).

⁵⁴ Seite 3 des Übermittlungsformulars unter der Rubrik «Wenn eine Person für die Übersetzung beigezogen wurde».

⁵⁵ Art. 7 Abs. 1 Bst. c und Anhang 3, Ziff. 1.1 ZStGV.

Zur Vereinfachung der Beglaubigung von Urkunden wurden diverse multinationale und binationale Übereinkommen geschlossen. Diese sehen eine Erleichterung oder Aufhebung der Beglaubigungsformalitäten vor. So sind zahlreiche Länder Mitglied des «Übereinkommens zur Befreiung ausländischer öffentlicher Urkunden von der Beglaubigung» (Apostillenübereinkommen)⁵⁶ (siehe Ziff. 4.3.2). Zudem hat die Schweiz mit verschiedenen Ländern staatsvertragliche Vereinbarungen getroffen, in denen Beglaubigungsformalitäten weiter vereinfacht oder ganz aufgehoben werden (siehe Ziff. 4.3.3).

Ausländische Entscheidungen oder Urkunden über den Zivilstand sind durch die Vertretung konsularisch zu beglaubigen, sofern keine internationalen Übereinkommen zur Anwendung gelangen (siehe Ziff. 4.3.4).

In einem ersten Schritt hat die Vertretung somit zu prüfen, welche Beglaubigungsformalitäten im Verkehr zwischen der Schweiz und dem dokumentenausstellenden Staat bezüglich der zu übermittelnden Entscheidung oder Urkunde über den Zivilstand zur Anwendung gelangen.

In der Folge hat die Vertretung bezüglich der zu prüfenden Urkunde respektive der zu prüfenden Entscheidung über den Zivilstand entweder:

- zu bestätigen, dass die Apostille durch die gemäss Übereinkommen bezeichnete zuständige Behörde ausgestellt worden ist, sofern die Voraussetzungen erfüllt sind (siehe Ziff. 4.3.2.2); In Spezialfällen ist zu vermerken, dass im gegenseitigen Einvernehmen mit der Schweiz und dem betreffenden Staat auf die Anbringung einer Apostille verzichtet wird (siehe Ziff. 4.3.2.3);
- festzustellen, dass gestützt auf andere staatsvertragliche Vereinbarungen eine Befreiung vom Beglaubigungserfordernis besteht (siehe Ziff. 4.3.3);
- eine konsularische Beglaubigung vorzunehmen, wenn die Voraussetzungen betreffend Unterschriften und Siegel oder Stempel gegeben sind (siehe Ziff. 4.3.4).

Diese Angaben sind auf dem für die betreffende Urkundenübermittlung vorgesehenen Übermittlungsformular 801 in der Rubrik «Beglaubigung oder Ausführungen zu Beglaubigung / Apostille» einzutragen. Dank diesen Informationen ist für die zuständige Zivilstandsbehörde auf einen Blick erkennbar, welche Beglaubigungsformalitäten für das angeheftete Dokument vorgenommen worden sind oder eben nicht und weshalb.

4.3.2 Beglaubigung mittels Apostille durch die ausländische Behörde

4.3.2.1 Grundsatz und Anwendungsbereich der Apostille

Die Apostille ist eine Bestätigung der Echtheit einer öffentlichen Urkunde. Sie erfolgt nach den Vorgaben des «Übereinkommen zur Befreiung ausländischer öffentlicher Urkunden von der Beglaubigung», welchem die Schweiz im Jahr 1973 beigetreten ist.⁵⁷ Die Apostille wird von der dazu ermächtigten Behörde des Staates, durch welchen die Urkunde ausgestellt worden ist, entweder auf der Urkunde selbst oder auf einem Anhang angebracht. Eine mit einer Apostille versehene Urkunde ist ohne zusätzliche Beglaubigung im Empfängerstaat zu verwenden. Das Apostillenübereinkommen findet Anwendung auf alle öffentlichen Dokumente der Mitgliedstaaten⁵⁸, die das Zivilstandswesen betreffen.

⁵⁶ Apostillenübereinkommen; SR 0.172.030.4; CLaH 61

⁵⁷ Apostillenübereinkommen; SR 0.172.030.4; CLaH 61.

⁵⁸ Die aktualisierte Liste der Mitgliedstaaten ist auf der Internetseite der Haager Konferenz verfügbar (abrufbar unter: www.hcch.net).

Gemäss diesem Abkommen sind Dokumente von allen Formalitäten befreit, die über die Apostille hinausgehen⁵⁹:

«Die einzige Formalität, die zur Bestätigung der Echtheit der Unterschrift, der Eigenschaft, in welcher der Unterzeichner der Urkunde gehandelt hat, und gegebenenfalls der Echtheit des Siegels oder Stempels, mit dem die Urkunde versehen ist, verlangt werden darf, ist die gemäss Artikel 4 angebrachte Apostille, welche durch die zuständige Behörde des Staates ausgestellt wird, in dem die Urkunde errichtet wurde.

Die im vorstehenden Absatz erwähnte Formalität darf jedoch nicht verlangt werden, wenn entweder die Gesetze, Verordnungen oder Gebräuche des Staates, in dem die Urkunde vorgelegt wird, oder eine Vereinbarung zwischen zwei oder mehreren Vertragsstaaten sie ausschliessen, sie vereinfachen oder die Urkunde von der Beglaubigung befreien.»

4.3.2.2 Beschaffung und Umgang mit der Apostille

Die Apostille wird auf Antrag des Unterzeichners der Urkunde oder des jeweiligen Inhabers der Urkunde ausgestellt.⁶⁰ Die Beschaffung einer Apostille obliegt somit dem Inhaber des zu übermittelnden Dokuments. Die Vertretung unterstützt die ersuchende Person auf Anfrage beratend (siehe Ziff. 11.1). Eine Liste der zuständigen Behörden, die für die Ausstellung der Apostille im betreffenden Staat zuständig sind, ist auf der Internetseite der Haager Konferenz publiziert⁶¹.

Die Apostille bescheinigt die Echtheit der Unterschrift, die Eigenschaft, in welcher der Unterzeichner oder die Unterzeichnerin der Urkunde gehandelt hat und gegebenenfalls die Echtheit des Siegels oder des Stempels, mit dem die Urkunde versehen worden ist.

Die Vertretung kontrolliert, ob die Apostille durch die gemäss Übereinkommen bezeichnete zuständige Behörde ausgestellt worden ist.⁶² Ein mit einer Apostille versehenes Dokument darf nicht zusätzlich mit einer konsularischen Beglaubigung versehen werden. Die Vertretung vermerkt daher auf dem Übermittlungsformular 801 lediglich, dass das Dokument mit einer Apostille versehen ist.⁶³

Bestehen Zweifel bezüglich der Apostille, unterbreitet die Vertretung die Apostille zur Prüfung der ausstellenden Behörde des Akkreditarstaats⁶⁴.

Bestehen Zweifel bezüglich des Inhalts der mit einer Apostille versehenen Urkunde, kann die Vertretung den Zivilstandsbehörden auf dem Übermittlungsformular 801 unter der Rubrik «Weitere Bemerkungen und Hinweise der Vertretung» eine Inhalts- oder Echtheitsüberprüfung empfehlen. Dabei führt die Vertretung die Gründe aus⁶⁵ und gibt den Kostenvoranschlag, welcher für diese Überprüfung anfällt, bekannt.

⁵⁹ Art. 3 Apostillenübereinkommen.

⁶⁰ Art. 5 Apostillenübereinkommen.

⁶¹ www.hcch.net

⁶² Art. 6 Apostillenübereinkommen.

⁶³ Unter der Rubrik «Beglaubigung oder Ausführungen zu Beglaubigung / Apostille» ist das Feld «mit einer Apostille versehen» zu aktivieren.

⁶⁴ Art. 7 Abs. 2 Apostillenübereinkommen.

⁶⁵ Z.B. Zweifel am Inhalt einer Eheurkunde, wonach die Ehe vermutlich nicht zu dem in der Urkunde aufgeführten Zeitpunkt geschlossen worden ist. Z.B. Zweifel am Inhalt einer Geburtsurkunde, wonach die darin aufgeführten Eltern vermutlich nicht die rechtlichen Eltern des Kindes sind etc.

4.3.2.3 Verzicht auf eine Apostille

Die Anbringung einer Apostille darf nicht verlangt werden, wenn zwischen der Schweiz und dem Staat, in welchem die Urkunde ausgestellt wurde, eine sonstige Vereinbarung besteht, welche dies ausschliesst, vereinfacht oder die Urkunde von der Beglaubigung befreit.⁶⁶

Im Weiteren gibt es Fälle, in denen bezüglich eines Mitgliedstaates des Apostillenübereinkommen ausnahmsweise auf die Anbringung von Apostillen im Zivilstandsbereich verzichtet wird. Voraussetzung dafür ist in der Regel, dass im betreffenden Staat keine Verdachtsfälle von Urkundenfälschung bekannt sind und dass das Prinzip der Gegenseitigkeit vereinbart wurde.⁶⁷ Die zuständige Schweizer Zivilstandsbehörde kann in Einzelfällen auch aus anderen Gründen auf die Anbringung einer Apostille verzichten, z.B. wenn sie von der Echtheit des betreffenden Dokuments überzeugt ist. Wird auf die Anbringung einer Apostille verzichtet, so vermerkt die Vertretung dies auf dem Übermittlungsformular 801 entsprechend.⁶⁸

4.3.3 Befreiungen von Beglaubigungsformalitäten oder andere Vereinfachungen

Die Schweiz hat ausserhalb des Apostillenübereinkommen diverse weitere multi- oder bilaterale Übereinkommen ratifiziert, welche Vereinfachungen oder sogar die Befreiung von Beglaubigungen bezüglich des Austausches von Personenstandsurkunden und Ehefähigkeitszeugnissen vorsehen. In diesem Fall entfällt auch die Pflicht zur Anbringung einer Apostille.⁶⁹

Einige der multilateralen Abkommen wurden von der Internationalen Kommission für das Zivilstandswesen (Commission Internationale de l'Etat Civil; CIEC), welcher die Schweiz als Gründungsmitglied von Beginn an angehört, ausgearbeitet. Diese CIEC-Übereinkommen sehen vor, dass Auszüge aus den Zivilstandsregistern, welche von den Mitgliedsstaaten auf eigenen⁷⁰ oder auf nach Übereinkommen vorgesehenen mehrsprachigen Formularen⁷¹ ausgefertigt worden sind, ohne weitere Beglaubigung von den Mitgliedstaaten des Übereinkommens anerkannt werden. Dies gilt auch betreffend Entscheidungen über die Berichtigung von Einträgen in Zivilstandsregistern⁷².

Weiter sind Urkunden, die von diplomatischen oder konsularischen Vertretern eines Vertragsstaates des europäischen Übereinkommens⁷³ errichtet worden sind, von der Beglaubigung

⁶⁶ Art. 3 Abs. 2 Apostillenübereinkommen.

⁶⁷ Der andere Staat verzichtet bezüglich in der Schweiz ausgestellter Urkunden im Zivilstandsbereich ebenfalls auf die Anbringung einer Apostille.

⁶⁸ Da für diesen Fall kein spezielles Feld vorgesehen ist, ist das Feld «auf eine Beglaubigung wird verzichtet» zu aktivieren.

⁶⁹ Art. 3 Abs. 2 Apostillenübereinkommen.

⁷⁰ Siehe das Abkommen über die kostenfreie Abgabe und den Wegfall der Beglaubigung von Zivilstandsurkunden vom 26. September 1957 (SR 0.211.112.12) und das Übereinkommen betreffend die Erweiterung der Zuständigkeit der Behörden, die zur Entgegennahme von Anerkennungen ausserhehlicher Kinder befugt sind vom 14. September 1961 (SR 0.211.112.13).

⁷¹ CIEC-Dokumente, namentlich Geburts-, Ehe- und Todesurkunden sowie Ehefähigkeitszeugnisse. Siehe das Übereinkommen vom 8. September 1976 über die Ausstellung mehrsprachiger Auszüge aus Zivilstandsregistern (SR 0.211.112.112) und das Übereinkommen vom 14. März 2014 über die Ausstellung mehrsprachiger, codierter Auszüge und Bescheinigungen aus Zivilstandsregistern (SR 0.211.112.113) sowie das Übereinkommen über die Ausstellung von Ehefähigkeitszeugnissen vom 5. September 1980 (SR 0.211.112.15).

⁷² Siehe das Übereinkommen betreffend die Entscheidungen über die Berichtigung von Einträgen in Personenstandsbüchern (Zivilstandsregistern) vom 10. September 1964 (SR 0.211.112.14).

⁷³ Europäisches Übereinkommen zur Befreiung der von diplomatischen oder konsularischen Vertretern errichteten Urkunden von der Beglaubigung vom 7. Juni 1968 (SR 0.172.030.3).

ausgenommen. Unter Beglaubigung im Sinn dieses Übereinkommens ist die Formalität zu verstehen, die dazu bestimmt ist, die Echtheit der Unterschrift auf einer Urkunde, die Eigenschaft, in welcher der Unterzeichner der Urkunde gehandelt hat, und gegebenenfalls die Echtheit des Siegels oder Stempels, mit dem die Urkunde versehen ist, zu bestätigen.

Verschiedene bilaterale Abkommen zwischen der Schweiz und anderen Staaten sehen ebenfalls die Befreiung vom Beglaubigungserfordernis für Zivilstandsurkunden⁷⁴ und Gerichtsent-scheide⁷⁵ vor.

In all diesen Fällen, ist seitens der Vertretung im Rahmen der Übermittlung von ausländischen Entscheidungen und Urkunden im Bereich des Zivilstandswesens weder die Einforderung der Anbringung einer Apostille noch eine konsularische Beglaubigung durch die Vertretung erlaubt.

Die Befreiung von der Beglaubigung vermerkt die Vertretung auf dem Übermittlungsformular 801 entsprechend.⁷⁶

4.3.4 Konsularische Beglaubigung durch die Vertretung

4.3.4.1 Überprüfung der Stempel und Unterschriften

Gelangt kein Übereinkommen zur Anwendung, ist eine konsularische Beglaubigung notwendig. Dabei werden der Vertretung in der Regel Dokumente unterbreitet, die bereits durch die zuständige ausländische Behörde überbeglaubigt wurden.⁷⁷ Die Vertretung verfügt über Muster der Unterschriften und Stempel der ausstellenden Behörde oder der für die Überbeglaubigung zuständigen Behörde.

Bei Erhalt der Dokumente prüft die Vertretung die darauf angebrachten Unterschriften und Siegel oder Stempel, um sicherzustellen, dass die unterzeichnende Behörde diese entweder direkt ausgestellt oder überbeglaubigt hat. Hierfür vergleicht sie Unterschrift und Stempel mit den bei ihr hinterlegten Mustern. Bestehen Zweifel an der Echtheit, wendet sich die Vertretung an die ausstellende Behörde.

4.3.4.2 Anbringen der Beglaubigung

Die Beglaubigung des ausländischen Dokuments ist auf dem Übermittlungsformular 801 unter der Rubrik «Beglaubigung des angehefteten Dokuments» vorzunehmen. Auf eine direkte Anbringung der Beglaubigung auf dem zu beglaubigenden Originaldokument wird bewusst verzichtet, damit dessen Unversehrtheit weitestgehend gewährleistet bleibt. Es gilt aber hinsichtlich der vorgenommenen Beglaubigung zwingend eine Referenzangabe, die sich einwandfrei

⁷⁴ Siehe insbesondere die bilateralen Abkommen über den Austausch von Zivilstandsdokumenten und/oder Ausstellung von Ehefähigkeitszeugnissen mit Deutschland (SR 0.211.112.413.6), Österreich (SR 0.211.112.416.3) und Italien (SR 0.211.112.445.4).

⁷⁵ Siehe die Abkommen über die Anerkennung und Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen mit Italien (SR 0.276.194.541), Belgien (SR 0.276.191.721) und Liechtenstein (SR 0.276.195.141), sowie das Abkommen über die gegenseitige Rechtshilfe in Zivil- und Handelssachen vom 21. Dezember 1926 mit der Tschechoslowakischen Republik (SR 0.274.187.411), welches heute gestützt auf die FN 1 in der SR weiterhin zwischen der Schweiz und Tschechien, sowie der Slowakei zur Anwendung gelangt.

⁷⁶ Unter der Rubrik «Beglaubigung oder Ausführungen zu Beglaubigung / Apostille» ist das Feld «von der Beglaubigung befreit» zu aktivieren.

⁷⁷ Die konsularische Beglaubigung durch die Vertretung kann von den Zivilstandsbehörden beispielsweise auch bezüglich einer ausländischen Urkunde verlangt werden, die lediglich eine Beglaubigung der ausländischen Vertretung in der Schweiz aufweist.

dem beglaubigten Dokument zuordnen lässt, auf dem Übermittlungsformular 801 im Feld «Referenzen des Dokuments» aufzuführen.

Allfällige Bemerkungen zur Beglaubigung sind durch die Vertretung auf dem Übermittlungsformular unter der Rubrik «Weitere Bemerkungen und Hinweise der Vertretung» im Feld «Sonstiges» aufzuführen.⁷⁸

In der Folge ist die vorgenommene Beglaubigung mittels Datum, Stempel und Unterschrift direkt in der Rubrik «Beglaubigung des angehefteten Dokuments» des Übermittlungsformulars 801 zu dokumentieren.⁷⁹

4.3.4.3 Verweigerung der Beglaubigung

Können Zweifel betreffend die Zuständigkeit der ausländischen Behörde oder die Echtheit von Unterschrift und Siegel oder Stempel nicht ausgeräumt werden, wird das zu übermittelnde Dokument nicht beglaubigt.

Die Vertretung heftet das ausländische Dokument mit dem Übermittlungsformular 801 zusammen und aktiviert unter der Rubrik «Beglaubigung oder Ausführungen zur Beglaubigung / Apostille» das Feld «Beglaubigung verweigert». Dabei vermerkt sie mittels kurzer Begründung, weshalb die Beglaubigung verweigert wurde (z.B. Unterschrift auf dem Dokument entspricht nicht dem bei der Vertretung hinterlegten Muster). Allfällige weitere Informationen oder Hinweise sind unter der Rubrik «Weitere Bemerkungen und Hinweise der Vertretung» im Feld «Sonstiges» auf dem Übermittlungsformular 801 anzubringen.

Die Beglaubigung ist auch zu verweigern, wenn in einem Land keine Muster der gültigen Unterschriften, Siegel oder Stempel erhältlich gemacht werden können und somit eine Überprüfung der auf einer Urkunde angebrachten Unterschriften und Siegel respektive Stempel nicht möglich ist.

Die Beglaubigung darf demgegenüber nicht verweigert werden, wenn Stempel und Unterschrift der zuständigen ausländischen Behörde echt sind, jedoch Zweifel am Inhalt der vorgelegten Urkunde (z.B. Angaben zur Person) oder an der durch die betroffenen Personen eingereichten Übersetzung bestehen.

4.3.5 Vorgehen der Vertretung bei Zweifeln an der Echtheit des Dokuments und / oder dessen Inhalt

Bestehen Zweifel an der Echtheit der Urkunde, teilt die Vertretung diese im Übermittlungsformular 801 unter der Rubrik «Weitere Bemerkungen und Hinweise der Vertretung» mit. Dies gilt auch bezüglich Zweifeln am Inhalt unabhängig von einer vorgenommenen Beglaubigung, einer vorliegenden Apostille oder einer Befreiung oder einem Verzicht auf Beglaubigungsformalitäten. Dabei kann sie beispielsweise eine Inhaltsüberprüfung der ausländischen Urkunde durch den Vertrauensanwalt empfehlen⁸⁰. Die Vertretung informiert über die für eine vertiefte

⁷⁸ Z.B. Die Beglaubigung wurde gestützt auf die vorhandenen Unterschriftsmuster angebracht. Eine Aussage über den Inhalt der Urkunde kann jedoch nicht gemacht werden. Im betreffenden Land ist die Korruption hoch und der «Kauf» einer Urkunde lässt sich nicht ausschliessen.

⁷⁹ Datum, Stempel und Unterschrift sind unter der Rubrik «Beglaubigung oder Ausführungen zu Beglaubigung / Apostille» nur anzubringen, wenn eine konsularische Beglaubigung vorgenommen wurde.

⁸⁰ Art. 5 Abs. 1 Bst. g ZStV; siehe dazu Ziff. 12.2.

Überprüfung zu erwartenden Kosten (siehe Ziffer 12.1) sowie über allfällige dafür erforderliche Dokumente und Informationen.

Die für die Anerkennung der Dokumente zuständige Schweizer Zivilstandsbehörde entscheidet, ob die Dokumente trotz der geäusserten Zweifel anerkannt werden, ob deren Inhalt einer Überprüfung zu unterziehen ist⁸¹ oder ob die Zweifel so gross sind, dass die Glaubwürdigkeit der übermittelten Dokumente von vornherein verneint werden muss, wodurch sich weitere Abklärungen erübrigen.

4.3.6 Ermessen der zuständigen Schweizer Zivilstandsbehörden

Auch bei Vorliegen der erforderlichen Beglaubigungsformalitäten liegt die Kompetenz der Eintragung einer ausländischen Entscheidung oder Urkunde über den Zivilstand bei der zuständigen Schweizer Zivilstandsbehörde. Sie hat bei Vorliegen von Zweifeln in jedem Fall die Möglichkeit, die Echtheit oder den Inhalt eines Dokumentes vertieft überprüfen zu lassen⁸², auch wenn die Vertretung im Rahmen der Dokumentenübermittlung keine diesbezüglichen Zweifel gemäss Ziff. 12.1 äussert.

Umgekehrt bedeutet das Fehlen einer Beglaubigung oder einer Apostille nicht zwingend, dass einem ausländischen Dokument die Anerkennung zu versagen ist. Die kantonale Aufsichtsbehörde im Zivilstandswesen kann beispielsweise die Eintragung der Personenstandsdaten trotz fehlender Beglaubigung des Dokuments anordnen, die Anerkennung des Dokuments ohne weitere Prüfung verweigern oder vor Ort weitere Nachforschungen und Abklärungen betreffend die Echtheit des Dokuments und/oder des Inhalts des Dokuments veranlassen⁸³.

4.4 Übermittlung ausländischer Entscheidungen und Urkunden über den Zivilstand

4.4.1 Grundsatz

Da es sich um Originaldokumente handelt, ist die Übermittlung von ausländischen Entscheidungen oder Urkunden über den Zivilstand zwingend via Kurierdienst des EDA in die Schweiz vorzunehmen. Von dort gelangt die Sendung an den Dokumentenübermittlungsdienst des BJ/FIS, welcher gleichentags die Sortierung und Weiterleitung an die zuständigen kantonalen Aufsichtsbehörden im Zivilstandswesen (AB) vornimmt. Dabei werden die Übermittlungsdossiers vom BJ/FIS weder geprüft noch registriert. Es werden lediglich von buchhalterisch relevanten Rechnungsstellungen Kopien erstellt.

Damit der Übermittlungsweg klar ist und alle für die Übermittlung der Dokumente erforderlichen Angaben in einheitlicher Form erfolgen, füllt die Vertretung das auf die jeweilige Dokumentenübermittlung zugeschnittene Übermittlungsformular 801 aus. Dabei stehen folgende Formulare zur Verfügung:

- für die Übermittlung einer Geburtsurkunde «Form. 801 Geburt»;
- für die Übermittlung einer Todesurkunde «Form. 801 Tod»;

⁸¹ Siehe Ziffer 12.2.

⁸² Siehe Ziffer 12.2.

⁸³ Siehe Ziffer 12.2.

- für die Übermittlung einer Eheurkunde «Form. 801 Ehe»;
- für die Übermittlung einer Scheidungsurkunde «Form. 801 Scheidung»;
- für die Übermittlung einer Partnerschaftsurkunde «Form. 801 Partnerschaft»;
- für die Übermittlung der Urkunde über die Auflösung der Partnerschaft «Form. 801 Auflösung der Partnerschaft»;
- für die Übermittlung einer Kindesanerkennung «Form. 801 Kindesanerkennung»;
- für die Übermittlung einer Adoptionsurkunde «Form. 801 Adoption»;
- für die Übermittlung eines Namensänderungsnachweises «Form. 801 Namensänderung »;
- für die Übermittlung einer sonstigen Urkunde «Form. 801 Andere Urkunden».

Bei Zweifeln über das Vorgehen im Rahmen einer Dokumentenübermittlung informiert die Vertretung die zuständigen Schweizer Zivilstandsbehörden und ersucht diese bei Bedarf um Anweisung bezüglich des weiteren Vorgehens (siehe Ziff. 2.3 u. Ziff. 11.3).⁸⁴

Die Vertretung stellt sicher, dass alle erforderlichen Angaben und Bemerkungen sowie die dazugehörenden Beilagen auf dem entsprechenden Übermittlungsformular aufgeführt sind.

Die Person, welche das Übermittlungsformular 801 ausgefüllt hat, bestätigt die Richtigkeit der vorgenommenen Übersetzung und die korrekte Übertragung der Angaben aus dem ausländischen Dokument sowie der weiteren Angaben auf dem Formular 801. Sie trägt Namen und Vornamen sowie Funktion ein, unterzeichnet das Formular und versieht es mit dem Stempel der Vertretung.⁸⁵

Auskünfte über den Verbleib der Dokumente können ausschliesslich die für den Versand zuständige Vertretung respektive die für die Beurteilung der Anerkennung und Eintragung im Personenstandsregister zuständigen Zivilstandsbehörden in der Schweiz (AB, ZA) erteilen. Das BJ/FIS führt keine Ein- und Ausgangskontrolle der über sie abgewickelten Dokumentenübermittlung und kann somit keine Auskünfte zu den übermittelten Dossiers erteilen.

Die zuständige Aufsichtsbehörde prüft nach Erhalt der Dokumentenübermittlung, ob es sich um rechtlich anerkennbare Zivilstandsereignisse oder Zivilstandstatsachen handelt. Bejahendenfalls verfügt sie deren Anerkennung und Eintragung in das Personenstandsregister.⁸⁶ Beantragt die Vertretung im Formular 801 eine Eintragungsbestätigung, so ist diese durch das Zivilstandsamt, das die Beurkundung vorgenommen hat, zu liefern.

Wird die Eintragung im Personenstandsregister verweigert, so ist dies der im Ausland wohnhaften Person via Vertretung durch die Aufsichtsbehörde schriftlich zu eröffnen.

⁸⁴ Z.B. Eine Person liefert trotz Aufforderung nicht alle beizubringenden Dokumente. In diesem Fall ist eine Übermittlung der bereits vorhandenen Dokumente an die zuständige Aufsichtsbehörde angezeigt, welche gegebenenfalls eine Registersperre anordnen kann (Art. 46 u. 46a ZStV).

⁸⁵ Rubrik «Bestätigung der Richtigkeit der Übersetzung und der Angaben auf diesem Formular».

⁸⁶ Art. 32 IPRG i.V.m. Art. 6a ZStV.

4.4.2 Zuständige Behörden

Zuständig für die Anerkennung ausländischer Entscheidungen und Urkunden über den Zivilstand von Schweizerinnen und Schweizer respektive von ausländische Staatsangehörigen, die zu Schweizerinnen oder Schweizern in einem familienrechtlichen Verhältnis stehen, ist die kantonale Aufsichtsbehörde im Zivilstandswesen des Heimatkantons der involvierten Person mit Schweizer Bürgerrecht⁸⁷. Hat eine Person mehrere Heimatorte, so ist die Dokumentensendung in der Regel an den erstgenannten Heimatort (gemäss Schweizer Ausweispapier der betreffenden Person) zu senden. In der Folge entscheidet die Aufsichtsbehörde des Heimatkantons, der die ausländische Entscheidung oder Urkunde vorgelegt wird⁸⁸.

Ausländische Entscheidungen oder Urkunden von ausländischen Personen, die bereits im Personenstandsregister erfasst sind, sind durch die Zivilstandsbehörden am aktuellen Wohnsitz der Person oder am Ort, an dem anschliessend eine weitere Amtshandlung vorzunehmen ist, subsidiär am Geburtsort anzuerkennen.⁸⁹

Dienen die zu übermittelnden Entscheidungen und Urkunden der Personenaufnahme, ist die Aufsichtsbehörde oder das Zivilstandsamt, welches die Dokumente zur Prüfung unterbreitet hat (Form. «Auftrag der Zivilstandsbehörden an CHV»), zuständig. Gelangt die ausländische Person direkt an die Vertretung, so hat sie nachzuweisen, bei welcher Zivilstandsbehörde in der Schweiz die Personenaufnahme erfolgt. Können dazu keine konkreten Angaben gemacht werden, hat die Vertretung die Dokumente zurückzuweisen.

Die Übermittlung erfolgt nach den unter Ziff. 2.3.1 beschriebenen Übermittlungsgrundsätzen.

Die Vertretung vermerkt in der Kopfzeile des Übermittlungsformulars 801 die Kantonsabkürzung der ermittelten zuständigen kantonalen Aufsichtsbehörde im Zivilstandswesen (siehe Ziff. 2.2.3) als Empfänger der Urkundensendung. Der Fachbereich BJ/FIS prüft im Rahmen der Weiterleitung der Urkundensendung nicht, ob die als Empfänger vermerkte kantonale Aufsichtsbehörde tatsächlich zuständig ist. Überdies fügt die Vertretung ihren Sitz, das Übermittlungsdatum und ihre Referenz in der Kopfzeile des Übermittlungsformulars ein.

4.4.3 Zusätzliche Angaben

Nebst den Angaben aus den zu übermittelnden Dokumenten kann es sein, dass zusätzliche Informationen und Angaben für die Schweizer Zivilstandsbehörden erforderlich sind. Aus diesem Grund wurde im Übermittlungsformular 801 eine Rubrik «Zusätzliche Angaben aus weiteren Dokumenten und gegebenenfalls aus dem Auslandschweizerregister» vorgesehen.

Es handelt sich dabei um Angaben, die nicht direkt aus dem angehefteten Dokument stammen (z.B. Zivilstand vor der zu übermittelnden Eheschliessungsurkunde). Idealerweise werden diese Rubriken unmittelbar elektronisch aus dem Auslandschweizerregister (E-VERA) ausgefüllt. Dabei sind die Angaben mit dem Stand im Zeitpunkt vor der Änderung der Angaben gestützt auf den zu übermittelnden Entscheid oder die Urkunde im Zivilstandswesen einzutragen.

Die aufgrund des zu übermittelnden Dokuments vorzunehmenden Änderungen der Personenstandsdaten sollten im Hinblick auf die Rechtssicherheit erst im Auslandschweizerregister ein-

⁸⁷ Art. 32 IPRG, Art. 23 ZStV.

⁸⁸ Art. 23 Abs. 1 ZStV.

⁸⁹ Art. 23 Abs. 2 Bst. b und c ZStV. Massgebend ist der aktuelle Wohnsitz im Zeitpunkt des Anerkennungsverfahrens und nicht der Wohnsitz im Zeitpunkt des Ereignisses.

getragen werden, wenn die entsprechende Eintragungsbestätigung dafür seitens der Zivilstandsbehörden vorliegt. Ansonsten besteht die Gefahr, dass es zu unterschiedlichen Registereinträgen kommt, wobei der Eintrag im Schweizer Personenstandsregister erhöhte Beweiskraft genießt (Art. 9 ZGB).

Ausserdem kann die Vertretung Angaben, welche ihr aus weiteren Dokumenten bekannt sind (z.B. aktueller Wohnsitz gemäss Wohnsitzbestätigung), im Übermittlungsformular aufführen. Ist für eine Angabe kein Feld vorhanden, so ist diese im Feld «Weitere Angaben» einzutragen.

Hat die Vertretung bereits Nachforschungen zu den Angaben unternommen oder Informationen überprüft, so hat sie dies unter der Rubrik «Weitere Bemerkungen und Hinweise der Vertretung» im Feld «Sonstiges» zu vermerken.

Zusätzliche Angaben dienen der raschen Zuordnung der betreffenden Angaben zu den involvierten Personen und vermeidet ergänzende Rückfragen seitens der Zivilstandsbehörden.

Verfügt die Vertretung über keine zusätzlichen Angaben, so ist die Rubrik «Zusätzliche Angaben aus weiteren Dokumenten und gegebenenfalls aus dem Auslandschweizerregister» leer zu lassen.

4.4.4 Beilagen

Die Vertretung stellt sicher, dass alle Dokumente in der Rubrik «Beilagen» einzeln aufgeführt und der Urkundensendung beigelegt werden. Bei der Nennung der Beilagen können die üblichen Abkürzungen verwendet werden:

- GU (für «Geburtsurkunde» oder «Geburtsschein»);
- HU (für «Heiratsurkunde» oder «Eheschein»);
- TU («Todesurkunde» oder «Todesschein»);
- SU («Scheidungsurteil»).

Folgende Dokumente sind beispielsweise nebst den zu übermittelnden Urkunden als Beilagen aufzuführen:

- Prüfbericht elektronische Beglaubigung;
- Prüfbericht elektronische Apostille;
- Bericht Vertrauensanwalt;
- Mitwirkung einer Dolmetscherin oder einer Übersetzerin bzw. eines Dolmetschers oder Übersetzers
- Rechtsbelehrung Kindeserkennung nach schweizerischem Recht durch Vermittlung einer Schweizer Vertretung im Ausland

Werden im Rahmen einer Urkundensendung weitere Urkunden als Beilage mitgeschickt, so sind diese jeweils mit einem eigenen Übermittlungsformular 801 zu versehen. Damit lassen sich insbesondere die Übersetzung der wesentlichen Angaben der betreffenden Urkunde sowie die Informationen betreffend Beglaubigung und gegebenenfalls weitere Bemerkungen und Hinweise vorschriftsgemäss anbringen und mit der zugehörigen Beilage übermitteln.

Kein separates Übermittlungsformular 801 ist auszufüllen, wenn ein in einer der Schweizer Landessprachen (d, f, i) verfasstes und von der Beglaubigung befreites Dokument oder ein

CIEC-Dokument als Beilage übermittelt wird und keine weiteren Bemerkungen und Hinweise zu dieser Beilage erforderlich sind.

4.4.5 Spezialrubriken einzelner Formulare 801

Ergänzend zu den allgemeinen Regeln zur Verwendung sowie der generellen Anleitung zum Ausfüllen der Formulare 801 sind folgende Spezialrubriken zu beachten:

- Übermittlung einer Geburtsurkunde mittels «Form. 801 Geburt»: Spezialrubrik «Besondere Angaben zur Entstehung des Kindesverhältnisses».
- Übermittlung einer Scheidungsurkunde oder Urkunde über die Auflösung der Partnerschaft mittels «Form. 801 Scheidung» oder «Form. 801 Auflösung der Partnerschaft»: Spezialrubriken «Das rechtliche Gehör der beiden Parteien im Verfahren wurde gewahrt»; «Gemeinsame Kinder»; «Besondere Angaben zum Datum der rechtlichen Auflösung der Ehe/Partnerschaft bei fehlender Rechtskraftbescheinigung».
- Übermittlung einer Adoptionsurkunde mittels «Form. 801 Adoption»: Spezialrubrik «Adoption nach Haager Adoptionsübereinkommen».

4.4.5.1 Übermittlung einer Geburtsurkunde mit Angaben zur Entstehung des Kindesverhältnisses

Auf dem Übermittlungsformular einer Geburtsurkunde («Form. 801 Geburt») besteht unter der Rubrik «Weitere Bemerkungen und Hinweise der Vertretung» die Möglichkeit, «Besondere Angaben zur Entstehung des Kindesverhältnisses» zu vermerken. Hier geht es darum, ein in der Geburtsurkunde ausgewiesenes Kindesverhältnis (KV) näher zu beschreiben.

Dies ist insbesondere in folgenden Fallkonstellationen erforderlich:

- Es gibt keine separaten Dokumente, welche die Entstehung des in der Geburtsurkunde aufgeführten Kindesverhältnisses zum Vater belegen. Betroffen sind in der Regel Fälle, in denen die Eltern des Kindes ledig oder nicht miteinander verheiratet sind und der Kindsvater in der Geburtsurkunde als Vater des Kindes aufgeführt wird, ohne einen Nachweis (wie z.B. Kindesanerkennung oder gerichtliche Feststellung des Kindesverhältnisses) zur Begründung dieses Kindesverhältnisses liefern zu können. Es gilt daher durch die Vertretung allenfalls zu präzisieren, gestützt auf welche rechtlichen Grundlagen am Ort der Ausstellung der Geburtsurkunde das Kindesverhältnis entstanden ist (z.B. Erklärung des Vaters anlässlich der Geburtsmeldung, ohne dass dazu ein separates Anerkennungsdokument erstellt werden kann)⁹⁰.
- Es handelt sich um einen Fall von Leihmutterschaft, bei welchem die in der Geburtsurkunde aufgeführte Mutter das Kind nicht selber ausgetragen hat. Die Vertretung hat auf das Vorliegen einer Leihmutterschaft hinzuweisen und gegebenenfalls die rechtlichen Bestimmungen aufzuführen, welche im betreffenden Land zur Eintragung der Wunschmutter auf der Geburtsurkunde geführt haben.

⁹⁰ Kreisschreiben EAZW Nr. 20.08.01.01 vom 15. Januar 2008 «Nachweis der Entstehung des Kindesverhältnisses nach ausländischem Recht».

- In der Geburtsurkunde sind unter der Rubrik «Vater» fiktive Angaben aufgeführt (z.B. zum Schutz der Mutter). In diesem Fall hat die Vertretung zu vermerken, dass es bei den Angaben zum Vater nicht um tatsächliche Angaben handelt und somit ein Kindesverhältnis zu einem Vater fehlt.
- In der Geburtsurkunde ist die Mutter sowie deren Partnerin als Eltern des Kindes aufgeführt. Die Vertretung legt dar, gestützt auf welche rechtlichen Bestimmungen ein rechtliches Kindesverhältnis zur Partnerin der Mutter zustande gekommen ist (z.B. Co-Mutterschaft gestützt auf Bestimmungen des Fortpflanzungsmedizingesetzes des betreffenden Landes).
- Ist bei einer verheirateten Kindsmutter nicht der Ehemann als Vater des Kindes in der Geburtsurkunde, sondern ein anderer Mann als Kindsvater eingetragen, so sind unter Umständen ebenfalls zusätzliche Angaben zur Entstehung des Kindesverhältnisses erforderlich (z.B. Vaterschaftsvermutung des Ehemannes greift nicht, weil die gesetzlichen Bestimmungen im betreffenden Land die Kindesanerkennung durch den Kindsvater zulassen, wenn die Kindsmutter getrennt von ihrem Ehemann lebt).
- Hat die Vertretung Kenntnis davon, dass es sich bei der in der Geburtsurkunde gestützt auf eine Anerkennung eingetragenen Vaterschaft um eine Gefälligkeitsanerkennung handelt (Anerkennender weiss, dass er nicht der Vater des Kindes ist und umgeht mit der Anerkennung die Adoptionsvorschriften), so hat sie dies ebenfalls zu vermerken.
- Fehlen Angaben zur Kindsmutter auf der ausländischen Geburtsurkunde, so ist ebenfalls kurz zu beschreiben, wie es dazu kommt (z.B. Kind wurde durch eine Leihmutter ausgetragen und das ausländische Recht trägt nur den genetischen Vater des Kindes auf der Geburtsurkunde ein).

Die Vertretung vermerkt in diesen Fällen, gestützt auf welche rechtlichen Grundlagen am Ort der Ausstellung der Geburtsurkunde das Kindesverhältnis entstanden ist oder eben kein Kindesverhältnis entstanden ist.

Wenn die Eltern des Kindes ledig oder nicht miteinander verheiratet sind, sind in der Rubrik «Zusätzliche Angaben aus weiteren Dokumenten und gegebenenfalls aus dem Auslandsschweizerregister» im Feld «Weitere Angaben» zudem das Geburtsdatum und der Geburtsort des Schweizer Elternteils anzugeben sowie Namen und Vornamen von dessen Eltern (d.h. der Grosseltern des Kindes, dessen Geburt gemeldet wird).

4.4.5.2 Übermittlung einer Scheidungsurkunde oder einer Urkunde über die Auflösung der Partnerschaft mit fehlender Rechtskraftbescheinigung

Unter der Rubrik «Weitere Bemerkungen und Hinweise der Vertretung» ist einzutragen, ob das rechtliche Gehör der beiden Parteien im Verfahren gewahrt wurde. Diese Informationen lassen sich in der Regel der Scheidungsurkunde respektive der Urkunde über die Auflösung der Partnerschaft entnehmen. Dabei gilt es zu prüfen, ob beide Parteien Kenntnis vom Verfahren und vom gefällten Auflösungsentscheid hatten (gehörige Vorladung) und ob sie ihren Anspruch auf rechtliches Gehör wahrnehmen konnten. Falls dies aus dem vorgelegten Entscheid nicht hervorgeht, ist die betroffene Person aufzufordern, schriftlich zu bestätigen, dass ihr rechtliches Gehör gewährt wurde.

Je nach Land ist beispielsweise bei einer Scheidung nebst dem Auflösungsentscheid eine Eheurkunde beizubringen, auf welcher die Scheidung als Randanmerkung eingetragen ist. Damit lässt sich der Nachweis erbringen, dass die Scheidung in Rechtskraft erwachsen ist und beurkundet wurde.

Angaben zu gemeinsamen Kindern sind durch aktivieren eines der dafür vorgesehenen Kästchen (Ja/Nein/Keine Angabe) zu vermelden.

Im Weiteren besteht die Möglichkeit unter der Rubrik «Weitere Bemerkungen und Hinweise der Vertretung», im Feld «besondere Angaben zum Datum der rechtlichen Auflösung der Ehe oder Partnerschaft bei fehlender Rechtskraftbescheinigung» Bemerkungen anzubringen. Stellt ein Land beispielsweise keine konkrete Rechtskraftbescheinigung aus, so hat die Vertretung dies zu vermerken. Dabei hat die Vertretung auszuführen, ab welchem Datum gestützt auf die einschlägigen rechtlichen Bestimmungen vor Ort der Entscheid in Rechtskraft erwachsen ist. Besteht dennoch weiterhin eine Unsicherheit darüber, ob nicht doch ein Rechtsmittel ergriffen worden ist, sind die Betroffenen aufzufordern, eine schriftliche Bestätigung beizubringen, in welcher sie erklären, kein Rechtsmittel gegen den Auflösungsentscheid ergriffen zu haben. Die Bekanntgabe eines genauen Datums der rechtlichen Auflösung einer Ehe oder Partnerschaft ist für die Beurkundung im Schweizer Personenstandsregister unerlässlich.

4.4.5.3 Übermittlung einer Adoptionsurkunde

Das Gericht oder die Behörde, welche die Adoption ausgesprochen hat, sowie das Entscheid- und Rechtskraftdatum sind auf der ersten Seite des Übermittlungsformulars («Form. 801 Adoption») einzutragen.

Unter der Rubrik «Beilagen» sind die Geburtsurkunde vor der Adoption und die Geburtsurkunde nach der Adoption aufzuführen. Diese Dokumente sind der Urkundensendung beizufügen und jeweils mit einem eigenen «Form. 801 Geburt» zu versehen (siehe Ziff. 4.4.4).

Unter der Rubrik «Weitere Bemerkungen und Hinweise der Vertretung» ist zu vermerken, ob die Adoption nach dem Haager Adoptionsübereinkommen⁹¹ erfolgte. Falls ja, ist die Bescheinigung gemäss Art. 23 Abs. 1 Adoptionsübereinkommen beizulegen und unter der Rubrik «Beilagen» aufzuführen.

4.4.6 Übermittlung von beglaubigten Kopien

Ist es nicht möglich oder nicht zumutbar, die Originaldokumente zu übermitteln, können vom Originaldokument ausnahmsweise beglaubigte Kopien erstellt und übermittelt werden. Im Übermittlungsformular ist unter der Rubrik «Weitere Bemerkungen und Hinweise der Vertretung» im Feld «Sonstiges» kurz zu begründen, weshalb nicht das Original, sondern eine beglaubigte Kopie übermittelt wird.

Hält es die kantonale Aufsichtsbehörde im Zivilstandswesen für notwendig, kann sie die Vorlage des Originaldokuments verlangen.

Einige Staaten stellen das Original eines Zivilstandsdokuments in elektronischer Form aus. Für dessen Übermittlung wird auf die Ausführungen in Ziffer 4.5 verwiesen.

⁹¹ Übereinkommen über den Schutz von Kindern und die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Internationalen Adoption vom 29. Mai 1993 (Adoptionsübereinkommen; SR 0.211.221.311; CLaH 93).

4.5 Umgang mit elektronischen Dokumenten sowie elektronisch angebrachten Beglaubigungen und Apostillen

Gewisse Länder stellen elektronische Dokumente aus. Auch die Beglaubigung oder Anbringung einer Apostille erfolgt in gewissen Ländern in elektronischer Form.

Elektronische Zivilstandsurkunden sowie darin elektronisch angebrachte Beglaubigungen und Apostillen sind durch die Vertretung bezüglich Überprüfung und Übersetzung gleich zu behandeln wie Dokumente, Beglaubigungen und Apostillen in Papierform. Der einzige Unterschied besteht darin, dass die Vertretung das Originaldokument in elektronischer Form erhält und den Schweizer Zivilstandsbehörden in diesen Fällen nicht das elektronische Originaldokument, sondern den davon erstellten Ausdruck in Papierform übermittelt.

Für die Prüfung elektronischer Dokumente sind die zugänglichen Informationen der ausstellenden Behörde zu konsultieren. Üblicherweise verweist die ausstellende Behörde hierfür auf eine staatliche Webseite. Auf dieser kann mittels Eingabe des auf dem elektronisch erhaltenen Dokument vermerkten Code entweder die Zuständigkeit der ausstellenden Behörde geprüft oder die elektronische Beglaubigung oder Apostille bzw. das ausländische Dokument komplett⁹² abgerufen werden. Ein Grossteil der Länder, die elektronische Dokumente und elektronische Beglaubigungen oder elektronische Apostillen ausstellen, sind auf der Homepage der Haager Konferenz für Internationales Privatrecht (Haager Konferenz; HCCH) aufgeführt⁹³. Über diese Seite der Haager Konferenz kann direkt auf die Internetseite des jeweiligen Landes zugegriffen werden, um weitere Informationen zu erhalten oder elektronische Dokumente zu prüfen.

Zu beachten ist in diesem Zusammenhang, dass je nach Staat und elektronischer Abrufbarkeit die Überprüfung elektronischer Dokumente nur für einen bestimmten Zeitraum vorgenommen werden kann.⁹⁴ Ein zeitnaher Abruf der elektronischen Urkunde, Beglaubigung oder Apostille ist daher erforderlich, um die Überprüfung dokumentieren zu können. In Fällen, in denen auf dem ausländischen Dokument ein QR-Code⁹⁵ für einen Schnellzugriff auf die ausländische Überprüfungsseite vermerkt ist, ist dieser via Smartphone oder Scanner einzulesen, um direkt auf die betreffende Überprüfungsseite zu gelangen.

In der Folge druckt die Vertretung das elektronische Dokument sowie den dazu gegebenenfalls erlangten Prüfbericht (Ergebnis der Prüfung der Beglaubigung/Apostille etc.) aus und versieht es mit dem Vermerk «Stimmt mit dem elektronischen Original überein». Wird das Dokument als Ganzes abgerufen, ohne dass ein Prüfbericht dazu generiert werden kann, ist dies unter der Rubrik «Elektronische Dokumente» im Feld «Bemerkungen» anzubringen.⁹⁶

Die Übermittlung des elektronisch erhaltenen Dokuments erfolgt in Papierform mittels entsprechendem Übermittlungsformular 801. Unter der Rubrik «Elektronische Dokumente» können die für die vorgenommene Prüfung respektive den vorgenommenen Abruf vorgesehenen Käst-

⁹² Abgleich des Inhalts des elektronisch erhaltenen Dokuments mit dem auf der staatlichen Internetseite abrufbaren Dokument.

⁹³ www.hcch.net.

⁹⁴ Dies ist im unter der Rubrik «Elektronische Dokumente» im Feld «Bemerkungen» zu vermerken (z.B. elektronisches Dokument nur während einer befristeten Zeit abrufbar).

⁹⁵ Quadratische Matrix aus schwarzen und weissen Quadraten, die die kodierten Daten binär darstellen.

⁹⁶ Abruf des Originals auf der offiziellen Seite des betreffenden Staates vorgenommen und keine Unterschiede zum elektronisch erhaltenen Dokument festgestellt.

chen aktiviert sowie allfällige Bemerkungen angebracht werden. Wurde ein Prüfbericht generiert, so ist dieser ebenfalls beizulegen und unter der Rubrik «Beilagen» aufzuführen. Ansonsten gelten die üblichen Vorschriften bezüglich der Übermittlung. Das heisst, das ausgedruckte Dokument ist mit einem entsprechenden Übermittlungsformular 801 zu versehen und in der üblichen Form auszufüllen.

4.6 Bestätigung der Eintragung

Die Vertretung kann auf dem Übermittlungsformular das Kästchen «Die Vertretung beantragt eine Eintragungsbestätigung» aktivieren.

Beantragt die Vertretung eine Eintragungsbestätigung, so ist diese in Form einer Mitteilung (eine Bestätigung in Form einer Urkunde ist nicht zulässig) aus Infostar durch das zuständige Sonderzivilstandsamt oder Zivilstandsamt, dass die Beurkundung vorgenommen hat, zu liefern. Die aus dem entsprechenden Geschäftsfall im Personenstandsregister generierte Mitteilung ist mit dem Vermerk «ausschliesslich zu amtsinternem Gebrauch» zu versehen. Um die Zuordnung des Geschäfts bei der zuständigen Vertretung sicherzustellen, müssen zusätzlich auf der Eintragungsbestätigung der Sitz und die Referenzangaben der Vertretung vermerkt werden. Aktuell verwendete Lösungen (Eintragungsbestätigung aus Geschäftsverwaltungssystemen, Eintragungsverfügungen von der verfügenden Aufsichtsbehörde, usw.) können weiterhin beibehalten werden.

Das Zivilstandsamt kann bei der Rücksendung der Eintragungsbestätigung oder der entsprechenden, aus Infostar generierten Mitteilung via BJ/FIS ein Übermittlungsformular 801 (Form. 801 Mitteilung an CHV) verwenden und darauf die zuständige Schweizer Vertretung sowie deren Referenzangaben vermerken.

Die Eintragungsbestätigung respektive die aus Infostar generierte Mitteilung dient ausschliesslich der Aktualisierung des Auslandschweizerregisters und darf nicht an Private ausgehändigt werden (siehe dazu Ziff. 2.3.1). Es erfolgt keine Information der Privaten durch die Vertretung bezüglich erfolgter Eintragung; eine Auskunftserteilung auf Anfrage hin ist jedoch zulässig. Private haben bei Bedarf einen gebührenpflichtigen Auszug aus dem Personenstandsregister zu verlangen, wenn sie einen Beleg für die erfolgte Nachbeurkundung im Personenstandsregister wünschen oder benötigen. Sie können auch die entsprechende Eintragungsverfügung verlangen, da eine ausländische Entscheidung oder Urkunde über den Zivilstand aufgrund einer Verfügung der zuständigen kantonalen Aufsichtsbehörde in das Zivilstandsregister eingetragen wird.⁹⁷ Wird die Eintragung verweigert, so ist dies den Betroffenen mitzuteilen.

⁹⁷ Art. 32 IPRG.

5 Entgegennahme und Übermittlung von Gesuchen und Erklärungen für die Eheschliessung in der Schweiz und Übermittlung Schweizer Ehefähigkeitszeugnisse für die Eheschliessung im Ausland

5.1 Voraussetzungen und Überblick über das Verfahren

Verlobte, die in der Schweiz heiraten möchten, müssen dafür vorgängig das entsprechende Vorbereitungsverfahren durchlaufen⁹⁸. Gleiches gilt für Schweizerinnen und Schweizer, die im Ausland heiraten möchten, sofern die ausländischen Behörden ein Ehefähigkeitszeugnis verlangen.

Zuständig für die Durchführung des Vorbereitungsverfahrens ist das Zivilstandsamt des Schweizer Wohnsitzes einer oder eines der Verlobten oder – bei Wohnsitz im Ausland – das Zivilstandsamt, das die Trauung in der Schweiz durchführen soll.⁹⁹ Zuständig für das Gesuch um Ausstellung eines Ehefähigkeitszeugnisses ist das Zivilstandsamt des Schweizer Wohnsitzes einer oder eines der Verlobten oder – bei Wohnsitz im Ausland – das Zivilstandsamt des Heimatortes einer oder eines der Verlobten.¹⁰⁰

Hält sich eine oder einer der Verlobten oder beide Verlobten im Ausland auf, müssen sie für das Vorbereitungsverfahren nicht zwingend in die Schweiz zum zuständigen Zivilstandsamt reisen. Sie können die für die Durchführung des Vorbereitungsverfahrens notwendigen Dokumente und Erklärungen auch auf der für sie zuständigen Vertretung abgeben und dem zuständigen Zivilstandsamt übermitteln lassen¹⁰¹.

Das Verfahren läuft im Überblick wie folgt ab:

- Verlobte, die sich im Ausland aufhalten, können das Gesuch um Durchführung des Vorbereitungsverfahrens durch Vermittlung der zuständigen Vertretung einreichen. Die Vertretung klärt ab, ob die Eheschliessung in der Schweiz oder im Ausland stattfinden soll. Je nach dem muss das entsprechende Gesuchsformular verwendet werden (siehe Ziff. 5.2 respektive Ziff. 5.3).
- Die Verlobten haben die erforderlichen Dokumente beizubringen (siehe Ziff. 5.4.2) und müssen die Erklärung betreffend die Voraussetzungen für die Eheschliessung persönlich auf der Vertretung abgeben und eigenhändig unterzeichnen (5.5; für Ausnahmen vom persönlichen Erscheinen siehe Ziff. 5.4.4).
- Dabei sind die Sprachkenntnisse der vorsprechenden Verlobten zu berücksichtigen (siehe Ziff. 5.4.3).
- Soweit die Voraussetzungen gegeben sind, können sie auch eine Erklärung über die Namensführung nach der Eheschliessung auf der Vertretung abgeben (siehe Ziff. 5.6).
- Anschliessend übermittelt die Vertretung die Unterlagen an das zuständige Zivilstandsamt in der Schweiz (siehe Ziff. 5.7), worauf dieses das Vorbereitungsverfahren durchführt und abschliesst (siehe Ziff. 5.8).

⁹⁸ Art. 62 ff. ZStV.

⁹⁹ Art. 62 Abs. 1 ZStV.

¹⁰⁰ Art. 75 Abs. 2 ZStV.

¹⁰¹ Art. 63 Abs. 2 ZStV.

Es gelten die allgemeinen Verfahrensregeln gemäss Ziffer 2.2: Die Vertretung prüft allfällige Ausstandsgründe, ihre Zuständigkeit sowie die Identität und Handlungsfähigkeit der vorsprechenden Personen.

Die Gebühren und Auslagen für die zivilstandsamtlichen Aufgaben der Vertretung sowie des BJ/FIS kassiert die Vertretung direkt bei den Verlobten ein, sobald diese bei der Vertretung vorsprechen. Wohnt eine oder einer der Verlobten in der Schweiz und reicht diese oder dieser ihr bzw. sein Gesuch beim Zivilstandsamt ein, so kassiert das zuständige Zivilstandsamt ihre bzw. seine Gebühren und Auslagen direkt bei dieser Person ein (inkl. Kosten für die Ausstellung des Ehefähigkeitszeugnisses). Wohnen beide Verlobten im Ausland oder reichen sie ihr Gesuch gemeinsam bei der Vertretung ein, muss die Vertretung einen entsprechenden Kostenvorschuss für die bei den Zivilstandsbehörden in der Schweiz entstehenden Kosten sowie für die Übermittlungsgebühren BJ/FIS verlangen. Er dient zur Deckung der in einem ersten Schritt anfallenden Gebühren und Auslagen (die Prüfung des Gesuchs um Vorbereitung der Eheschliessung und Mitteilung über den Abschluss des Verfahrens etc.).¹⁰²

5.2 Eheschliessung ist in der Schweiz vorgesehen

Verlobte, die sich im Ausland aufhalten und in der Schweiz heiraten möchten, nehmen für die Einreichung des Gesuchs um Vorbereitung der Eheschliessung Kontakt mit der Vertretung auf. Diese vereinbart einen Termin und teilt mit, welche Dokumente benötigt werden (siehe Ziff. 5.4.2) und wie der Ablauf des Verfahrens aussieht.

Die Vertretung kann das Gesuchsformular «Gesuch um Durchführung des Vorbereitungsverfahrens der Eheschliessung oder Ausstellung eines Ehefähigkeitszeugnisses» (Form. M-34-Ehe-2022 -) anlässlich der persönlichen Vorsprache der Verlobten am vereinbarten Termin ausfüllen lassen, es einer oder einem der Verlobten oder auch beiden Verlobten vorab elektronisch oder per Post zusenden oder es online auf der Website der Vertretung zur Verfügung stellen. In diesem Fall kann das Gesuch von den Verlobten ausgefüllt und unterschrieben der Vertretung zugesandt oder bei der ersten persönlichen Vorsprache abgegeben werden.

Auf dem Gesuchsformular sind insbesondere Informationen über die erforderlichen Angaben sowie die beizubringenden Dokumente enthalten. Somit können die Verlobten allfällige Fragen oder Unklarheiten (beispielsweise zu den beizubringenden Dokumenten) bereits vor dem Termin erkennen und entsprechende Informationen dazu einholen.

Das Verfahren kann erst fortgeführt werden, wenn das Gesuch vollständig ausgefüllt ist und die beizubringenden Dokumente vorliegen.

5.3 Eheschliessung ist im Ausland vorgesehen

5.3.1 Anwendbares Recht und Meldepflicht

Ist die Eheschliessung im Ausland vorgesehen, untersteht die Eheschliessung dem Recht dieses Ortes. Den Verlobten ist zu empfehlen, sich frühzeitig mit den zuständigen Behörden am

¹⁰² Siehe Ziff. 2 und 3 der «Zusammenstellung der Gebühren im Zivilstandswesen - Schweizer Vertretungen im Ausland» (im geschützten Bereich der Homepage EAZW).

Ort der Eheschliessung in Verbindung zu setzen. Das Paar ist auf die Meldepflicht nach erfolgter Eheschliessung sowie auf die Möglichkeiten hinsichtlich der Namensführung nach Schweizer Recht hinzuweisen (siehe Ziff. 5.6).

Wendet sich eine Person mit Schweizer Bürgerrecht für eine Eheschliessung im Ausland an die Vertretung und ist kein Ehefähigkeitszeugnis notwendig, ist sie auch auf die Meldepflicht nach erfolgter Eheschliessung sowie auf die Möglichkeiten hinsichtlich der Namensführung nach Schweizer Recht hinzuweisen (siehe Ziff. 5.6).

5.3.2 Gesuch um Ausstellung eines Ehefähigkeitszeugnisses

Verlangen die ausländischen Behörden von der oder dem Schweizer Verlobten ein Ehefähigkeitszeugnis, ist von den Verlobten zur Erstellung dieses Dokuments das gleiche Verfahren zu durchlaufen, wie wenn die Ehe in der Schweiz geschlossen würde¹⁰³, also das Vorbereitungsverfahren (siehe Ziff. 5.4).

Das Formular «Gesuch um Durchführung des Vorbereitungsverfahrens der Eheschliessung oder Ausstellung eines Ehefähigkeitszeugnisses» (Form. M-34-Ehe-2022) enthält die erforderlichen Angaben, welche eine oder einer der Verlobten oder beide vorlegen müssen sowie die beizubringenden Dokumente. Somit können die Verlobten allfällige Fragen oder Unklarheiten (z.B. zu den beizubringenden Dokumenten) bereits vor dem Termin erkennen und entsprechende Informationen dazu einholen.

Die Vertretung kann das Gesuchsformular bei der persönlichen Vorsprache ausfüllen lassen, es einer oder einem der Verlobten oder auch beiden Verlobten vorab elektronisch oder per Post zusenden oder es online auf der Website der Vertretung zur Verfügung stellen. In diesem Fall kann das Gesuch ausgefüllt und unterschrieben der Vertretung zugesandt oder bei der ersten persönlichen Vorsprache abgegeben werden.

Das Verfahren kann erst fortgeführt werden, wenn das Gesuch vollständig ausgefüllt ist und die beizubringenden Dokumente vorliegen.

5.4 Vorbereitung der Entgegennahme der Erklärung betreffend die Ehevoraussetzungen

5.4.1 Gesuchsformular

In einem ersten Schritt müssen die Verlobten das «Gesuch um Durchführung des Vorbereitungsverfahrens der Eheschliessung oder Ausstellung eines Ehefähigkeitszeugnisses» (Form. M-34-Ehe-2022) schriftlich stellen. Das Formular muss vollständig ausgefüllt und unterschrieben sein.

¹⁰³ Art. 75 ZStV.

5.4.2 Beizubringende Dokumente

Dem Gesuch um Vorbereitung der Eheschliessung oder um Ausstellung eines Ehefähigkeitszeugnisses sind in der Regel die folgenden aktuellen Dokumente¹⁰⁴ beizulegen¹⁰⁵:

- Schweizer Staatsangehörige:
 - Einen Identitätsnachweis¹⁰⁶.
 - Eine aktuelle Wohnsitzbescheinigung bei Wohnsitz im Ausland. Geben die ausländischen Behörden kein solches Dokument ab, ist der Wohnsitz anderweitig nachzuweisen (z.B. durch eine aktuelle Gasrechnung oder für angemeldete Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer durch eine Anmeldebestätigung der Vertretung)¹⁰⁷.
- Ausländische Staatsangehörige:
 - Einen Identitätsnachweis¹⁰⁸.
 - Eine aktuelle Wohnsitzbescheinigung bei Wohnsitz im Ausland. Geben die ausländischen Behörden kein solches Dokument ab, ist der Wohnsitz anderweitig nachzuweisen (z.B. durch eine aktuelle Gasrechnung)¹⁰⁹.

Soweit ausländische Staatsangehörige nicht bereits über ein aktuelles, aus dem Schweizer Personenstandsregister ausgestelltes Dokument verfügen:

- Dokumente betreffend Geburt, Geschlecht, Namen, Abstammung, Zivilstand (Nachweis der Ledigkeit oder des aktuellen Zivilstandes z.B. mittels Dokument betreffend Auflösung der letzten Ehe oder der eingetragenen Partnerschaft mit einer Drittperson) und Nationalität¹¹⁰.
- Dokumente betreffend Geburt, Geschlecht, Namen und Abstammung der gemeinsamen vorehelichen Kinder¹¹¹.

Die Beibringung von Zivilstandsdokumenten ist somit nicht erforderlich, falls die betroffene ausländische Person respektive die gemeinsamen Kinder bereits im Schweizer Personenstandsregister erfasst und die Daten aktuell sind.

Im Weiteren sind gegebenenfalls folgende Dokumente beizubringen:

- Nachweis des rechtmässigen Aufenthaltes. Bei einer Eheschliessung in der Schweiz und beabsichtigter Wohnsitznahme in der Schweiz müssen ausländische Staatsangehörige zudem ein Dokument zum Nachweis des rechtmässigen Aufenthaltes in der Schweiz bis zum voraussichtlichen Zeitpunkt der Trauung beibringen¹¹². Dies ist im Fall einer «Touristenehe» (beide Verlobten haben Wohnsitz im Ausland und besitzen eine ausländische Staatsangehörigkeit) nicht erforderlich. Ausländische Personen,

¹⁰⁴ Zivilstandsdokumente dürfen in der Regel nicht älter als 6 Monate sein. In begründeten Ausnahmefällen kann die inländische Zivilstandsbehörde auch ältere Dokumente zulassen (Art. 16 Abs. 2 ZStV).

¹⁰⁵ Art. 64 ZStV.

¹⁰⁶ Art. 16 Abs. 1 Bst. b ZStV.

¹⁰⁷ Art. 64 Abs. 1 Bst. a ZStV.

¹⁰⁸ Art. 16 Abs. 1 Bst. b ZStV.

¹⁰⁹ Art. 64 Abs. 1 Bst. a ZStV.

¹¹⁰ Art. 64 Abs. 1 Bst. b ZStV.

¹¹¹ Art. 64 Abs. 1 Bst. c ZStV.

¹¹² Art. 64 Abs. 2 ZStV.

die ein Visum benötigen, um für die Eheschliessung in die Schweiz einreisen zu können, können dieses im Rahmen des Ehevorbereitungsverfahrens beantragen.

- Eheanerkennungserklärung. Ausländische Verlobte, die beide nicht in der Schweiz wohnen, haben soweit erhältlich, eine Eheanerkennungserklärung des Heimat- oder Wohnsitzstaates beider Verlobten beizubringen.¹¹³

5.4.3 Sprachliche Verständigung

Die Verlobten haben die Formulare «Gesuch um Durchführung des Vorbereitungsverfahrens der Eheschliessung oder Ausstellung eines Ehefähigkeitszeugnisses» (Form. M-34-Ehe-2022 sowie «Erklärung betreffend die Voraussetzungen für die Eheschliessung» (Form. F-35-Ehe-2022/07) in einer der Schweizer Landessprachen (d/f/i) auszufüllen. Ergibt sich im Rahmen des Gesuchsverfahrens, dass die Verständigung in einer dieser Sprachen nicht sichergestellt ist, muss die Vertretung Vorkehrungen treffen, damit bei der Entgegennahme der Erklärung über die Ehevoraussetzungen keine sprachlichen Hindernisse bestehen:

- Verwendung von Hilfsformularen

Der Vertretung stehen dazu die Gesuche um Vorbereitung der Eheschliessung und Ausstellung eines Ehefähigkeitszeugnisses sowie die Erklärung betreffend die Voraussetzungen für die Eheschliessung auf der Internetseite des EAZW im geschützten Bereich in verschiedenen Sprachen (Hilfsformulare) zur Verfügung. Die Hilfsformulare sind nicht auszufüllen. Sie dienen einer einheitlichen Übersetzung und erlauben allenfalls den Verzicht auf den Beizug einer dolmetschenden Person. Zur Vermeidung von Missverständnissen empfiehlt es sich, an das von den Verlobten unterschriebene amtliche Dokument eine Kopie der ihnen abgegebenen Übersetzung anzuheften. Zusätzlich ist die Sprache im Formular «Erklärung betreffend die Voraussetzungen für die Eheschliessung» (Form. F-35-Ehe-2022/07) im Feld «Der Text dieses Formulars wurde mir in folgende, mir verständliche Sprache übersetzt» aufzuführen.

- Beizug eines Dolmetschers

Erweist es sich als notwendig, ist eine dolmetschende Person aufzubieten. Dabei ist sicherzustellen, dass keine Ausstandsgründe vorliegen (siehe Ziff. 2.2.2).

Handelt es sich bei der dolmetschenden Person um eine lokale oder versetzbare angestellte Person der Vertretung, ist auf dem Formular «Erklärung betreffend die Voraussetzungen für die Eheschliessung» (Form. F-35-Ehe-2022/07) das Feld «Name und Funktion der Person, welche für die Übersetzung beigezogen wurde» auszufüllen. Wirkt eine ausenstehende dolmetschende Person mit, die nicht dem Personal der Vertretung angehört, ist das Formular «Mitwirkung eines/einer Dolmetscher/in – Übersetzer/in» auszufüllen und von dieser unterschreiben zu lassen. Die Unterschrift ist zu beglaubigen. Das betreffende Formular ist dem Übermittlungsdossier beizufügen.

Bei Verwendung eines fremdsprachigen Hilfsformulars muss nur das Formular in einer der Schweizer Landessprachen ausgefüllt werden (siehe Ziff. 2.2.6). Um Missverständnisse zu vermeiden, ist es ratsam, eine Kopie des fremdsprachigen Hilfsformulars, das die Dolmetscherin oder die Übersetzerin bzw. der Dolmetscher oder Übersetzer erhalten hat, an das von ihm oder ihr unterzeichnete offizielle Formular anzuheften.

¹¹³ Art. 73 Abs. 2 Bst. a ZStV.

Die Auslagen für die Übersetzung oder den Beizug einer dolmetschenden Person werden den Verlobten auferlegt und von der Vertretung direkt einkassiert¹¹⁴. Die Übersetzung in die Gebärdensprache ist gebührenfrei. Sie geht zulasten des zuständigen Zivilstandsamtes¹¹⁵.

- Sonstige Unterstützung

Wenn die Verlobten nicht in der Lage sind, die Formulare auszufüllen (z.B. Handicap oder Illettrismus), unterstützen die Mitarbeitenden der Vertretung oder die dolmetschende Person sie bei dieser Aufgabe. Die Unterstützung beschränkt sich strikte auf Erläuterungen und unterlässt es, Antworten vorzuschlagen. Die Vertretung weist die zuständige Zivilstandsbehörde im Rahmen der Übermittlung (Form. F-35-Ehe-2022/07 u. Form. 802 Gesuch EV unter der Rubrik «Zusätzliche Angaben») darauf hin, wenn sie solche Unterstützung geleitet hat.

5.4.4 Dispens vom persönlichen Erscheinen

Wenn es den Verlobten in begründeten Fällen (grosse Distanz, Krankheit etc.) offensichtlich nicht zugemutet werden kann, persönlich auf der Vertretung zu erscheinen, können sie ein schriftliches Gesuch um Befreiung von der Pflicht zum persönlichen Erscheinen stellen. Sie müssen das Gesuch unter Vorlegung entsprechender Nachweise begründen. Die Vertretung leitet sodann das Gesuch an das für das Vorbereitungsverfahren zuständige Zivilstandsamt weiter.¹¹⁶ Wird das Gesuch von ausländischen Verlobten ohne Wohnsitz in der Schweiz (Touristen) gestellt, leitet die Vertretung das Gesuch an die Aufsichtsbehörde im Zivilstandswesen des Kantons in welchem die Trauung durchgeführt werden soll, weiter.¹¹⁷ Die Vertretung teilt jeweils mit, ob ihr die dargelegten Gründe glaubhaft erscheinen.

Wird der Dispens vom persönlichen Erscheinen von den Schweizer Zivilstandsbehörden bewilligt¹¹⁸, erfolgt die Unterzeichnung der Erklärung betreffend die Ehevoraussetzungen sowie allenfalls betreffend die Namensführung ausnahmsweise bei einer ausländischen Urkundsperson, welche die Unterschrift oder die Unterschriften der erklärenden Person oder Personen beglaubigt. Danach beglaubigt die Vertretung ihrerseits Unterschrift und Stempel der für die Beglaubigung der Unterschrift der ausländischen Urkundsperson zuständigen Stelle¹¹⁹. Die Erklärung ist gemeinsam mit sämtlichen Dokumenten via BJ/FIS dem zuständigen Zivilstandsamt zu übermitteln (siehe Ziff. 2.2.3).

¹¹⁴ Art. 7 Abs. 1 Bst. c ZStGV.

¹¹⁵ Art. 7 Abs. 3 ZStGV.

¹¹⁶ Art. 69 Abs. 2 zweiter Satz ZStV.

¹¹⁷ Art. 73 Abs. 2 ZStV.

¹¹⁸ Art. 73 Abs. 3 ZStV.

¹¹⁹ Art. 66 Abs. 1 Bst. c V-ASG, in der Regel in überbeglaubigter Form der zuständigen Behörde des Empfangsstaates (i.d.R. Aussenministerium vor Ort).

5.5 Entgegennahme der Erklärung betreffend die Ehevoraussetzungen

5.5.1 Allgemeine Voraussetzungen

Die «Erklärung betreffend die Ehevoraussetzungen» (Form.F-35-Ehe-2022/07) ist erst entgegenzunehmen, wenn das schriftliche Gesuch um Vorbereitung einer Eheschliessung oder um Ausstellung eines Ehefähigkeitszeugnisses vorliegt und unterzeichnet wurde und die beizubringenden Dokumente vollständig vorliegen.

5.5.2 Formelle Voraussetzungen

Die Erklärung muss zwingend (Ausnahmen siehe Ziff. 5.4.4) persönlich auf der Vertretung in Gegenwart des Vertretungspersonals abgegeben werden. Eine oder einer der Verlobten oder beide Verlobten müssen sich ausweisen. Die Vertretung erstellt eine beglaubigte Kopie des vorgelegten Ausweisdokuments.

Das Formular «Erklärung betreffend die Voraussetzungen für die Eheschliessung» (Form.F-35-Ehe-2022/07) darf, im Gegensatz zu den Gesuchsformularen «Gesuch um Durchführung des Vorbereitungsverfahrens der Eheschliessung oder Ausstellung eines Ehefähigkeitszeugnisses» (Form. M-34-Ehe-2022), den Verlobten weder abgegeben noch auf der Webseite der Vertretung publiziert werden. Es wird einer oder einem der Verlobten oder beiden Verlobten erst bei der persönlichen Vorsprache unterbreitet.

Die Abgabe der Erklärung setzt voraus, dass die erklärende Person urteils- und handlungsfähig ist (siehe Ziff. 2.2).

Zu Sprache und Beizug einer dolmetschenden Person siehe Ziff. 5.4.3.

5.5.3 Wahrheitspflicht und Hinweis auf die Straffolgen

Die Verlobten sind durch die Vertretung ausdrücklich zur Wahrheit zu ermahnen und mündlich über die Straffolgen

- einer Zwangsheirat (Art. 181a des Schweizerischen Strafgesetzbuches¹²⁰);
- einer strafbaren Handlung gegen die sexuelle Integrität (Art. 187-200 StGB);
- eines Verbrechens oder Vergehens gegen die Familie (Art. 213-220 StGB);
- einer Urkundenfälschung (Art. 251-257 StGB);
- einer Widerhandlung gegen die Artikel 115-122 des Ausländer- und Integrationsgesetzes¹²¹

¹²⁰ StGB; SR 311.0.

¹²¹ AIG; SR 142.20.

5.5.4 Erklärungen von einer oder einem der Verlobten oder beiden Verlobten

Die Eheschliessung setzt den freien Willen beider Verlobten voraus¹²². Sie erklären auf dem Formular «Erklärung betreffend die Voraussetzungen für die Eheschliessung» (Form.F-35-Ehe-2022/07), dass die Angaben sowie die vorgelegten Dokumente vollständig, richtig und aktuell sind, dass sie ehefähig sind und dass keine Ehehindernisse bestehen¹²³.

Die Verlobten müssen zudem bestätigen, dass sie den Inhalt des Formulars verstanden haben und über die Möglichkeiten einer allfälligen Namenserklärung vor der Trauung (siehe Ziff.5.6) informiert worden sind.

5.5.5 Unterschrift und Beglaubigung

Die Unterschrift oder die Unterschriften der Verlobten auf dem Formular «Erklärung betreffend die Voraussetzungen für die Eheschliessung» (Form.F-35-Ehe-2022/07) sind in Gegenwart des Vertretungspersonals anzubringen und werden von diesem direkt beglaubigt¹²⁴. Eine gleichzeitig unterzeichnete Namenserklärung gilt als von dieser Beglaubigung mitumfasst (siehe Ziff. 5.6.3).

5.5.6 Information der Brautleute

Die Verlobten werden anschliessend darüber informiert, dass das Dossier zur Überprüfung und zum Entscheid an die zuständigen Zivilstandsbehörden übermittelt wird. Diese klärt insbesondere die Ehefähigkeit ab und kann ausländische Dokumente einer kostenpflichtigen Überprüfung unterziehen.

5.6 Entgegennahme von Erklärungen betreffend die Namensführung im Rahmen des Eheschliessungsverfahrens

Die Namensführung richtet sich bei Wohnsitz im Ausland nach ausländischem Recht und bei Wohnsitz in der Schweiz nach Schweizer Recht. Eine Person kann jedoch verlangen, dass ihr Name dem Heimatrecht untersteht.

Besitzt eine Person mit Schweizer Bürgerrecht weitere Staatsangehörigkeiten, ist eine Namenserklärung nach Schweizer Recht grundsätzlich zulässig, vorausgesetzt, dass die Person mit der Schweiz am engsten verbunden ist (z.B. Wohnsitz in der Schweiz).¹²⁵ Die Möglichkeit, zugunsten des schweizerischen oder eines ausländischen Rechts zu optieren, wird von Fall zu Fall von den zuständigen Zivilstandsbehörden entschieden; die Vertretung behält sich diesbezüglich ihre Meinung vor (siehe Ziff. 2.1).

Gelangt Schweizer Recht zur Anwendung, so gilt bei der Eheschliessung Artikel 160 ZGB. Demzufolge können die Verlobten gegenüber der Zivilstandsbeamtin oder dem Zivilstandsbeamten erklären, dass sie einen ihrer Ledignamen als gemeinsamen Familiennamen tragen wollen. Behalten die Verlobten ihren Namen, so bestimmen sie, welchen ihrer Ledignamen

¹²² Art. 65 Abs. 1^{bis} ZStV.

¹²³ Art. 65 Abs. 1 ZStV.

¹²⁴ Art. 65 Abs. 2^{bis} ZStV.

¹²⁵ Art. 23 Abs. 2 IPRG.

ihre Kinder tragen sollen. Von dieser Namensbestimmungspflicht können sie sich unter Angabe von Gründen befreien lassen.¹²⁶

5.6.1 Namenserklärung bei Eheschliessung in der Schweiz

Grundsätzlich kann die Erklärung über die Führung eines gemeinsamen Familiennamens oder bei unterschiedlicher Namensführung die Bestimmung des Namens der gemeinsamen Kinder direkt auf dem Zivilstandsamt in der Schweiz im Rahmen des Eheschliessungsverfahrens abgegeben werden (gebührenpflichtig¹²⁷).

Hat eine oder einer der Verlobten oder beide Verlobten Fragen zur Namensführung, so ist ihnen zu empfehlen, diese direkt mit dem zuständigen Zivilstandsamt zu klären.

Die Namenserklärung für einen gemeinsamen Familiennamen oder bei unterschiedlicher Namensführung die Bestimmung des Namens der gemeinsamen Kinder, kann aber auch gebührenfrei im Rahmen des Ehevorbereitungsverfahrens auf der Vertretung entgegengenommen werden (Formular «Namensklärung [Art. 160 Abs. 2 und 3 ZGB]», Form. 0.41c).

Die Abgabe einer solchen Erklärung beinhaltet automatisch die Unterstellung unter das Schweizer Heimatrecht.¹²⁸ Voraussetzung für die Entgegennahme einer solchen Erklärung ist, dass die Person, auf deren Name Schweizer Recht zur Anwendung gelangen soll, sich auch tatsächlich dem Schweizer Recht unterstellen kann. Dies ist beispielsweise dann nicht der Fall, wenn eine ausländische Staatsangehörige mit Wohnsitz im Ausland den Familiennamen des Schweizer Verlobten nach der Eheschliessung führen möchte. In diesem Fall kann sie sich nicht auf die Anwendung von Schweizer Recht berufen. Die Vertretung hat die Verlobten darauf hinweisen, wenn sie erkennt, dass ein solcher Fall vorliegen könnte. Die Anwendung des schweizerischen oder eines ausländischen Rechts wird im Einzelfall von den zuständigen Zivilstandsbehörden entschieden; die Vertretung behält sich diesbezüglich ihre Meinung vor (siehe Ziff. 2.1).

Erfolgt die Erklärung ausserhalb des Ehevorbereitungsverfahrens, ist sie gebührenpflichtig.¹²⁹

5.6.2 Namensklärung bei Eheschliessung im Ausland

Wird die Ehe im Ausland geschlossen und verlangt die ausländische Trauungsbehörde kein Ehefähigkeitszeugnis, erfolgt kein vorgängiges Verfahren (gem. Ziff. 5.3.2) vor den Schweizer Zivilstandsbehörden. Damit entfällt auch die Gelegenheit, direkt im Rahmen dieses Verfahrens eine Namensklärung abgeben zu können.

¹²⁶ Art. 160 Abs. 3 2. Satz ZGB. Keine Pflichtbefreiung ist möglich, wenn die Verlobten nach der Eheschliessung keinen gemeinsamen Namen führen möchten, jedoch bereits gemeinsame Kinder haben, welche vor der Ehe geboren wurden. In diesem Fall haben sie zwingend zu bestimmen, welchen ihrer Ledignamen ihre Kinder tragen sollen, sofern auf die Namensführung der Kinder Schweizer Recht zur Anwendung gelangt.

¹²⁷ Anhang 1 Ziff. 4.1 ZStGV.

¹²⁸ Art. 12 i.V.m. 14 Abs. 3 ZStV. Siehe dazu insbesondere das Merkblatt 153.1 «Merkblatt über die Namensführung bei Eheschliessung». Es ist in diesem Fall nicht erforderlich, das Formular «Erklärung über die Unterstellung des Namens unter das Heimatrecht» [Art. 37 Abs. 2 IPRG], Form. 0.43, ausfüllen zu lassen.

¹²⁹ Anhang 1 Ziff. 4.1 resp. Anhang 3 Ziff. 3.1 ZStGV.

In diesem Fall sind die Verlobten darauf hinzuweisen, dass, wenn sie ihre Namensführung dem Schweizer Recht unterstellen wollen, eine Namenserklärung für einen gemeinsamen Familiennamen respektive die Bestimmung des Namens der gemeinsamen Kinder grundsätzlich vor der Trauung auf der Vertretung oder auf einem Zivilstandsamt (Heimatort oder schweizerischer Wohnort) in der Schweiz erfolgen muss.¹³⁰

Eine nachträgliche Erklärung kann bei Eheleuten mit Wohnsitz im Ausland ausnahmsweise zugelassen werden, wenn die Ehe vor höchstens sechs Monaten geschlossen worden ist und die Namenserklärung gemeinsam mit der Meldung der Eheschliessung auf der Vertretung erfolgt (Formular «Namenserklärung [Art. 160 Abs. 2 und 3 ZGB, Form. 0.41c). In diesem Fall werden die Dokumente betreffend der im Ausland geschlossenen Ehe sowie die Erklärung über die Namensführung (gebührenpflichtig¹³¹) gleichzeitig den zuständigen Zivilstandsbehörden in der Schweiz übermittelt.

Erfolgt die Meldung der im Ausland geschlossenen Ehe später, ist eine Namenserklärung nach Schweizer Recht nicht mehr möglich. Ein gemeinsamer Familienname kann sodann nur noch mittels ordentlichen Gesuchs um Namensänderung¹³² erlangt werden. Dieses ist bei der zuständigen Namensänderungsbehörde am Wohnsitz oder am Heimatort einzureichen.

5.6.3 Unterschrift und Beglaubigung

Die Namenserklärung ist in Gegenwart des Vertretungspersonals abzugeben und von den Verlobten zu unterzeichnen. Wird die Namenserklärung nicht gleichzeitig mit der Erklärung betreffend die Voraussetzungen für die Eheschliessung abgegeben, müssen die Unterschriften beglaubigt werden¹³³.

5.7 Übermittlung der Unterlagen an die zuständigen Zivilstandsbehörden in der Schweiz

5.7.1 Übermittlung der Unterlagen bei Eheschliessung in der Schweiz

Die Vertretung verwendet für die Übermittlung der Dokumente das Formular 802 «Gesuch um Vorbereitung der Eheschliessung (EV)» (Form. 802 Gesuch EV - 2022, siehe Ziff. 2.3).

Sie übermittelt das «Gesuch um Durchführung des Vorbereitungsverfahrens der Eheschliessung oder Ausstellung eines Ehefähigkeitszeugnisses» (Form. M-34-Ehe-2022), die «Erklärung betreffend die Voraussetzungen für die Eheschliessung» (Form. F-35-Ehe-2022/07) sowie gegebenenfalls die «Namenserklärung [Art. 160 Abs. 2 und 3 ZGB]» (Form. 0.41c) oder die «Erklärung über die Unterstellung des Namens unter das Heimatrecht [Art. 37 Abs. 2 IPRG]» (Form. 0.43) zusammen mit den beizubringenden Dokumenten (siehe Ziff. 5.4.2) via BJ/FIS dem zuständigen Zivilstandsamt in der Schweiz:

- Hat eine oder einer der Verlobten Wohnsitz in der Schweiz, dann ist das Gesuch mit sämtlichen Unterlagen dem Zivilstandsamt an deren oder dessen Wohnsitz zu übermitteln¹³⁴.

¹³⁰ Art. 12 Abs. 2 ZStV.

¹³¹ Anhang 1 Ziff. 4.1 ZStGV.

¹³² Gemäss Art. 30 Abs. 1 ZGB.

¹³³ Art. 18 Abs. 1 Bst. c i.V.m. Art. 18a Abs. 1 ZStV.

¹³⁴ Art. 62 Abs. 1 Bst. a ZStV.

- Besitzt eine oder einer der Verlobten das Schweizer Bürgerrecht, ohne einen Wohnsitz in der Schweiz zu haben¹³⁵, ist das Gesuch mit sämtlichen Unterlagen an das Zivilstandsamt des vorgesehenen Trauungsortes zu übermitteln.
- Bei im Ausland wohnhaften ausländischen Verlobten, die in der Schweiz die Ehe schliessen wollen («Touristenehe») ist das Gesuch mit sämtlichen Unterlagen an das Zivilstandsamt des vorgesehenen Trauungsortes zu übermitteln.¹³⁶ In diesem Fall bedarf es zusätzlich einer Bewilligung der kantonalen Aufsichtsbehörde im Zivilstandswesen.¹³⁷

Sämtliche Unterlagen sind auf dem Übermittlungsformular 802 (Form. 802 Gesuch EV - 2022) unter der Rubrik «Beilagen» einzeln aufzuführen. Jedes ausländische Zivilstandsdokument ist überdies gemäss den Vorgaben der Übermittlung ausländischer Zivilstandsdokumente mit einem Formular 801 zu versehen (siehe Ziff. 4.4.4 mit Ausnahmen: z.B. CIEC-Dokumente). Die Vertretung hat allfällige Bemerkungen bezüglich missbräuchlicher Eheschliessung (z.B. Verdacht auf Scheinehe etc.) auf dem Formular unter der Rubrik «zusätzliche Angaben» anzubringen. Das heisst, sie meldet beispielsweise Tatsachen, die darauf hindeuten, dass mit einer beabsichtigten Eheschliessung eine Umgehung der Bestimmungen über Zulassung und Aufenthalt von Ausländerinnen und Ausländern bezweckt wird.¹³⁸

Die Vertretung erhebt für ihre Dienstleistungen die gemäss ZStGV Anhang 3 anfallenden eigenen Gebühren und Auslagen direkt. Wohnen beide Verlobten im Ausland, so hat die Vertretung zusätzlich einen entsprechenden Kostenvorschuss¹³⁹ für die Dienstleistungen des zuständigen Zivilstandsamtes im Rahmen des Vorbereitungsverfahrens einzuverlangen.

5.7.2 Übermittlung der Unterlagen bei Eheschliessung im Ausland

Die Vertretung verwendet für die Übermittlung der Dokumente das Formular 802 «Gesuch um Ausstellung eines Ehefähigkeitszeugnisses (EZ)» (Form. 802 Gesuch EZ - 2022, siehe Ziff. 2.3).

Sie übermittelt das «Gesuch um Durchführung des Vorbereitungsverfahrens der Eheschliessung oder Ausstellung eines Ehefähigkeitszeugnisses» (Form. M-34-Ehe-2022), die «Erklärung betreffend die Voraussetzungen für die Eheschliessung» (Form.F-35-Ehe-2022/07) sowie gegebenenfalls die «Namenserklärung [Art. 160 Abs. 2 und 3 ZGB]» (Form. 0.41c) oder die «Erklärung über die Unterstellung des Namens unter das Heimatrecht [Art. 37 Abs. 2 IPRG]» (Form. 0.43) bei Eheschliessung im Ausland zusammen mit den beizubringenden Dokumenten (siehe Ziff. 5.4.2) via BJ/FIS an die für den Wohnort oder – wenn kein Wohnort in der Schweiz besteht – den Heimatort zuständige Aufsichtsbehörde einer oder eines der Verlobten¹⁴⁰.

Sämtliche Unterlagen sind auf dem Übermittlungsformular 802 (Form. 802 Gesuch EZ - 2022) unter der Rubrik «Beilagen» einzeln aufzuführen. Jedes ausländische Zivilstandsdokument ist überdies gemäss den Vorgaben der Übermittlung ausländischer Zivilstandsdokumente zusätz-

¹³⁵ Art. 43 Abs. 1 IPRG.

¹³⁶ Art. 62 Abs. 1 Bst. b ZStV.

¹³⁷ Art. 43 Abs. 2 IPRG i.V.m. 73 Abs. 1 ZStV.

¹³⁸ Art. 5 Abs. 2 ZStV i.V.m. Art. 82a der Verordnung vom 24. Oktober 2007 über Zulassung, Aufenthalt und Erwerbstätigkeit (VZAE, SR 142.201).

¹³⁹ Siehe dazu die Übersicht in Ziff. 3 der «Zusammenstellung der Gebühren im Zivilstandswesen - Schweizer Vertretungen im Ausland».

¹⁴⁰ Art. 75 Abs. 2 ZStV.

lich mit einem Formular 801 zu versehen (siehe Ziff. 4.4.4; mit Ausnahmen: z.B. CIEC-Dokumente). Die Vertretung hat allfällige Bemerkungen bezüglich missbräuchlicher Eheschliessung (z.B. Verdacht auf Scheinehe etc.) auf dem Formular 802 (Form. 802 Gesuch EZ) unter der Rubrik «zusätzliche Angaben» anzubringen.

Die Vertretung erhebt für ihre Dienstleistungen die gemäss ZStGV Anhang 3 anfallenden eigenen Gebühren und Auslagen direkt. Wohnen beide Verlobten im Ausland, so hat die Vertretung zusätzlich einen entsprechenden Kostenvorschuss¹⁴¹ für die Dienstleistungen des zuständigen Zivilstandsamtes im Rahmen des Vorbereitungsverfahrens einzuverlangen.

5.8 Prüfung des Gesuchs und Abschluss des Verfahrens durch das zuständige Zivilstandsamt in der Schweiz

5.8.1 Verfahrensabschluss bei Eheschliessung in der Schweiz

Nach Empfang des Dossiers prüft das zuständige Zivilstandsamt, ob die Voraussetzungen für die Eheschliessung erfüllt sind¹⁴².

Besteht ein Verdacht auf missbräuchliche Eheschliessung (z.B. aufgrund der von der Vertretung im Rahmen der Dokumentenübermittlung angebrachten Bemerkung), kann zusätzlich eine Anhörung der Verlobten angeordnet werden (Vorgehen gemäss WS EAZW Nr. 10.07.12.01 «Umgehung des Ausländerrechts», Ziff. 2.11).¹⁴³

Ist der Entscheid, dass die Trauung stattfinden kann, positiv¹⁴⁴, kann das Zivilstandsamt diesen direkt der in der Schweiz lebenden Person zustellen oder übergibt ihn den Verlobten anlässlich der persönlichen Vorsprache in der Schweiz. Der Abschluss des Vorbereitungsverfahrens erfolgt mit mündlicher Mitteilung, wenn die Trauung sofort stattfindet.¹⁴⁵ Das Zivilstandsamt kann den schriftlichen Entscheid auch mittels des Übermittlungsformulars 802 «Abschluss des Vorbereitungsverfahrens zur Eheschliessung (EV) / Ausstellung eines Ehefähigkeitszeugnisses (EZ) oder des Vorverfahrens zur Eintragung einer Partnerschaft (VEP)» (Form. 802 Abschluss EV/EZ oder VEP - 2020) via BJ/FIS an die Vertretung zu Händen der im Ausland wohnhaften Person zustellen lassen. Wurde eine Anhörung durch die Vertretung durchgeführt und wurde das gestellte Gesuch gutgeheissen, so muss die auftraggebende Zivilstandsbehörde dies der Vertretung stets mittels Übermittlungsformular 802 (Form. 802 Abschluss EV/EZ oder VEP - 2020) mitteilen, damit die Vertretung die provisorische Rechnung für die Anhörung annullieren kann.

Bei einer «Touristenehe» stehen die im Ausland wohnhaften ausländischen Verlobten mit dem von ihnen gewählten Zivilstandsamt für die Planung des weiteren Vorgehens meist in direktem Kontakt. Die Mitteilung des positiven Abschlusses des Vorbereitungsverfahrens erfolgt üblicherweise nicht über die Vertretung, sondern ebenfalls direkt an die Verlobten.

Erfolgt die Zustellung via BJ/FIS durch die Vertretung, ersucht diese die Verlobten, sich für das weitere Vorgehen mit dem Zivilstandsamt des Trauungsortes in Verbindung zu setzen.

¹⁴¹ Siehe dazu die Übersicht in Ziff. 3 der «Zusammenstellung der Gebühren im Zivilstandswesen - Schweizer Vertretungen im Ausland».

¹⁴² Art. 66 ZStV.

¹⁴³ Art. 74a ZStV.

¹⁴⁴ Art. 67 Abs. 2 ZStV.

¹⁴⁵ Art. 67 Abs. 2 Satz 3 ZStV.

Ein negativer Entscheid bezüglich der Bewilligung der Eheschliessung in der Schweiz (Touristenehe), ist den Betroffenen durch die zuständige Aufsichtsbehörde via BJ/FIS (Form. 802 Abschluss EV/EZ oder VEP - 2020) über die Vertretung zuzustellen.

Ein negativer Entscheid über den Abschluss des Vorbereitungsverfahrens (Ehevoraussetzungen nicht erfüllt)¹⁴⁶ ist den im Ausland lebenden Verlobten vom Zivilstandsamt via BJ/FIS durch die Vertretung zuzustellen. Die Übermittlung dieses Entscheides erfolgt mittels des Übermittlungsformulars 802 «Abschluss des Vorbereitungsverfahrens zur Eheschliessung (EV) / Ausstellung eines Ehefähigkeitszeugnisses (EZ) oder des Vorverfahrens zur Eintragung einer Partnerschaft (VEP)» (Form. 802 Abschluss EV/EZ oder VEP - 2020). Dabei führt das Zivilstandsamt diejenigen Gebühren und Auslagen auf, welche über die Vertretung mit den Gesuchstellern abgerechnet werden müssen. Das BJ/FIS fügt auf dem Formular 802 seine Gebühren ebenfalls hinzu.

Wurde eine Anhörung durch die Vertretung durchgeführt, ist dafür durch die Vertretung die definitive Rechnung an die auftraggebende Zivilstandsbehörde auszustellen.

5.8.2 Verfahrensabschluss bei Eheschliessung im Ausland

Nach Empfang des Dossiers prüft das Zivilstandsamt, ob die Voraussetzungen für die Eheschliessung erfüllt sind¹⁴⁷.

Besteht ein Verdacht auf missbräuchliche Eheschliessung (z.B. aufgrund der von der Vertretung im Rahmen der Dokumentenübermittlung angebrachten Bemerkung), kann zusätzlich eine Anhörung der Verlobten angeordnet werden (Vorgehen gemäss WS EAZW Nr. 10.07.12.01 «Umgehung des Ausländerrechts», Ziff. 2.11).¹⁴⁸

Ist der Entscheid positiv¹⁴⁹, stellt das Zivilstandsamt das Ehefähigkeitszeugnis aus und lässt es den im Ausland wohnhaften Verlobten zukommen¹⁵⁰. Erfolgt die Zustellung des positiven Entscheids mittels Übermittlungsformular 802 «Abschluss des Vorbereitungsverfahrens zur Eheschliessung (EV) / Ausstellung eines Ehefähigkeitszeugnisses (EZ) oder des Vorverfahrens zur Eintragung einer Partnerschaft (VEP)» (Form. 802 Abschluss EV/EZ oder VEP - 2020) via BJ/FIS an die Vertretung, übermittelt diese das Ehefähigkeitszeugnis den Verlobten und verrechnet die Kosten mit dem geleisteten Kostenvorschuss. Wurde eine Anhörung durch die Vertretung durchgeführt, ist die dazu erstellte provisorische Rechnung zu annullieren.

Ein negativer Entscheid¹⁵¹ ist den im Ausland lebenden Verlobten vom Zivilstandsamt via BJ/FIS durch die Vertretung zuzustellen. Die Übermittlung des negativen Entscheides erfolgt ebenfalls mittels Übermittlungsformulars «Abschluss des Vorbereitungsverfahrens zur Eheschliessung (EV) / Ausstellung eines Ehefähigkeitszeugnisses (EZ) oder des Vorverfahrens zur Eintragung einer Partnerschaft (VEP)» (Form. 802 Abschluss EV/EZ oder VEP - 2020). Dabei führt das Zivilstandsamt diejenigen Gebühren und Auslagen auf, welche über die Vertretung mit den Gesuchstellern abgerechnet werden müssen. Das BJ/FIS fügt auf dem Formular 802 seine Gebühren ebenfalls hinzu.

¹⁴⁶ Art. 67 Abs. 3 ZStV.

¹⁴⁷ Art. 66 ZStV.

¹⁴⁸ Art. 74a ZStV.

¹⁴⁹ Art. 75 i.V.m. Art. 67 Abs. 2 ZStV.

¹⁵⁰ In der Praxis erfolgt die Zustellung im Regelfall direkt durch das Zivilstandsamt an die Verlobten.

¹⁵¹ Art. 75 i.V.m. Art. 67 Abs. 3 ZStV.

Wurde eine Anhörung durch die Vertretung durchgeführt, ist dafür durch die Vertretung die definitive Rechnung an die auftraggebende Zivilstandsbehörde auszustellen, sofern der Kostenvorschuss für die Anhörung durch diese erhoben wurde. Ansonsten verrechnet die Vertretung die definitive Rechnung mit dem von ihr erhobenen Kostenvorschuss.

5.9 Gebühren

Die Vertretung erhebt die für ihre Dienstleistungen anfallenden Gebühren und Auslagen direkt bei der gesuchstellenden Person anlässlich der persönlichen Vorsprache. Die Behörden in der Schweiz erheben ihre Gebühren und Auslagen grundsätzlich ebenfalls direkt anlässlich des persönlichen Kontakts mit den Verlobten¹⁵². Wurde durch die Vertretung ein Kostenvorschuss erhoben, so haben die Zivilstandsbehörden (AB, ZA, BJ/FIS) ihre bisher entstandenen Kosten auf dem Formular 802 (Form. Abschluss EV/EZ oder VEP) bekannt zu geben. Die Abrechnung mit der Vertretung erfolgt durch das BJ/FIS über das Kontokorrent des EDA.

Wurde eine Anhörung durch die Vertretung durchgeführt und wurde das gestellte Gesuch gutgeheissen, ist die provisorische Rechnung für die Anhörung zu annullieren. Die Gebühren des BJ/FIS werden im Rahmen der Abrechnung der Gesamtkosten auf dem Formular 802 (Form. 802 Abschluss EV/EZ oder VEP) in Rechnung gestellt und entweder mit dem bei der Vertretung oder beim ZA erhobenen Kostenvorschuss verrechnet. Wurde das gestellte Gesuch abgewiesen, erstellt die Vertretung die definitive Rechnung und stellt diese via BJ/FIS der auftraggebenden Zivilstandsbehörde in Rechnung.

Bei Rückzug des Gesuches durch die Verlobten haben diese die Gebühren und Auslagen für die bereits erfolgten Dienstleistungen und Aufwendungen zu erstatten (siehe Ziff. 3).

6 Entgegennahme und Übermittlung von Erklärungen betreffend die Umwandlung der eingetragenen Partnerschaft in eine Ehe

6.1 Überblick über das Verfahren

Personen, die vor dem 1. Juli 2022 eine eingetragene Partnerschaft in der Schweiz (gleichgeschlechtlich) oder im Ausland (gleich- oder verschiedengeschlechtlich) begründet haben, können jederzeit ihre bestehende Partnerschaft durch gemeinsame Erklärung in eine Ehe umwandeln. Eingetragene Partner und Partnerinnen haben die Möglichkeit, diese Erklärung in der Schweiz gegenüber dem Zivilstandsamt ihrer Wahl abzugeben.

Die schweizerischen Vertretungen im Ausland sind ebenfalls befugt, solche Umwandlungserklärungen entgegenzunehmen.¹⁵³ Die Vertretungen handeln gemäss den vorliegenden Weisungen (vgl. insbesondere auch WS EAZW Nr. 10.22.04.01 vom 1. April 2022 «Ehe für alle»).

Wurde die Partnerschaft im Ausland geschlossen, setzt die Umwandlung voraus, dass die Partnerschaft zunächst als gleichwertig mit dem Schweizer Institut anerkannt (dies gilt insbesondere für die deutsche "Lebenspartnerschaft", die österreichische "Eingetragene Partnerschaft" und die italienische "unione civile", nicht aber für den französischen "pacte civil de

¹⁵² Siehe dazu die Übersicht in Ziff. 2.1 der «Zusammenstellung der Gebühren im Zivilstandswesen - Schweizer Vertretungen im Ausland».

¹⁵³ Art. 5 Abs. 1 lit. c^{bis} ZStV.

solidarité"/"PACS") und nachbeurkundet wurde. Sind die Voraussetzungen für eine Umwandlung nicht erfüllt, ist die Entgegennahme der Erklärung zu verweigern. Auf Antrag ist den Betroffenen darüber eine anfechtbare Verfügung zu erlassen (Art. 90 Abs. 1 ZStV). Das Paar kann auch aufgefordert werden, einen Antrag auf Vorbereitung einer Ehe zu stellen. Um eine eingetragene Partnerschaft in der Schweiz begründen zu können, müssten die gleichgeschlechtlichen Partnerinnen bzw. Partner die gesetzlich vorgesehenen Voraussetzungen erfüllen. Unter anderem müsste eine der beiden Partnerinnen oder einer der beiden Partner die schweizerische Staatsangehörigkeit besitzen oder Wohnsitz in der Schweiz haben.

Die Entgegennahme einer gemeinsamen Erklärung zur Umwandlung der eingetragenen Partnerschaft in eine Ehe richtet sich nach Schweizer Recht und ist somit nicht an die Bedingung geknüpft, dass im Herkunftsstaat der Ehegatten ein entsprechendes Verfahren bekannt ist.

Gemäss Artikel 5 Buchstabe f des Wiener Übereinkommens über konsularische Beziehungen (siehe oben, Ziff. 2.2.1) ist die Ausübung von Funktionen als Zivilstandsbeamtin oder als Zivilstandsbeamter nur zulässig, wenn die Gesetze und Vorschriften des Wohnsitzstaates dem nicht entgegenstehen. Einschränkungen sind insbesondere in Staaten möglich, die auch die Möglichkeit kennen, eine eingetragene Partnerschaft in eine Ehe umzuwandeln. Ist die Situation unklar und besteht die Gefahr, dass die Umwandlung nicht anerkannt wird, weil einer der Partner die Staatsbürgerschaft des Gastlandes besitzt, informiert die Auslandsvertretung das Paar und fordert es auf, die Erklärung zur Umwandlung der eingetragenen Partnerschaft in eine Ehe bei den zuständigen Behörden vor Ort abzugeben.

Art. 75n Abs. 1 ZStV sieht keine Einschränkung bei zwei ausländischen Personen mit aktuellem Wohnsitz im Ausland vor. Somit ist die Umwandlungserklärung von der zuständigen Vertretung entgegenzunehmen. Zuständig in der Schweiz ist in dieser Konstellation das Zivilstandsamt, welches die Begründung der eingetragenen Partnerschaft vorgenommen hat.

Im Falle einer im Ausland eingetragenen Partnerschaft besteht keine Zuständigkeit für die Entgegennahme einer Umwandlungserklärung durch die Schweizer Behörden, wenn die Partnerschaft nicht zuvor in der Schweiz eingetragen wurde und die betroffenen Personen weder Schweizer noch in der Schweiz wohnhaft sind. Die Entgegennahme einer Umwandlungserklärung setzt voraus, dass in der Schweiz eine eingetragene Partnerschaft oder eine gleichwertige eingetragene Partnerschaft besteht, die im schweizerischen Zivilstandsregister eingetragen ist. Die eingetragene Partnerschaft muss somit anerkennbar und nachbeurkundbar sein, was bei ausländischen Personen, die in Infostar nicht rückerfasst wurden, nicht der Fall ist.¹⁵⁴

6.2 Entgegennahme der Erklärung betreffend die Umwandlung

6.2.1 Voraussetzungen

Die Identität und die Handlungsfähigkeit der vorsprechenden Personen sind zu prüfen. Es ist zu beachten, dass das Verfahren und die Voraussetzungen für die Umwandlung einer eingetragenen Partnerschaft in eine Ehe im Vergleich zum ordentlichen Eheschliessungsverfahren

¹⁵⁴ Siehe Art. 5 Abs. 1 Bst. c bis, 15a Abs. 1, 23 und 75n Abs. 1 ZStV in Verbindung mit Art. 32 IPRG sowie Art. 11 ff. des Auslandschweizergesetzes; ANAG und Art. 3 ff. der Auslandschweizerverordnung; ASAV; siehe auch Bericht der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates, BBl 2019 8127, Ziff. 4.3; Weisung EAZW Nr. 10.22.04.01 "Ehe für alle", Ziff. 4. 2 und der Prozess EAZW Nr. 30.3 vom 15. Dezember 2004 "Beurkundung der Daten von ausländischen Staatsangehörigen (Erfassung) Transaction Personne".

vereinfacht sind. Die Umwandlung der Partnerschaft in eine Ehe muss ohne unnötige bürokratische Hürden erfolgen; die Umwandlung setzt die Urteilsfähigkeit der Partnerinnen oder der Partner voraus.

Die Partnerinnen oder Partner müssen zudem aktuelle Dokumente einreichen, welche ihre Identität und die bestehende eingetragene Partnerschaft nachweisen, sofern diese nicht bereits aus dem Personenstandsregister ersichtlich ist. Ohne entsprechenden Nachweis der Eintragung der eingetragenen Partnerschaft im Personenstandsregister ist die Erklärung nicht entgegenzunehmen.

6.2.2 Ausnahmen von der Umwandlungserklärung

Nicht unter die Bestimmungen der Umwandlungserklärung fallen:

- Vor dem 1. Juli 2022 im Ausland gültig geschlossene Ehen zwischen Personen gleichen Geschlechts: Wurde eine solche in der Schweiz noch nicht nachbeurkundet, ist sie ab Inkrafttreten der ZGB-Revision als Ehe zu beurkunden (siehe Ziff. 6.5 unten).
- Partnerschaften, die nach Inkrafttreten der ZGB-Revision, d.h. nach dem 30. Juni 2022, im Ausland begründet worden sind: In diesen Fällen können der Partner und die Partnerin bzw. die Partner oder Partnerinnen jederzeit gestützt auf das neue Recht (Ehe für alle) miteinander die Ehe in der Schweiz eingehen, ohne ihre miteinander begründete Partnerschaft aufzulösen.

6.2.3 Persönliches Erscheinen der Erklärenden

Die Erklärenden müssen persönlich auf der Schweizer Vertretung vor der akkreditierten konsularischen Mitarbeiterin oder dem akkreditierten konsularischen Mitarbeiter im Ausland erscheinen und die Umwandlungserklärung gemeinsam abgeben. Es ist somit nicht möglich, dass nur eine der Partnerinnen oder einer der Partner die Erklärung abgibt.

6.2.4 Form der Umwandlungserklärung

Die Umwandlungserklärung ist auf dem vom EAZW vorgeschriebenen Formular (Form. 0.3.4.1 «Umwandlungserklärung einer eingetragenen Partnerschaft in eine Ehe») entgegenzunehmen. Sie ist von den Erklärenden eigenhändig und in Gegenwart der Person, die für die Entgegennahme oder Beurkundung zuständig ist, zu unterschreiben (Art. 18 Abs. 1 Bst. o ZStV). Die Zivilstandsbeamtin oder der Zivilstandsbeamte bzw. die dazu ermächtigte Mitarbeiterin oder der dazu ermächtigten Mitarbeiters der Schweizer Vertretung im Ausland beglaubigen die Unterschriften.

6.2.5 Zeremonielle Umwandlungserklärung

Eine Umwandlung einer Partnerschaft in eine Ehe im Rahmen einer heiratsähnlichen Zeremonie, wie sie in Artikel 35 Absatz 3 PartG vorgesehen ist, kann ausschliesslich durch eine Zivilstandsbeamtin oder einen Zivilstandsbeamten in der Schweiz stattfinden.

6.2.6 Wirkungen der Umwandlungserklärung

Die Erklärung ist per Datum der Unterschriften beider Partnerinnen oder Partner und deren Beglaubigung durch die zuständige Amtsperson wirksam¹⁵⁵. Ab diesem Datum gelten die bisherigen eingetragenen Partnerinnen oder Partner als verheiratet¹⁵⁶.

Die Umwandlung der eingetragenen Partnerschaft in eine Ehe hat keine namensrechtlichen Wirkungen. Es gilt zu beachten, dass wenn die Partnerinnen oder Partner anlässlich der Eintragung ihrer Partnerschaft entschieden haben, den Namen zu behalten (gemäss Art. 12a PartG oder der Übergangsbestimmung Art. 37a PartG), so können sie bei der Umwandlung keinen gemeinsamen Familiennamen bilden. Allerdings kann jede Ehegattin und jeder Ehegatte gemäss Artikel 30 ZGB eine Namensänderung beantragen.

Die Betroffenen können die Ausstellung des gebührenpflichtigen «Nachweis der Umwandlung der eingetragenen Partnerschaft in eine Ehe» verlangen.

6.3 Übermittlung der Unterlagen an die zuständigen Zivilstandsbehörden in der Schweiz

Die Erklärung über die Umwandlung der eingetragenen Partnerschaft in eine Ehe und die beigefügten Dokumente (z.B. Erklärung, Nachweis der bestehenden eingetragenen Partnerschaft, Wohnsitznachweis, Kopie Identitätsnachweis, etc.) werden mit dem Formular 803 «Umwandlung der eingetragenen Partnerschaft in eine Ehe» (Form. 803 Umwandlung EgP in Ehe - 2022) nach den allgemeinen Regeln (siehe Ziff. 2.3) via BJ/FIS an die zuständige Aufsichtsbehörde (vgl. Art. 21 Abs. 2 ZStV i.V.m. Art. 23 ZStV) übermittelt. Dabei kann die Vertretung auf dem Formular 803 vermerken, wenn sie eine Eintragungsbestätigung für die Aktualisierung des Auslandschweizerregisters wünscht.

Zuständig für die Beurkundung der Umwandlungserklärung von Schweizerinnen und Schweizern respektive von ausländische Staatsangehörigen, die zu Schweizerinnen oder Schweizern in einem familienrechtlichen Verhältnis stehen, ist das Zivilstandsamt am Heimatort der betroffenen Person mit Schweizer Bürgerrecht.¹⁵⁷ Hat eine Person mehrere Heimorte, so ist die Dokumentensendung in der Regel an die für den erstgenannten Heimatort (gemäss Schweizer Ausweispapier der betreffenden Person) zuständige Aufsichtsbehörde zu senden.

Umwandlungserklärungen von ausländischen Personen die zu Schweizerinnen oder Schweizern in keinem familienrechtlichen Verhältnis stehen, aber die im Personenstandsregister erfasst sind, sind durch die Zivilstandsbehörden am aktuellen Wohnsitz der Person oder am Ort, an dem anschliessend eine weitere Amtshandlung vorzunehmen ist, subsidiär am Eintragungsort der eingetragenen Partnerschaft einzutragen.

6.4 Gebühren

Die zu erhebenden Gebühren für diesbezügliche Dienstleistungen der Schweizer Vertretungen im Ausland richten sich nach Anhang 3, Ziff. 4.3. ZStGV.

¹⁵⁵ Art. 18a Abs. 1 ZStV.

¹⁵⁶ Art. 35a Abs. 1 PartG.

¹⁵⁷ Art. 32 IPRG, Art. 23 ZStV.

6.5 Ausländische gleichgeschlechtliche Ehe (Aktualisierung)

Wurde eine im Ausland geschlossene Ehe zwischen Personen gleichen Geschlechts in Anwendung des bisherigen Art. 45 Abs. 3 IPRG (in Kraft bis am 30.06.2022) bereits als eingetragene Partnerschaft in das schweizerische Zivilstandsregister eingetragen, können die betroffenen Paare gemeinsam oder einzeln unter Vorlage der ausländischen Heiratsurkunde eine Aktualisierung ihres Zivilstandes im Personenstandsregister ("verheiratet" statt "in eingetragener Partnerschaft"; Art. 8 Bst. f Ziff. 1 ZStV) und der Art ihrer Beziehung ("Ehe" statt "eingetragene Partnerschaft"; Art. 8 Bst. o Ziff. 1 ZStV) beantragen. Der Antrag ist an die kantonale Aufsichtsbehörde im Zivilstandswesen des Heimatkantons zu richten. Besitzt keiner der beiden in der Schweiz eingetragenen Partnerinnen bzw. Partner das Schweizer Bürgerrecht, ist die Aufsichtsbehörde des Wohnsitzkantons zuständig oder (bei fehlendem Wohnsitz in der Schweiz) die Aufsichtsbehörde des Kantons, in welchem die eingetragene Partnerschaft beurkundet worden ist.¹⁵⁸ Diese Fortschreibung erfolgt gebührenfrei. Um die Verfahren, an denen die Schweizer Vertretungen im Ausland beteiligt sind, zu vereinfachen, hat das EAZW ein Muster eines Antrags vorbereitet, dass der Öffentlichkeit zur Verfügung steht, unter [Formulare \(admin.ch\)](#).

6.6 Tabelle zu Fragen im Zusammenhang mit der Umsetzung der «Ehe für alle»

Das EAZW veröffentlicht auf seiner Website eine Tabelle mit Fragen im Zusammenhang mit der Umsetzung der "Ehe für alle". Diese Tabelle enthält Fragen von Schweizer Vertretungen im Ausland und wird regelmässig aktualisiert unter: [Aus der Praxis des EAZW](#)

7 Entgegennahme und Übermittlung von Namenserkklärungen ausserhalb eines Vorbereitungs- oder Vorverfahrens

7.1 Zulässigkeit einer Namenserklärung nach Schweizer Recht

Die Abgabe einer Namenserklärung auf der Vertretung nach Schweizer Recht¹⁵⁹ ist in folgenden Konstellationen möglich:

- Die Person besitzt das Schweizer Bürgerrecht. Besitzt eine Person mit Schweizer Bürgerrecht weitere Staatsangehörigkeiten, ist eine Namenserklärung nach Schweizer Recht nur zulässig, wenn die Person mit der Schweiz am engsten verbunden ist (z.B. Wohnsitz in der Schweiz).
- Die Person besitzt das Schweizer Bürgerrecht nicht, ihr Name wurde jedoch im Rahmen eines in der Schweiz beurkundeten Zivilstandereignisses (z.B. Eheschliessung) in Anwendung von Schweizer Recht gebildet.
- Die Person besitzt das Schweizer Bürgerrecht nicht, sie wohnt jedoch in der Schweiz und möchte auf ein im Ausland eingetretenes Ereignis (z.B. Geburt eines Kindes) Schweizer Recht zur Anwendung bringen.

¹⁵⁸ Art. 23 Abs. 2 ZStV.

¹⁵⁹ Art. 5 Abs. 1 Bst. e ZStV.

Wird eine Namenserklärung nach Schweizer Recht abgegeben, so beinhaltet diese auch die Unterstellung unter das Schweizer Heimatrecht¹⁶⁰. Tritt im Ausland ein Ereignis ein, welches sich nach ausländischem Recht auf die Namensführung auswirkt und möchte die davon betroffene Person mit Schweizer Bürgerrecht dies vermeiden, so hat sie die Möglichkeit, ihre Namensführung mittels Erklärung dem Schweizer Heimatrecht zu unterstellen (Formular «Erklärung über die Unterstellung des Namens unter das Heimatrecht [Art. 37 Abs. 2 IPRG]», Form. 0.43).

Beispiel:

Die Schweizer Bürgerin/der Schweizer Bürger Frau/Herr «Weiss» würde infolge Eheschliessung im Ausland den Namen des Mannes/der Frau («Müller») erwerben, sie/er möchte jedoch nach der Eheschliessung ihren/seinen Ledignamen «Weiss» nach Schweizer Recht beibehalten und erklärt anlässlich der zeitnahen¹⁶¹ Übermittlung der Eheschliessungsurkunde, dass sie/er ihren/seinen Namen dem Heimatrecht unterstellt.

Die Namenserklärung nach Schweizer Recht respektive die Erklärung der Unterstellung der Namensführung unter das Schweizer Heimatrecht ist entweder direkt anlässlich der Übermittlung der mit dem namensbestimmenden Ereignis verbundenen Urkunden vorzunehmen (z.B. Übermittlung der Geburtsurkunde, der Eheschliessungsurkunde etc.) oder sie erfolgt unabhängig von einem Zivilstandsereignis (z.B. Erklärung nach Auflösung einer Ehe etc.).

Gemäss Artikel 5 Buchstabe f des Wiener Übereinkommens über konsularische Beziehungen (siehe oben Ziff. 2.2.1) ist die Ausübung von Funktionen als Zivilstandsbeamtin oder als Zivilstandsbeamter nur zulässig, wenn die Gesetze und Vorschriften des Wohnsitzstaates dem nicht entgegenstehen. Einschränkungen sind insbesondere in Staaten möglich, die auch die Möglichkeit der Abgabe von Namensklärungen kennen. Wenn die Situation unklar ist und insbesondere in Fällen, in denen die Namensänderung aufgrund der Staatsangehörigkeit des Aufnahmestaats nicht anerkannt werden könnte, fordert die Auslandsvertretung die Person auf, die Erklärung bei den zuständigen lokalen Behörden abzugeben.

7.2 Namensklärung nach Artikel 8a Schlusstitel ZGB (Art. 14a ZStV)

Der Ehegatte, dessen noch bestehende Ehe vor dem 1. Januar 2013 geschlossen worden ist und der dabei seinen Namen in Anwendung von Schweizer Recht geändert hat, kann gegenüber der Vertretung jederzeit erklären, dass er wieder seinen Ledignamen annehmen will (kostenpflichtig¹⁶²). Diese Erklärung ist unbefristet und jederzeit möglich, solange die Ehe noch besteht.

Beispiel:

Herr «Müller» und Frau «Müller» (ledig «Weiss») haben vor dem 1. Januar 2013 geheiratet. Die Frau hat bei der Eheschliessung den Namen ihres Mannes erhalten. Zu einem beliebigen Zeitpunkt nach dem 1. Januar 2013 kann Frau «Müller» erklären, wieder ihren Ledignamen «Weiss» führen zu wollen.

Die Erklärung erfolgt auf dem Formular «Namensklärung» [Art. 8a SchlT ZGB] (Form. 0.42a).

¹⁶⁰ Art. 14 Abs. 3 ZStV.

¹⁶¹ Innerhalb von sechs Monaten seit Eheschliessung.

¹⁶² Anhang 3 Ziff. 3.7 ZStGV.

Die Abgabe dieser Namenserklärung hat keine Auswirkungen auf die Namensführung der Kinder. Der Name der Kinder kann nur über ein Namensänderungsgesuch angepasst werden¹⁶³.

7.3 Namenserklärung nach Auflösung der Ehe oder der eingetragenen Partnerschaft (Art. 13 resp. 13a ZStV)

Wurde eine Ehe oder eingetragene Partnerschaft durch Scheidung, gerichtliche Auflösung, Tod, Verschollenerklärung oder Ungültigerklärung aufgelöst, kann die Person, welche bei der Eheschliessung oder der Begründung der eingetragenen Partnerschaft ihren Namen in Anwendung von Schweizer Recht geändert hat, auf der Vertretung jederzeit erklären, dass sie wieder ihren Ledignamen annehmen will (kostenpflichtig¹⁶⁴).

Es ist unerheblich, wann die Ehe oder eingetragene Partnerschaft aufgelöst wurde.

Beispiele:

Herr/Frau «Müller» stirbt und Frau/Herr «Müller» (ledig «Weiss») erklärt nach dem Tod des Ehegatten/der Ehegattin, wieder ihren/seinen Ledignamen «Weiss» führen zu wollen.

Herr «Müller» und Frau «Weiss Müller» (ledig «Weiss») lassen sich scheiden. Frau «Weiss Müller» erklärt nach der Scheidung, wieder ihren Ledignamen «Weiss» führen zu wollen.

Die Erklärung erfolgt auf dem Formular «Namensklärung [Art. 30a u. 119 ZGB, 30a PartG]» (Form. 0.42b) und beinhaltet gleichzeitig die Unterstellung unter das Heimatrecht¹⁶⁵. Es muss also nicht zusätzlich noch das Formular «Erklärung über die Unterstellung des Namens unter das Heimatrecht» (Form. 0.43) ausgefüllt werden.

Die Abgabe dieser Namensklärung hat keine Auswirkungen auf die Namensführung der Kinder der erklärenden Person. Der Name der Kinder kann nur über ein Namensänderungsgesuch angepasst werden.

7.4 Namensklärung für das erste gemeinsame Kind miteinander verheirateter Eltern (Art. 37 ZStV)

Kommt das Kind im Ausland zur Welt, bestimmt sich sein Name in der Regel nach ausländischem Recht (z.B. Doppelname nach ausländischem Recht). Schweizer Bürgerinnen und Bürger haben die Möglichkeit, die Namensführung ihres Kindes dem Schweizer Heimatrecht zu unterstellen¹⁶⁶. Haben Schweizer Bürgerinnen oder Bürger noch weitere Staatsangehörigkeiten, so ist stets zu prüfen, ob die Voraussetzungen für eine Erklärung der Namensführung nach Schweizer Rechts gegeben sind (Art. 23 Abs. 2 IPRG).

- Führen die Eltern einen gemeinsamen Familiennamen, erhält das Kind diesen automatisch, wenn die Voraussetzungen für die Unterstellung unter das Schweizer Heimatrecht gegeben sind und die Eltern eine entsprechende Erklärung abgeben. Dazu ist das Formular «Erklä-

¹⁶³ Art. 13d des Schlusstitels zum ZGB.

¹⁶⁴ Anhang 3 Ziff. 3.2 ZStGV.

¹⁶⁵ Art. 13 oder Art. 13a i.V.m. Art. 14 Abs. 3 ZStV.

¹⁶⁶ Art. 37 Abs. 2 IPRG i.V.m. Art. 14 Abs. 2 u. 3 ZStV.

rung über die Unterstellung des Namens unter das Heimatrecht» (Form. 0.43) zu verwenden (evtl. gebührenfrei¹⁶⁷). Die explizite Unterstellung unter das Heimatrecht ist nur erforderlich, wenn das Kind in Anwendung von ausländischem Recht einen anderen Namen erlangen würde und nach Schweizer Recht die Namensführung ohne zusätzliche Namenserklärung klar definiert ist.

- Die miteinander verheirateten Eltern führen in der Schweiz den Ledignamen «Weiss» der Frau als gemeinsamen Familiennamen. Nach ausländischem Recht würde das im Ausland geborene Kind den Namen des Vaters («Müller») erwerben. Mit der Erklärung über die Unterstellung des Namens unter das Heimatrecht erwirbt das Kind den gemeinsamen Familiennamen «Weiss», also in diesem Fall den Ledignamen der Mutter. Tragen die Eltern verschiedene Namen und haben sie bei der Eheschliessung erklärt, welchen ihrer Ledignamen ihre Kinder tragen sollen, können sie mit der Geburtsmeldung oder innerhalb eines Jahres seit der Geburt des ersten Kindes erklären, dass das Kind den Ledignamen des anderen Elternteils tragen soll¹⁶⁸. Diese Erklärung steht nur den Eltern zu, die anlässlich der Eheschliessung bestimmt haben, welchen ihrer Ledignamen ihre Kinder tragen sollen. Sie kann nur für das erste gemeinsame Kind abgegeben werden und gilt sodann für alle gemeinsamen Kinder dieser Eltern, soweit Schweizer Recht anwendbar ist. Dazu ist das Formular «Namenserklärung» [Art. 270 Abs. 2 ZGB] (Form. 0.42a) zu verwenden. Die Erklärung ist gebührenfrei, wenn sie zusammen mit der Geburtsmeldung erfolgt. Es muss nicht zusätzlich noch das Formular «Erklärung über die Unterstellung des Namens unter das Heimatrecht» (Form. 0.43) ausgefüllt werden. Erfolgt diese Erklärung nicht direkt mit der Geburtsmeldung, ist sie kostenpflichtig¹⁶⁹.
- Tragen die Eltern verschiedene Namen und haben sie bei der Eheschliessung keinen Namen für ihre Kinder bestimmt, müssen sie direkt mit der Geburtsmeldung bestimmen, welchen ihrer Ledignamen ihr erstes gemeinsames Kind tragen soll¹⁷⁰, wenn sie Schweizer Namensrecht zur Anwendung bringen wollen. Dazu ist das Formular «Namenserklärung» [Art. 270 Abs. 2 ZGB] (Form. 0.42a) zu verwenden (evtl. gebührenfrei¹⁷¹). Es muss nicht zusätzlich noch das Formular «Erklärung über die Unterstellung des Namens unter das Heimatrecht» (Form. 0.43) ausgefüllt werden.

Eine Namenserklärung kann grundsätzlich nur für das erste gemeinsame Kind erfolgen. Bei einer im Ausland erfolgten Geburt eines weiteren gemeinsamen Kindes ist – sofern die Voraussetzungen dazu erfüllt sind – eine «Erklärung über die Unterstellung des Namens unter das Schweizer Heimatrecht» abzugeben (Form. 0.43), wenn damit die nach Schweizer Recht bestimmte gemeinsame Namensführung gemeinsamer Kinder erlangt werden soll.

¹⁶⁷ Anhang 3 Ziff. 3.3 ZStGV, gebührenfrei wenn die Unterstellung des Namens unter das Heimatrecht gleichzeitig mit der Übermittlung der ausländischen Geburtsurkunde des Kindes abgegeben wird. Ansonsten ist eine Gebühr von CHF 75.00 einzukassieren.

¹⁶⁸ Art. 37 Abs. 3 i.V.m. Art. 14 Abs. 3 ZStV.

¹⁶⁹ Anhang 3 Ziff. 3.6 ZStGV.

¹⁷⁰ Art. 37 Abs. 2 IPRG i.V.m. Art. 14 Abs. 3 ZStV.

¹⁷¹ Anhang 3 Ziff. 3.6 ZStGV, gebührenpflichtig, sofern sie nicht gleichzeitig mit der Übermittlung der ausländischen Geburtsurkunde des Kindes abgegeben wird.

7.5 Namensklärung für das erste gemeinsame Kind nicht miteinander verheirateter Eltern (Art. 37a ZStV)

Kommt das Kind im Ausland zur Welt, bestimmt sich sein Name in der Regel nach ausländischem Recht (z.B. Doppelname nach ausländischem Recht). Schweizer Bürgerinnen und Bürger haben, die Möglichkeit, die Namensführung ihres Kindes dem Schweizer Heimatrecht zu unterstellen.¹⁷² Haben Schweizer Bürgerinnen oder Bürger noch weitere Staatsangehörigkeiten, so ist stets zu prüfen, ob die Voraussetzungen für eine Erklärung der Namensführung nach Schweizer Recht gegeben sind (Art. 23 Abs. 2 IPRG).

Diese Namensklärung kann nur für das erste gemeinsame Kind abgegeben werden. Der so bestimmte Name gilt für alle gemeinsamen Kinder dieser Eltern, soweit Schweizer Recht anwendbar ist.

In der Schweiz hängt die Namensklärung für das erste gemeinsame Kind nicht miteinander verheirateter Eltern von der gemeinsamen elterlichen Sorge ab. Die Entstehung der gemeinsamen elterlichen Sorge bestimmt sich nach dem Recht am Aufenthaltsort des Kindes. Die Eltern haben die gemeinsame elterliche Sorge mit einem entsprechenden Dokument zu belegen. Ändert die elterliche Sorge zu einem späteren Zeitpunkt, kann der Name des Kindes nur über eine Namensänderung angepasst werden.

Die explizite Unterstellung unter das Heimatrecht mittels «Erklärung über die Unterstellung des Namens unter das Heimatrecht» (Form. 0.43) ist nur erforderlich, wenn das Kind bei Anwendung von ausländischem Recht einen anderen Namen erlangen würde und nach Schweizer Recht die Namensführung ohne zusätzliche Namensklärung klar definiert ist (z.B. Eltern haben die gemeinsame elterliche Sorge und das Kind soll nach Schweizer Recht den mit der Geburtsmeldung bestimmten Ledignamen der Mutter oder des Vaters erhalten – nach ausländischem Recht würde das Kind einen Doppelnamen, gebildet aus dem Namen des Vaters und dem Namen der Mutter, erwerben).

7.5.1 Keine gemeinsame elterliche Sorge

Sind die Eltern nicht miteinander verheiratet, und haben sie keine gemeinsame elterliche Sorge, kann der sorgeberechtigte Elternteil die Unterstellung unter das Heimatrecht erklären. Dazu ist das Formular «Erklärung über die Unterstellung des Namens unter das Heimatrecht» (Form. 0.43) zu verwenden (evtl. gebührenfrei¹⁷³). Die explizite Unterstellung unter das Heimatrecht ist nur erforderlich, wenn das Kind in Anwendung von ausländischem Recht einen anderen Namen erlangen würde als nach Schweizer Recht (z.B. Kind erhält nach Schweizer Recht den Ledignamen der alleinsorgeberechtigten Mutter – nach ausländischem Recht würde das Kind den Namen des anerkennenden Vaters erwerben).

7.5.2 Gemeinsame elterliche Sorge

Sind die Eltern nicht miteinander verheiratet und verzeichnen sie bei der Geburt die gemeinsame elterliche Sorge, müssen sie – wenn sie Schweizer Namensrecht zur Anwendung bringen wollen – direkt mit der Geburtsmeldung bestimmen, welchen ihrer Ledignamen ihr erstes

¹⁷² Art. 37 Abs. 2 IPRG i.V.m. Art. 14 Abs. 2 u. 3 ZStV.

¹⁷³ Anhang 3 Ziff. 3.3 ZStGV, gebührenfrei wenn die Unterstellung des Namens unter das Heimatrecht gleichzeitig mit der Übermittlung der ausländischen Geburtsurkunde des Kindes abgegeben wird. Ansonsten ist eine Gebühr von CHF 75.00 einzukassieren.

gemeinsames Kind tragen soll.¹⁷⁴ Dazu ist mangels anderer Möglichkeiten das Formular «Namenserklärung [Art. 270a Abs. 2 ZGB]» (Form. 0.42a) zu verwenden. Die Erklärung erfolgt gebührenfrei¹⁷⁵ und beinhaltet gleichzeitig die Unterstellung unter das Heimatrecht.¹⁷⁶ Es muss also nicht zusätzlich noch das Formular «Erklärung über die Unterstellung des Namens unter das Heimatrecht» (Form. 0.43) ausgefüllt werden.

Sind die Eltern nicht miteinander verheiratet und verzeichnen sie erst nach der Geburt des ersten Kindes die gemeinsame elterliche Sorge, sei es von Gesetzes wegen (z.B. gestützt auf das Recht am Wohnsitz als Folge der nachgeburtlichen Kindesanerkennung) oder durch Vereinbarung, können sie innerhalb eines Jahres seit deren Begründung gemeinsam erklären, dass das Kind den Ledignamen des anderen Elternteils tragen soll (kostenpflichtig¹⁷⁷).¹⁷⁸ Die Einhaltung der Jahresfrist ist durch die Vertretung zu prüfen (Vorlage der gesetzlichen Bestimmungen oder der Vereinbarung bezüglich der gemeinsamen elterlichen Sorge). Die Erklärung erfolgt auf dem Formular «Namenserklärung [Art. 270a Abs. 2 ZGB]» (Form. 0.42a) und beinhaltet gleichzeitig die Unterstellung unter das Heimatrecht.

Wird die gemeinsame elterliche Sorge zu einem Zeitpunkt übertragen, in dem das Kind über 12 Jahre alt ist, muss es der Namensänderung zustimmen. Diese Zustimmung muss das Kind persönlich auf der Vertretung abgeben.

Beispiel:

Frau «Weiss» und Herr «Müller» haben ihr erstes gemeinsames Kind, das den Ledignamen der Mutter «Weiss» führt. Sie vereinbaren nach der Geburt dieses Kindes die gemeinsame elterliche Sorge. Innert Jahresfrist nach Begründung der gemeinsamen elterlichen Sorge erklären sie gemeinsam, dass das Kind den Ledignamen des Vaters «Müller» tragen soll.

7.6 Zustimmung des Kindes zur Namensänderung bei nachträglicher Eheschliessung der Eltern

Heiraten die Eltern erst, wenn ihr gemeinsames Kind bereits zwölf Jahre alt oder älter ist, muss das Kind einer Namensänderung infolge Eheschliessung der Eltern zustimmen. Dies ist beispielsweise dann der Fall, wenn die Eltern einen gemeinsamen Familiennamen bestimmen, der nicht identisch ist mit dem Namen, den das Kind bereits führt. Die Zustimmung muss das Kind persönlich auf der Vertretung abgeben.

Die Erklärung sowie die allfällige Zustimmung des Kindes erfolgen auf dem Formular «Namenserklärung [Art. 160 Abs. 2 und 3 ZGB]» (Form. 0.41c). Die Erklärung beinhaltet gleichzeitig die Unterstellung unter das Heimatrecht¹⁷⁹. Es muss also nicht zusätzlich noch das Formular «Erklärung über die Unterstellung des Namens unter das Heimatrecht» (Form. 0.43) ausgefüllt werden.

¹⁷⁴ Art. 37 Abs. 2 IPRG i.V.m. Art. 37a Abs. 3 u. 14 Abs. 3 ZStV.

¹⁷⁵ Anhang 3 Ziff. 3.6 ZStGV.

¹⁷⁶ Art. 14 Abs. 3 ZStV.

¹⁷⁷ Anhang 3 Ziff. 3.6 ZStGV.

¹⁷⁸ Art. 37 Abs. 2 IPRG i.V.m. Art. 270a Abs. 2 ZGB i.V.m. Art. 37 Abs. 4 ZStV.

¹⁷⁹ Art. 14 Abs. 3 ZStV.

7.7 Verfahren

7.7.1 Allgemeine Voraussetzungen

Die Vertretung prüft allfällige Ausstandsgründe, ihre Zuständigkeit sowie Identität und Handlungsfähigkeit der vorsprechenden Personen gemäss Ziff. 2.2 vorstehend.

7.7.2 Beglaubigung der Unterschriften

Die Namenserklärung wird in Gegenwart des Vertretungspersonals abgegeben und unterzeichnet. Die Unterschriften sind zu beglaubigen¹⁸⁰.

7.7.3 Übermittlung

Die Namenserklärung und die beigefügten Dokumente (z.B. Wohnsitznachweis, Passkopie etc.) werden mit dem Formular 803 «Namenserklärung auf der Schweizer Vertretung (CHV) im Ausland» (Form. 803 Namenserklärung CHV) nach den allgemeinen Regeln (siehe Ziff. 2.3) via BJ/FIS an die zuständige Aufsichtsbehörde (siehe Ziff. 7.7.4) übermittelt. Dabei kann die Vertretung auf dem Formular 803 vermerken, wenn sie eine Eintragungsbestätigung wünscht, zwecks Aktualisierung des Auslandschweizerregisters.

7.7.4 Zuständiges Zivilstandsamt in der Schweiz

Zuständig für die Beurkundung einer auf der Vertretung entgegengenommenen Namensklärung ist das Zivilstandsamt am Heimatort der erklärenden Person. Bei ausländischen Staatsangehörigen ist das Zivilstandsamt am Wohnsitz zuständig. Bei fehlendem Wohnsitz in der Schweiz ist das Zivilstandsamt zuständig, das die Beurkundung des mit der Namensklärung verbundenen Zivilstandsereignisses vorgenommen hat.

Hat die Vertretung eine Eintragungsbestätigung beantragt, übermittelt das zuständige Zivilstandsamt die Bestätigung oder Verweigerung der Eintragung der Namensklärung mit dem Formular 803 «Eintragungsbestätigung - Kindeserkennung oder Namensklärung auf der Schweizer Vertretung (CHV)» (Form. 803 Eintragungsbestätigung an CHV).

7.8 Gebühren

Die Vertretung erhebt für diese Dienstleistungen die gemäss ZStGV Anhang 3 anfallenden Gebühren¹⁸¹. Darin inbegriffen sind Beratung und Information sowie die Beglaubigung der Unterschrift/-en der erklärenden Person/-en. Keine separate Gebühr wird erhoben, wenn eine Namensklärung im Rahmen des Vorbereitungsverfahrens zur Eheschliessung (siehe Ziff. 5.6) oder gemeinsam mit der Meldung der Geburt abgegeben wird.

¹⁸⁰ Art. 18 Abs. 1 Bst. e – g, k und l ZStV.

¹⁸¹ Siehe dazu die Übersicht in Ziff. 5 «Zusammenstellung der Gebühren im Zivilstandswesen - Schweizer Vertretungen im Ausland».

8 Entgegennahme und Übermittlung des Gesuchs um Anpassung der Namensschreibweise

8.1 Voraussetzungen und Überblick über das Verfahren

Mit der Revision der Zivilstandsverordnung vom 26. Juni 2024 wurde der in Infostar verwendete Zeichensatz erweitert, sodass nun zahlreiche zusätzliche Sonderzeichen ausländischer Sprachen erfasst und im Register geführt werden können. Personen, deren Namen Sonderzeichen enthalten hat, die bislang nicht im Schweizer Register geführt werden konnten, erhalten die Möglichkeit, mit einem schriftlichen Gesuch beim Zivilstandsamt eine Anpassung ihrer Namensschreibweise zu verlangen und so zu bewirken, dass der Name auch im Schweizer Register in der ursprünglichen Schreibweise geführt wird.¹⁸² Als Folge der Anpassung der Namensschreibweise im Personenstandsregister können insbesondere Schweizer Ausweispapiere (Pass, Identitätskarte) mit den betroffenen Sonderzeichen ausgestellt werden.

Das Gesuch um Anpassung der Namensschreibweise kann anlässlich eines anderen, zu beurkundenden Zivilstandsereignisses (Geburt, Anerkennung, Heirat, Scheidung), das am oder nach dem 11. November 2024 stattgefunden hat, oder ab dem 1. Januar 2025 selbständig, d.h. ohne ein begleitendes Zivilstandsereignis, gestellt werden.

8.2 Verfahren

Für das Gesuch an das Zivilstandsamt, welches auch bei der Schweizer Vertretung eingereicht werden kann, ist das vom EAZW zur Verfügung gestellte Formular zu verwenden¹⁸³. Dieses ist auf der Website des Bundesamts für Justiz abrufbar¹⁸⁴ und enthält weitere Ausführungen zu den Anforderungen an das Gesuch. Ein persönliches Erscheinen auf der Vertretung ist nicht erforderlich, da es sich nicht um eine persönliche Erklärung, sondern um ein schriftliches einzureichendes Gesuch handelt. Daraus ergibt sich, dass die Vertretung lediglich ihre eigene Zuständigkeit zu prüfen hat. Ausstandsgründe sowie Identität und Handlungsfähigkeit der gesuchstellenden Personen gemäss vorstehender Ziff. 2.2 sind nicht zu prüfen. Lediglich dann, wenn für die Vertretung erkennbar ist, dass das Gesuch formell mangelhaft gestellt wurde (z.B. bei Nichtverwendung des vorgegebenen Formulars, bei nicht vollständig ausgefülltem Gesuchsformular, bei fehlenden Unterschriften oder fehlende Beilagen) hat sie die gesuchstellende Person vor der Übermittlung in die Schweiz auf diese Mängel hinzuweisen und ihr Gelegenheit zu geben, diese zu beseitigen. Auch eine Beglaubigung der Unterschriften ist nicht erforderlich.

Nach der Beurkundung erstellt das zuständige Zivilstandsamt eine Bestätigung, dass die Anpassung der Namensschreibweise im Personenstandsregister beurkundet worden ist und leitet diese an die Vertretung weiter. Diese wird anschliessend von der Vertretung der gesuchstellenden Person zugestellt.

¹⁸² Eine ausführliche Darstellung des Verfahrens findet sich auf der Website des Bundesamts für Justiz, www.bj.admin.ch > Gesellschaft > Sonderzeichen im Namen.

¹⁸³ Das Formular (Gesuch um Anpassung der Namensschreibweise mit Sonderzeichen) steht auf der Website des Bundesamts für Justiz zur Verfügung, www.bj.admin.ch > Gesellschaft > Sonderzeichen im Namen oder Formulare.

¹⁸⁴ www.bj.admin.ch > Gesellschaft > Sonderzeichen im Namen.

8.3 Übermittlung

Das Gesuch um Anpassung der Namensschreibweise und die beigelegten Dokumente werden mit dem Formular 804 «Generelle Übermittlung an die Aufsichtsbehörde (AB)» nach den allgemeinen Regeln (siehe Ziff. 2.3) via BJ/FIS an die zuständige Aufsichtsbehörde (siehe Ziff. 8.4) übermittelt. Dabei kann die Vertretung auf dem Formular 804 vormerken, wenn sie eine Eintragungsbestätigung wünscht, zwecks Aktualisierung des Auslandschweizerregisters.

8.4 Zuständiges Zivilstandsamt in der Schweiz

Zuständig für die Bearbeitung eines auf der Vertretung entgegengenommenen Gesuchs um Anpassung der Namensschreibweise ist das Zivilstandsamt am Heimatort der gesuchstellenden Person. Bei Ehegatten und/oder Kindern mit unterschiedlichen Heimatorten wird das Gesuch nur an einen der Heimatorte geschickt; dieser ist für die Bearbeitung aller Gesuche zuständig. Wird das Gesuch im Rahmen eines anderen, im Personenstandsregister zu beurkundenden Ereignisses gestellt, wird das Gesuch um Anpassung der Namensschreibweise durch das hierfür zuständige Zivilstandsamt bearbeitet.

Auslandschweizer können das Gesuch auch direkt bei jedem Zivilstandsamt in der Schweiz einreichen.

Gesuche von ausländischen Staatsangehörigen, die keine familienrechtliche Beziehung zu einer Schweizer Bürgerin oder einem Schweizer Bürger haben, werden an das Zivilstandsamt weitergeleitet, das die letzte Beurkundung vorgenommen hat. Wird das Gesuch im Zusammenhang mit einem anderen Ereignis gestellt, das im Zivilstandsregister zu beurkunden ist, wird das Gesuch um Anpassung der Schreibweise des Namens vom zuständigen Zivilstandsamt behandelt.

8.5 Gebühren

Für die Weiterleitung des schriftlichen Gesuchs um Anpassung der Namensschreibweise ausserhalb eines anderen Zivilstandsereignisses ist eine Gebühr zu erheben (Anhang 3, Ziff. 10 ZStGV). Bei gemeinsamen Gesuchen von Ehegatten und/oder Kindern gemäss Anhang 1, Ziff. 24 ZStGV darf die Gebühr nur einmal erhoben werden. Wird das Gesuch anlässlich eines anderen Zivilstandsereignisses gestellt, dürfen auch für die Weiterleitung von der Vertretung keine Gebühren erhoben werden. Sämtliche Gebühren sind von der Schweizer Vertretung vorschussweise einzukassieren. Dies beinhaltet die Gebühr der Schweizer Vertretung für die Weiterleitung des Gesuchs (Anhang 3, Ziff. 10 ZStGV), die Gebühr des FIS für die Weiterleitung und buchhalterische Abwicklung des Gesuchs an die zuständige kantonale Behörde (Anhang 4, Ziff. 1.1 ZStGV) sowie die Gebühr des Zivilstandsamts für die Bearbeitung des Gesuchs sowie die Beurkundung der Anpassung der Namensschreibweise (Anhang 1, Ziff. 24 ZStGV).

9 Entgegennahme und Übermittlung von Erklärungen über die Änderung des im Personenstandsregister eingetragenen Geschlechts und über die damit verbundene Änderung von Vornamen

9.1 Erklärungen über die Änderung des im Personenstandsregister eingetragenen Geschlechts

Die Erklärung über die Änderung des im Personenstandsregister eingetragenen Geschlechts und über die damit verbundene Änderung von Vornamen kann im Ausland auf der zuständigen Vertretung der Schweiz abgegeben werden (Art. 14b Abs. 1 ZStV). Die Vertretungen handeln gemäss den vorliegenden Weisungen (vgl. auch die WS EAZW Nr. 10.22.01.01 vom 1. Januar 2022 «Änderung des im Personenstandsregister eingetragenen Geschlechts») und den Anweisungen der Zivilstandsbehörden.

9.2 Voraussetzungen für die Entgegennahme einer Erklärung über die Änderung des Geschlechts

Gemäss Art. 30b ZGB kann die Erklärung von jeder Person abgegeben werden, die innerlich fest davon überzeugt ist, nicht dem im Personenstandsregister eingetragenen Geschlecht zugehören. In Übereinstimmung mit dem allgemeinen Grundsatz von Treu und Glauben wird die Aufrichtigkeit der Erklärungen zur Änderung des Geschlechtseintrags im Personenstandsregister vermutet. Die Entgegennahme der Erklärung darf an keine Voraussetzungen geknüpft werden. Untersagt sind namentlich Voraussetzungen in Bezug auf das Alter und die Gesundheit, die Vornahme chirurgischer Eingriffe (insbesondere die Sterilisation und andere medizinische Behandlungen), die Diagnose einer psychischen Erkrankung oder die Auflösung einer gesetzlich geregelten Lebensgemeinschaft (Ehe oder eingetragene Partnerschaft). Eine Geschlechtsänderung im Personenstandsregister ist somit an keinerlei Vorbedingungen geknüpft.

Gemäss Artikel 5 Buchstabe f des Wiener Übereinkommens über konsularische Beziehungen (siehe Ziff. 2.2.1) ist die Ausübung von Funktionen als Zivilstandsbeamtin oder als Zivilstandsbeamter nur zulässig, wenn die Gesetze und Vorschriften des Wohnsitzstaates dem nicht entgegenstehen. Einschränkungen sind insbesondere in Staaten möglich, die auch die Möglichkeit kennen, den amtlichen Geschlechtseintrag durch Erklärung zu ändern. Wenn die Situation unklar ist und insbesondere in Fällen, in denen die Änderung des amtlichen Geschlechtseintrags aufgrund der Staatsbürgerschaft des Aufnahmestaats nicht anerkannt werden könnte, fordert die Auslandsvertretung die betroffene Person auf, die Erklärung über die Änderung des amtlichen Geschlechtseintrags bei den zuständigen lokalen Behörden abzugeben.

9.3 Wirkungen einer Erklärung über die Änderung des im Personenstandsregister eingetragenen Geschlechts

Das Formular 0.6.8.3 «Erklärung über die Änderung des im Personenstandsregister eingetragenen Geschlechts» und die beigegefügtten Dokumente (z.B. Erklärung, Zustimmung der gesetzlichen Vertretung, Passkopie etc.) werden mit dem Formular 803 «Erklärung über die Änderung des im Personenstandsregister eingetragenen Geschlechts auf der Schweizer Vertretung (CHV) im Ausland» (Form. 803 Erklärung Geschlechtsänderung CHV) nach den allgemeinen Regeln (siehe Ziff. 0) via BJ/FIS und die für den Heimatort der betroffenen Person zuständige

kantonale Aufsichtsbehörde übermittelt, die oder der für die Beurkundung im elektronischen Personenstandsregister (Infostar) zuständig ist. Dabei kann die Vertretung auf dem Formular 803 vermerken, wenn sie eine Eintragungsbestätigung wünscht, zwecks Aktualisierung des Auslandschweizerregisters.

Ist die betroffene Person nicht in Besitz des Schweizer Bürgerrechts ist die Erklärung an das für den Wohnsitz in der Schweiz zuständige Zivilstandsamt zu senden, subsidiär an das Zivilstandsamt, das für den Geburtsort oder für die Aufnahme der Person zuständig gewesen ist

9.4 Übermittlung an das zuständige Zivilstandsamt in der Schweiz

Das Formular 0.6.8.3 «Erklärung über die Änderung des im Personenstandsregister eingetragenen Geschlechts» und die beigefügten Dokumente (z.B. Erklärung, Zustimmung der gesetzlichen Vertretung, Passkopie etc.) werden mit dem Formular 803 «Erklärung über die Änderung des im Personenstandsregister eingetragenen Geschlechts auf der Schweizer Vertretung (CHV) im Ausland» (Form. 803 Erklärung Geschlechtsänderung CHV) nach den allgemeinen Regeln (siehe Ziff. 2.3) via BJ/FIS und die für den Heimatort der betroffenen Person zuständige kantonale Aufsichtsbehörde übermittelt, die oder der für die Beurkundung im elektronischen Personenstandsregister (Infostar) zuständig ist. Dabei kann die Vertretung auf dem Formular 803 vermerken, wenn sie eine Eintragungsbestätigung wünscht, zwecks Aktualisierung des Auslandschweizerregisters.

Ist die betroffene Person nicht in Besitz des Schweizer Bürgerrechts ist die Erklärung an das für den Wohnsitz in der Schweiz zuständige Zivilstandsamt zu senden, subsidiär an das Zivilstandsamt, das für den Geburtsort oder für die Aufnahme der Person zuständig gewesen ist.

9.5 Gebühren

Die zu erhebenden Gebühren für diesbezügliche Dienstleistungen der Schweizer Vertretungen im Ausland richten sich nach Anhang 3, Ziff. 3.8 f. ZStGV.

10 Entgegennahme und Übermittlung von Erklärungen über die Vaterschaft – Kindesanerkennung durch Vermittlung der Vertretung

Die Erklärung über die Vaterschaft, d.h. Kindesanerkennung, hat grundsätzlich bei den dafür zuständigen Behörden in der Schweiz (Zivilstandsbeamtin oder Zivilstandsbeamter) oder im Ausland zu erfolgen. Ist die Anerkennung eines Kindes nach dem Recht des betreffenden Staates möglich und begründet diese ein Kindesverhältnis, so muss der anerkennungswillige Vater die Anerkennungserklärung grundsätzlich gegenüber der entsprechenden ausländischen Behörde am Ort seines Wohnsitzes abgeben.

Eine ausländische Kindesanerkennung ist in der üblichen Form mittels Formular 801 (siehe Ziff. 4.4 ff.) zwecks Anerkennung und Eintragung im Personenstandsregister in die Schweiz zu übermitteln¹⁸⁵.

¹⁸⁵ Art. 32 i.V.m. Art. 73 IPRG.

Es gibt jedoch Konstellationen, in denen die ausländischen Behörden die beabsichtigte Kindeserkennung nicht vorsehen¹⁸⁶ oder nicht zulassen¹⁸⁷ und der Anerkennungswillige nicht in die Schweiz reisen kann, um die Erklärung gegenüber einer Zivilstandsbeamtin oder einem Zivilstandsbeamten abzugeben. In diesen Fällen kann subsidiär – im Sinne einer Notlösung – die Erklärung über die Vaterschaft durch Vermittlung der Vertretung zu Handen der Schweizer Zivilstandsbehörden erfolgen¹⁸⁸, soweit die Voraussetzungen dafür erfüllt sind.

10.1 Voraussetzungen und Überblick über das Verfahren

Die Vertretung prüft, ob die Voraussetzungen der Subsidiarität erfüllt sind. Das heisst, es darf keine andere Möglichkeit bestehen, die gewünschte Kindeserkennung im betreffenden Land abgeben zu können. Bei Zweifeln kontaktiert die Vertretung das EAZW.

In der Folge prüft die Vertretung, ob ein Bezug zur Schweiz besteht. Ein solcher ist zu bejahen, wenn das Kind in der Schweiz geboren ist oder wird, wenn der Vater, die Mutter oder das Kind Schweizer Bürger sind oder wenn die Mutter oder das Kind in der Schweiz wohnen.¹⁸⁹

Ergibt diese Prüfung, dass eine Kindeserkennung durch Vermittlung der Vertretung möglich ist, ist das am Beurkundungsort in der Schweiz zuständige Zivilstandsamt (siehe Ziff. 10.2.1) zu kontaktieren und über die geplante Entgegennahme der Erklärung zu informieren. Damit können bereits in einem frühen Zeitpunkt des Verfahrens allfällige fallspezifische Hindernisse geklärt werden (z.B. bereits bestehende Vaterschaft eines anderen Mannes zum betreffenden Kind).

Ergibt die Prüfung, dass die Voraussetzungen für die Abgabe einer Erklärung über die Kindeserkennung nicht gegeben sind, informiert die Vertretung den Anerkennungswilligen schriftlich darüber.

Bestehen Zweifel, ob die erklärende Person tatsächlich der genetische Vater des Kindes ist, ist die Erklärung dennoch entgegenzunehmen. Die Umstände, welche die Zweifel begründen, sind von der Vertretung festzuhalten und an das Zivilstandsamt weiterzuleiten; dieses entscheidet dann, ob die Anerkennung gültig ist. Eine Kindeserkennung ist ausserdem nicht möglich, wenn das Kind bereits zwei Eltern (Mütter oder Väter) hat.

Die Anerkennung der Vaterschaft kann nach der Erklärung (Unterschrift auf dem Dokument «Anerkennungserklärung vorgeburtlich» oder «Anerkennungserklärung nachgeburtlich ») nicht widerrufen werden.

Das Verfahren läuft im Überblick wie folgt ab:

- Der Anerkennungswillige kontaktiert die Vertretung und kündigt sein Interesse an, auf der Vertretung eine Erklärung über die Vaterschaft abgeben zu wollen. Die Vertretung prüft in diesem Stadium, ob eine Kindeserkennung im Ausland tatsächlich nicht möglich ist, ob

¹⁸⁶ Die Möglichkeit einer Kindeserkennung ist im ausländischen Recht nicht vorgesehen oder die Anerkennung begründet nach ausländischem Recht kein Kindesverhältnis.

¹⁸⁷ Die Anerkennung eines ausserhalb der Ehe geborenen Kindes ist z.B. in gewissen muslimischen oder angelsächsischen Staaten (z.B. Provinzen in Kanada) verboten. Es gibt auch Staaten, welche eine Anerkennung nicht zulassen, wenn das Kind nicht in ihrem Staat geboren wurde (z.B. bei Geburt in der Schweiz).

¹⁸⁸ Art. 11 Abs. 6 ZStV.

¹⁸⁹ Art. 71 Abs. 1 IPRG.

ein Bezug zur Schweiz vorliegt und ob das Kind anerkennbar ist (bisher kein rechtliches Kindesverhältnis zu einem anderen Mann).

- Die Vertretung kontaktiert das für die Beurkundung in der Schweiz zuständige Zivilstandsamt und stellt sicher, dass dieses mit der vermittelten Entgegennahme der Erklärung über die Vaterschaft durch die Vertretung einverstanden ist (Ziff. 10.2.1).
- Die Vertretung vereinbart einen Termin mit dem Anerkennungswilligen und teilt ihm mit, welche Dokumente er beibringen muss.
- Die Erklärung über die Anerkennung des Kindes muss vom Anerkennungswilligen persönlich auf der Vertretung abgegeben und eigenhändig unterzeichnet werden (Ziff. 10.3.4).
- Dabei sind die Sprachkenntnisse des Anerkennungswilligen zu berücksichtigen (Ziff. 5.4.3).
- Anschliessend übermittelt die Vertretung die Unterlagen an das für die Prüfung und Beurkundung zuständige Zivilstandsamt in der Schweiz (Ziff. 10.4). Dieses prüft ob die entgegengenommen Anerkennungserklärung beurkundet werden kann und informiert die Vertretung über die verweigerte oder vorgenommene Beurkundung (Ziff. 10.5).

Es gelten die allgemeinen Verfahrensregeln gemäss Ziff. 2.2: Die Vertretung prüft allfällige Ausstandsgründe, ihre Zuständigkeit sowie Identität und Handlungsfähigkeit der vorsprechenden Personen.

10.2 Vorbereitung der Entgegennahme der Anerkennungserklärung

10.2.1 Zuständigkeit und Einverständnis der zuständigen Zivilstandsbehörde in der Schweiz

Nachdem die Prüfung ergeben hat, dass eine Kindesanerkennung durch Vermittlung der Vertretung zulässig ist, muss in einem zweiten Schritt das für die Beurkundung in der Schweiz zuständige Zivilstandsamt kontaktiert und über die geplante Entgegennahme der Erklärung informiert werden.

In Bezug auf die interne schweizerische Zuständigkeit zur Beurkundung einer durch Vermittlung der Schweizer Vertretung im Ausland entgegengenommen Kindesanerkennung gilt folgende Reihenfolge¹⁹⁰:

- das Zivilstandsamt am Heimatort des Schweizer Vaters,
- das Zivilstandsamt am Heimatort der Schweizer Mutter,
- das Zivilstandsamt am Wohnort der Mutter,
- das Zivilstandsamt am Wohnort des Kindes (falls das Kind nicht am gleichen Ort wohnt wie die Eltern),
- in den anderen Fällen das Zivilstandsamt am Geburtsort des Kindes.

Das zuständige Zivilstandsamt ist federführend. Es muss mit der vermittelten Entgegennahme der Erklärung über die Vaterschaft durch die Vertretung einverstanden sein. Dabei klärt es vorfrageweise ab, ob im Schweizer Personenstandsregister nur zur Mutter ein Kindesverhält-

¹⁹⁰ Art. 71 Abs. 1 IPRG, mit analoger Anwendung von Art. 23 ZStV.

nis besteht. Bei vorgeburtlicher Anerkennung ist sicherzustellen, dass die Mutter nicht verheiratet ist (Vaterschaftsvermutung zugunsten des Ehemannes und ggf. gesetzliche Co-Mutterschaft der Ehefrau nach Art. 255a ZGB). Überdies kann das zuständige Zivilstandsamt die Vertretung über die vom Anerkennungswilligen beizubringenden Dokumente informieren (u.a. abhängig davon, ob seine Angaben in Infostar abrufbar sind etc.) und den Anerkennungswilligen zur Mitwirkung verpflichten (Art. 16 Abs. 1 IPRG).

Liegt das Einverständnis des zuständigen Zivilstandsamtes vor, ist der Anerkennungswillige über die beizubringenden Dokumente (siehe Ziff. 10.2.2) zu informieren. Sind hingegen die Voraussetzungen nicht erfüllt, informiert die Vertretung den Vater schriftlich darüber.

10.2.2 Beizubringenden Dokumente und Angaben

Die Beurkundung einer Kindesanerkennung im Personenstandsregister setzt voraus, dass die Personenstandsangaben von der Mutter, dem Kind (sofern bereits geboren) und dem Anerkennungswilligen abrufbar und aktuell sind.¹⁹¹ Ist dies nicht der Fall, muss der Anerkennungswillige die Dokumente beibringen, welche für die Aufnahme oder Aktualisierung der entsprechenden Datensätze im Personenstandsregister erforderlich sind. Erfolgt die Erklärung der Vaterschaft über die Vertretung, so stellt diese sicher, dass der Anerkennungswillige die erforderlichen Dokumente beibringt.

Der Anerkennungswillige hat für sich folgende Dokumente¹⁹² beizubringen:

- Schweizer Bürger:
 - Einen Identitätsnachweis¹⁹³.
 - Eine aktuelle Wohnsitzbescheinigung bei Wohnsitz im Ausland. Geben die ausländischen Behörden kein solches Dokument ab, ist der Wohnsitz anderweitig nachzuweisen (z.B. durch eine aktuelle Gasrechnung oder für angemeldete Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer durch eine Anmeldebestätigung der Vertretung¹⁹⁴).
- Ausländischer Staatsangehöriger:
 - Einen Identitätsnachweis¹⁹⁵.
 - Eine aktuelle Wohnsitzbescheinigung bei Wohnsitz im Ausland. Geben die ausländischen Behörden kein solches Dokument ab, ist der Wohnsitz anderweitig nachzuweisen (z.B. durch eine aktuelle Gasrechnung¹⁹⁶).

Soweit er nicht bereits über ein aktuelles, aus dem Schweizer Personenstandsregister ausgestelltes Dokument verfügt:

- Dokumente betreffend Geburt, Geschlecht, Namen, Abstammung und Nationalität sowie wenn möglich (nicht zwingend) einen Zivilstandsnachweis (z.B. Eheurkunde, Dokumente betr. Auflösung der Ehe etc.).

¹⁹¹ Art. 15 Abs. 2 ZStV.

¹⁹² Zivilstandsdokumente dürfen in der Regel nicht älter als 6 Monate sein. In begründeten Ausnahmefällen kann die inländische Zivilstandsbehörde auch ältere Dokumente zulassen (Art. 16 Abs. 2 ZStV).

¹⁹³ Art. 16 Abs. 1 Bst. b ZStV.

¹⁹⁴ Art. 64 Abs. 1 Bst. a ZStV.

¹⁹⁵ Art. 16 Abs. 1 Bst. b ZStV.

¹⁹⁶ Art. 64 Abs. 1 Bst. a ZStV.

Sofern der Anerkennungswillige in der Lage ist, nachgenannte Dokumente zu beschaffen, legt er zudem noch bei:

- für die ausländische Mutter:
 - soweit sie noch nicht im Schweizer Personenstandsregister eingetragen ist: eine Geburtsurkunde mit Angabe der Abstammung;
 - soweit vorhanden: eine Ausweiskopie;
 - einen Zivilstandsnachweis;
 - einen Wohnsitznachweis.
- für das im Ausland geborene Kind, sofern es bereits geboren ist:
 - die ausländische Geburtsurkunde mit Angabe der Abstammung (Name der Mutter)¹⁹⁷;
 - soweit vorhanden: eine Ausweiskopie;
 - einen Wohnsitznachweis (wenn sein Wohnsitz nicht demjenigen der Mutter entspricht).

Wenn der Vater die Dokumente des Kindes oder der Mutter nicht beschaffen kann (z.B. bei Geburt des Kindes in der Schweiz), muss er zumindest klare Angaben über die Identität des schon geborenen Kindes (Name, Vorname, Geburtsdatum, Geburtsort, Staatsangehörigkeit) und dessen Mutter (Name, Vorname, Geburtsdatum, Staatsangehörigkeit) sowie über den Wohnsitz und die Adresse der Mutter liefern können.

Sobald die Dokumente zur Verfügung stehen, vereinbart die Vertretung mit dem Anerkennungswilligen einen Termin zur persönlichen Vorsprache auf der Vertretung.

10.2.3 Sprachliche Verständigung

Die Entgegennahme der Erklärung der Anerkennung erfolgt mittels der dafür vorgesehenen Formulare in einer der Schweizer Landessprachen (d/f/i). Ergibt sich im Rahmen des vorgängigen Kontaktes mit dem Anerkennungswilligen, dass die Verständigung nicht sichergestellt ist, muss die Vertretung Vorkehrungen treffen, damit bei der Entgegennahme der Erklärung keine sprachlichen Hindernisse bestehen. Erweist es sich als notwendig, ist eine dolmetschende Person beizuziehen. Dabei ist sicherzustellen, dass keine Ausstandsgründe vorliegen (Ziff. 2.2.2). Wirkt eine aussenstehende dolmetschende Person mit, die nicht dem Personal der Vertretung angehört, ist das Formular «Mitwirkung eines/einer Dolmetscher/in – Übersetzer/in» auszufüllen und von dieser unterschreiben zu lassen. Die Unterschrift ist zu beglaubigen.

Die dolmetschende Person wird aufgefordert, die Willensäusserung des Anerkennungswilligen wahrheitsgetreu wiederzugeben. Sie ist auf die strafrechtlichen Konsequenzen einer falschen Erklärung hinzuweisen. Sie füllt das Formular «Mitwirkung eines/einer Dolmetscher/in – Übersetzer/in» aus und unterschreibt es. Die Unterschrift der dolmetschenden Person wird von der Vertretung beglaubigt. Das betreffende Formular ist dem Übermittlungsdossier beizufügen. Bei Verwendung eines fremdsprachigen Hilfsformulars muss nur das Formular in einer der Schweizer Landessprachen ausgefüllt werden (siehe Ziff. 2.2.6). Um Missverständnisse zu

¹⁹⁷ Die Geburtsurkunde des Kindes darf grundsätzlich nicht älter als ein Monat sein.

vermeiden, empfiehlt es sich, eine Kopie des fremdsprachigen Formulars an das offizielle Formular zu heften, das von der Dolmetscherin oder der Übersetzerin bzw. dem Dolmetscher oder dem Übersetzer unterzeichnet wurde.

Die Auslagen für die dolmetschende Person gehen zu Lasten des Anerkennungswilligen, sofern es sich nicht um eine Übersetzung in die Gebärdensprache handelt¹⁹⁸.

10.3 Entgegennahme der Erklärung der Kindesanerkennung

Die Vertretung prüft die Identität des Anerkennungswilligen und vergewissert sich, dass er handlungsfähig ist. Sie berät den Vater und weist ihn auf das Merkblatt über die Kindesanerkennung in der Schweiz (www.eazw.admin.ch > Merkblätter > Kindesanerkennung) hin.

10.3.1 Allgemeine Voraussetzungen

Ein Kind kann vor oder nach der Geburt, ohne zeitliche Begrenzung und sogar nach seinem Tod anerkannt werden. Im Interesse des Kindes muss die Vertretung die erforderlichen Amtshandlungen zur Übermittlung der Kindesanerkennung in die Schweiz vornehmen, sobald alle Unterlagen zur Verfügung stehen.

Die Entgegennahme der Anerkennungserklärung vor oder nach der Geburt nach Schweizer Recht (Form. «Anerkennungserklärung vor der Geburt nach schweizerischem Recht», 0.5.0.1 oder Form. «Anerkennungserklärung nach der Geburt nach schweizerischen Recht», 0.5.0.2) darf erst erfolgen, wenn die unter Ziffer 10.1 genannten Voraussetzungen erfüllt sind und das zuständige Zivilstandsamt mit der vermittelnden Entgegennahme der Erklärung über die Vaterschaft durch die Vertretung einverstanden ist.

Ein Kind kann nur anerkannt werden, wenn im Zeitpunkt der Anerkennung nur zur Mutter ein Kindesverhältnis besteht. Die Anerkennung ist somit nicht möglich, wenn bereits ein Kindesverhältnis zu einem anderen Mann besteht oder die Mutter verheiratet ist (Vaterschaftsvermutung zugunsten des Ehemannes und ggf. gesetzliche Co-Mutterschaft der Ehefrau nach Art. 255a ZGB). Ein adoptiertes Kind kann ebenfalls nicht anerkannt werden.

10.3.2 Formelle Voraussetzungen

Die Erklärung muss durch den Anerkennungswilligen zwingend persönlich auf der Vertretung in Gegenwart des Vertretungspersonals abgegeben werden¹⁹⁹. Der Anerkennungswillige muss seine Identität nachweisen. Die Vertretung erstellt eine beglaubigte Kopie des im Original vorgelegten Ausweisdokuments²⁰⁰.

Wer sein Kind mittels Erklärung anerkennen möchte, muss handlungsfähig (siehe Ziff. 2.2.5) sein. Dies hat die Vertretung zu prüfen.²⁰¹

Ist der Vater urteilsfähig aber nicht volljährig, steht er unter umfassender Beistandschaft oder liegt die Anordnung einer anderen Massnahme vor, welche die Zustimmung des gesetzlichen Vertreters erforderlich macht, kann er die Kindesanerkennung nur mit dessen Zustimmung

¹⁹⁸ Art. 7 Abs. 3 ZStGV.

¹⁹⁹ Art. 260 Abs. 3 ZGB.

²⁰⁰ Art. 16 Abs. 1 Bst. b ZStV.

²⁰¹ Art. 16 Abs. 1 Bst. b ZStV.

vornehmen²⁰². Der gesetzliche Vertreter muss seine Vertretungsbefugnis nachweisen und begleitet im Normalfall den Vater zur Anerkennung oder gibt seine Zustimmung separat ab.

10.3.3 Hinweise auf die zivilrechtlichen und strafrechtlichen Folgen der Kindesanerkennung

Der Anerkennungswillige wird mündlich durch die konsularische Mitarbeiterin oder den konsularischen Mitarbeiter auf die zivil- und strafrechtlichen Folgen einer Kindesanerkennung hingewiesen. Die erfolgte Rechtsbelehrung ist mittels Unterschrift zu bestätigen (Form. «Rechtsbelehrung Kindesanerkennung nach schweizerischem Recht durch Vermittlung einer Schweizer Vertretung im Ausland»). Auf Wunsch wird dem Anerkennungswilligen eine Kopie des unterzeichneten Formulars ausgehändigt.

10.3.4 Erklärung des Anerkennungswilligen und Unterzeichnung des Formulars

Danach wird der Anerkennungswillige eingeladen, das Formular «Anerkennungserklärung vor der Geburt nach schweizerischem Recht» (0.5.0.1) oder das Formular «Anerkennungserklärung nach der Geburt nach schweizerischem Recht» (0.5.0.2) auszufüllen und zu unterschreiben. Bei gesetzlicher Vertretung, muss der Vertreter das Formular ebenfalls unterzeichnen. Wurde eine sprachlich vermittelnde Person beigezogen, ist dies entsprechend zu dokumentieren (Ziff. 4.2.2).

10.3.5 Beglaubigung der Unterschrift

Die konsularische Mitarbeiterin oder der konsularische Mitarbeiter beglaubigt die Unterschrift des Anerkennungswilligen und gegebenenfalls des gesetzlichen Vertreters auf der Anerkennungserklärung²⁰³.

10.4 Übermittlung der Unterlagen an das zuständige Zivilstandsamt in der Schweiz

Die Kindesanerkennungserklärung und die beigelegten Dokumente werden mit der «Erklärung der Vaterschaft auf der Schweizer Vertretung (CHV) im Ausland» (Form. 803 Erklärung der Vaterschaft CHV) via BJ/FIS an an die zuständige Aufsichtsbehörde (gem. Ziff. 10.2.1) übermittelt. Auf dem Formular sind die aktuellen Angaben zu den betroffenen Personen (Anerkennungswilliger, Mutter des Kindes sowie Kind) soweit vorhanden einzutragen. Sind keine Angaben vorhanden (z.B. kein Heimatort, da nicht Schweizer Bürger), bleibt das auszufüllende Feld leer. Die Vertretung hat alle Beilagen im Formular einzeln aufzulisten und ausländische Urkunden (z.B. Geburtsurkunde) zusätzlich mit dem entsprechenden Formular 801 zu versehen und beizulegen (siehe Ziff. 0; mit Ausnahmen: z.B. CIEC-Urkunden).

Nach der Übermittlung der Anerkennungserklärung in die Schweiz muss sich der Vater weiter zur Verfügung der Vertretung halten, um gegebenenfalls fehlende Dokumente nachzuliefern.

²⁰² Art. 260 Abs. 2 ZGB.

²⁰³ Art. 18 Abs. 1 Bst. b i.V.m. Art. 18a Abs. 1 ZStV.

10.5 Abschluss des Verfahrens

Das zuständige Zivilstandsamt prüft die Unterlagen und nimmt die Beurkundung der Kindesanerkennung im Personenstandsregister vor, wenn sämtliche Voraussetzungen dafür erfüllt sind. Anschliessend stellt das Zivilstandsamt dem Vater via BJ/FIS durch Vermittlung der Vertretung die «Bestätigung einer Kindesanerkennung vor der Geburt» oder die «Bestätigung einer Kindesanerkennung nach der Geburt» aus. Diese Bestätigung inkl. Rechnung ist mit dem Formular 803 «Eintragungsbestätigung - Kindesanerkennung oder Namenserklärung auf der Schweizer Vertretung (CHV)» (Form. 803 Eintragungsbestätigung an CHV) an die CHV zu übermitteln.

Sind die Voraussetzungen für eine Beurkundung der Kindesanerkennung nicht erfüllt, informiert das Zivilstandsamt den Anerkennungswilligen schriftlich via BJ/FIS durch die Vertretung mittels Form. 803 «Eintragungsbestätigung an CHV». Bei einer vorgeburtlichen Anerkennung informiert es den Anerkennungswilligen, wenn die Mutter im Zeitpunkt der Geburt verheiratet ist und die vorgeburtliche Anerkennung infolge Ehelichkeitsvermutung dahinfällt.

10.6 Nachweis der Anerkennung und der Vaterschaft

Mit der Bestätigung einer Kindesanerkennung vor der Geburt wird lediglich die Anerkennung belegt, nicht aber die Entstehung des Kindesverhältnisses zum Vater.²⁰⁴ Dafür ist ein zusätzliches Dokument, das die Angaben des Kindesverhältnisses zum Vater nach der Geburt ausweist, notwendig (bei einer Geburt in der Schweiz dient dazu insbesondere die Geburtsurkunde).

Demgegenüber weist die Bestätigung einer Kindesanerkennung nach der Geburt sowohl die Anerkennung als auch die Entstehung des Kindesverhältnisses zum Vater nach.

Nach der Geburt des Kindes oder anlässlich der Eintragung der Kindesanerkennung kann der Anerkennende gegen Bezahlung der entsprechenden Gebühr weitere Dokumente, die seine Vaterschaft bestätigen, über die Vertretung bestellen. Es handelt sich insbesondere um den Ausweis über den registrierten Familienstand oder, im Fall einer Geburt in der Schweiz, um eine Geburtsurkunde. Diese ist auf einem mehrsprachigen internationalen Formular (CIEC Geburtsurkunde) erhältlich.

Die Vertretung bestellt diese gebührenpflichtigen Dokumente mittels Formular «Bestellung Zivilstandsdokumente durch die Schweizer Vertretung (CHV)» (via BJ/FIS).

10.7 Gebühren

Die Vertretung erhebt für diese Dienstleistungen die gemäss ZStGV Anhang 3 anfallenden Gebühren²⁰⁵. Darin inbegriffen sind Beratung und Information sowie die Beglaubigung der Unterschrift/-en der erklärenden Person/-en. Ausserdem kassiert die Vertretung die Gebühr inkl. Auslagen für die durch das zuständige Zivilstandsamt gelieferte Urkunde über die Bestätigung

²⁰⁴ Tatsächlich wird, falls die Mutter noch vor der Geburt des Kindes heiratet, der Ehemann automatisch der Vater des Kindes, wodurch die Kindesanerkennung eines Dritten ungültig wird.

²⁰⁵ Siehe dazu die Übersicht in Ziff. 8 der «Zusammenstellung der Gebühren im Zivilstandswesen - Schweizer Vertretungen im Ausland». Entgegennahme der Erklärung CHF 75.00 zuzüglich Porto/dipl. Kurier CHF 5.00. Es ist ein Vorinkasso von 32.50 für die Bestätigung der Kindesanerkennung des ZA zu erheben. Für die Zustimmung des gesetzl. Vertreters fallen zusätzlich CHF 30.00 an.

der Kindesanerkennung ein. Für die Übermittlungsarbeit des BJ/FIS fallen in diesem Fall ausnahmsweise keine Gebühren an.

Zusätzlich zu dieser Grundgebühr fällt eine Gebühr an, wenn die Erklärung des Anerkennungswilligen der Zustimmung eines gesetzlichen Vertreters bedarf.

Die Gebühren und Auslagen für die Bestellung weiterer Zivilstands Dokumente (z.B. aktuelle Geburtsurkunde) ist ebenfalls zusätzlich in Rechnung zu stellen.

Es sind überdies die allgemeinen Ausführungen zu den Gebühren unter Ziff. 0 zu berücksichtigen.

11 Beschaffung ausländischer Entscheidungen und Urkunden über den Zivilstand

11.1 Im Allgemeinen

Grundsätzlich haben die Meldepflichtigen ausländische Dokumente zu zivilstandsrelevanten Ereignissen und Tatsachen selber zu beschaffen und der zuständigen Vertretung beizubringen. Die Vertretung kann sie bei der Dokumentenbeschaffung unterstützen²⁰⁶, indem sie beispielsweise die Adresse der zuständigen ausländischen Behörde bekannt gibt. Sie ist jedoch nicht verpflichtet, bei den ausländischen Behörden Dokumente zu beschaffen oder bei diesen allfällige Beglaubigungen oder Apostillen einzuholen. Dies obliegt den betroffenen Personen. Hierbei sind die unter Ziffer 4.3 dargelegte Regelungen zu beachten.

11.2 Pflicht zur Dokumentenausstellung gestützt auf staatsvertragliche Regelungen

In gewissen Fällen besteht gestützt auf staatsvertragliche Regelungen die Pflicht zur Ausstellung von Dokumenten. Hinsichtlich der Unterstützung bei der Beschaffung von Dokumenten hat die Vertretung namentlich das Wiener Übereinkommen vom 24. April 1963 über konsularische Beziehungen²⁰⁷ sowie das Übereinkommen vom 20. November 1989 über die Rechte des Kindes²⁰⁸ zu beachten.

Beim Tod eines Angehörigen des Entsendestaates haben sich rund 150 Staaten im Wiener Übereinkommen bereit erklärt, unverzüglich die Vertretung zu benachrichtigen, in deren Zuständigkeitsbereich der Todesfall eingetreten ist²⁰⁹. Im Rahmen der UNO-Kinderrechtskonvention haben sich fast alle Staaten verpflichtet, jede Geburt respektive jedes Kind unverzüglich in ein öffentliches Register einzutragen²¹⁰.

Kann eine Person die Registrierung einer Geburt oder eines Todesfalles dennoch nicht erreichen, kann sie die Vertretung um Hilfe ersuchen. Diese unterstützt bei der Vermittlung und versucht zu bewirken, dass das Gastland namentlich folgende Verpflichtungen einhält:

²⁰⁶ Art. 5 Abs. 1 Bst. b ZStV.

²⁰⁷ SR 0.191.02.

²⁰⁸ SR 0.107.

²⁰⁹ Art. 37 des Wiener Übereinkommen über konsularische Beziehungen vom 24. April 1963.

²¹⁰ Art. 7 UNO-Kinderrechtskonvention.

- die vorstehend zitierten internationalen Übereinkommen hinsichtlich der Registrierung der Geburten und der Meldung von Todesfällen;
- weitere allfällige bilaterale Übereinkommen²¹¹, die sich auf Bürgerinnen und Bürger der beiden Staaten beziehen.

Die Vertretung unterstützt Personen auch bei der Beschaffung ausländischer Zivilstandsdokumente, die durch die ausländischen Behörden gestützt auf staatsvertragliche Vereinbarungen (siehe Ziff. 4.3.1) zuhanden der Schweizer Zivilstandsbehörden auszustellen sind. In diesem Zusammenhang sind die zuständigen ausländischen Behörden darauf hinzuweisen, dass der Grundsatz der Gegenseitigkeit (Reziprozität) gilt: Die Schweizer Zivilstandsbehörden leisten diesbezüglich ihren Beitrag gestützt auf Artikel 54 und 55 ZStV.

Kostenpflichtige Dokumente sind den Betroffenen zu belasten. Die Bestellung einer Todesurkunde ist beispielsweise den Erben in Rechnung zu stellen. Können die Auslagen für die Nachführung des Personenstandsregisters niemandem angelastet werden, so sind die Kosten durch das für die Beurkundung zuständige Zivilstandamt zu übernehmen.²¹²

11.3 Verzögerung oder Unmöglichkeit der Dokumentenbeschaffung

Die Vertretung muss die kantonale Aufsichtsbehörde im Zivilstandswesen informieren, wenn sie Kenntnis von ausländischen zivilstandsrelevanten Ereignissen, Tatsachen oder Entscheidungen erlangt. Dies gilt selbst dann, wenn die erforderlichen Dokumente noch nicht beigebracht werden können oder gänzlich fehlen. Im Rahmen dieser Information muss die Vertretung angeben, wie sie Kenntnis vom Sachverhalt erlangt hat, weshalb eine vollständige Dokumentenübermittlung nicht oder noch nicht möglich ist und welche Kosten die Beschaffung der Dokumente verursachen würde.

Beispiel:

Gemäss dem Wiener Übereinkommen vom 24. April 1963 über konsularische Beziehungen ist ein Todesfall eines Angehörigen des Entsendestaates unverzüglich der Vertretung zu melden. Das Übereinkommen sieht demgegenüber nicht vor, dass eine Todesurkunde ausgestellt und geliefert werden muss. Deshalb kommt es regelmässig vor, dass ein Todesfall gemeldet wird, eine Todesurkunde aber nicht oder nicht sofort erhältlich gemacht werden kann. In diesen Fällen ist der Todesfall den Zivilstandsbehörden in der Schweiz zu melden, selbst wenn weder Todesort noch -datum (Tod ohne Todesurkunde) bekannt sind. Voraussetzung ist, dass der Tod zweifelsfrei feststeht. Im Rahmen der Übermittlung ist mitzuteilen, wie die Meldung durch die ausländische Behörde erfolgte, ob die Möglichkeit auf Erlangung einer Todesurkunde besteht und wie hoch die damit verbundenen Kosten sind.

Dieses Vorgehen gilt für alle ausländischen zivilstandsrelevanten Ereignisse, Tatsachen oder Entscheidungen, die nicht mit Dokumenten belegt sind oder belegt werden können (z.B. Kenntnisnahme einer Eheschliessung, einer Kindesanerkennung, einer Ehescheidung etc.). Stets ist die zuständige Aufsichtsbehörde zu informieren unter Begründung, weshalb eine vollständige Dokumentenübermittlung nicht oder noch nicht möglich ist und welche Kosten die Beschaffung von Dokumenten verursacht. Die Information muss rasch erfolgen, damit die Auf-

²¹¹ Erklärung zwischen der Schweiz und Frankreich betreffend die Beschaffung von Zivilstandsurkunden (SR 0.211.112.434.9).

²¹² Art. 13 Abs. 3 ZStGV.

sichtsbehörde allfällige notwendige Schritte einleiten kann (z.B. Registersperre zur Vermeidung von Bigamie etc.). Wenn keine Dokumente zu übermitteln sind, eignet sich eine Information per Mail in der Sache an die zuständige Zivilstandsbehörde in der Schweiz. Sind Dokumente vorhanden, so sind diese mit dem entsprechenden Übermittlungsformular zu senden unter Hinweis auf die Verzögerung oder Unmöglichkeit der Dokumentenbeschaffung unter der Rubrik «Weitere Bemerkungen und Hinweise der Vertretung» im Feld «Sonstiges».

Anschliessend obliegt es den Schweizer Zivilstandsbehörden, das weitere Vorgehen zu bestimmen und gegebenenfalls die Vertretung entsprechend zu beauftragen.

12 Überprüfung der Echtheit (inhaltlich) ausländischer Urkunden

12.1 Im Allgemeinen

Bei der Echtheitsüberprüfung geht es darum, die in der Urkunde aufgeführten Angaben einer vertieften Überprüfung zu unterziehen. Dies ist insbesondere dann angezeigt, wenn bekannt ist, dass im betreffenden Staat die Fälschungsrate bei der Beschaffung von Urkunden erhöht ist.²¹³ Eine nähere Überprüfung ist aber auch dann angezeigt, wenn die Vertretung einen konkreten Verdacht hat, dass die in einer Urkunde aufgeführten Angaben nicht den Tatsachen entsprechen²¹⁴. In solchen Fällen empfiehlt die Vertretung direkt im Rahmen der Dokumentenübermittlung auf dem Formular 801 eine Inhalts- und Echtheitsüberprüfung der Urkunde durch eine Vertrauensstelle. Sie begründet ihre Empfehlung kurz und gibt die für die Prüfung zu erwartenden Kosten an.²¹⁵

Die Anbringung einer Beglaubigung oder Apostille auf einer ausländischen Urkunde sagt nichts über die Richtigkeit des Inhalts der Urkunde aus. Eine Echtheitsüberprüfung ist daher auch dann zulässig, wenn sämtliche Anforderungen bezüglich Unterschrift oder Berechtigung der ausstellenden Behörde hinsichtlich der ausländischen Entscheidung oder Urkunde über den Zivilstand (gem. Ziff. 4.3.2) erfüllt sind.²¹⁶

Die Vertretung veranlasst eine vertiefte Überprüfung von ausländischen Urkunden²¹⁷ bei Vorliegen eines konkreten Auftrages seitens der Zivilstandsbehörden in der Schweiz (siehe dazu Ziff. 12.2). Es besteht aber auch die Möglichkeit, dass die betroffene Person auf Empfehlung der Vertretung einer freiwilligen Echtheitsüberprüfung bezüglich der beigebrachten Dokumente zustimmt (siehe dazu Ziff. 12.3).

Die Vertretung lässt sich für Ihre Dienstleistungen und Auslagen im Zusammenhang mit einer Echtheitsüberprüfung entsprechend bevorschussen. Sie zieht für die Überprüfung in der Regel

²¹³ Z.B. Urkunde an sich ist echt (Unterschriften der ausstellenden Behörde etc.), aber der Inhalt beruht einzig auf Erklärungen der Betroffenen. Z.B. die in der ausländischen Eheurkunde aufgeführte Eheschliessung hat gar nicht stattgefunden.

²¹⁴ Z.B. Die in einer ausländischen Geburtsurkunde aufgeführte Mutter kann nicht die gebärende Mutter sein (Verdacht auf Leihmutterschaft) oder der in der ausländischen Geburtsurkunde aufgeführte Vater kann nicht der Vater des Kindes sein, weil er die Mutter im Zeitpunkt der Empfängnis gar noch nicht gekannt hat (Verdacht auf Adoptionsumgehung), etc.

²¹⁵ Rubrik «Weitere Bemerkungen und Hinweise der Vertretung», aktivieren des Kästchens «Die Vertretung empfiehlt eine Inhalts- und Echtheitsüberprüfung der Urkunde durch eine Vertrauensstelle».

²¹⁶ Das heisst, beispielsweise auch für Dokumente, die mit einer Apostille versehen sind, oder welche von Beglaubigungsformalitäten ganz befreit sind.

²¹⁷ Art. 5 Abs. 1 Bst. g ZStV.

einen Vertrauensanwalt bei, der die angeordneten Abklärungen vornimmt. Es erfolgt eine konkrete Überprüfung der in der Urkunde aufgeführten Angaben vor Ort (Einsicht in die örtlichen Zivilstandsregister, Befragung von nahen Angehörigen oder anderen Personen etc.).

Der Vertrauensanwalt fasst das Ergebnis seiner Recherchen und Abklärungen in einem Bericht zusammen, den er der Vertretung zukommen lässt. Diese überprüft, ob das Mandat korrekt ausgeführt wurde und leitet den Bericht an die auftraggebende Zivilstandsbehörde in der Schweiz weiter.

12.2 Überprüfung im Auftrag der Schweizer Zivilstandsbehörden

Die zuständige Zivilstandsbehörde in der Schweiz kann insbesondere im Rahmen ihrer Aufgaben nach Art. 32 IPRG eine vertiefte Überprüfung der zur Eintragung vorgelegten Dokumente anordnen.

Ein entsprechender Auftrag ist der Vertretung via BJ/FIS auf dem dafür vorgesehenen Formular (Form. «Auftrag der Zivilstandsbehörden an die Schweizer Vertretung CHV») zu erteilen. Dabei ist für jede vertiefte Überprüfung einer ausländischen Urkunde der exakte Auftrag mit entsprechenden Bemerkungen (Grund und Zweck) aufzuführen, damit die Vertretung ohne Verzögerung oder Nachfrage den Auftrag erfüllen kann.

Beispielsweise:

- Überprüfung der ausländischen Eheschliessungsurkunde zwecks Eintragung in der Schweiz.

Prüfungsauftrag: Besteht vor Ort ein entsprechender Registereintrag zur Eheschliessung? Stimmen die Personalien des ausländischen Staatsangehörigen mit dem Eintrag im ausländischen Register überein? Entsprechen die Angaben auf dem Dokument der Eintragung im Register? Wurden die vor Ort geltenden Bestimmung bezüglich Eheschliessung eingehalten? Etc.
- Überprüfen einer ausländischen Geburtsurkunde zwecks Eintragung in der Schweiz.

Prüfungsauftrag: Ist das in der Geburtsurkunde aufgeführte Kindesverhältnis gestützt auf das Recht vor Ort gültig zustande gekommen? Hat die in der Geburtsurkunde aufgeführte Mutter das Kind zur Welt gebracht? Etc.
- Überprüfung der Personenstandsdaten von ausländischen Staatsangehörigen zwecks
 - Beurkundung einer in der Schweiz erfolgten Geburt eines Kindes.

Prüfungsauftrag: Stimmen die Personenstandsdaten der Kindeseltern in den vorgelegten Urkunden mit den Registereinträgen vor Ort überein?
 - Bearbeitung eines Gesuchs um Vorbereitung einer Eheschliessung vom Paar XY.

Prüfungsauftrag: Ist der Zivilstand des ausländischen Staatsangehörigen tatsächlich 'verwitwet'? Etc.
 - Einbürgerung von XY.

Prüfungsauftrag: Stimmen die Personalien auf dem zu überprüfenden Dokument des oder der Gesuchstellenden mit dem ausländischen Registereintrag überein? Etc.
 - Aufnahme im Personenstandsregister.

Prüfungsauftrag: Stimmen die Angaben zu Alter und Herkunft mit Auskünften anderer Behörden vor Ort (Spitäler, Schulen, Einwohnerdienste etc.) überein?

In gewissen Ländern reichen die Angaben auf den zu überprüfenden Zivilstandsdokumenten nicht aus, um eine vertiefte Überprüfung durchzuführen. Idealerweise sind daher zusätzliche Angaben zu Familienangehörigen aufzuführen (z.B. weitere Angaben zu den betroffenen Personen sowie deren Eltern und weiterer Familienangehörigen).

Handelt es sich bei den betroffenen Personen um Asylsuchende (Ausweis N), Schutzbedürftige (Ausweis S) gemäss Artikel 4 i.V.m. Artikel 66 AsylG²¹⁸ oder erfüllen diese die Flüchtlingsvoraussetzungen gemäss der Genfer Konvention²¹⁹, muss dies die auftragserteilende Zivilstandsbehörde angeben und darauf hinweisen, dass eine Überprüfung mit der entsprechenden Vorsicht durchzuführen ist (diskrete Überprüfung, d.h. keine Kontaktaufnahme mit den heimatlichen Behörden, etc.).²²⁰

Diverse Vertretungen verfügen überdies über einen entsprechenden Fragebogen, welcher speziell für die Überprüfung von Zivilstandsdokumenten durch einen Vertrauensanwalt konzipiert ist (Form. «Fragebogen für die Überprüfung von Zivilstandsdokumenten»). Ein solcher Fragebogen erlaubt es, die wesentlichen Angaben und Informationen bei der von der Urkundenüberprüfung betroffenen Person vorab einzuverlangen. Bei Aufenthalt der von der Urkundenüberprüfung betroffenen Person in der Schweiz, empfiehlt es sich, dass diese den von der Vertretung zur Verfügung gestellten Fragebogen vorab ausfüllt, bevor die Zivilstandsbehörde der Vertretung den Überprüfungsauftrag erteilt.

Um eine rasche und effiziente Zusammenarbeit zwischen der Vertretung sowie der Schweizer Zivilstandsbehörde sicherzustellen, geben Letztere bei der Übersendung des Auftrags die Kontaktdaten (E-Mail und Direktwahlnummer) der für die Bearbeitung eines Falles zuständigen Ansprechperson bekannt. Dies erleichtert die Kontaktaufnahme seitens der Vertretung bei allfälligen Rückfragen.

Die Höhe der Kostengutsprache oder eines allfällig eingeholten Kostenvorschusses ist durch die Zivilstandsbehörde auf der Auftragserteilung zu vermerken. Wird die Kostengutsprache oder der geleistete Kostenvorschuss überschritten, ist vor der Aufnahme weiterer Arbeiten eine erneute Kostengutsprache (siehe Ziff. 3) einzuholen.

Benötigt die Vertretung weitere Dokumente oder Informationen, kontaktiert sie umgehend die auftragserteilende Zivilstandsbehörde.

12.2.1 Mandatierung einer Vertrauensstelle durch die Vertretung

Sobald ein Auftrag zur Überprüfung eines ausländischen Dokuments eingeht, leitet die Vertretung unverzüglich die Schritte ein, die ihr unter Berücksichtigung aller relevanten Umstände am geeignetsten erscheinen. Wird der Auftrag durch die Zivilstandsbehörden nicht gemäss den Vorgaben unter Ziff. 12.2 klar und vollständig formuliert oder fehlt die Kostengutsprache, verlangt die Vertretung fehlende Instruktionen oder Dokumente nach.

Im Regelfall wird die Vertretung einen Dritten beauftragen, der von ihr als Vertrauensperson

²¹⁸ SR 142.31

²¹⁹ Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge vom 28. Juli 1951, Genfer Flüchtlingskonvention.

²²⁰ Siehe Ziff. 2.3.2 der WS EAZW Nr. 10.19.03.01 vom 1. März 2019 betr. Modalitäten der Zusammenarbeit zwischen den Zivilstandsbehörden und dem Staatsekretariat für Migration (SEM).

anerkannt ist und über die erforderliche praktische und juristische Erfahrung verfügt (Vertrauensanwalt oder andere geeignete Stelle).

Die Vertretung händigt der Mandatsträgerin oder dem Mandatsträger die zu überprüfenden Dokumente aus, liefert die erforderlichen Informationen zur Erfüllung des Mandats und, sofern vorhanden, den von den Betroffenen ausgefüllten Fragebogen (Form. «Fragebogen für die Überprüfung von Zivilstandsdokumenten»). Sie informiert über das Ziel der Überprüfung, respektive welche der im zu prüfenden Dokument enthaltenen Angaben auf ihren Wahrheitsgehalt hin zu überprüfen sind (insbesondere die Identität der betroffenen Personen sowie die Angaben zu Datum und Ort der im Dokument bescheinigten Personenstandsdaten). Bei einer Eheschliessungsurkunde muss die Mandatsträgerin oder der Mandatsträger (z.B. Vertrauensanwalt) auch zur Frage Stellung nehmen, ob die Eheschliessung nach dem Recht des Gastlandes rechtmässig ist (Mindestalter, Ehehindernisse, Zuständigkeit der Behörde, die die Eheschliessung durchgeführt hat etc.). Ferner ist darzulegen, welche Auswirkungen allfällig festgestellte Mängel (ungültige oder auf Antrag einer Behörde oder eines Betroffenen anfechtbare Eheschliessung etc.) haben können.

Die Vertretung stellt sicher, dass die Mandatsträgerin oder der Mandatsträger die Vertraulichkeit und notwendige Diskretion strikt wahrt; es ist empfehlenswert, diesbezüglich eine schriftliche Erklärung unterzeichnen zu lassen, namentlich dann, wenn es um Dokumente von Personen geht, die in der Schweiz einen Asylantrag gestellt haben.

Die Vertretung gewährleistet eine sorgfältige Ausführung des Mandats. Sie informiert die auftraggebende Schweizer Zivilstandsbehörde über den Fortgang des Verfahrens, allfällige Verzögerungen, unerwartete Schwierigkeiten oder Kostenerhöhungen (Überschreiten des vom Betroffenen gegenüber der auftraggebenden Zivilstandsbehörde geleisteten Kostenvorschusses).

12.2.2 Übermittlung des Ergebnisses und Verwendung durch die Zivilstandsbehörden

Sobald das Ergebnis vorliegt, leitet die Vertretung es unverzüglich via BJ/FIS zuhanden der auftraggebenden Schweizer Zivilstandsbehörde weiter und gibt die definitiven Kosten bekannt. Sämtliche zu prüfende Dokumente sind in einer einzigen Sendung und mit einer Schlussabrechnung mit dem Formular «Auftrag der Zivilstandsbehörden an die Schweizer Vertretung (CHV)» zu übermitteln.

Die auftraggebende Schweizer Zivilstandsbehörde erhält den ungekürzten, unterzeichneten Bericht des Vertrauensanwalts²²¹. Die Aufsichtsbehörde, die sich zur Eintragung der Personenstandsdaten zu äussern hat, würdigt frei, welche Beweiskraft sie dem Bericht zuerkennt.²²²

²²¹ Stellt der Vertrauensanwalt im Rahmen seiner Recherchen und Abklärungen z.B. fest, dass die inhaltlichen Angaben nicht korrekt sind (z.B. es hat gar keine Eheschliessung stattgefunden, obwohl die vorgelegte Urkunde dies vorgibt), so meldet er dies der Schweizer Vertretung in seinem Bericht. Dieser Bericht gelangt sodann an die in der Schweiz zuständige Aufsichtsbehörde im Zivilstandswesen oder an das zuständige Zivilstandsamt, welche/-s in casu allenfalls die von den Parteien behauptete Ehe als nicht bewiesen erachtet. Eine solche Feststellung hätte zur Folge, dass ein in der Schweiz geborenes Kind nicht ehelich wäre und somit die Vaterschaftsvermutung des Ehemannes nicht greifen würde. Die Geburt des Kindes wäre sodann vorerst ohne die Angaben des Vaters zu beurkunden, bis dieser seine Identität nachgewiesen und eine allfällige Vaterschaftsanerkennung abgegeben hätte.

²²² Sie stellt im Rahmen von Ansprüchen auf Akteneinsicht sicher, dass die Anonymität des Vertrauensanwaltes garantiert ist. Seine Personalien und seine Unterschrift auf dem Bericht sind diesfalls zwingend einzuschwärzen.

12.3 Freiwillige vertiefte Überprüfung einer ausländischen Urkunde

Zur Beschleunigung des Aktenüberprüfungsverfahrens zur Eintragung von Personenstandsdaten können die Betroffenen, die der Vertretung ausländische Dokumente vorlegen, von sich aus die Vertretung mit der vertieften Überprüfung ihrer Dokumente beauftragen (sog. freiwillige Echtheitsüberprüfung). In diesem Fall verlangt die Vertretung den erforderlichen Kostenvorschuss. Sie macht die Betroffenen darauf aufmerksam, dass ihnen die Identität des Vertrauensanwaltes (oder jeglicher anderen Person, die mit den Nachforschungen betraut wird) nicht bekanntgegeben werden darf. Ausserdem sind die Betroffenen darauf hinzuweisen, dass die anfallenden Kosten nicht erstattet werden können und dass das Ergebnis der Überprüfung für die zuständige Schweizer Zivilstandsbehörde nicht verbindlich ist, d.h. dass zusätzliche Abklärungen verlangt werden können. Es wird unbedingt empfohlen, die Betroffenen eine schriftliche Erklärung unterschreiben zu lassen, mit der sie die Bedingungen der freiwilligen vertieften Überprüfung einer ausländischen Urkunde akzeptieren (Formular EDA).

Die Auswahl und Beauftragung einer Person in der Funktion eines Vertrauensanwaltes ist durch die Vertretung mit Sorgfalt vorzunehmen. Dabei ist sicherzustellen, dass der Vertrauensanwalt seine Arbeiten mit der erforderlichen Diskretion, Verschwiegenheit und Verlässlichkeit ausübt. Er hat den Umständen und den Befindlichkeiten vor Ort, z.B. anlässlich der Durchführung von Befragungen von Personen (z.B. Familienangehörigen, Nachbarn etc.), bestmöglich Rechnung zu tragen.

Macht eine betroffene Person in der Folge einen Anspruch auf Akteneinsicht geltend, so sind die Personalien des Vertrauensanwaltes zwingend einzuschwärzen.

Die Vertretung vermerkt auf dem Übermittlungsformular 801, dass bereits eine freiwillige Echtheitsüberprüfung durchgeführt worden ist²²³ und legt den vom Vertrauensanwalt unterzeichneten Bericht als Beilage zur Urkundensendung bei.

13 Beschaffung und Übermittlung von Informationen über das ausländische Recht (Art. 5 Abs. 1 Bst. h ZStV)

Sind die Informationen zu den einzutragenden Personenstandsdaten lückenhaft oder nicht ausreichend, um die juristische Sachlage eindeutig zu klären, und führt auch die Mitwirkung der Betroffenen²²⁴ nicht zu einer Klärung des Sachverhalts, können sich die Schweizer Zivilstandsbehörden bei der zuständigen Vertretung über das ausländische Recht erkundigen. Dies erfolgt mittels Formular «Auftrag der Zivilstandsbehörden an die Schweizer Vertretung (CHV)».

Die anfragende Schweizer Zivilstandsbehörde legt die Sachlage summarisch dar, übermittelt bei Bedarf alle zum Verständnis der Angelegenheit erforderlichen Dokumente und stellt klare Fragen und gibt gegebenenfalls Anweisungen (z.B. Beschränkung auf Beibringung eines Auszugs aus der ausländischen Gesetzgebung des betreffenden Landes).

Die Vertretung wendet sich bei Bedarf an die zuständigen Dienststellen des betreffenden Staates oder an ihren Vertrauensanwalt; falls nötig teilt sie der inländischen Behörde mit, wie hoch

²²³ Rubrik «Weitere Bemerkungen und Hinweise der Vertretung» aktivieren des Kästchen «Freiwillige Echtheitsüberprüfung durchgeführt (Bericht beiliegend)».

²²⁴ Gemäss Art. 16 Abs. 1 IPRG ist die ausländische Rechtslage zwar grundsätzlich von Amtes wegen festzustellen, die Mitwirkung der Betroffenen kann jedoch verlangt werden.

die Kosten für die Nachforschungen sein werden. Sie erteilt Aufträge erst an Dritte (z.B. Vertrauensanwalt oder ausländische Behörden), wenn sie die vollständige Kostenübernahme in der Schweiz abgeklärt hat.

Wie bei der vertieften Überprüfung einer ausländischen Urkunde stellt die Vertretung sicher, dass das Mandat mit der erforderlichen Diskretion und Sorgfalt ausgeführt wird und informiert die inländischen Behörden über den Verlauf des Verfahrens. Juristische Gutachten können von den inländischen Behörden frei gewürdigt werden.

Die Dienstleistungen der Vertretung im Hinblick auf die Einholung von Auskünften oder Gutachten sowie die damit verbundenen Dienstleistungen des BJ/FIS werden der anfragenden Zivilstandsbehörde gemäss ZStGV in Rechnung gestellt.²²⁵ Dabei führt die Vertretung die entsprechenden Kosten auf dem von der auftragserteilenden Zivilstandsbehörde erhaltenen Formular (Form. «Auftrag der Zivilstandsbehörden an CHV») auf und sendet dieses via BJ/FIS an an die zuständige Aufsichtsbehörde. Diese rechnet in der Folge das Ganze (inkl. der eigenen Dienstleistungen) nach den Bestimmungen der ZStGV mit den Betroffenen, welche die Rechtsabklärungen veranlasst haben, ab.

14 Bestellung von Zivilstandsdokumenten bei den Zivilstandsbehörden in der Schweiz durch die Vertretung

14.1 Grundsatz

Jede Person kann beim Zivilstandsamt des Ereignisortes respektive des Heimatortes Zivilstandsurkunden über die Daten verlangen, die über sie geführt werden. Die Person, die eine Urkunde zum Nachweis eines in der Schweiz eingetretenen Zivilstandseignisses braucht (Geburt, Ehe, eingetragene Partnerschaft, Tod etc.) wendet sich an das Zivilstandsamt, welches das Ereignis beurkundet hat. Benötigt eine Person mit Schweizer Bürgerrecht eine Urkunde über den Personenstand (Personenstandsausweis) oder über den Familienstand (Familienausweis, Partnerschaftsausweis, Ausweis über den registrierten Familienstand etc.) so ist das Zivilstandsamt am Heimatort für die Ausstellung zuständig. Besitzt die betroffene Person das Schweizer Bürgerrecht nicht, obliegt die Zuständigkeit für die Bekanntgabe der Daten über den Personenstand und den Familienstand dem Zivilstandsamt am Wohnsitz oder am Ereignisort.

Die Vertretung verwendet für die Bestellung das Formular «Bestellung Zivilstandsdokumente durch die Schweizer Vertretung (CHV)»).

Die Kosten für die Ausstellung der Urkunden richten sich nach der Gebührenverordnung (ZStGV).²²⁶

Schweizer Bürgerinnen und Bürger, die sich im Ausland aufhalten, sowie ausländische Staatsangehörige, welche in der Schweiz ein Zivilstandseignis verzeichneten, können Zivilstandsdokumente aus der Schweiz statt direkt beim zuständigen Zivilstandsamt über die Vertretung bestellen. Dabei entstehen zusätzlich zu den Gebühren und Auslagen des Zivilstandsamtes Übermittlungsgebühren des BJ/FIS gemäss Anhang 4 Ziff. 1.1 ZStGV.

²²⁵ Dienstleistungen der Vertretung gem. Anhang 3, Ziff. 1.2 ZStGV mit CHF 75.00 pro halbe Stunde. Dienstleistungen des BJ/FIS gemäss Anhang 4 Ziff. 2.2 ZStGV mit CHF 50.00.

²²⁶ Art. 81 ZStV.

Die Vertretung verwendet für die Bestellung das Formular «Bestellung Zivilstandsdokumente durch die Schweizer Vertretung».

14.2 Modalitäten der Bestellung

Die Vertretung prüft vorab, ob die Dokumentenbestellung von der berechtigten Person aus erfolgt. Es dürfen keine Zivilstandsdokumente für Dritte bestellt werden, es sei denn, es liegt eine entsprechende Vollmacht der berechtigten Person (z.B. Titular der Urkunde oder Hinterlassene) oder Behörde (z.B. Erbschaftsbehörde) vor.

Sind die Voraussetzungen für die Bestellung erfüllt, so kassiert die Vertretung die voraussichtlichen Gebühren und Auslagen²²⁷ in Form eines Kostenvorschusses bei der bestellenden Person ein.

Die Dokumentenbestellung erfolgt mittels des ausgefüllten Bestellformulars «Dokumentenbestellung Zivilstandsdokumente durch die Schweizer Vertretung CHV») direkt an die E-Mail-Adresse des BJ/FIS (fis_documents@bj.admin.ch).

Dabei vermerkt die Vertretung ihre Referenz sowie die E-Mail-Adresse der Ansprechperson für allfällige Nachfragen. Ausserdem füllt sie den Kanton der zuständigen Aufsichtsbehörde im Zivilstandswesen und den Zivilstandskreis des zuständigen Zivilstandsamtes (gemäss Liste Zivilstandskreise) ein.

Die bestellbaren Hauptdokumente sind bereits fix im Formular aufgeführt:

- **Personenstandsausweis:** Dieses Dokument dient dazu die im Register geführten aktuellen Personenstandsdaten der darin aufgeführten Person (inkl. Abstammungsangaben und Zivilstand) nachzuweisen. In diesem Dokument sind keine Beziehungen (z.B. Ehegatte, Kinder) aufgeführt. Es ist beim Zivilstandsamt des Heimatortes des Schweizer Bürgers bzw. der Schweizer Bürgerin, respektive am Wohnsitz des bzw. der ausländischen Staatsangehörigen. Die Gebühren und Auslagen betragen insgesamt CHF 70.00.²²⁸
- **Familienausweis:** Der Familien- oder Partnerschaftsausweis enthält die Angaben der Personen, die miteinander verheiratet oder verpartnert sind, und deren gemeinsame Kinder. Hat eine verheiratete oder verpartnerte Person keine Kinder ausserhalb dieser Beziehung, so eignet sich dieses Dokument auch zu Erbschaftszwecken. Der Familien- oder Partnerschaftsausweis ist dreisprachig verfasst (d,f,i). Er ist beim Zivilstandsamt des Heimatortes des Schweizer Bürgers bzw. der Schweizer Bürgerin zu bestellen. Die Gebühren und Auslagen betragen insgesamt CHF 80.00.²²⁹
- **Auszug aus dem Geburtseintrag, Auszug aus dem Eintrag über die Anerkennung, Auszug aus dem Eheeintrag, Auszug aus dem Eintrag über die Begründung einer eingetragenen Partnerschaft und Auszug aus dem Todeseintrag.** Diese Dokumente weisen das betreffende Zivilstandsereignis (Geburt, Anerkennung, Eheschliessung, eingetragene Partnerschaft, Tod) des Titulars aus. Sie werden auf Basis der jeweiligen internationalen CIEC-

²²⁷ Siehe «Zusammenstellung der Gebühren im Zivilstandswesen - Schweizer Vertretungen im Ausland».

²²⁸ Siehe dazu Ziff. 1 der «Zusammenstellung der Gebühren im Zivilstandswesen - Schweizer Vertretungen im Ausland».

²²⁹ Siehe dazu Ziff. 1 der «Zusammenstellung der Gebühren im Zivilstandswesen - Schweizer Vertretungen im Ausland».

Formularvorlage mehrsprachig erstellt.²³⁰ Diese Dokumente sind stets beim Zivilstandsamt des Ereignisortes zu bestellen. Die Gebühren und Auslagen entsprechen denjenigen des Personenstandsausweises.²³¹

Sonstige Dokumente können im Feld «Andere» aufgeführt und bestellt werden (z.B. Partnerschaftsausweis, Partnerschaftsurkunde, Ausweis über den registrierten Familienstand, etc.). Bei Unsicherheiten, welches Dokument sich für einen bestimmten Zweck am besten eignet, wendet sich die Vertretung vorgängig an das zuständige Zivilstandsamt.

Eine als «Dringend» bezeichnete Bestellung hat einen Gebührenzuschlag von 50 Prozent zur Folge.²³²

Die Vertretung vermerkt zusätzlich und unter Nennung des betreffenden Landes, für welches das Dokument benötigt wird, ob die Anbringung einer Beglaubigung/Apostille erforderlich ist.

Damit die gewünschte Auskunft aus dem Register bezüglich der richtigen Person erfolgt, hat die Vertretung Detailinformationen zur berechtigten Person (Titular des Dokuments) – soweit es für das betreffende Dokument erforderlich ist – aufzuführen (z.B. für einen Personenstandsausweis die Angaben zum Titular: Name, Vorname, Geburtsdatum, Geburtsort, Heimatort, Abstammungsangaben).

Nach Erhalt der bestellten Zivilstandsurkunde hat die Vertretung die Gesamtkosten bei der bestellenden Person mit dem Kostenvorschuss zu verrechnen und allfällige Mehrkosten einzukassieren. Das bestellte Zivilstandsdokument darf nur dem Titular (Person, auf welche die Urkunde lautet, Urkundeninhaber), der berechtigten Person (z.B. Eltern eines minderjährigen Kindes betr. dessen Geburtsurkunde) oder der bevollmächtigten Person (schriftliche Vollmacht des Titulars muss vorliegen) ausgehändigt oder zugestellt werden.

14.3 Zivilstandsdokumente aus den bis 2005 durch die Vertretung geführten Register

In der Zeit von 1915–2005 waren gewisse Vertretungen mit zusätzlichen zivilstandsamtlichen Funktionen betraut. In dieser Zeitspanne wurden Beurkundungen direkt im von der betreffenden Vertretung geführten Ereignisregister vorgenommen. Diese Register befinden sich heute im Bundesarchiv. Entsprechende Urkunden aus diesen Registern werden durch das EAZW erstellt. Für nachstehende Vertretungen und die von diesen im betreffenden Zeitraum geführten Register, ist das jeweilige Zivilstandsdokument beim EAZW zu bestellen:

- Vertretung in Peking, China: Anerkennungsregister (1947-1986); Eheregister (1955-1986), Eheverkündregister (1955-1986); Todesregister (1955-1986)
- Vertretung in Kairo, Ägypten: Geburts- und Legitimationsregister (1935-2005); Eheregister (1936-1993), Eheverkündregister (1936-1959); Todesregister (1936-2005)

²³⁰ Übereinkommen vom 14. März 2014 über die Ausstellung mehrsprachiger, codierter Auszüge und Bescheinigungen aus Zivilstandsregistern (SR 0.211.112.113) und Übereinkommen vom 8. September 1976 über die Ausstellung mehrsprachiger Auszüge aus Zivilstandsregistern (SR 0.211.112.112).

²³¹ Siehe dazu Ziff. 1 der «Zusammenstellung der Gebühren im Zivilstandswesen - Schweizer Vertretungen im Ausland».

²³² Art. 6 Abs. 1 Bst. a ZStGV.

- Vertretung in Teheran, Iran: Geburtsregister (1922-2005); Eheregister (1921-2002); Todesregister (1923-2002)
- Vertretung in Beirut, Libanon: Geburts- und Legitimationsregister (1926-2005); Eheregister (1937-1988), Eheverkündregister (1938-1987); Todesregister (1937-1987)
- Vertretung in London, Grossbritannien: Anerkennungsregister (1915-1988)
- Vertretung in Damaskus und Bagdad, Irak: Geburtsregister (1962-2005); Eheregister (1958-2005), Eheverkündregister (1958-1980); Todesregister (1958-2005)

15 Überprüfung einzelner Zivilstandsdaten zur Erfüllung von Verwaltungsaufgaben der Vertretung

Ausserhalb von Artikel 5 ZStV kann die Vertretung einzelne Zivilstandsdaten, die sie über eine bei ihr registrierte Person führt (Auslandsschweizerregister, E-VERA), überprüfen lassen.

Sie kann maximal zwei Zivilstandsdaten einer angemeldeten Person unentgeltlich und direkt vom zuständigen Zivilstandsamt bestätigen lassen. Dieses Verfahren beschränkt sich auf die Erfüllung von Verwaltungsaufgaben der Vertretung (in der Regel Ausstellung eines Passes oder einer Identitätskarte) und erlaubt nicht, das Auslandsschweizerregister ausserhalb eines konsularischen Geschäftsfalles systematisch nachzuführen.

Die Vertretung gibt die (ein bis zwei) unsicheren Daten einer Person an, wie z.B. folgende:

- Kontrolle der Orthographie eines Namens;
- Reihenfolge der Vornamen;
- genaues Geburtsdatum;
- Heimatort(e);
- Zivilstand;

16 Inkrafttreten und Aufhebung anderer Weisungen

Die vorliegende Weisung tritt am **1. Februar 2020** in Kraft. Folgende Dokumente werden formell aufgehoben und in das Archiv verschoben:

Datum	Titel	Referenz
01.01.2011	Entgegennahme, Beglaubigung, Übersetzung und Übermittlung ausländischer Entscheidungen und Urkunden über den Zivilstand	20.11.01.04
01.01.2011	Kindesanerkennung durch Vermittlung einer Schweizer Vertretung im Ausland, wenn eine Beurkundung der Anerkennung im Ausland nicht möglich ist	20.11.01.02
01.01.2011	Übersicht über die Regeln für die Aufgaben der Schweizer Vertretungen im Ausland im Bereich des Zivilstandswesens	20.11.01.01
05.01.2001	Ehevorbereitungsverfahren im Ausland wohnhafter Brautleute, die in der Schweiz heiraten möchten	E.273.1 / H.I.21
28.04.2000	Neue Bestimmungen über den Zivilstand und die Eheschliessung II	00-04-01
10.12.1999	Neue Bestimmungen über den Personenstand und die Eheschliessung I	99-12-04

Eidgenössisches Amt für das Zivilstandswesen EAZW

David Rüetschi



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Département fédéral de justice et police DFJP

Office fédéral de la justice OFJ
Domaine de direction Droit privé
Office fédéral de l'état civil OFEC

Directive OFEC

no 10.20.02.01 du 1^{er} février 2020 (Etat : 1^{er} mai 2025)

Tâches d'état civil des représentations suisses à l'étranger

Directives édictées par l'Office fédéral de l'état civil
en vertu de l'art. 5, al. 4, let. a et de l'art. 84, al. 3, de l'ordonnance sur l'état civil

Table des matières

1	Généralités	8
2	Règles générales de procédure et de transmission	9
2.1	Introduction	9
2.2	Règles générales de procédure	10
2.2.1	Principe	10
2.2.2	Récusation	10
2.2.3	Compétence	11
2.2.4	Identité	12
2.2.5	Capacité civile	12
2.2.6	Recours à un interprète ou à un traducteur	13
2.2.7	Secret de fonction et protection des données	14
2.3	Règles générales relatives à la transmission et à la commande de documents d'état civil	14
2.3.1	Principes régissant la transmission	14
2.3.2	Usage prévu des formulaires	16
2.3.3	Indications des dates	16
2.3.4	Désignation des localités, des États et des nationalités	16
2.3.5	Caractères et orthographe applicables aux données d'état civil étrangères	17
2.3.6	Données, annexes, signatures, etc. inconnues ou manquantes	17
3	Règles générales applicables aux émoluments et aux débours	18
4	Réception, traduction, légalisation et transmission de décisions et de documents d'état civil étrangers (transmission de documents)	19
4.1	Réception d'événements, de déclarations et de décisions d'état civil étrangers	19
4.1.1	Obligation d'annoncer	19
4.1.2	Compétence de la représentation	20
4.1.3	Réception des documents	21
4.1.4	Documents remis par les autorités suisses de l'état civil	21
4.2	Traduction de décisions et d'actes d'état civil étrangers	22
4.2.1	Modalités de traduction	22
4.2.2	Intervention d'un interprète ou d'un traducteur	23
4.3	Légalisation de décisions et d'actes d'état civil étrangers	23
4.3.1	Généralités	23
4.3.2	Légalisation par apostille délivrée par l'autorité étrangère	24
4.3.2.1	Principe et champ d'application de l'apostille	24
4.3.2.2	Obtention et traitement de l'apostille	25
4.3.2.3	Dispense d'apostille	25
4.3.3	Exemption des formalités de légalisation et autres simplifications	26

4.3.4	Légalisation consulaire par la représentation	27
4.3.4.1	Vérification des sceaux et des signatures	27
4.3.4.2	Légalisation	27
4.3.4.3	Refus de légalisation	27
4.3.5	Procédure à suivre en cas de doute sur l'authenticité du document et / ou sur la véracité de son contenu	28
4.3.6	Pouvoir d'appréciation des autorités suisses de l'état civil	28
4.4	Transmission de décisions et d'actes d'état civil étrangers	28
4.4.1	Principe	28
4.4.2	Autorités compétentes	30
4.4.3	Indications complémentaires	30
4.4.4	Annexes	31
4.4.5	Rubriques spéciales de certains formulaires 801	32
4.4.5.1	Transmission d'un acte de naissance accompagné d'informations sur l'établissement du lien de filiation	32
4.4.5.2	Transmission d'un acte de divorce ou de dissolution d'un partenariat en l'absence d'une attestation d'entrée en force	33
4.4.5.3	Transmission d'un acte d'adoption	34
4.4.6	Transmission de copies légalisées	34
4.5	Traitement des documents, légalisations et apostilles électroniques	34
4.6	Confirmation de transcription	35
5	Réception et transmission de demandes et de déclarations en vue d'un mariage en Suisse et transmission de certificats de capacité matrimoniale suisse en vue d'un mariage à l'étranger	36
5.1	Conditions générales et aperçu de la procédure	36
5.2	Mariage prévu en Suisse	37
5.3	Mariage prévu à l'étranger	38
5.3.1	Droit applicable et obligation d'annoncer	38
5.3.2	Commande d'un certificat de capacité matrimoniale	38
5.4	Préparation de la réception de la déclaration relative aux conditions du mariage	38
5.4.1	Formule de demande	38
5.4.2	Documents requis	39
5.4.3	Compréhension linguistique	40
5.4.4	Dispense de se présenter personnellement	41
5.5	Réception de la déclaration relative aux conditions du mariage	41
5.5.1	Conditions générales	41
5.5.2	Conditions formelles	41
5.5.3	Obligation de dire la vérité et informations quant aux conséquences pénales	42
5.5.4	Déclarations des fiancés	42

5.5.5	Signatures et légalisation des signatures _____	42
5.5.6	Information des fiancés _____	43
5.6	Réception de la déclaration concernant le nom dans le cadre de la procédure du mariage _____	43
5.6.1	Déclaration de nom en cas de mariage en Suisse _____	43
5.6.2	Déclaration de nom en cas de mariage à l'étranger _____	44
5.6.3	Signature et légalisation de la déclaration de nom _____	45
5.7	Transmission de documents aux autorités suisses de l'état civil _____	45
5.7.1	Transmission des documents en cas de mariage en Suisse _____	45
5.7.2	Transmission de documents en cas de mariage à l'étranger _____	46
5.8	Examen de la demande et clôture de la procédure par l'office de l'état civil compétent en Suisse _____	46
5.8.1	Clôture de la procédure en cas de mariage en Suisse _____	46
5.8.2	Clôture de la procédure en cas de mariage à l'étranger _____	48
5.9	Émoluments _____	48
6	Réception et transmission de déclarations relatives à la conversion d'un partenariat enregistré en mariage _____	49
6.1	Aperçu de la procédure _____	49
6.2	Réception de la déclaration de conversion _____	50
6.2.1	Conditions _____	50
6.2.2	Exceptions à la déclaration de conversion _____	50
6.2.3	Présentation personnelle des déclarants _____	51
6.2.4	Forme de la déclaration de conversion _____	51
6.2.5	Déclaration de conversion sous forme de cérémonie _____	51
6.2.6	Effets de la déclaration de conversion _____	51
6.3	Transmission des documents aux autorités d'état civil compétentes en Suisse _____	51
6.4	Émoluments _____	52
6.5	Mariage célébré à l'étranger entre personnes de même sexe (mise à jour) _____	52
6.6	Tableau sur les Questions en rapport avec la mise en œuvre du « mariage pour tous » _____	52
7	Réception et transmission de déclarations concernant le nom indépendantes d'une procédure préparatoire du mariage _____	53
7.1	Admissibilité d'une déclaration concernant le nom en droit suisse _____	53
7.2	Déclaration concernant le nom prévue à l'art. 8a titre final CC (art. 14a OEC) _____	54
7.3	Déclaration concernant le nom après la dissolution du mariage ou du partenariat enregistré (art. 13 ou 13a OEC) _____	54
7.4	Déclaration concernant le nom du premier enfant commun de parents mariés ensemble (art. 37 OEC) _____	55
7.5	Déclaration concernant le nom du premier enfant commun de parents non mariés ensemble (art. 37a OEC) _____	56

7.5.1	Pas d'autorité parentale conjointe	56
7.5.2	Autorité parentale conjointe	57
7.6	Consentement de l'enfant au changement de nom suite au mariage de ses parents	57
7.7	Procédure	58
7.7.1	Conditions générales	58
7.7.2	Légalisation des signatures	58
7.7.3	Transmission	58
7.7.4	Office de l'état civil compétent en Suisse	58
7.8	Émoluments	59
8	Réception et transmission de la demande d'adaptation de la graphie du nom	59
8.1	Conditions préalables et aperçu de la procédure	59
8.2	Procédure	59
8.3	Transmission	60
8.4	Office de l'état civil compétent en Suisse	60
8.5	Émoluments	60
9	Réception et transmission des déclarations relatives au changement de sexe inscrit dans le registre de l'état civil et au changement de prénom qui en découle	61
9.1	Déclaration relative au changement de sexe inscrit dans le registre de l'état civil	61
9.2	Conditions requises pour la réception d'une déclaration de changement de sexe	61
9.3	Effets d'une déclaration de changement de sexe inscrit dans le registre de l'état civil	61
9.4	Transmission à l'office de l'état civil compétent en Suisse	62
9.5	Émoluments	62
10	Réception et transmission de déclarations de paternité – reconnaissances d'enfant par l'intermédiaire de la représentation	62
10.1	Conditions et déroulement de la procédure	63
10.2	Préparation de la réception de la déclaration de paternité	64
10.2.1	Compétence et accord de l'autorité de l'état civil compétente en Suisse	64
10.2.2	Documents à présenter et données personnelles	64
10.2.3	Compréhension linguistique	66
10.3	Réception de la déclaration de paternité	66
10.3.1	Conditions générales	66
10.3.2	Conditions formelles	67
10.3.3	Information sur les conséquences civiles et pénales de la reconnaissance d'un enfant	67
10.3.4	Déclaration de l'auteur de la reconnaissance et signature de la formule	67

10.3.5	Légalisation de la signature	67
10.4	Transmission des documents à l'office de l'état civil compétent en Suisse	68
10.5	Clôture de la procédure	68
10.6	Preuve de la reconnaissance et preuve de la paternité	68
10.7	Émoluments	69
11	Obtention de décisions et de documents d'état civil étrangers	69
11.1	Généralités	69
11.2	Obligation de délivrer des documents en vertu d'accords internationaux	69
11.3	Difficultés à obtenir les documents	70
12	Vérification de l'authenticité de documents étrangers (véracité du contenu)	71
12.1	Généralités	71
12.2	Vérification à la demande des autorités suisses de l'état civil	72
12.2.1	Avocat de confiance mandaté par la représentation	73
12.2.2	Transmission des résultats et appréciation par l'autorité	74
12.3	Vérification d'un document étranger demandée par la personne concernée	74
13	Recherche et transmission d'informations sur le droit étranger (art. 5, al. 1, let. h, OEC)	75
14	Commande par la représentation d'actes d'état civil auprès des autorités suisses	76
14.1	Principe	76
14.2	Modalités de la commande	76
14.3	Documents d'état civil tirés des registres tenus par les représentations jusqu'en 2005	78
15	Vérification de données d'état civil nécessaires à l'accomplissement des tâches administratives de la représentation	78
16	Entrée en vigueur et abrogation d'autres directives	79

Tableau des modifications

Modifications au 1 ^{er} mai 2025	NOUVEAU
Toute la directive	Adaptation formelle du texte suite à l'entrée en vigueur de la réforme sur le changement de sexe à l'état civil, de l'ouverture du mariage pour tous, de l'introduction de la procédure concernant l'adaptation de la graphie du nom et de la Convention CIEC no 34.
Chiffre 2.2.6	Complément lié à l'introduction d'un formulaire anglais/espagnol pour le recours à un interprète.
Chiffres 2.3.2, 4.2.2, 4.3.3, 4.6, 5.3.1, 5.4.3, 5.6, 5.6.1, 5.8.1	Précisions apportées.
Chiffre 6	Nouveau chapitre suite à l'entrée en vigueur de la réforme sur le mariage pour tous et la possibilité de la conversion d'un partenariat enregistré existant en mariage en remplacement de l'ancien chapitre consacré à la réception et transmission de demandes de conclusion d'un partenariat enregistré en Suisse.
Chiffre 8	Nouveau chapitre suite à l'introduction de la procédure concernant l'adaptation de la graphie du nom en raison du nouveau jeu de caractères.
Chiffres 9	Nouveau chapitre suite à l'entrée en vigueur de la réforme sur le changement de sexe à l'état civil.
Chiffres 10–16	Nouvelle numérotation due à l'ajout des nouveaux chapitres suite à l'introduction de la procédure concernant l'adaptation de la graphie du nom et sur le changement de sexe dans le registre de l'état civil.

1 Généralités

La présente directive règle les principales tâches d'état civil des représentations suisses à l'étranger (ci-après « les représentations »), notamment celles qui sont énoncées à l'art. 5 de l'ordonnance sur l'état civil (OEC)¹, et les règles générales de procédure qui s'y rapportent.

Dans le domaine de l'état civil, les représentations suisses à l'étranger assument notamment les tâches suivantes :

- informer et conseiller les personnes concernées ;
- rechercher, recevoir, légaliser, traduire et transmettre des décisions et des documents étrangers relatifs à l'état civil (transmission de documents, voir le ch. 4) ;
- recevoir et transmettre des demandes et des déclarations en vue de la célébration d'un mariage en Suisse ou de la délivrance de certificats suisses de capacité matrimoniale destinés à un mariage à l'étranger (y compris procéder à l'audition des fiancés conformément aux instructions des autorités suisses de l'état civil ; voir le ch. 5) ;
- recevoir et transmettre des déclarations de conversion du partenariat enregistré en mariage ; voir le ch. 6)
- recevoir et transmettre des déclarations concernant le nom conformément au droit suisse, en dehors de toute procédure préparatoire du mariage (voir le ch. 7) ;
- recevoir et transmettre des demandes d'adaptation de la graphie du nom (voir le ch. 8) ;
- recevoir et transmettre des déclarations relatives au changement de sexe inscrit dans le registre de l'état civil et au changement de prénom qui en découle (voir le ch. 9) ;
- recevoir et transmettre des déclarations de paternité si l'enregistrement de la reconnaissance d'enfant n'est pas possible à l'étranger (reconnaissance d'un enfant par l'entremise de la représentation ; voir le ch. 10) ;
- prêter appui à l'obtention de décisions et d'actes d'état civil étrangers (voir le ch. 11) ;
- exécuter des mandats pour les autorités de l'état civil en Suisse (procéder à l'audition des fiancés ou des partenaires, vérifier l'authenticité de documents, etc.) ;
- vérifier l'authenticité (du contenu) de documents étrangers (voir le ch. 0) ;
- rechercher et transmettre des informations relatives au droit étranger (voir le ch. 13) ;
- commander des documents d'état civil auprès des autorités de l'état civil en Suisse (voir le ch. 14) ;
- annoncer des faits indiquant que l'union (mariage ou partenariat) est susceptible d'être abusive (voir les Directives OFEC no 10.07.12.01 relatives aux abus liés à la législation sur les étrangers).

Les émoluments correspondant aux opérations d'état civil et les débours associés sont facturés conformément à l'ordonnance sur les émoluments en matière d'état civil (OEEC)².

¹ Ordonnance du 28 avril 2004 sur l'état civil (OEC ; RS 211.112.2)

² Ordonnance du 27 octobre 1999 sur les émoluments en matière d'état civil (OEEC ; RS 172.042.110)

En plus de la présente, les directives ci-après de l'Office fédéral de l'état civil (OFEC) sont aussi applicables :

- « Mariage pour tous » du 1^{er} avril 2022 (no 10.22.04.01) ;
- « Changement de sexe à l'état civil » du 1^{er} janvier 2022 (no 10.22.01.01) ;
- « Mesures de lutte contre les mariages et partenariats forcés ou avec un mineur » du 1^{er} juillet 2013 (no 10.13.07.01) ;
- « Mariages et partenariats de ressortissants étrangers : preuve de la légalité du séjour et annonce aux autorités migratoires » du 1^{er} janvier 2011 (no 10.11.01.02) ;
- « Abus lié à la législation sur les étrangers » du 5 décembre 2007 (no 10.07.12.01) ;
- « Preuve de l'établissement du lien de filiation selon le droit étranger » (no 20.08.01.01).

Documents de référence supplémentaires :

- « Tableau récapitulatif des émoluments en matière d'état civil - Représentations suisses à l'étranger » ;
- « Anleitung für die Schweizer Vertretung im Ausland betreffend Entgegennahme der Erklärungen im Zusammenhang mit dem neuen Namensrecht » (disponible en allemand);
- « Formulaires de transmission dans le domaine de l'état civil »
- Tabelle du nom : nouveau droit du nom ;
- Différents mémentos sur les sujets mentionnés.

Tous ces documents sont disponibles sur le site Internet de l'OFEC (www.ofec.admin.ch), certains d'entre eux sur les pages réservées aux représentations.

2 Règles générales de procédure et de transmission

2.1 Introduction

Les représentations assument des tâches dans le domaine de l'état civil soit en vertu d'une délégation de compétence prévue par la loi, soit en appui ou sur mandat des autorités suisses de l'état civil (offices de l'état civil, autorités cantonales de surveillance en matière d'état civil, OFEC). En Suisse, la procédure, les décisions et l'enregistrement dans le registre de l'état civil relèvent de la compétence exclusive des autorités suisses de l'état civil.

Les représentations ne peuvent donner aucun renseignement juridique ayant un caractère contraignant en Suisse et renvoient à cet effet aux autorités suisses compétentes.

Elles sont par contre habilitées, pour autant que les conditions légales soient remplies, à recevoir différentes déclarations mentionnées dans l'ordonnance sur l'état civil et qui lient juridiquement leur auteur. Elles les transmettent ensuite à l'autorité suisse compétente selon une procédure uniforme.

En cas de doute sur la démarche à adopter, elles consultent les autorités suisses compétentes, dont elles doivent suivre les instructions.

2.2 Règles générales de procédure

2.2.1 Principe

Les représentations appliquent les principes généraux de procédure découlant de la Constitution fédérale (Cst.)³, en particulier ceux de la légalité, de la proportionnalité et le droit pour les parties d'être entendues. Elles observent en outre le droit international, notamment les conventions de Vienne sur les relations diplomatiques et consulaires⁴.

Outre la loi fédérale sur la procédure administrative (PA)⁵, la procédure est régie notamment par les dispositions de l'OEC et de l'OEEC de même que par les directives et les instructions de l'OFEC (voir le ch. 1).

Les règles de procédure applicables aux tâches quotidiennes sont décrites ci-après. Elles concernent toutes les activités des représentations en matière d'état civil et ne sont donc plus énoncées individuellement pour chaque opération. Le ch. 5, par exemple, ne détaille que le déroulement spécifique de la procédure préparatoire du mariage sans réitérer les obligations en matière de récusation ou de vérification de l'identité visées au ch. 2.2.

Le principe selon lequel toutes les décisions ayant un contenu matériel et les décisions qui en découlent relèvent exclusivement de la compétence des autorités de l'état civil en Suisse (autorités cantonales de surveillance, offices de l'état civil) revêt une importance capitale. Les représentations n'ont en revanche aucune compétence décisionnelle en matière d'état civil. Le personnel des représentations veille à ne pas empiéter sur les compétences des autorités internes de l'état civil et ne fournit donc aucune information contraignante aux particuliers sur l'application du droit (p. ex., principe de la reconnaissance et effets d'une adoption prononcée à l'étranger ; admissibilité d'un document comme preuve de l'état civil d'un fiancé étranger souhaitant se marier en Suisse) tant que l'autorité compétente n'a pas encore pris de décision.

En cas de doute sur le traitement d'un dossier, le personnel de la représentation les communique en Suisse et demande l'avis de l'office de l'état civil ou de l'autorité cantonale de surveillance (AS) compétents. Si plusieurs autorités (offices ou AS) sont concernées, il est possible de demander à l'OFEC d'assurer la coordination et la transmission.

Les représentations, fournisseurs de prestations au nom des autorités suisses de l'état civil, sont tenues de respecter les instructions reçues.

2.2.2 Récusation

Les collaborateurs de la représentation doivent se récuser lorsque les opérations⁶ :

- les concernent personnellement ;

³ Constitution fédérale de la Confédération suisse du 18 avril 1999 (Cst. ; RS 101)

⁴ Convention de Vienne sur les relations diplomatiques du 18 avril 1961 (RS 0.191.01) et Convention de Vienne sur les relations consulaires du 24 avril 1963 (RS 0.191.02). En vertu de cette convention, l'exercice de fonctions d'officiers de l'état civil ne sont admises que pour autant que les lois et règlements de l'Etat de résidence ne s'y opposent pas (art. 5 let. f).

⁵ Loi fédérale du 20 décembre 1968 sur la procédure administrative (PA ; RS 172.021)

⁶ Art. 89, al. 3, OEC. Lorsqu'il n'est pas possible de remplacer un collaborateur récusable (petite représentation dotée d'un seul collaborateur, p. ex.), celui-ci accomplit la tâche requise mais informe précisément l'autorité de l'état civil compétente de la situation. L'autorité décide ensuite si les opérations accomplies sont acceptables ou non.

- concernent leur conjoint, leur partenaire enregistré ou une personne avec laquelle ils mènent de fait une vie de couple ;
- concernent un parent ou allié en ligne directe ou, jusqu'au troisième degré⁷ inclus, en ligne collatérale ;
- concernent une personne qu'ils ont représentée ou assistée dans le cadre d'un mandat légal ou privé ;
- lorsque de toute autre manière, ils ne peuvent donner toutes les garanties d'indépendance et d'impartialité, notamment en raison d'une amitié étroite ou d'une inimitié personnelle.

Ces règles valent également pour les auxiliaires, notamment pour les interprètes, les traducteurs et les avocats de confiance impliqués dans le traitement du dossier.

2.2.3 Compétence

La représentation examine si elle est compétente à raison du lieu⁸.

La compétence découle en règle générale du découpage des circonscriptions consulaires tel qu'il est défini par le Département fédéral des affaires étrangères (DFAE) (art. 5 al. 3 OEC, qui renvoie à l'art. 3 al. 1 de l'ordonnance sur les Suisses de l'étranger du 7 octobre 2015⁹).

Selon la situation particulière des représentations suisses dans un pays donné, le service consulaire du DFAE peut, en concertation avec l'OFEC, prévoir des dérogations au principe de la compétence à raison du lieu (circonscription consulaire). Ainsi, dans l'État en question, d'autres représentations, voire toutes, peuvent être habilitées à recevoir et à transmettre en Suisse des documents d'état civil provenant de l'ensemble de cet État¹⁰. Une telle mesure est appropriée dans les pays dans lesquels aucun faux dans les titres n'a été signalé et où les documents présentés émanent fréquemment de circonscriptions consulaires différentes. Lorsqu'une légalisation consulaire est nécessaire, les représentations habilitées doivent disposer, pour pouvoir accomplir leurs obligations en matière de vérification, de modèles des signatures et des sceaux des autorités étrangères qui ont délivré le document. Il incombe au DFAE et aux représentations de créer les conditions permettant de vérifier les documents.

La représentation examine si elle est compétente à raison de la matière¹¹.

⁷ Le degré de parenté est déterminé par le nombre de générations qui séparent deux individus liés par un ascendant commun (p. ex. vos oncles et tantes, en tant que frères et sœurs de vos parents sont, des parents au troisième degré).

⁸ Art. 3 de l'ordonnance du 7 octobre 2015 sur les personnes et les institutions suisses à l'étranger (OSEtr ; RS 195.11) et art. 16, al. 1, let. a, OEC

⁹ RS 195.11

¹⁰ Exemples : aux États-Unis, selon l'État fédéral, la délivrance des actes d'état civil est régie à l'échelon de l'État, du comté ou de la ville. Il n'est par conséquent pas certain que les représentations disposent de modèles de signature à jour des autorités compétentes. Les documents d'état civil comportent, outre la signature de l'autorité qui les a délivrés, des éléments de sécurité clairs que la représentation peut vérifier. Celle-ci peut même renoncer à faire apostiller ces documents (voir le ch. 4.3.2.3). En cas de doute, la représentation peut demander le concours des autorités émettrices ou, à tout moment, exiger de nouveaux documents. D'où l'utilité de prévoir la compétence de la représentation quel que soit le lieu de délivrance de l'acte. En Espagne, toutes les représentations disposent des modèles de signature des autorités espagnoles, si bien, p. ex., que la transmission en Suisse d'un acte d'état civil espagnol n'ayant pas été établi sur un formulaire CIEC (Commission internationale de l'état civil) peut être effectuée sans apostille par une représentation extérieure à la circonscription consulaire de l'autorité espagnole qui aurait dû émettre l'apostille.

¹¹ Art. 3 OSEtr et 16, al. 1, let. a, OEC

Elle vérifie si la tâche à effectuer relève de l'état civil, et plus particulièrement de l'art. 5 OEC, et si elle concerne des Suisses ou des ressortissants étrangers ayant avec des Suisses un lien relevant du droit de la famille. Dans les dossiers concernant exclusivement des ressortissants étrangers, ces personnes doivent prouver qu'elles ont été enregistrées en Suisse ou qu'elles sont sur le point d'être enregistrées (mariage, p. ex.).

En dehors des tâches et des services réglés dans la présente directive, les collaborateurs des représentations n'exercent aucune fonction d'officier de l'état civil.

2.2.4 Identité

La représentation s'assure de l'identité de la personne qui veut faire une déclaration ou déposer personnellement au guichet des documents à transmettre en Suisse¹². L'identité ne doit faire aucun doute, surtout en cas de déclaration. La personne présente en règle générale son passeport ou sa carte d'identité. Lorsqu'elle n'est pas en mesure de le faire ou qu'il existe d'autres raisons de douter de son identité, la représentation s'adresse aux autorités de l'état civil compétentes en Suisse pour qu'elles décident de la suite de la procédure.

La vérification de l'identité n'a de sens que si l'intéressé remet ses propres documents en personne. Si les documents à transmettre en Suisse sont déposés à la représentation par un tiers (un parent, p. ex.) ou expédiés par voie postale, il n'y a pas lieu de vérifier l'identité.

2.2.5 Capacité civile

Seule une personne qui a la capacité civile peut devenir sujet de droits et d'obligations, y compris en matière d'état civil¹³. La représentation s'assure d'office de la capacité civile de la personne.

Pour avoir la capacité civile, la personne doit être majeure (18 ans révolus), capable de discernement et ne pas être sous curatelle. Si elle est domiciliée à l'étranger, l'exercice de ses droits civils est régi par le droit du domicile¹⁴. Il faut par conséquent examiner les dispositions correspondantes du droit étranger susceptibles de différer du droit suisse. S'agissant de Suisses de passage (tourisme, voyage d'affaires), le droit suisse est applicable.

L'âge d'une personne ressort de ses documents d'identité (passeport, carte d'identité). Lorsqu'une personne est mineure, son représentant légal doit donner son approbation (pour la reconnaissance d'un enfant, p. ex.) ou agir à sa place (pour transmettre l'acte de naissance d'un enfant, p. ex.) sauf disposition légale contraire (consentement au changement de nom, p. ex.). Si le rapport de représentation n'est pas évident (il l'est lorsque les parents agissent pour leur nouveau-né, p. ex.), la personne concernée doit prouver qu'elle dispose d'un pouvoir de représentation.

La capacité de discernement d'une personne majeure est présumée, quel que soit le droit applicable. Elle est régie par le droit suisse¹⁵. Ce n'est que lorsque la faculté d'agir raisonnablement est manifestement altérée ou sérieusement mise en doute (consommation de drogues

¹² Art. 16, al. 1, let. b, OEC, 1^{re} partie de phrase

¹³ Art. 16, al. 1, let. b, OEC, 2^e partie de phrase

¹⁴ Art. 35 de la loi fédérale du 18 décembre 1987 sur le droit international privé (LDIP ; RS 291)

¹⁵ La capacité de discernement est définie à l'art. 16 du code civil suisse (CC ; RS 210), car il s'agit d'une exigence minimale en matière d'ordre public.

ou d'alcool, déficience mentale lourde) que la représentation doit refuser une déclaration émanant de la personne en question.

En cas de doutes sérieux, la personne concernée peut être appelée à collaborer sur ordre des autorités suisses de l'état civil ou de la représentation, afin de prouver sa capacité de discernement¹⁶. Si elle est capable de discernement mais n'a pas la capacité civile (c'est-à-dire qu'elle est majeure mais sous curatelle et dispose donc d'un représentant légal), le représentant légal doit prouver qu'il dispose d'un pouvoir de représentation¹⁷.

Remarque : une personne mineure peut être capable de discernement et, dans certains cas, faire des déclarations juridiquement contraignantes. En cas de changement de nom d'un enfant de 12 ans révolus, celui-ci doit donner son consentement en signant le formulaire prévu directement à la représentation¹⁸.

2.2.6 Recours à un interprète ou à un traducteur

Si la représentation ne dispose d'aucun collaborateur dont les connaissances linguistiques permettent l'exécution des tâches visées à l'art. 5 OEC, elle doit recourir à un interprète pour l'oral et à un traducteur pour l'écrit. Ces professionnels doivent décliner leur identité et justifier de leurs qualifications (diplôme de langue, p. ex.). La représentation s'assure qu'il n'existe aucun motif de récusation (voir le ch. 2.2.2).

La représentation doit informer les interprètes et les traducteurs n'appartenant pas à son personnel de leurs obligations en matière de récusation et de fidélité aux propos traduits. Le traducteur ou l'interprète doit remplir et signer le formulaire dans les langues officielles « Intervention d'un(e) interprète ou d'un(e) traducteur/trice » en présence du collaborateur compétent de la représentation. Le collaborateur qui a procédé à l'information l'atteste en indiquant ses nom et fonction et en apposant sa signature. Le formulaire correspondant est joint au dossier de transmission.

Le formulaire « Intervention d'un(e) interprète ou d'un(e) traducteur/trice » est disponible dans deux autres langues étrangères (anglais, espagnol). Il peut servir d'aide linguistique dans les pays où aucune de nos langues nationales n'est parlée. Les formulaires en langues étrangères ne doivent toutefois pas être remplis, mais uniquement servir d'aide pour remplir le formulaire dans l'une des langues nationales suisses. Afin d'éviter tout malentendu, il est conseillé de joindre une copie du formulaire d'aide en langue étrangère au formulaire officiel signé par l'interprète ou le traducteur. Les différentes versions linguistiques du formulaire sont disponibles sur le site web de l'OFEC dans la rubrique réservée aux représentations.

Les débours correspondants sont supportés par la personne ayant occasionné la prestation¹⁹.

En revanche, les débours liés à la traduction en langage des signes sont supportés par l'office de l'état civil concerné²⁰.

¹⁶ Devoir de collaboration au sens de l'art. 16, al. 5, OEC (p. ex., présenter un certificat médical attestant de sa santé psychique et donc de sa capacité de discernement)

¹⁷ P. ex., représentant légal ou curateur désigné d'office qui doit donner son consentement à un acte juridique.

¹⁸ Art. 270b CC

¹⁹ Art. 7, al. 1, let. c, OEEC

²⁰ Art. 7, al. 3, OEEC. Si les frais sont importants, il faut en informer préalablement l'office de l'état civil concerné.

2.2.7 Secret de fonction et protection des données

Les collaborateurs de la représentation et leurs auxiliaires doivent observer le secret sur les informations relatives à l'état civil dont ils ont connaissance dans l'exercice de leur fonction. Cette obligation subsiste après la cessation des rapports de service²¹.

S'agissant des droits d'être informé et de consulter les dossiers, les dispositions relatives à la protection des données du CC et de l'OEC²² s'appliquent et non celles de la loi fédérale sur la protection des données (LPD)²³.

À titre d'exemple, une représentation n'a pas le droit de communiquer à des tiers des décisions et des actes d'état civil étrangers (art. 32 LDIP) qu'elle a obtenus dans le cadre de ses tâches de transmission. Les copies de tels documents réalisés en interne aux fins d'archivage sont protégées au même titre que les originaux.

Lorsqu'une personne demande à consulter un dossier, il faut vérifier si le dossier en question est soumis aux dispositions relatives à la protection des données prévues par le droit de l'état civil ou s'il s'agit de documents internes et confidentiels, qui ne peuvent pas être consultés. En cas de doute, il faut consulter systématiquement l'OFEC.

Si, d'entente avec l'OFEC, une personne concernée a le droit de consulter le dossier, il faut impérativement caviarder les données personnelles relatives à des tiers ou à l'avocat de confiance qui a procédé à une vérification.

2.3 Règles générales relatives à la transmission et à la commande de documents d'état civil

2.3.1 Principes régissant la transmission

Toutes les opérations impliquant l'envoi de documents originaux contenant des données personnelles et / ou devant être facturées par l'intermédiaire de l'Unité Infostar (UIS) de l'Office fédéral de la justice (OFJ) doivent emprunter la voie de service.

La transmission vers l'étranger ou vers la Suisse (OFJ / UIS) est assurée par le service de courrier du DFAE. En Suisse, l'OFJ / UIS transmet le dossier à l'autorité de surveillance compétente en matière d'état civil le jour même, par la poste, sans l'enregistrer ni en vérifier le contenu. L'autorité transmet à son tour le dossier à l'office de l'état civil compétent du canton après avoir effectué les tâches nécessaires, le cas échéant (rendre une décision de transcription, p. ex.).

S'agissant de décisions et d'actes d'état civil étrangers, seuls les originaux sont acceptés (voir les dérogations au ch. 4.4.6).

La représentation est tenue d'employer pour toute transmission dans le domaine de l'état civil le formulaire prévu²⁴ à cet effet dans sa version actuelle afin de garantir leur exécution ordon-

²¹ Art. 44 OEC

²² Art. 43a, al. 2, CC en relation avec l'art. 81 OEC

²³ Voir l'art. 2, al. 4, de la loi fédérale du 25 septembre 2020 sur la protection des données (LPD ; RS 235.1).

²⁴ La version à jour des formulaires est disponible dans le domaine réservé aux représentations du site de l'OFEC.

née. Chaque formulaire contient différentes rubriques correspondant à une transmission donnée. Les services concernés peuvent ainsi traiter les dossiers de manière sûre et efficace, grâce à une présentation claire et uniforme des données et des aspects principaux (personnes et services concernés, annexes, remarques éventuelles, opérations comptables et autres particularités [confirmation de transcription p. ex]).

Il s'agit notamment des formulaires suivants :

- formulaires 801 de transmission de décisions ou d'actes d'état civil étrangers ; différents modèles sont disponibles selon la nature du document à transmettre et des données qui s'y rapportent;
- formulaires 802 de transmission de demandes et de déclarations relatives au mariage; là aussi, différents modèles sont disponibles selon le type de demande (préparation du mariage ou établissement d'un certificat de capacité matrimoniale) ainsi que pour la clôture de la procédure;
- formulaires 803 de transmission de déclarations concernant le nom et de déclarations de paternité auprès de la représentation suisse, et pour la confirmation, par les autorités de l'état civil en Suisse, de la transcription correspondante ;
- formulaire 804 de transmission d'autres demandes entre les représentations et les autorités de l'état civil en Suisse ;
- formulaire de commande d'actes d'état civil par la représentation suisse;
- formulaire « Mandat des autorités de l'état civil à la représentation suisse RS».

Tous les formulaires de transmission et de commande doivent être imprimés sur du papier blanc afin d'offrir une qualité optimale de lecture et de copie.

La première page tient lieu de page de garde et mentionne impérativement l'expéditeur et le destinataire. La représentation expéditrice indique son siège et son numéro de référence. Pour le destinataire, elle indique le sigle du canton de l'autorité de surveillance compétente et, le cas échéant, l'office de l'état civil compétent (conformément à la liste des arrondissements de l'état civil²⁵).

Les compétences sont déterminées en fonction de l'opération et des personnes impliquées (lieu d'origine, domicile, lieu de l'événement, etc.).

Afin d'éviter toute confusion ou erreur d'envoi (p. ex. au Secrétariat d'Etat aux migrations au lieu de l'OFJ / UIS) tous les dossiers destinés à l'OFJ / UIS doivent être envoyés dans une enveloppe séparée portant la mention OFJ/UIS.

Il faut veiller à ce que les pièces du dossier ne puissent pas être séparées ou se détacher pendant le transport. Pour envoyer un formulaire de transmission comportant plusieurs annexes, le mieux est d'agrafer le tout ou de les rassembler pour éviter qu'ils se séparent (chemise en plastique, enveloppe, etc. ; éviter les trombones qui risquent de s'accrocher les uns aux autres).

On évitera dans la mesure du possible d'agrafer les originaux afin de ne pas les abîmer. En cas de légalisation consulaire, le formulaire de transmission doit indiquer la référence du document concerné. Cela permet de déterminer ceux qui ont été légalisés si ces documents devaient être dispersés (voir le ch. 4.3.4.2).

²⁵ Disponible à la rubrique « Compétences et autorités » du site de l'OFEC

2.3.2 Usage prévu des formulaires

Les formulaires de transmission, de mandat et de commande sont destinés à un usage exclusivement interne à l'administration. Il est interdit de les remettre à des particuliers.

Les confirmations de transcription et les messages correspondants générés à partir d'Infostar que les autorités suisses de l'état civil joignent aux formulaires qu'elles envoient aux représentations servent exclusivement à mettre à jour le registre des Suisses de l'étranger. Ils ne peuvent donc pas être remis à des particuliers. La représentation ne fournit aucune information aux particuliers concernant les enregistrements effectués d'office ; cependant, la communication de renseignements sur demande est autorisée. Les particuliers qui souhaitent se renseigner au sujet d'une transcription à l'état civil doivent demander une décision de transcription²⁶ ou un extrait payant du registre de l'état civil.

L'appréciation, par l'autorité de surveillance compétente, des décisions et des actes étrangers en vue de leur transcription dans les registres de l'état civil²⁷ repose sur les documents et les actes transmis ou commandés. Les données d'état civil et les informations figurant sur les formulaires de transmission (aide à la traduction, attribution des données d'état civil etc.) servent avant tout à faciliter l'enregistrement en Suisse.

2.3.3 Indications des dates

Les dates (de naissance, de jugement de divorce, etc.) sont inscrites sur le formulaire en chiffres arabes indiquant successivement le jour, le mois et l'année. Pour le 23 février 1969, on écrira donc 23.02.1969. Si certaines indications manquent (date d'entrée en force, p. ex.) il faut le signaler sur le formulaire de transmission (rubrique « Informations spécifiques concernant la date de la dissolution légale du mariage en l'absence d'une attestation d'entrée en force »).

2.3.4 Désignation des localités, des États et des nationalités

La désignation des localités, des États et des nationalités doit obéir aux règles suivantes :

La traduction des noms de localité ou d'État et des nationalités est admise si elle est consacrée par l'usage. Les indications doivent figurer sur le formulaire dans l'une des langues officielles de la Suisse (exemples : Genf / Genève / Ginevra – Kairo / Le Caire / Il Cairo – Italien / Italie / Italia). Dans l'idéal, on optera pour la langue officielle de l'autorité de l'état civil compétente pour l'envoi de l'acte. Pour abrégé les noms de pays, on utilisera les codes recommandés par l'Organisation internationale de normalisation (ISO) 3166 (exemple : Toronto, Ontario, CDN). Aucune autre abréviation, en particulier celles désignant des circonscriptions administratives, n'est admise.

Les localités suisses sont suivies du sigle du canton (p. ex.: Massagno TI). Pour les localités étrangères, on indiquera entre parenthèses la circonscription administrative (district, département, province, etc.) et l'État auxquels elles appartiennent. Ces précisions sont particulièrement importantes dans le cas de nouvelles circonscriptions administratives ou de nouveaux

²⁶ En vertu de l'art 32 LDIP, une décision ou un acte étranger concernant l'état civil est transcrit dans les registres de l'état civil en vertu d'une décision de l'autorité cantonale de surveillance en matière d'état civil.

²⁷ Art. 32 LDIP

États. Il est inutile de rappeler les compléments géographiques (sigle du canton, circonscription, État, etc.) si une localité revient plusieurs fois sur le formulaire de transmission, sauf en cas de risque de confusion (Cressier FR et Cressier NE, p. ex.).

On veillera à indiquer toutes les nationalités de l'intéressé, surtout s'il est à la fois citoyen suisse et ressortissant de l'État où il est domicilié. Ces indications peuvent en effet jouer un rôle important dans la détermination du droit applicable²⁸. La condition d'apatride peut être indiquée au moyen de l'abréviation APA.

2.3.5 Caractères et orthographe applicables aux données d'état civil étrangères

Les données relatives aux personnes concernées sont inscrites aux rubriques prévues du formulaire en caractères latins, avec les caractères spéciaux enregistrés dans le système²⁹. Les données en caractères autres que latins doivent être saisies selon les règles de la translittération (en anglais) s'il n'existe pas de document de légitimation étranger officiel rédigé en caractères latins. L'orthographe doit être reproduite fidèlement, pour autant que les caractères disponibles le permettent, y compris la distinction entre lettres majuscules et minuscules.

Les signes diacritiques doivent également être restitués. Cette règle est impérative s'agissant des accents connus dans les langues officielles de la Suisse (accents grave [è], aigu [é], circonflexe [ê], tréma ou « Umlaut » [ü], cédille [ç]) et s'applique aux accents utilisés dans des langues étrangères [ñ] pour autant que le système de traitement de texte le permette. Il est interdit de « traduire » les noms (p. ex., de transformer le prénom russe « Mikhaïl » en « Michel »).

2.3.6 Données, annexes, signatures, etc. inconnues ou manquantes

Les rubriques du formulaire correspondant à des données manquantes doivent être laissées vides. Il n'est pas nécessaire d'y inscrire une indication pour la rendre inutilisable (p.ex. : -/-).

Toutes les annexes doivent être énoncées individuellement à la rubrique « annexes » et jointes à l'envoi. On veillera à ce que l'acte et ses annexes ne puissent pas être séparés (en plaçant l'ensemble des documents dans une seule enveloppe cachetée, p. ex.).

Sur le formulaire 801, certaines rubriques requièrent date, sceau et signature (légalisation, p. ex.). La personne qui confirme l'exactitude de la traduction et du report sur le formulaire des données figurant sur le document étranger indique en outre ses nom, prénom et fonction afin de pouvoir être contactée directement si un complément d'information se révèle nécessaire.

²⁸ Art. 23 LDIP

²⁹ Jeu de caractères visé à l'art. 80 OEC.

3 Règles générales applicables aux émoluments et aux débours

Les émoluments correspondant aux opérations d'état civil et les débours associés sont facturés conformément à l'ordonnance sur les émoluments en matière d'état civil (OEEC)³⁰.

Cela vaut également en cas de retrait prématuré de la demande, pour les prestations et débours déjà effectués³¹.

Les frais résultants de l'intervention de tiers ou d'autres autorités (pour expertise, avocat de confiance) sont facturés à la personne concernée à titre de débours³² et perçus directement.

Les différents positions tarifaires (légalisation, recherche, traduction, etc.) doivent être indiqués séparément dans la mesure du possible afin que les autorités de l'état civil puissent les distinguer et fournir au besoin des renseignements à leur sujet.

L'émolument est majoré en cas d'urgence ou lorsque la prestation doit être fournie en dehors des horaires de bureau³³.

Les émoluments et les débours que la représentation encaisse pour le compte des autorités de l'état civil en Suisse (AS, office de l'état civil ou OFJ / UIS) doivent être convertis en francs suisses conformément aux tarifs prévus dans l'OEEC.

Aucun émolument ou débours n'est perçu pour la traduction, la légalisation et la transmission de décisions et d'actes d'état civil par le personnel de la représentation suisse lorsqu'il s'agit de mettre à jour le registre de l'état civil³⁴ dans le cadre de l'obligation d'annoncer³⁵. L'OFJ / UIS perçoit par contre un émolument pour la transmission (aller-retour) de tels documents aux représentations sur mandat des autorités de l'état civil en Suisse³⁶. L'autorité de surveillance est chargée d'encaisser cet émolument auprès des intéressés pour l'OFJ / UIS avant l'exécution de la prestation.

Pour les tâches que la représentation accomplit sur mandat d'une autorité de l'état civil, celle-ci doit émettre une garantie de prise en charge des frais prévisibles, sauf si l'avance de ces frais peut être perçue directement auprès des personnes concernées domiciliées à l'étranger.

En cas de retard ou de difficultés imprévues susceptibles d'influer sur la garantie de prise en charge, il faut en informer les autorités suisses de l'état civil. Toute demande de relèvement de la garantie doit être déposée avant que le montant convenu ne soit dépassé.

Dans certaines conditions, et en accord avec les autres autorités compétentes³⁷, une réduction ou une remise des émoluments dus est possible, notamment si l'assujetti est dans le besoin.

³⁰ Ordonnance du 27 octobre 1999 sur les émoluments en matière d'état civil (OEEC ; RS 172.042.110)

³¹ Art. 2, al. 1, OEEC. Voir aussi l'ordonnance du 10 septembre 1969 sur les frais et indemnités en procédure administrative (RS 172.041.0), art. 4b : « Lorsqu'une procédure devient sans objet, les frais sont mis à la charge de la partie dont le comportement a occasionné cette issue. »

³² Art. 7, al. 1, let. c, OEEC

³³ Art. 6 OEEC

³⁴ Annexe 3, ch. 1.1, OEEC

³⁵ Art. 39 OEC

³⁶ Conformément à l'annexe 4, ch. 2.1 et 2.2, OEEC, l'obtention et la transmission de décisions et d'actes d'état civil étrangers sont facturées 50 francs par dossier, de même que l'obtention et la transmission de traductions, de légalisations ou d'examen d'authenticité et la transmission d'expertises par l'intermédiaire de l'OFJ / UIS.

³⁷ art. 13 OEEC

Dans la présente directive, les émoluments et les débours prévus par l'OEEC et les avances éventuelles sont traités directement dans le chapitre relatif à la tâche correspondante.

Le « Tableau récapitulatif des émoluments en matière d'état civil - Représentations suisses à l'étranger » de l'OFEC³⁸ est un outil de travail quotidien.

La présente directive ne concerne pas les émoluments de la représentation réglés dans l'ordonnance du 7 octobre 2015 sur les émoluments du Département fédéral des affaires étrangères³⁹.

4 Réception, traduction, légalisation et transmission de décisions et de documents d'état civil étrangers (transmission de documents)

L'une des principales tâches des représentations est la réception de décisions et d'actes d'état civil étrangers qui sont ensuite transmis en Suisse par le service de courrier du DFAE. Selon le cas, les représentations doivent y joindre une traduction et, si nécessaire, une légalisation. Les sous-chapitres qui suivent donnent le détail des tâches associées.

4.1 Réception d'événements, de déclarations et de décisions d'état civil étrangers

4.1.1 Obligation d'annoncer

Les personnes de nationalité suisse ainsi que les ressortissants étrangers qui ont une relation avec un citoyen suisse en vertu du droit de la famille sont tenus d'annoncer la survenance des événements d'état civil qui les concernent à la représentation compétente de la Suisse ; elles ont la même obligation s'agissant des déclarations et des décisions étrangères⁴⁰.

Dans le cadre de la transmission de documents, il faut signaler aux ressortissants suisses de passage (tourisme, affaires) et aux parents étrangers de ressortissants suisses qui ne sont pas inscrits au registre des Suisses de l'étranger que certaines données manquent ou que les intéressés devront les fournir eux-mêmes (indication du domicile avant le mariage, p. ex.). Les autorités de l'état civil compétentes se chargent de demander les données manquantes.

L'obligation de déclarer porte notamment sur les événements suivants :

- naissance ;
- décès ;
- mariage ;
- enregistrement du partenariat;
- dissolution du mariage (divorce, nullité ou annulation du mariage, répudiation, p. ex.) ;
- dissolution du partenariat enregistré (dissolution judiciaire ou administrative, annulation, p. ex.) ;

³⁸ La version à jour est disponible dans le domaine réservé aux représentations du site de l'OFEC.

³⁹ OEmol-DFAE ; RS 191.11

⁴⁰ Art. 39 OEC

- établissement d'un lien de filiation (reconnaissance d'enfant, jugement de paternité, adoption, p. ex.) ;
- dissolution d'un lien de filiation (désaveu de paternité, annulation de la reconnaissance ou de l'adoption, p. ex.) ;
- déclaration d'absence et révocation de celle-ci, ou constatation de décès ;
- changement de nom (en vertu d'une décision des autorités ou d'une déclaration ou par suite d'un événement d'état civil) ;
- changement de sexe ;
- rectifications de l'état civil (rectifications du lieu ou de la date de naissance, de la mention du sexe, de l'orthographe d'un prénom, p. ex.) ;
- acquisition d'une nationalité étrangère pour autant que cela ait été porté à la connaissance de la représentation (ce fait peut servir à déterminer le droit applicable) ;
- documents d'état civil étrangers pour des événements inconnus du droit suisse (en principe, non reconnus, mais qui peuvent avoir certains effets juridiques en Suisse)⁴¹.

Les ressortissants étrangers n'ayant pas de lien relevant du droit de la famille avec un Suisse doivent annoncer les événements, les déclarations et les décisions d'état civil étrangers directement aux autorités de migration de leur domicile en Suisse. Une annonce auprès de la représentation pour transmission aux autorités de l'état civil en Suisse ne s'impose que si le ressortissant étranger figure déjà dans le registre de l'état civil Infostar en raison d'un événement d'état civil survenu en Suisse⁴² et que l'annonce entraîne une modification de cette saisie (reconnaissance à l'étranger d'un enfant étranger né en Suisse, p. ex.). Dans un tel cas de figure, la représentation doit également recevoir et transmettre les décisions et les actes étrangers concernant l'état civil pour que les données saisies dans le registre de l'état civil puissent être complétées⁴³. En cas de doute sur la pertinence d'une telle mise à jour, la représentation demande l'avis de l'autorité de surveillance compétente en Suisse avant d'effectuer la transmission.

4.1.2 Compétence de la représentation

La représentation vérifie qu'elle est compétente et que le cas présente un lien avec la Suisse (voir le ch. 2.2.3). Elle contrôle aussi l'identité de la personne concernée (voir le ch. 2.2.4), sauf lorsque les documents lui ont été transmis par la poste. Si le lien avec la Suisse fait défaut, elle restitue les documents.

⁴¹ Exemples : la séparation de corps prévue par le droit brésilien (*desquite*), qui peut entraîner un changement du nom de famille ; le contrat de concubinage pour couples hétérosexuels prévu par le droit grec, qui peut entraîner une présomption de paternité du concubin.

⁴² Art. 15a OEC

⁴³ Art. 23, al. 2, let. b et c, en relation avec l'art. 15a OEC

4.1.3 Réception des documents

Seuls les documents originaux sont acceptés. Lorsque la remise des documents originaux est impossible ou ne peut pas être raisonnablement exigée⁴⁴, la représentation peut, à titre exceptionnel, établir une copie légalisée. Le collaborateur de la représentation appose au recto du document, après avoir consulté l'original, la mention « Copie certifiée conforme à l'original », la date, sa signature du collaborateur certifiant et le sceau de la représentation (à propos de la transmission de copies légalisées, voir le ch. 4.4.6). Sur le formulaire de transmission 801, il justifie brièvement à la rubrique « Autres remarques et informations de la représentation » sous « Autres » l'impossibilité de remettre l'original.

Lorsqu'un événement d'état civil survenu à l'étranger implique l'enregistrement dans le registre de l'état civil d'un ressortissant étranger parce que cet événement produit des effets relevant du droit de la famille sur une personne de nationalité suisse⁴⁵, il faut également transmettre les documents nécessaires⁴⁶. C'est souvent le cas lors de l'annonce d'un mariage binational, entre un Suisse et un ressortissant étranger. On inscrira les informations complémentaires issues d'autres documents ou, le cas échéant, du registre des Suisses de l'étranger, sur la deuxième page du formulaire de transmission 801 de l'acte concerné (voir le ch. 4.4.3).

4.1.4 Documents remis par les autorités suisses de l'état civil

Les autorités de surveillance en matière d'état civil et les offices de l'état civil qui reçoivent directement des personnes concernées des décisions ou des actes d'état civil étrangers peuvent les transmettre à la représentation (au moyen du formulaire « Mandat des autorités de l'état civil à la représentation suisse (RS) »). La représentation renverra chaque document avec un formulaire de transmission 801, contenant notamment la traduction des informations utiles aux autorités de l'état civil et les indications relatives aux formalités de légalisation.

Les autorités suisses de l'état civil peuvent procéder ainsi notamment lorsque des personnes soumises à l'obligation d'annonce⁴⁷ communiquent directement en Suisse les documents concernant leurs événements à l'étranger, sans passer par la représentation compétente.

Il se peut aussi qu'un événement d'état civil devant être enregistré en Suisse (naissance, p. ex.) nécessite la saisie d'une personne étrangère dans le registre de l'état civil suisse. Il faut pour cela de nombreuses données (concernant les parents de l'enfant, p. ex.), qui doivent ressortir de décisions ou d'actes d'état civil étrangers⁴⁸. L'examen des documents en vue de la saisie d'une personne étrangère relève, selon le canton, de la compétence de l'autorité de surveillance ou de l'office de l'état civil. Si l'autorité compétente a besoin d'aide au sujet des documents présentés⁴⁹, notamment pour ce qui est de vérifier leur authenticité, elle les envoie à la représentation compétente par l'intermédiaire de l'OFJ / UIS, accompagnés du formulaire « Mandat des autorités de l'état civil à la représentation suisse ». La représentation effectuera

⁴⁴ Exemple : la personne concernée a besoin de l'original pour un autre usage, ou parce que l'obtention d'un nouveau document est impossible (certains pays ne délivrent qu'un seul acte de naissance, p. ex.).

⁴⁵ Art. 23, al. 2, let. a, OEC

⁴⁶ Art. 16, al. 2, OEC

⁴⁷ Art. 39 OEC

⁴⁸ À propos de la saisie de personnes, voir Directives OFEC no 10.08.10.01 du 1^{er} octobre 2008 « Saisie des personnes étrangères dans le registre de l'état civil ».

⁴⁹ Décisions et actes d'état civil étrangers

les tâches demandées (légalisation, traduction, etc.) et lui renverra les documents accompagnés du formulaire de transmission 801.

En cas de doute sur la procédure à suivre, la représentation consulte l'autorité de l'état civil compétente (voir le ch. 2.1).

4.2 Traduction de décisions et d'actes d'état civil étrangers

4.2.1 Modalités de traduction

Les documents rédigés dans l'une des langues nationales de la Suisse n'ont pas à être traduits.

Ceux qui sont rédigés dans une autre langue peuvent être refusés s'ils ne sont pas accompagnés d'une traduction allemande, française ou italienne⁵⁰. Les actes de la CIEC ne sont pas concernés : ils sont émis, conformément aux conventions de la CIEC, selon des prescriptions uniformes (documents types avec un codage des énonciations) et n'ont pas besoin d'être traduits.

Une représentation peut, à titre exceptionnel, accepter un document accompagné d'une traduction anglaise. Cela suppose qu'elle sache qu'il n'est pas possible d'obtenir sur place une traduction dans une langue nationale de la Suisse ou que les autorités suisses de l'état civil sont prêtes à accepter une traduction anglaise. Chaque traduction est jointe pour l'envoi au document source, ainsi qu'au formulaire de transmission 801⁵¹.

Lorsqu'elle transmet un document en langue étrangère, la représentation fournit la traduction des données essentielles de ce document. Elle les inscrit sur la première page du formulaire de transmission 801 dans les champs prévus à cet effet⁵². Cela permet aux autorités de l'état civil compétentes en Suisse de prendre connaissance du contenu en langue étrangère d'une décision ou d'un acte d'état civil étranger dès la première page du formulaire de transmission. La représentation laisse vides les champs pour lesquels le document étranger ne fournit aucune indication.

L'autorité de l'état civil compétente peut, au besoin, exiger des personnes concernées des précisions ou la fourniture d'une traduction dans l'une des langues nationales de la Suisse.

La représentation ne complète pas la partie du formulaire 801 réservée à la traduction si le document transmis est rédigé en français, en allemand ou en italien, ou s'il s'agit d'un document CIEC.

Le collaborateur de la représentation qui a rempli le formulaire confirme l'exactitude de la traduction, de la transcription des données figurant sur le document étranger et des autres données inscrites sur le formulaire en indiquant ses nom, prénom et fonction suivis de sa signature et du sceau de la représentation⁵³ afin de pouvoir être contacté directement si un complément d'information se révèle nécessaire.

⁵⁰ Art. 3, al. 4, OEC

⁵¹ La représentation peut, p. ex., indiquer dans le champ « Autres » de la rubrique « Autres remarques et informations de la représentation » que seules des traductions en anglais sont possibles sur place.

⁵² Rubrique « Traduction des données essentielles de l'acte attaché » et champs correspondants (lieu de naissance, nom de famille, données concernant les parents, etc.)

⁵³ Page 3 du formulaire de transmission, à la rubrique « Confirmation de l'exactitude de la traduction et des indications figurant dans ce formulaire »

Si un autre collaborateur de la représentation a été sollicité pour la partie traduction, ses nom, prénom et fonction doivent également être portés sur le formulaire afin qu'il puisse être identifié si nécessaire⁵⁴.

4.2.2 Intervention d'un interprète ou d'un traducteur

Si la représentation ne peut pas traduire le document elle-même, les personnes concernées doivent fournir une traduction effectuée par une personne externe qualifiée. Si elles omettent de le faire dans le délai (raisonnable) imparti par la représentation, celle-ci peut elle-même mandater un traducteur à leurs frais, après avoir demandé une avance de frais.

Si c'est une autorité suisse de l'état civil qui demande la traduction (lors de la transmission de documents à légaliser ou pour l'examen approfondi de documents étrangers, p. ex.), elle donne le mandat de traduction à la représentation (formulaire « Mandat des autorités de l'état civil à la représentation suisse (RS) »), par l'intermédiaire de l'OFJ / UIS, en l'assortissant d'une garantie de prise en charge des frais.

En cas de recours à un interprète ou à un traducteur externe, il faut remplir le formulaire « Intervention d'un(e) interprète ou d'un(e) traducteur/trice » et le lui faire signer. La représentation légalise la signature et joint le document au formulaire de transmission 801.

Si vous utilisez un formulaire auxiliaire rédigé dans une langue étrangère, seul le formulaire rédigé dans l'une des langues nationales suisses doit être rempli (voir ch. 2.2.6). Afin d'éviter tout malentendu, il est recommandé de joindre une copie du formulaire rédigé dans la langue étrangère au formulaire officiel signé par l'interprète ou le traducteur.

Les frais de traduction sont imputés à l'autorité de l'état civil mandante avant d'être facturés aux personnes concernées à titre de débours⁵⁵.

4.3 Légalisation de décisions et d'actes d'état civil étrangers

4.3.1 Généralités

La légalisation est une procédure formelle qui vise à établir une égalité de valeur probante entre un acte étranger et un acte suisse. Elle consiste à attester la véracité d'une signature, la qualité en laquelle le signataire a agi et, le cas échéant, l'identité du sceau ou du timbre. Dans les échanges internationaux, les actes de certains pays doivent être surlégalisés, c'est-à-dire munis d'une attestation de véracité des signatures officielles originales émise par l'autorité gouvernementale de rang supérieur (ministère des affaires étrangères, p. ex.).

Plusieurs accords binationaux et multinationaux ont été conclus afin de simplifier la légalisation des actes, ou d'en faire la dispense. De nombreux pays sont signataires de la Convention de La Haye du 5 octobre 1961 supprimant l'exigence de la légalisation des actes publics étrangers⁵⁶ (ci-après : Convention apostille, voir le ch. 4.3.2). Elle a par ailleurs conclu avec différents États des accords simplifiant davantage ou supprimant les formalités de légalisation (voir le ch. 4.3.3).

⁵⁴ Page 3 du formulaire de transmission, à la rubrique « Si une personne a été sollicitée pour la traduction »

⁵⁵ Art. 7, al. 1, let. c, et annexe 3, ch. 1.1, OEEC

⁵⁶ Convention apostille ; RS 0.172.030.4 ; CLaH 61

La représentation doit procéder à la légalisation consulaire des décisions et des actes d'état civil étrangers si aucun accord international n'est applicable (voir le ch. 4.3.4).

Elle doit donc dans un premier temps vérifier quelles sont les formalités de légalisation à appliquer dans les relations entre la Suisse et l'État émetteur de la décision ou de l'acte d'état civil à transmettre.

Elle doit ensuite :

- confirmer que l'apostille a été délivrée par l'autorité qui est compétente en vertu de la Convention pour autant que les conditions soient remplies (voir le ch. 4.3.2.2) ; dans les cas particuliers, préciser que la Suisse et l'État concerné sont convenus de renoncer à l'apostille (voir le ch. 4.3.2.3) ;
- constater qu'il y a une suppression de la légalisation en vertu d'autres accords internationaux (voir le ch. 4.3.3) ;
- procéder à la légalisation consulaire si les conditions relatives aux signatures et au sceau ou au timbre sont remplies (voir le ch. 4.3.4).

Elle porte ces indications sur le formulaire de transmission 801 à la rubrique « Légalisation ou remarques sur la légalisation / apostille ». Grâce à ces informations, l'autorité de l'état civil compétente constate d'emblée la forme de légalisation à laquelle le document annexé a été soumis ou non, et pour quelle raison.

4.3.2 Légalisation par apostille délivrée par l'autorité étrangère

4.3.2.1 Principe et champ d'application de l'apostille

L'apostille atteste l'authenticité d'un acte officiel et son usage est régi par la Convention apostille que la Suisse a ratifiée en 1973⁵⁷. Elle est apposée sur l'acte lui-même ou sur une allonge par l'autorité compétente de l'État ayant délivré l'acte. L'État destinataire doit utiliser les actes apostillés sans légalisation supplémentaire. La Convention apostille est applicable à tous les actes publics d'état civil des États parties⁵⁸.

Elle dispense les documents de toute formalité autre que l'apostille⁵⁹ :

« La seule formalité qui puisse être exigée pour attester la véracité de la signature, la qualité en laquelle le signataire de l'acte a agi et, le cas échéant, l'identité du sceau ou timbre dont cet acte est revêtu, est l'apposition de l'apostille définie à l'art. 4, délivrée par l'autorité compétente de l'État d'où émane le document.

Toutefois la formalité mentionnée à l'alinéa précédent ne peut être exigée lorsque soit les lois, règlements ou usages en vigueur dans l'État où l'acte est produit, soit une entente entre deux ou plusieurs États contractants l'écartent, la simplifient ou dispensent l'acte de légalisation. »

⁵⁷ Convention apostille ; RS 0.172.030.4 ; CLaH 61

⁵⁸ Leur liste à jour est disponible sur le site de la Conférence de La Haye de droit international privé (Conférence de La Haye) à l'adresse www.hcch.net

⁵⁹ Art. 3 Convention apostille

4.3.2.2 Obtention et traitement de l'apostille

L'apostille est délivrée à la requête du signataire ou de tout porteur de l'acte⁶⁰. Le détenteur doit faire en sorte de munir le document à transmettre de l'apostille. La représentation peut sur demande le conseiller à ce sujet (voir le ch. 11.1). La Conférence de La Haye publie sur son site une liste des autorités compétentes pour délivrer l'apostille dans chaque État⁶¹.

L'apostille atteste la véracité de la signature, la qualité en laquelle le signataire de l'acte a agi et, le cas échéant, l'identité du sceau ou timbre dont cet acte est revêtu.

La représentation vérifie que l'apostille a bien été apposée par l'autorité désignée en vertu de la convention⁶². La légalisation consulaire des documents apostillés étant interdite, la représentation se contente d'indiquer sur le formulaire de transmission 801 que le document est muni d'une apostille⁶³.

En cas de doute sur l'apostille, elle soumet celle-ci, pour vérification, à l'autorité de l'État accréditaire qui l'a délivrée⁶⁴.

En cas de doute sur le contenu de l'acte apostillé, la représentation peut, à la rubrique « Autres remarques et informations de la représentation » du formulaire de transmission 801, recommander aux autorités de l'état civil de procéder à une vérification du contenu et de l'authenticité de l'acte, en indiquant le motif de cette recommandation⁶⁵ et le montant estimé des frais de vérification.

4.3.2.3 Dispense d'apostille

L'apposition d'une apostille ne peut être exigée lorsqu'il existe entre la Suisse et l'État de délivrance de l'acte un accord qui l'écarte, qui la simplifie ou qui dispense l'acte de légalisation⁶⁶.

Il arrive par ailleurs que la Suisse dispense, à titre exceptionnel, d'apostiller des actes d'état civil provenant d'un État signataire de la Convention apostille. Cela suppose qu'aucun faux dans les titres n'ait été signalé dans ce pays et que celui-ci accorde la réciprocité à la Suisse⁶⁷. L'autorité de l'état civil compétente en Suisse peut aussi, dans certains cas, renoncer à exiger une apostille pour d'autres raisons, par exemple lorsqu'elle est convaincue de l'authenticité du document concerné. Lorsque l'apostille n'est pas exigée, la représentation le signale sur le formulaire de transmission 801⁶⁸.

⁶⁰ Art. 5 Convention apostille

⁶¹ www.hcch.net

⁶² Art. 6 Convention apostille

⁶³ En activant le champ « muni d'une apostille » à la rubrique « Légalisation ou remarques sur la légalisation / apostille »

⁶⁴ Art. 7, 2^e par., Convention apostille

⁶⁵ Exemples : doutes quant au contenu d'un acte de mariage, l'union n'ayant probablement pas été célébrée à la date indiquée ; doutes quant au contenu d'un acte de naissance, les parents indiqués n'étant probablement pas les parents légaux de l'enfant, etc.

⁶⁶ Art. 3, 2^e par., Convention apostille

⁶⁷ L'autre État dispense également d'apostiller les actes d'état civil émis par les autorités suisses.

⁶⁸ Aucune case n'étant prévue pour ce cas de figure, il faut cocher la case « la légalisation n'est pas exigée ».

4.3.3 Exemption des formalités de légalisation et autres simplifications

Outre la Convention apostille, la Suisse a ratifié plusieurs autres accords multilatéraux ou bilatéraux prévoyant des simplifications, voire l'exemption de la légalisation (et donc de l'apostille⁶⁹) s'agissant des échanges d'actes d'état civil et de certificats de capacité matrimoniale.

Certains des accords multilatéraux ont été élaborés par la Commission internationale de l'état civil (CIEC), dont la Suisse est un membre fondateur. Ils prévoient la reconnaissance automatique, par un État contractant, des extraits des actes de l'état civil délivrés par un autre État contractant sur ses propres formulaires⁷⁰ ou sur les formulaires multilingues prévus par l'accord⁷¹. Cette reconnaissance s'applique également aux décisions de rectification des inscriptions d'état civil⁷².

Les actes dressés par les agents diplomatiques ou consulaires d'un État contractant de la Convention n° 63 du Conseil de l'Europe⁷³ sont également dispensés de légalisation. Au sens de cette convention, la légalisation ne recouvre que la formalité destinée à attester la véracité de la signature apposée sur un acte, la qualité en laquelle le signataire de l'acte a agi et, le cas échéant, l'identité du sceau ou timbre dont cet acte est revêtu.

Plusieurs accords bilatéraux entre la Suisse et un autre État prévoient aussi une dispense de légalisation pour les actes de l'état civil⁷⁴ et pour les décisions judiciaires⁷⁵.

Dans tous ces cas de figure, la représentation n'a le droit, pour la transmission de décisions et d'actes d'état civil étrangers, ni d'exiger une apostille, ni de procéder à une légalisation consulaire.

Elle indique la dispense de légalisation sur le formulaire de transmission 801⁷⁶.

⁶⁹ Art. 3, 2^e par., Convention apostille

⁷⁰ Voir la Convention du 26 septembre 1957 relative à la délivrance gratuite et à la dispense de légalisation des expéditions d'actes de l'état civil (RS 0.211.112.12) et la Convention du 14 septembre 1961 portant extension de la compétence des autorités qualifiées pour recevoir les reconnaissances d'enfants naturels (RS 0.211.112.13).

⁷¹ Documents de la CIEC, notamment actes de naissance, de mariage et de décès, ainsi que certificats de capacité matrimoniale. Voir la Convention du 8 septembre 1976 relative à la délivrance d'extraits plurilingues d'actes de l'état civil (RS 0.211.112.112) et la Convention du 14 mars 2014 relative à la délivrance d'extraits et de certificats plurilingues et codés d'actes de l'état civil (RS 0.211.112.113) ainsi que la Convention du 5 septembre 1980 relative à la délivrance d'un certificat de capacité matrimoniale (RS 0.211.112.15).

⁷² Voir la Convention du 10 septembre 1964 relative aux décisions de rectification d'actes de l'état civil [ndt : inscriptions de l'état civil] (RS 0.211.112.14).

⁷³ Convention européenne du 7 juin 1968 relative à la suppression de la légalisation des actes établis par les agents diplomatiques ou consulaires (RS 0.172.030.3)

⁷⁴ Voir notamment les accords sur l'échange des actes de l'état civil et / ou sur la délivrance de certificats de capacité matrimoniale conclus avec l'Allemagne (RS 0.211.112.413.6), l'Autriche (RS 0.211.112.416.3) et l'Italie (RS 0.211.112.445.4).

⁷⁵ Voir les conventions sur la reconnaissance et l'exécution de décisions judiciaires conclues avec l'Italie (RS 0.276.194.541), la Belgique (RS 0.276.191.721) et le Liechtenstein (RS 0.276.195.141), et l'Accord du 21 décembre 1926 entre la Suisse et la République tchécoslovaque concernant l'assistance judiciaire réciproque en matière civile et commerciale (RS 0.274.187.411), qui reste applicable entre la Suisse et la République tchèque d'une part, la Slovaquie d'autre part, en vertu de la note 1 publiée au RS.

⁷⁶ En cochant la case « exempté de la légalisation » à la rubrique « Légalisation ou remarques sur la légalisation / apostille ».

4.3.4 Légalisation consulaire par la représentation

4.3.4.1 Vérification des sceaux et des signatures

Lorsqu'aucun accord n'est applicable, la légalisation consulaire s'impose. Dans ce cas, la représentation reçoit généralement des documents surlégalisés par l'autorité étrangère compétente⁷⁷. Elle dispose de modèles des signatures et des sceaux de l'autorité compétente pour délivrer ou surlégaliser le document.

Lorsqu'elle réceptionne les documents, la représentation vérifie l'authenticité des signatures et des sceaux ou des timbres apposés, en les comparant aux modèles dont elle dispose, afin de s'assurer que l'autorité signataire les a bien délivrés ou surlégalisés. En cas de doute, elle contacte l'autorité qui a délivré le document.

4.3.4.2 Légalisation

La légalisation du document étranger doit être effectuée sur le formulaire de transmission 801 à la rubrique « Légalisation de l'acte attaché ». Elle n'est pas apposée sur l'original à dessein, afin que l'intégrité du document soit respectée au maximum. La représentation doit impérativement inscrire une référence se rapportant indiscutablement au document concerné sur le formulaire de transmission 801 dans le champ « Références du document ».

La représentation peut inscrire ses remarques éventuelles à la rubrique « Autres remarques et informations de la représentation »⁷⁸, sous « Autres ».

Elle valide ensuite sa légalisation en apposant date, timbre et signature à l'endroit prévu sur le formulaire⁷⁹.

4.3.4.3 Refus de légalisation

S'il subsiste des doutes quant à la compétence de l'autorité étrangère ou quant à l'authenticité du sceau ou du timbre et de la signature, le document à transmettre n'est pas légalisé.

La représentation l'agrafe au formulaire de transmission 801 et coche la case « légalisation refusée » à la rubrique « Légalisation ou remarques sur la légalisation / apostille » en précisant brièvement le motif du refus (exemple : « La signature ne correspond pas aux modèles dont dispose la représentation. »). Elle peut ajouter des remarques ou des informations à la rubrique « Autres remarques et informations de la représentation », sous « Autres ».

La représentation doit aussi refuser la légalisation si un pays omet de lui fournir les modèles des signatures, des sceaux et des timbres valables, rendant impossible la comparaison.

Elle doit par contre légaliser l'acte si le timbre et la signature de l'autorité étrangère compétente sont authentiques, alors qu'elle a un doute sur le contenu de l'acte (données relatives à la personne, p. ex.) ou sur la traduction fournie par la personne concernée.

⁷⁷ Les autorités de l'état civil peuvent aussi exiger de la représentation qu'elle procède à la légalisation consulaire d'un acte étranger simplement légalisé par la représentation étrangère en Suisse.

⁷⁸ Exemple : « Nous avons effectué la légalisation sur la base des modèles de signature en notre possession, mais nous ne pouvons pas nous prononcer sur le contenu de l'acte. Ce pays connaissant un degré de corruption élevé, il n'est pas impossible que l'acte ait été acquis frauduleusement. »

⁷⁹ La date, le timbre et la signature ne sont requis à la rubrique « Légalisation ou remarques sur la légalisation / apostille » que s'il y a eu légalisation consulaire.

4.3.5 Procédure à suivre en cas de doute sur l'authenticité du document et / ou sur la véracité de son contenu

En cas de doute sur l'authenticité d'un document, la représentation en fait part sur le formulaire de transmission 801 à la rubrique « Autres remarques et informations de la représentation ». Cela vaut aussi pour les doutes sur la véracité du contenu, indépendamment du fait que le document ait ou non été légalisé, apostillé, ou exempté des formalités de légalisation. Elle peut, par exemple, recommander une vérification du contenu de l'acte étranger par l'avocat de confiance⁸⁰. Elle indique le coût prévisible d'une vérification approfondie (voir le ch. 12.1) et les documents ou informations nécessaires, le cas échéant.

L'autorité suisse de l'état civil compétente pour la reconnaissance du document décide si celui-ci peut être reconnu malgré les doutes émis, si son contenu doit faire l'objet d'une vérification⁸¹ ou si les soupçons qui l'entachent sont si sérieux qu'ils remettent d'emblée en cause sa crédibilité et rendent inutiles tout examen supplémentaire.

4.3.6 Pouvoir d'appréciation des autorités suisses de l'état civil

L'accomplissement des formalités de légalisation requises n'atténue en rien la compétence des autorités suisses de l'état civil pour transcrire une décision ou un acte d'état civil étrangers. En cas de doute, elles ont la possibilité de faire examiner plus à fond l'authenticité du document ou la véracité de son contenu⁸², même si la représentation n'a pas émis de réserves au sens du ch. 12.1 lors de la transmission du document.

Inversement, l'absence de légalisation ou d'apostille ne signifie pas forcément que le document étranger ne sera pas reconnu. L'autorité cantonale de surveillance en matière d'état civil peut, par exemple, ordonner la transcription de données d'état civil malgré le fait que le document n'ait pas été légalisé, elle peut refuser la reconnaissance du document sans vérification supplémentaire ou encore demander des investigations supplémentaires à l'étranger pour vérifier l'authenticité du document et / ou la véracité de son contenu⁸³.

4.4 Transmission de décisions et d'actes d'état civil étrangers

4.4.1 Principe

Étant donné qu'il s'agit d'originaux, les décisions et les actes d'état civil étrangers doivent impérativement être envoyés en Suisse par le service de courrier du DFAE. Les envois sont ensuite remis au service de transmission de documents de l'OFJ / UIS, qui se charge le jour même de les trier et de les faire suivre aux autorités cantonales de surveillance en matière d'état civil (AS), sans vérification ni enregistrement. Ce service se contente de photocopier les factures significatives pour la comptabilité.

⁸⁰ Art. 5, al. 1, let. g, OEC ; voir le ch. 12.2.1

⁸¹ Voir le ch. 12.2

⁸² Voir le ch. 12.2

⁸³ Voir le ch. 12.2

Afin que l'itinéraire de transmission soit clair et que toutes les données nécessaires soient fournies de manière uniforme, la représentation joint à chaque document le formulaire de transmission 801 prévu pour transmettre :

- un acte de naissance : « Form. 801 Naissance » ;
- un acte de décès : « Form. 801 Décès » ;
- un acte de mariage : « Form. 801 Mariage » ;
- un acte de divorce : « Form. 801 Divorce » ;
- un acte de partenariat : « Form. 801 Partenariat » ;
- un acte de dissolution de partenariat « Form. 801 Dissolution du partenariat » ;
- une reconnaissance d'enfant « Form. 801 Reconnaissance d'enfant » ;
- un acte d'adoption : « Form. 801 Adoption » ;
- un justificatif de changement de nom : « Form. 801 Changement de nom » ;
- un autre acte : « Form. 801 Autres actes ».

En cas de doute sur la procédure à suivre, la représentation consulte les autorités suisses compétentes et leurs demande cas échéant les instructions sur la manière de procéder (voir les ch. 2.3 et 11.3)⁸⁴.

La représentation vérifie que toutes les informations et remarques nécessaires et les annexes correspondantes sont bien mentionnées sur le formulaire idoine.

La personne qui a rempli le formulaire de transmission 801 confirme l'exactitude de la traduction fournie et de la transcription des données figurant sur le document étranger et des autres indications mentionnées sur le formulaire. Elle inscrit ses nom, prénom et fonction, appose sa signature et le sceau de la représentation⁸⁵.

La représentation en charge de l'envoi ou les autorités suisse de reconnaissance et transcription dans le registre de l'état civil (AS et office de l'état civil) sont seules en mesure de fournir des renseignements sur l'endroit où se trouvent les documents. L'OFJ / UIS ne contrôle les documents qui transitent par ses services ni à l'entrée ni à la sortie, et n'est donc pas en mesure de fournir des renseignements à leur égard.

L'autorité de surveillance (AS) compétente vérifie si les documents qu'elle a reçus portent sur des événements ou des données d'état civil susceptibles d'être reconnus en droit. Dans l'affirmative, elle prend la décision de les reconnaître et de les transcrire à l'état civil⁸⁶. Si la représentation demande, sur le formulaire 801, une confirmation de transcription, celle-ci doit être fournie par l'office de l'état civil qui a procédé à l'enregistrement.

Si la transcription est refusée, l'AS doit le signifier par écrit à la personne domiciliée à l'étranger, par l'intermédiaire de la représentation.

⁸⁴ Exemple : une personne ne fournit pas tous les documents requis malgré une injonction. Dans ce cas, il est judicieux de transmettre les documents déjà réceptionnés à l'autorité de surveillance compétente, qui peut si nécessaire ordonner un blocage du registre (art. 46 et 46a OEC).

⁸⁵ Rubrique « Confirmation de l'exactitude de la traduction et des indications figurant dans ce formulaire »

⁸⁶ Art. 32 LDIP en relation avec l'art. 6a OEC

4.4.2 Autorités compétentes

La reconnaissance des décisions et des actes étrangers relatifs à l'état civil de Suisses ou de ressortissants étrangers ayant un lien de famille avec un Suisse relève de la compétence de l'autorité de surveillance de l'état civil du canton d'origine du Suisse concerné⁸⁷. Si une personne est originaire de plusieurs cantons, les documents sont en principe envoyés au premier droit de cité indiqué sur les papiers d'identité suisses de l'intéressé. C'est l'autorité de surveillance à laquelle le document étranger est présenté qui est compétente⁸⁸.

Les décisions et actes d'état civil étrangers se rapportant à des ressortissants étrangers figurant déjà dans le registre de l'état civil doivent être reconnus par les autorités de l'état civil du domicile actuel de l'intéressé ou du canton dans lequel une opération doit être effectuée ou, à défaut, du canton de naissance⁸⁹.

Si les décisions et actes à transmettre servent à la saisie de la personne dans le registre, l'autorité de surveillance ou l'office de l'état civil qui a soumis les documents pour vérification est compétente (formulaire « Mandat des autorités de l'état civil à la représentation suisse (RS) »). Si le ressortissant étranger contacte directement la représentation, il doit établir auprès de quelle autorité de l'état civil a lieu la saisie en Suisse. À défaut, la représentation doit lui renvoyer les documents.

La transmission est régie par les principes décrits au ch. 2.3.1.

La représentation note sur l'en-tête du formulaire de transmission 801 le sigle du canton de l'autorité de surveillance destinataire de l'envoi. L'OFJ / UIS ne vérifie pas, lors de la transmission, si cette autorité de surveillance est bien compétente. La représentation ajoute dans cette en-tête son siège, la date de transmission et sa référence.

4.4.3 Indications complémentaires

Outre les indications provenant des documents à transmettre, il se peut que les autorités suisses de l'état civil nécessitent des informations supplémentaires. D'où la rubrique « Indications complémentaires d'autres documents, et cas échéant du registre des Suisses de l'étranger » du formulaire de transmission 801.

Ces informations ne proviennent pas directement du document attaché (état civil avant l'acte de mariage à transmettre, p. ex.). Dans l'idéal, elles sont reprises directement, par voie électronique, à partir du registre des Suisses de l'étranger (E-VERA). Il s'agit d'inscrire les données dans leur état précédant la modification des données consécutive à la décision ou à l'acte d'état civil à transmettre.

Par mesure de sécurité juridique, les modifications de l'état civil fondées sur les documents transmis ne doivent être apportées au registre des Suisses de l'étranger que lorsque les autorités de l'état civil ont fourni une confirmation de transcription, sans quoi il risque d'y avoir des disparités entre les registres. Quoi qu'il en soit, les inscriptions dans le registre de l'état civil bénéficient de la force probante accrue (art. 9 CC).

⁸⁷ Art. 32 LDIP et 23 OEC

⁸⁸ Art. 23, al. 1, OEC

⁸⁹ Art. 23, al. 2, let. b et c, OEC ; le domicile déterminant est celui au moment de la procédure de reconnaissance et non pas celui au moment de la survenance de l'événement.

La représentation peut aussi indiquer sur le formulaire des informations dont elle a eu connaissance par d'autres documents (domicile actuel selon une attestation récente). Faute d'un champ spécifique, elle peut le faire dans le champ « Autres indications ».

Si la représentation a déjà procédé à des vérifications sur les données fournies, elle doit le préciser dans le champ « Autres » de la rubrique « Autres remarques et informations de la représentation ».

Les informations complémentaires permettent de rattacher plus rapidement les données aux personnes concernées et évitent aux autorités de l'état civil d'avoir à demander des précisions.

Si la représentation ne dispose d'aucune information complémentaire, elle laisse vide la rubrique « Indications complémentaires d'autres documents, et cas échéant du registre des Suisses de l'étranger ».

4.4.4 Annexes

La représentation veille à ce que tous les documents soient énoncés un par un à la rubrique « Annexes » et joints à l'envoi. Elle peut employer les abréviations courantes :

- AN (« acte de naissance ») ;
- AM (« acte de mariage ») ;
- AD (« acte de décès ») ;
- JD (« jugement de divorce »).

Parmi les annexes peuvent, par exemple, figurer les documents suivants :

- rapport de vérification d'une légalisation électronique ;
- rapport de vérification d'une apostille électronique ;
- rapport de l'avocat de confiance ;
- intervention d'un(e) interprète ou d'un(e) traducteur/trice ;
- instructions sur les droits et obligations : reconnaissance d'un enfant à l'étranger par l'intermédiaire d'une représentation suisse en application du droit suisse ;

Si l'envoi comporte des actes annexes, chaque acte doit être accompagné de son propre formulaire de transmission 801, qui permet à la représentation de fournir, en bonne et due forme, la traduction des données essentielles, les informations relatives à la légalisation et d'autres remarques éventuelles.

Si l'acte à transmettre est rédigé dans une langue officielle de la Suisse et qu'il est exempté de la légalisation ou s'il s'agit d'un document CIEC et qu'il n'appelle aucune remarque particulière, il n'est pas nécessaire de remplir le formulaire de transmission 801.

4.4.5 Rubriques spéciales de certains formulaires 801

Outre les règles générales d'utilisation et les instructions de remplissage des formulaires 801, il faut tenir compte des rubriques spéciales suivantes :

- « Form. 801 Naissance » : rubrique spéciale « Informations spécifiques sur l'établissement du lien de filiation » ;
- « Form. 801 Divorce » ou « Form. 801 Dissolution du partenariat » : rubriques spéciales « Le droit des deux parties d'être entendues dans la procédure a été respecté » ; « Enfants communs » ; « Informations spécifiques concernant la date de la dissolution légale du mariage / du partenariat en l'absence d'une attestation d'entrée en force » ;
- « Form. 801 Adoption » : rubrique spéciale « Adoption selon la Convention de La Haye sur l'adoption ».

4.4.5.1 Transmission d'un acte de naissance accompagné d'informations sur l'établissement du lien de filiation

Le formulaire 801 Naissance comporte, sous la rubrique « Autres remarques et informations de la représentation », un champ « Informations spécifiques sur l'établissement du lien de filiation » qui permet de donner des précisions sur ce lien.

Ces précisions s'imposent notamment dans les cas de figure suivants :

- Il n'existe aucun document distinct attestant l'établissement du lien de filiation avec le père mentionné sur l'acte de naissance. Le cas se présente généralement lorsque les parents sont célibataires ou qu'ils ne sont pas mariés ensemble, et que le père est indiqué comme tel sur l'acte de naissance de l'enfant sans pouvoir fournir de preuve de l'établissement de sa paternité (reconnaissance d'enfant ou constatation judiciaire de la paternité, p. ex.). Le cas échéant, la représentation doit donc préciser sur quelles bases légales du lieu de naissance est fondé l'établissement du lien de filiation (p. ex., déclaration du père lors de l'annonce de la naissance, sans qu'un document de reconnaissance distinct puisse être établi⁹⁰).
- Il s'agit d'un cas de gestation pour autrui, la mère figurant sur l'acte de naissance n'étant pas celle qui a porté l'enfant. La représentation doit signaler le recours à la gestion pour autrui et, le cas échéant, indiquer les dispositions légales qui ont permis, dans le pays concerné, d'inscrire la mère d'intention sur l'acte de naissance.
- L'acte de naissance présente, à la rubrique « Père », des indications fictives (pour protéger la mère, p. ex.). Dans ce cas, la représentation doit préciser que les données relatives au père sont inexactes et que le lien de paternité est donc inexistant.
- L'acte de naissance indique la mère et sa partenaire comme parents de l'enfant. La représentation indique les dispositions légales qui ont permis d'établir un lien juridique de filiation avec la partenaire de la mère (co-maternité sur la base de la législation du pays concerné en matière de procréation médicalement assistée, p. ex.).
- En cas de transmission d'un acte de naissance relatif à un enfant de mère mariée, si un autre homme que le mari est inscrit comme père, des informations supplémentaires sur la filiation paternelle peuvent devoir être fournies (p. ex., la présomption de paternité du mari

⁹⁰ Circulaire OFEC n° 20.08.01.01 du 15 janvier 2008 « Preuve de l'établissement du lien de filiation selon le droit étranger »

est écartée, car la législation du pays concerné permet au père de reconnaître l'enfant si la mère est séparée de son mari).

- Si la représentation a connaissance que le père indiqué dans l'acte de naissance se fonde sur une reconnaissance de complaisance (l'auteur de la reconnaissance sait pertinemment qu'il n'est pas le père, et contourne ainsi les prescriptions en matière d'adoption), elle doit le préciser.
- S'il manque des indications concernant la mère sur l'acte de naissance étranger, la représentation doit fournir une explication brève (p. ex., l'enfant est né d'une mère porteuse et le droit étranger ne prévoit que l'inscription du père biologique sur l'acte de naissance).

Dans tous ces cas de figure, la représentation indique les bases légales du lieu de naissance qui ont permis l'établissement ou non du lien de filiation.

Si les parents de l'enfant sont célibataires ou qu'ils ne sont pas mariés ensemble, la représentation doit ajouter, dans le champ « Autres indications » de la rubrique « Indications complémentaires d'autres documents, et cas échéant du registre des Suisses de l'étranger » les date et lieu de naissance du parent suisse et les nom et prénom de ses propres parents (c'est-à-dire des grands-parents de l'enfant dont on annonce la naissance).

4.4.5.2 Transmission d'un acte de divorce ou de dissolution d'un partenariat en l'absence d'une attestation d'entrée en force

À la rubrique « Autres remarques et informations de la représentation », la représentation doit indiquer si le droit des deux parties d'être entendues dans la procédure a été respecté. Ces informations peuvent en règle générale être déduits de l'acte de divorce ou de dissolution du partenariat. Il faut vérifier si les deux parties avaient connaissance de la procédure et de la décision de dissolution (citation en bonne et due forme) et si leur droit d'être entendues a été respecté. Si cela ne ressort pas clairement de la décision présentée, la représentation doit inviter la personne concernée à confirmer par écrit que son droit d'être entendue a été respecté.

Selon le pays, en cas de divorce, par exemple, la décision de dissolution doit être accompagnée d'un acte de mariage portant dans la marge l'indication du divorce. C'est la preuve que le divorce est entré en force et a été enregistré.

La représentation doit confirmer l'existence ou non d'enfants communs en cochant l'une des cases prévues (Oui / Non / Pas d'indication).

Elle peut ajouter des remarques sous la rubrique « Autres remarques et informations de la représentation » dans le champ « Informations spécifiques concernant la date de la dissolution légale du mariage/du partenariat en l'absence d'une attestation d'entrée en force ». Par exemple, si un pays ne délivre pas d'attestation d'entrée en force, la représentation doit le signaler tout en précisant à quelle date la décision est entrée en force sur la base du droit étranger. S'il reste un doute quant à l'exercice ou non d'un recours, la représentation demande aux personnes concernées d'attester par écrit qu'elles n'ont engagé aucun moyen de droit contre la décision de dissolution. Pour être enregistrée dans le registre suisse de l'état civil, la dissolution légale d'un mariage ou d'un partenariat doit impérativement être datée avec précision.

4.4.5.3 Transmission d'un acte d'adoption

La représentation doit indiquer le tribunal ou l'autorité qui a prononcé l'adoption, la date de la décision et la date d'entrée en force sur la première page du formulaire 801 Adoption.

À la rubrique « Annexes », elle doit indiquer deux versions de l'acte de naissance : avant l'adoption et après l'adoption. Chacun de ces documents doit être joint à l'envoi accompagné de son propre formulaire 801 Naissance (voir le ch. 4.4.5).

À la rubrique « Autres remarques et informations de la représentation », elle doit préciser si l'adoption a été prononcée dans le cadre de la Convention adoption de La Haye⁹¹. Si oui, elle doit joindre le certificat visé à l'art. 23, al. 1, Convention adoption et le mentionner à la rubrique « Annexes ».

4.4.6 Transmission de copies légalisées

Si la transmission des originaux est impossible ou ne peut pas être raisonnablement exigée, il est exceptionnellement possible d'établir et de transférer des copies légalisées. Sur le formulaire de transmission, la représentation justifie brièvement à la rubrique « Autres remarques et informations de la représentation » sous « Autres » l'absence de l'original.

L'autorité cantonale de surveillance de l'état civil peut toutefois exiger la remise des documents originaux si elle le juge nécessaire.

Certains États délivrent l'original d'un document d'état civil sous forme électronique. Pour la transmission dans ce cas de figure, voir le ch. 4.5.

4.5 Traitement des documents, légalisations et apostilles électroniques

Certains pays délivrent des documents électroniques ou procèdent à la légalisation et à l'apposition d'une apostille par voie électronique.

Pour ce qui est de la vérification et de la traduction, la représentation doit traiter les actes d'état civil électroniques et les légalisations ou apostilles électroniques qu'ils contiennent comme leurs équivalents papier, la seule différence étant qu'elle reçoit l'original sous forme électronique et transmet aux autorités suisses de l'état civil un tirage papier de cet original.

Pour vérifier les documents électroniques, elle doit consulter les informations publiées par l'autorité émettrice, laquelle, à cet égard, renvoie généralement à un site internet officiel. Sur ce site, la représentation peut, en saisissant le code électronique figurant sur le document, vérifier la compétence de l'autorité émettrice et consulter la légalisation ou l'apostille électroniques, voire le document complet⁹². La plupart des pays qui délivrent des documents, des légalisations et des apostilles électroniques sont indiqués sur le site de la Conférence de La Haye⁹³, lequel offre un accès direct au site de chaque pays, où l'on peut obtenir des informations supplémentaires ou vérifier des documents électroniques.

⁹¹ Convention sur la protection des enfants et la coopération en matière d'adoption internationale du 29 mai 1993 (Convention adoption; RS 0.211.221.311 ; CLaH 93)

⁹² Afin de le comparer au document obtenu par voie électronique.

⁹³ www.hcch.net

Remarque : selon l'État, la vérification des documents électroniques n'est possible que pendant une période définie⁹⁴. La représentation doit donc y procéder au plus vite. Lorsque le document étranger est muni à cette fin d'un code QR⁹⁵, elle doit lire ce code au moyen d'un smartphone ou d'un scanner pour accéder à la page de vérification.

La représentation imprime ensuite le document et l'éventuel rapport de vérification (résultat de la vérification de la légalisation, de l'apostille, etc.) et y appose la mention « Conforme à l'original électronique ». Si le document est consulté en entier sans possibilité de générer un rapport de vérification, il faut le signaler dans le champ « Remarques » de la rubrique « Documents électroniques »⁹⁶.

La représentation transmet un tirage papier du document électronique qu'elle a reçu, accompagné de son formulaire de transmission 801. Elle coche les cases qui conviennent (vérification, consultation) et note ses remarques éventuelles à la rubrique « Documents électroniques ». Si un rapport de vérification a été généré, elle le joint à l'envoi et l'indique à la rubrique « Annexes ». Elle suit par ailleurs les consignes générales de transmission, c'est-à-dire que chaque document imprimé doit être accompagné du formulaire 801 correspondant dûment rempli.

4.6 Confirmation de transcription

La représentation peut cocher, sur le formulaire de transmission, la case « La représentation demande une confirmation de transcription ».

Si la représentation demande une confirmation de transcription, celle-ci doit être fournie sous la forme d'une communication (une confirmation sous forme d'acte n'est pas admise) provenant d'Infostar et émise par l'office de l'état civil spécialisé ou l'office de l'état civil compétent qui a procédé à l'enregistrement. La communication générée à partir de la transaction correspondante dans le registre de l'état civil doit porter la mention « à l'usage exclusif de l'administration ». Afin de garantir l'attribution du dossier à la représentation compétente, le siège et les références de la représentation doivent également être indiqués sur la confirmation de transcription. Les solutions actuellement utilisées (confirmation d'enregistrement issue des systèmes de gestion des affaires, décisions de transcription de l'autorité de surveillance compétente, etc.) peuvent être maintenues.

Lorsque l'office de l'état civil renvoie une confirmation de transcription ou la communication correspondante générée par Infostar via l'OFJ/UIS, il peut utiliser le formulaire de transmission 801 (formulaire 801 Communication à RS) et y indiquer la représentation suisse compétente ainsi que ses coordonnées.

La confirmation d'enregistrement ou la communication générée par Infostar sert exclusivement à mettre à jour le registre des Suisses de l'étranger et ne doit pas être remise à des particuliers. La représentation ne fournit aucune information d'office aux particuliers concernant la transcription ; toutefois, elle est tenue de fournir des renseignements sur demande. Si nécessaire, les particuliers doivent demander un extrait du registre de l'état civil, moyennant émolument,

⁹⁴ Le cas échéant, cela doit être précisé dans le champ « Remarques » de la rubrique « Documents électroniques ».

⁹⁵ Code matriciel en deux dimensions composé de carrés noirs et blancs, qui représentent les données codées sous forme binaire.

⁹⁶ Aucune différence constatée entre le document reçu par voie électronique et l'original consulté sur le site officiel de l'État concerné.

s'ils souhaitent ou ont besoin d'une preuve de l'inscription a posteriori dans le registre de l'état civil. Ils peuvent également demander la décision de transcription correspondante, car une décision ou un acte étranger relatif à l'état civil est inscrit dans le registre de l'état civil sur décision de l'autorité cantonale de surveillance compétente⁹⁷. Si l'inscription est refusée, les personnes concernées en sont informées.

5 Réception et transmission de demandes et de déclarations en vue d'un mariage en Suisse et transmission de certificats de capacité matrimoniale suisse en vue d'un mariage à l'étranger

5.1 Conditions générales et aperçu de la procédure

Les fiancés qui souhaitent se marier en Suisse doivent au préalable suivre la procédure préparatoire du mariage⁹⁸. Il en va de même pour les Suisses qui souhaitent se marier à l'étranger lorsque l'autorité étrangère exige un certificat de capacité matrimoniale.

L'office de l'état civil du lieu de domicile de l'un ou l'autre des fiancés est compétent pour l'exécution de la procédure préparatoire⁹⁹ ; lorsque les deux fiancés ont leur domicile à l'étranger, cette compétence revient à l'office de l'état civil où il est prévu de célébrer le mariage en Suisse. Pour la délivrance d'un certificat de capacité matrimonial, c'est l'office de l'état civil du lieu de domicile de l'un ou l'autre des fiancés qui est compétent ; lorsque les deux fiancés ont leur domicile à l'étranger, cette compétence revient à l'office de l'état civil du lieu d'origine de la fiancée ou du fiancé.¹⁰⁰

Lorsque l'un des fiancés ou que les deux fiancés séjournent à l'étranger, ils ne sont pas obligés de se déplacer jusqu'en Suisse pour effectuer la procédure préparatoire. Ils peuvent remettre les documents et les déclarations nécessaires à cette procédure à la représentation suisse, qui se charge ensuite de les transmettre à l'office de l'état civil compétent¹⁰¹.

La procédure se déroule comme suit :

- Les fiancés qui séjournent à l'étranger peuvent déposer la demande d'exécution de la procédure préparatoire du mariage par l'entremise de la représentation compétente. Cette dernière détermine si le mariage doit avoir lieu en Suisse ou à l'étranger. En fonction du lieu du mariage, les fiancés remplissent la formule de demande approprié (voir les ch. 5.2 et ch. 5.3).
- Les fiancés doivent présenter les documents requis (voir le ch. 5.4.2) et remettre en personne à la représentation la déclaration relative aux conditions du mariage signée de leur main (ch. 5.5 et pour les cas dispensés de se présenter personnellement, voir le ch. 5.4.4).
- Les connaissances linguistiques des fiancés doivent être prises en compte (voir le ch. 5.4.3).

⁹⁷ Art. 32 LDIP

⁹⁸ Art. 62 ss. OEC

⁹⁹ Art. 62, al. 1, OEC

¹⁰⁰ Art. 62, al. 1, et art. 75, al. 2, OEC

¹⁰¹ Art. 63, al. 2, OEC

- Dans la mesure où les conditions sont réunies, les fiancés peuvent remettre à la représentation la déclaration concernant le nom porté après le mariage (voir le ch. 5.6).
- Enfin, la représentation transmet les documents à l'office de l'état civil en Suisse (voir le ch. 5.7) qui exécute la procédure préparatoire (voir le ch. 5.8).

La procédure est menée conformément aux règles générales énoncées au ch. 2.2 : la représentation examine les éventuels motifs de récusation, vérifie qu'elle est compétente et contrôle l'identité et la capacité civile des personnes concernées.

La représentation encaisse les émoluments et les débours pour ses prestations en matière d'état civil et celles de l'OFJ / UIS directement auprès des fiancés lorsqu'ils se présentent. Lorsque l'un des fiancés est domicilié en Suisse et dépose sa demande auprès de l'office de l'état civil compétent, celui-ci encaisse directement ses émoluments et ses débours auprès de cette personne (y compris les frais d'établissement du certificat de capacité matrimoniale). Si les deux fiancés sont domiciliés à l'étranger ou s'ils déposent leur demande conjointement à la représentation, cette dernière exige une avance de frais pour couvrir les coûts des autorités de l'état civil en Suisse ainsi que les frais de transmission OFJ / UIS. Cette avance sert à couvrir les émoluments et les débours pour les prestations effectuées pendant la première étape (examen de la demande en vue du mariage et communication de la clôture de la procédure préparatoire)¹⁰².

5.2 Mariage prévu en Suisse

Les fiancés qui résident à l'étranger et souhaitent se marier en Suisse prennent contact avec la représentation pour déposer la demande d'exécution de la procédure préparatoire du mariage. La représentation fixe un rendez-vous, indique quels sont les documents nécessaires (voir le ch. 5.4.2) et explique le déroulement de la procédure.

Elle peut faire remplir la formule de « Demande d'exécution de la procédure préparatoire de mariage ou commande d'un certificat de capacité matrimoniale » (form. M-34-Mar 2022) aux fiancés lorsqu'ils se présentent en personne ; elle peut aussi le leur envoyer à l'avance, par courrier électronique ou par courrier postal, ou le mettre à disposition sur son site internet. Dans ce cas, les fiancés peuvent le remplir et le signer puis l'envoyer à la représentation, ou le remettre à l'occasion du premier entretien.

La formule de demande indique avant tout quels sont les données personnelles nécessaires et les documents à présenter. Cela permet aux fiancés de préparer leurs éventuelles questions avant l'entretien (par exemple en ce qui concerne les documents à présenter).

La procédure ne se poursuit que lorsque la demande est entièrement remplie et que tous les documents requis ont été fournis.

¹⁰² Voir ch. 2 et 3 du « Tableau récapitulatif des émoluments en matière d'état civil - Représentations suisses à l'étranger » (disponible dans le domaine protégé du site de l'OFEC).

5.3 Mariage prévu à l'étranger

5.3.1 Droit applicable et obligation d'annoncer

Si le mariage est prévu à l'étranger, celui-ci est soumis au droit de ce pays. Il convient de conseiller aux fiancés de prendre rapidement contact avec les autorités compétentes du lieu du mariage. Le couple doit être informé de l'obligation d'annoncer le mariage après la célébration et des possibilités offertes par le droit suisse en matière de nom (voir le ch. 5.6).

Lorsqu'une personne de nationalité suisse s'adresse à la représentation en vue d'un mariage à l'étranger et qu'elle n'a pour ce faire pas besoin d'un certificat de capacité matrimoniale, la représentation doit aussi lui signaler l'obligation d'annoncer son mariage et lui expliquer quelles possibilités le droit suisse offre en ce qui concerne le nom (voir le ch. 5.6).

5.3.2 Commande d'un certificat de capacité matrimoniale

Lorsque les autorités étrangères exigent que le fiancé suisse fournisse un certificat de capacité matrimoniale, les fiancés doivent suivre toute la procédure préparatoire du mariage en Suisse, comme si le mariage devait y être célébré (voir le ch. 5.4)¹⁰³.

Le formulaire « Demande d'exécution de la procédure préparatoire du mariage ou commande d'un certificat de capacité matrimoniale » (form. M-34-Mar-2022) indique les données personnelles nécessaires et les documents à présenter. Cela permet aux fiancés de préparer leurs éventuelles questions qui subsistent avant l'entretien (par exemple en ce qui concerne les documents à présenter).

La représentation peut faire remplir la formule de commande lors de l'entretien personnel ; elle peut aussi le leur envoyer à l'avance, par courrier électronique ou par courrier postal, ou le mettre à disposition sur son site internet. Dans ce cas, les fiancés peuvent le remplir et le signer puis l'envoyer à la représentation, ou le remettre à l'occasion du premier entretien.

La procédure ne se poursuit que lorsque la formule de commande est entièrement remplie et que tous les documents requis ont été fournis.

5.4 Préparation de la réception de la déclaration relative aux conditions du mariage

5.4.1 Formule de demande

Dans un premier temps, les fiancés doivent déposer la « Demande d'exécution de la procédure préparatoire du mariage ou commande d'un certificat de capacité matrimoniale » (form. M-34-Mar-2022), dûment remplie et signée.

¹⁰³ Art. 75 OEC

5.4.2 Documents requis

Les fiancés doivent présenter¹⁰⁴ les documents¹⁰⁵ suivants avec la demande en vue du mariage ou la commande d'un certificat de capacité matrimoniale :

- Ressortissants suisses :
 - Une pièce d'identité¹⁰⁶ ;
 - Un certificat de domicile récent s'ils sont domiciliés à l'étranger. Si les autorités étrangères ne délivrent pas ce genre de document, la preuve du domicile doit être apportée d'une autre façon (p. ex. au moyen d'une facture de gaz récente ou par un certificat d'inscription au registre des Suisses de l'étranger)¹⁰⁷.
- Ressortissants étrangers :
 - Une pièce d'identité¹⁰⁸ ;
 - Un certificat de domicile récent s'ils sont domiciliés à l'étranger. Si les autorités étrangères ne délivrent pas ce genre de document, la preuve du domicile doit être apportée d'une autre façon (p. ex. au moyen d'une facture de gaz récente)¹⁰⁹.

Lorsque les ressortissants étrangers ne disposent pas d'un document récent délivré par le registre suisse de l'état civil :

- les documents relatifs à la naissance, au sexe, au nom, à la filiation, à l'état civil (preuve de célibat ou de la dissolution du dernier mariage ou partenariat enregistré avec une tierce personne) et les documents relatifs à la nationalité¹¹⁰ ;
- les documents relatifs à la naissance, au sexe, au nom et à la filiation des enfants communs nés avant le mariage¹¹¹.

Il n'est pas nécessaire de présenter des documents relatifs à l'état civil lorsque le ressortissant étranger et les enfants communs sont déjà saisis dans le registre de l'état civil suisse et que les données sont à jour.

En outre, les documents suivants doivent, si nécessaire, être présentés :

- Preuve de la légalité du séjour : lorsque le mariage a lieu en Suisse et que les futurs époux prévoient de s'y domicilier, les fiancés étrangers doivent présenter une pièce établissant la légalité de leur séjour en Suisse jusqu'au jour probable de la célébration¹¹². Cela n'est pas nécessaire pour les « mariages touristiques » en Suisse (deux fiancés étrangers qui sont domiciliés à l'étranger). Les ressortissants étrangers qui ont besoin d'un visa pour entrer en Suisse en vue de la célébration du mariage peuvent en demander un dans le cadre de la procédure préparatoire du mariage.

¹⁰⁴ Art. 64 OEC

¹⁰⁵ Les documents d'état civil ne doivent en règle générale pas dater de plus de six mois. Dans des cas exceptionnels dûment fondés, l'autorité de l'état civil peut aussi admettre des documents plus anciens (art. 16, al. 2, OEC).

¹⁰⁶ Art. 16, al. 1, let. b, OEC

¹⁰⁷ Art. 64, al. 1, let. a, OEC

¹⁰⁸ Art. 16, al. 1, let. b, OEC

¹⁰⁹ Art. 64, al. 1, let. a, OEC

¹¹⁰ Art. 64, al. 1, let. b, OEC

¹¹¹ Art. 64, al. 1, let. c, OEC

¹¹² Art. 64, al. 2, OEC

- Attestation de reconnaissance du mariage : les fiancés étrangers qui ne vivent pas en Suisse doivent chacun, s'ils peuvent en obtenir une, fournir une attestation de reconnaissance de mariage de leur État de domicile ou l'État national¹¹³.

5.4.3 Compréhension linguistique

Les fiancés doivent remplir la « Demande d'exécution de la procédure préparatoire du mariage ou commande d'un certificat de capacité matrimoniale » (form. M-34-Mar-2022) ainsi que la « Déclaration relative aux conditions du mariage » (form. F-35-Mar-2022/07) dans l'une des langues officielles de la Suisse (allemand, français, italien). S'il s'avère que les fiancés ne comprennent aucune de ces langues, la représentation doit prendre les mesures nécessaires pour lever les problèmes de compréhension linguistique lors de la réception de la déclaration relative aux conditions du mariage.

- Utilisation de formulaires d'aide à la traduction

Les formules de demande en vue du mariage et de commande d'un certificat de capacité matrimoniale ainsi que la déclaration relative aux conditions du mariage sont à la disposition des représentations sur le site de l'OFEC, dans la partie réservée aux autorités, dans plusieurs langues. Ces formulaires d'aide à la traduction ne doivent pas être remplis. Ils servent à faciliter la traduction et peuvent dans certains cas permettre de renoncer à recourir à un interprète. Afin d'éviter tout malentendu, il est conseillé d'agrafer au document officiel que les futurs époux ont signé une copie de la traduction qui leur a été fournie. En outre, la langue doit être indiquée dans la « Déclaration relative aux conditions du mariage » (form. F-35-M-2022/07) dans le champ « Le texte de la présente formule m'a été traduit dans la langue suivante, que je comprends ».

- Recours à un interprète

Si cela s'avère nécessaire, il convient de recourir à un interprète. Il faut s'assurer qu'aucun motif ne pourrait justifier sa récusation (voir le ch. 2.2.2).

Lorsqu'un employé local ou un collaborateur transférable de la représentation s'est chargé de la traduction, le champ « Nom et fonction du traducteur ou de la traductrice » de la « Déclaration relative aux conditions du mariage » (form. F-35-M-2022/07) doit être rempli. En cas de recours à un interprète externe ne faisant pas partie du personnel de la représentation, ce dernier doit signer le document « Intervention d'un(e) interprète ou d'un(e) traducteur/trice » dûment complété. Sa signature doit être légalisée. La formule correspondante est jointe au dossier de transmission.

Lorsque vous utilisez un formulaire auxiliaire rédigé dans une langue étrangère, seul le formulaire rédigé dans l'une des langues nationales suisses doit être rempli (voir le ch. 2.2.6). Afin d'éviter tout malentendu, il est conseillé de joindre au formulaire officiel signé par l'interprète ou le traducteur une copie du formulaire auxiliaire en langue étrangère qui lui a été remis.

Les débours pour la traduction ou le recours à un interprète sont à la charge des futurs époux et encaissés directement par la représentation¹¹⁴. La traduction en langage des signes est gratuite : elle est à la charge de l'office de l'état civil compétent¹¹⁵.

¹¹³ Art. 73, al. 2, let. a, OEC

¹¹⁴ Art. 7, al. 1, let. c, OEEC

¹¹⁵ Art. 7, al. 3, OEEC

- Autre type d'aide

Lorsque les fiancés ne sont pas en mesure de remplir les formulaires (p. ex. en cas de handicap ou d'illettrisme), un interprète ou des collaborateurs de la représentation leur viennent en aide. Cette aide se limite strictement à des explications et ne sert pas à suggérer des réponses. La représentation informe l'office de l'état civil compétent de cette situation au moment où elle lui transmet les documents (form. F-35-M-2022/07 et form. 802 « Demande PPM », sous la rubrique « Indications complémentaires »).

5.4.4 Dispense de se présenter personnellement

Lorsque les fiancés évoquent des motifs les empêchant de se présenter personnellement à la représentation (grande distance à parcourir, maladie), ils peuvent présenter une demande de dispense par écrit. Ils doivent la motiver en présentant les pièces justificatives pertinentes. La représentation transfère la demande à l'office de l'état civil compétent pour mener la procédure préparatoire¹¹⁶. Lorsque les fiancés qui déposent la demande sont étrangers et n'ont pas de domicile en Suisse (mariage touristique), la représentation transfère la demande à l'autorité de surveillance de l'état civil du canton dans lequel le mariage doit être célébré¹¹⁷. La représentation donne son avis sur la plausibilité des motifs invoqués.

Lorsque la demande de dispense de se présenter personnellement est approuvée par les autorités suisses de l'état civil¹¹⁸, la déclaration relative aux conditions du mariage et, le cas échéant, la déclaration relative au nom sont exceptionnellement signées en présence d'un officier public étranger, qui légalisera la ou les signatures des personnes concernées. Ensuite, la représentation légalise à son tour la signature et le sceau de l'autorité qui a légalisé la signature de l'officier public étranger¹¹⁹. La déclaration doit être transmise avec tous les documents utiles à l'office de l'état civil compétent via l'OFJ / UIS (voir le ch. 2.2.3).

5.5 Réception de la déclaration relative aux conditions du mariage

5.5.1 Conditions générales

La « Déclaration relative aux conditions du mariage » (form. F-35-M-2022/07) ne doit être réceptionnée que si la demande en vue du mariage ou la commande d'un certificat de capacité matrimonial a été déposée par écrit, est signée, et que tous les documents à présenter ont été réunis.

5.5.2 Conditions formelles

La déclaration doit être remplie en personne à la représentation en présence d'un collaborateur (pour les exceptions, voir le ch. 5.4.4). La fiancée et/ou le fiancé doit présenter une pièce d'identité. La représentation fait une copie légalisée de cette pièce d'identité.

¹¹⁶ Art. 69, al. 2, 2^e phrase, OEC

¹¹⁷ Art. 73, al. 2, OEC

¹¹⁸ Art. 73, al. 3, OEC

¹¹⁹ Art. 66, al. 1, let. c, OSEtr, généralement par le biais d'une surlégalisation de l'autorité compétente de l'État de résidence (en règle générale, le Ministère des affaires étrangères).

La formule « Déclaration relative aux conditions du mariage » (form. F-35-M-2022/07) n'est remis aux fiancés que lors de l'entretien personnel. Il ne doit donc pas être remis à l'avance aux fiancés ni être publié sur le site internet de la représentation, contrairement aux formules de « Demande d'exécution de la procédure préparatoire du mariage ou commande d'un certificat de capacité matrimoniale » (form. M-34-Mar-2022).

Pour remplir cette déclaration, la personne doit être capable de discernement et avoir la capacité civile (voir le ch. 2.2).

En ce qui concerne la langue et le recours à un interprète, voir le ch. 5.4.3.

5.5.3 Obligation de dire la vérité et informations quant aux conséquences pénales

La représentation doit expressément inviter les fiancés à dire la vérité et les rendre attentifs aux conséquences pénales:

- de mariage forcé (art. 181a du code pénal suisse ; CP¹²⁰) ;
- d'infractions contre l'intégrité sexuelle (art. 187 à 200 CP) ;
- de crimes ou délits contre la famille (art. 213 à 220 CP) ;
- de faux dans les titres (art. 251 à 257 CP) ;
- d'infractions aux art. 115 à 122 de la loi du 16 décembre 2005 sur les étrangers et l'intégration (LEI)¹²¹.

5.5.4 Déclarations des fiancés

Le mariage doit être l'expression de la libre volonté des deux fiancés¹²². Dans la « Déclaration relative aux conditions du mariage » (form. F-35-M-2022/07) ils déclarent que les données et les documents présentés sont à jour, complets et exacts, qu'ils ont la capacité matrimoniale et qu'il n'y a aucun empêchement au mariage¹²³.

Les fiancés doivent en outre confirmer avoir compris le contenu de la formule et avoir été informés de la possibilité de choisir le nom avant la célébration du mariage (voir le ch. 5.6).

5.5.5 Signatures et légalisation des signatures

Le ou les fiancés apposent leur signature sur la « Déclaration relative aux conditions du mariage » (form. F-35-M-2022/07)) en présence d'un collaborateur de la représentation, qui les légalise directement¹²⁴. Lorsqu'une déclaration concernant le nom est signée au même moment, cette signature est aussi considérée comme ayant été légalisée (voir le ch. 5.6.3).

¹²⁰ RS 311.0

¹²¹ RS 142.20

¹²² Art. 65, al. 1^{bis} OEC

¹²³ Art. 65, al. 1 OEC

¹²⁴ Art. 65, al. 2^{bis} OEC

5.5.6 Information des fiancés

Les fiancés sont ensuite informés du fait que le dossier est transmis à l'autorité de l'état civil compétente pour vérification et décision. Celle-ci se penche en particulier sur la question de la capacité matrimoniale et elle peut soumettre les documents étrangers à une vérification aux frais des fiancés.

5.6 Réception de la déclaration concernant le nom dans le cadre de la procédure du mariage

Si les fiancés sont domiciliés à l'étranger, le nom de famille est régi par le droit étranger, et, s'ils sont domiciliés en Suisse, par le droit Suisse. Chaque personne peut toutefois demander que son nom soit régi par le droit de son pays d'origine.

Si une personne de nationalité suisse possède une autre nationalité, une déclaration relative au nom selon le droit suisse est en principe admissible, à condition que cette personne ait un lien étroit avec la Suisse (p. ex. domicile en Suisse)¹²⁵. La faculté d'option en faveur du droit suisse ou d'un droit étranger est décidée au cas par cas par les autorités internes de l'état civil compétentes ; la représentation réserve leur avis à cet égard (voir le ch. 2.1).

Si le droit suisse s'applique, c'est l'art. 160 CC qui régit le nom porté pendant le mariage. Par conséquent, les fiancés peuvent déclarer à l'officier de l'état civil qu'ils souhaitent porter comme nom de famille le nom de célibataire du mari ou de la femme. Si les fiancés conservent leur nom de famille, ils décident lequel de leurs deux noms de célibataire leurs enfants porteront. Ils peuvent demander d'être exemptés de l'obligation de choisir le nom en motivant leur requête¹²⁶.

5.6.1 Déclaration de nom en cas de mariage en Suisse

En principe, la déclaration pour porter un nom de famille commun ou, si les fiancés choisissent de porter deux noms différents, la déclaration concernant le nom de famille des enfants communs, peut être remise à l'office de l'état civil en Suisse dans le cadre de la procédure préparatoire du mariage (assujetti à émolument¹²⁷).

Si l'un des fiancés a des questions en ce qui concerne le nom, il faut lui recommander de les poser directement à l'office de l'état civil compétent.

La déclaration concernant le nom de famille commun ou, si deux noms différents sont conservés, celle du choix du nom de famille des enfants communs, peut aussi être réceptionnée gratuitement par la représentation dans le cadre de la procédure préparatoire du mariage (formule « Déclaration concernant le nom [art. 160, al. 2 et 3 CC et art. 12a, al. 2 LPart] » (form. 0.41c).

¹²⁵ Art. 23, al. 2, LDIP

¹²⁶ Art. 160, al. 3, 2^e phrase, CC. Il n'est pas possible d'être dispensé de cette obligation si les fiancés ne souhaitent pas porter le même nom après le mariage mais qu'ils ont déjà des enfants communs nés avant le mariage. Dans ce cas, ils doivent déterminer lequel de leurs noms de célibataire leurs enfants devront porter, pour autant que le choix du nom de leurs enfants soit bien soumis au droit suisse.

¹²⁷ Annexe 1, ch. 4.1, OEEC

La remise d'une telle déclaration a automatiquement valeur de soumission du nom au droit suisse¹²⁸. Pour qu'une telle déclaration puisse être réceptionnée, il faut que la personne dont le nom doit être déterminé par le droit suisse puisse se soumettre au droit suisse. Ce n'est par exemple pas le cas d'un ressortissant étranger résidant à l'étranger qui souhaite porter le nom de famille du fiancé ou de la fiancée suisse après le mariage. Dans ce cas, cette personne ne peut pas demander l'application du droit suisse et la représentation se doit de refuser la déclaration concernant le nom souhaité. La représentation doit en informer les fiancés si elle constate qu'un tel cas pourrait se présenter. L'application du droit suisse ou d'un droit étranger est décidée au cas par cas par les autorités internes de l'état civil, la représentation réserve leur avis à cet égard (voir le ch. 2.1).

Lorsque la déclaration est faite en dehors de la procédure préparatoire du mariage, elle est assujettie à un émoluments¹²⁹.

5.6.2 Déclaration de nom en cas de mariage à l'étranger

Lorsque le mariage est célébré à l'étranger et que l'autorité étrangère chargée de célébrer le mariage n'exige pas de certificat de capacité matrimoniale, il n'y a pas de procédure préparatoire devant les autorités suisses de l'état civil selon le ch. 5.3.2. Il n'est de ce fait pas non plus possible de déposer une déclaration concernant le nom.

Dans ce cas, il faut avertir les fiancés que s'ils souhaitent soumettre leur nom de famille au droit suisse, ils doivent déposer la déclaration concernant leur nom de famille commun ou la déclaration pour déterminer le nom de leurs enfants communs auprès de la représentation ou d'un office de l'état civil en Suisse (lieu d'origine ou domicile en Suisse), en principe avant le mariage¹³⁰.

Des époux domiciliés à l'étranger peuvent exceptionnellement être autorisés à déposer une déclaration tardivement lorsque leur mariage a été conclu au maximum six mois plus tôt et que la déclaration concernant le nom est déposée auprès de la représentation au même moment que l'annonce du mariage (« Déclaration concernant le nom [art. 160, al. 2 et 3, CC] » (form. 0.41c). Les documents concernant le mariage célébré à l'étranger ainsi que la déclaration concernant le nom doivent être transmis simultanément aux autorités de l'état civil compétentes en Suisse (assujetti à un émoluments¹³¹).

Lorsqu'un mariage conclu à l'étranger est annoncé plus de six mois après sa célébration, il n'est plus possible de déposer une déclaration pour soumettre le nom au droit suisse. Les époux qui souhaitent porter un nom de famille commun doivent alors obligatoirement passer par une demande ordinaire de changement de nom¹³², qui doit être déposée auprès de l'autorité compétente du domicile ou du lieu d'origine du requérant.

¹²⁸ Art. 12 OEC en rel. avec l'art. 14, al. 3, OEC. Voir en particulier le « Mémento no 153.1 sur le nom porté après le mariage ». Dans ce cas, il n'est pas obligatoire de remplir la « Déclaration concernant la soumission du nom au droit du pays d'origine [art. 37, al. 2, LDIP] », form. 0.43.

¹²⁹ Annexe 1, ch. 4.1 et annexe 3, ch. 3.1, OEEC

¹³⁰ Art. 12 al. 2 OEC

¹³¹ Annexe 1, ch. 4.1, OEEC

¹³² Selon l'art. 30, al. 1, CC

5.6.3 Signature et légalisation de la déclaration de nom

La déclaration concernant le nom doit être remise en présence d'un collaborateur de la représentation et signée par les fiancés. Si elle n'est pas remise au même moment que la déclaration relative aux conditions du mariage, les signatures des fiancés doivent être légalisées¹³³.

5.7 Transmission de documents aux autorités suisses de l'état civil

5.7.1 Transmission des documents en cas de mariage en Suisse

Pour la transmission des documents, la représentation utilise le formulaire « Demande de préparation du mariage (PPM) » (form. 802 Demande PPM - 2022 », voir le ch. 2.3).

Elle transmet la « Demande d'exécution de la procédure préparatoire du mariage ou commande d'un certificat de capacité matrimoniale » (form. M-34-Mar-2022), la « Déclaration relative aux conditions du mariage » (form. F-35-M-2022/07)) et, éventuellement, « Déclaration concernant le nom [art. 160, al. 2 et 3, CC] » (form. 0.41c) ou la « Déclaration concernant la soumission du nom au droit du pays d'origine [art. 37, al. 2, LDIP] » (form. 0.43) avec les documents requis (voir le ch. 5.4.2) à l'office de l'état civil compétent en Suisse, via l'OFJ / UIS.

- Lorsque l'un des fiancés est domicilié en Suisse, la demande et tous les documents requis doivent être transmis à l'office de l'état civil du domicile dudit fiancé¹³⁴.
- Lorsque l'un des fiancés a la nationalité suisse sans être domicilié en Suisse¹³⁵, la demande et tous les documents requis doivent être transmis à l'office de l'état civil du lieu du mariage.
- Lorsque les fiancés souhaitent se marier en Suisse mais qu'ils résident à l'étranger et ne sont pas de nationalité suisse (« mariage touristique »), la demande et tous les documents requis doivent être transmis à l'office de l'état civil du lieu du mariage¹³⁶. Dans ce cas, une autorisation de l'autorité cantonale de surveillance de l'état civil est aussi nécessaire¹³⁷.

Tous les documents doivent être énumérés sous la rubrique « Annexes » du formulaire de transmission 802 (form. 802 Demande PPM - 2022 »). Tout document étranger relatif à l'état civil doit être accompagné d'un formulaire 801 (ch. 4.4.4 avec des exceptions, par ex. pour les documents CIEC) en vertu des dispositions sur la transmission de ces documents. La représentation doit mentionner les éventuelles remarques concernant la conclusion d'un mariage abusif sur le formulaire, sous la rubrique « Indications complémentaires ». Cela signifie qu'elle doit notamment relever les faits laissant supposer qu'un mariage est contracté dans le but d'éluder les dispositions sur l'admission et le séjour des étrangers¹³⁸.

La représentation perçoit directement pour ses prestations les émoluments et débours fixés à l'annexe 3 OEEC. Lorsque les fiancés vivent à l'étranger, la représentation doit aussi exiger

¹³³ Art. 18, al. 1, let. c OEC, en rel. avec l'art. 18a, al. 1, OEC

¹³⁴ Art. 62, al. 1, let. a, OEC

¹³⁵ Art. 43, al. 1, LDIP

¹³⁶ Art. 62, al. 1, let. b, OEC

¹³⁷ Art. 43, al. 2, LDIP en rel. avec l'art. 73, al. 1, OEC

¹³⁸ Art. 5, al. 2, OEC en rel. avec l'art. 82a de l'ordonnance du 24 octobre 2007 relative à l'admission, au séjour et à l'exercice d'une activité lucrative (OASA) ; RS 142.201.

une avance de frais¹³⁹ pour les prestations fournies par l'office de l'état civil compétent dans le cadre de la procédure préparatoire.

5.7.2 Transmission de documents en cas de mariage à l'étranger

Pour la transmission des documents, la représentation utilise le formulaire 802 « Commande d'un certificat de capacité matrimoniale (CCM) » (form. 802 Commande CCM - 2022 », voir le ch. 2.3).

Elle transmet la « Demande d'exécution de la procédure préparatoire du mariage ou commande d'un certificat de capacité matrimoniale » (form. M-34-Mar-2022), la « Déclaration relative aux conditions du mariage » (form. F-35-M-2022/07) et, le cas échéant, la « Déclaration concernant le nom [art. 160, al. 2 et 3, CC] » (form. 0.41c) ou la « Déclaration concernant la soumission du nom au droit du pays d'origine [art. 37, al. 2, LDIP] » (form. 0.43) en cas de mariage à l'étranger avec les documents requis (voir le ch. 5.4.2) à l'autorité de surveillance compétente du lieu de domicile ou, faute de domicile en Suisse, du lieu d'origine du fiancé suisse, via l'OFJ / UIS¹⁴⁰. L'autorité de surveillance se charge ensuite de la transmission du dossier à l'office de l'état civil compétent.

Tous les documents doivent être énumérés sous la rubrique « Annexes » du formulaire de transmission 802 (form. 802 Commande CCM - 2022). Tout document étranger relatif à l'état civil doit être accompagné d'un formulaire 801 (voir le ch. 4.4.4 avec des exceptions, par ex. les documents CIEC) en vertu des dispositions sur la transmission de ces documents. La représentation doit mentionner les éventuelles remarques concernant la conclusion d'un mariage abusif sur le formulaire 802 (form. 802, Commande CCM), sous la rubrique « Indications complémentaires ».

La représentation perçoit directement pour ses prestations les émoluments et débours fixés à l'annexe 3 OEEC. Lorsque les deux fiancés vivent à l'étranger, la représentation doit aussi exiger une avance de frais¹⁴¹ pour les prestations fournies par l'office de l'état civil compétent dans le cadre de la procédure préparatoire.

5.8 Examen de la demande et clôture de la procédure par l'office de l'état civil compétent en Suisse

5.8.1 Clôture de la procédure en cas de mariage en Suisse

Après avoir reçu le dossier, l'office de l'état civil compétent vérifie que les conditions du mariage sont remplies¹⁴².

Lorsqu'il soupçonne un mariage abusif (p. ex. sur la base de la remarque faite par la représentation dans le cadre de la transmission des documents), il peut demander une audition des

¹³⁹ Voir ch. 3 du « Tableau récapitulatif des émoluments en matière d'état civil - Représentations suisses à l'étranger »

¹⁴⁰ Art. 75, al. 2, OEC

¹⁴¹ Voir ch. 3 du « Tableau récapitulatif des émoluments en matière d'état civil - Représentations suisses à l'étranger »

¹⁴² Art. 66 OEC

fiancés (la procédure se déroule selon la directive OFEC no 10.07.12.01 « Abus lié à la législation sur les étrangers », voir le ch. 2.11) ¹⁴³.

S'il est décidé que le mariage peut être célébré¹⁴⁴, l'office de l'état civil peut remettre la décision correspondante au fiancé vivant en Suisse ou la remettre en mains propres aux fiancés lors de l'entretien en Suisse. La procédure préparatoire est clôturée par une notification orale si le mariage est célébré immédiatement¹⁴⁵. Il peut aussi la faire remettre à la représentation via l'OFJ / UIS en utilisant le formulaire de transmission 802 « Clôture de la procédure préparatoire d'un mariage (PPM) / délivrance d'un certificat de capacité matrimoniale (CCM) ou de la procédure préliminaire d'un partenariat enregistré (PPP) » (form. 802 Clôture PPM/CCM ou PPP - 2020) ; la représentation la remettra à son tour à la personne domiciliée à l'étranger. Si la représentation mène une audition, et qu'à l'issue de cette audition il est décidé que le mariage peut être célébré, la facture provisoire correspondante doit être annulée par la représentation. L'officier de l'état civil mandataire communique à cette fin le résultat positif de la procédure à la représentation au moyen du formulaire de transmission 802 (form. 802 Clôture PPM/CM ou PPP- 2020).

Les ressortissants étrangers domiciliés à l'étranger qui souhaitent se marier en Suisse (« mariage touristique ») sont la plupart du temps en contact direct avec l'office de l'état civil qu'ils ont choisi pour planifier les démarches ultérieures. L'office de l'état civil ne communique généralement pas le résultat positif de la clôture de la procédure préparatoire en passant par la représentation, mais directement aux fiancés.

Lorsque la décision positive est transmise par l'intermédiaire de l'OFJ / UIS et remise par la représentation, celle-ci demande aux fiancés de prendre contact avec l'office de l'état civil du lieu de célébration du mariage pour la suite de la procédure.

Une décision de l'autorité de surveillance de refuser un mariage en Suisse de fiancés étrangers domiciliés à l'étranger (mariage touristique) doit être transmise (form. 802 Clôture PPM/CCM ou PPP - 2020) via l'OFJ / UIS à la représentation, à l'intention des fiancés concernés.

Une décision de refus de célébrer le mariage (les conditions du mariage ne sont pas remplies)¹⁴⁶ doit être transmise par l'office de l'état civil à la représentation via l'OFJ / UIS, à l'intention des fiancés domiciliés à l'étranger. Pour ce faire, le formulaire de transmission 802 « Clôture de la procédure préparatoire (PPM) / délivrance d'un certificat de capacité matrimoniale (CCM) ou de la procédure préliminaire d'un partenariat enregistré (PPP) » doit être utilisé (form. 802 Clôture PPM/CCM ou PPP - 2020). À ce moment-là, l'office de l'état civil détermine les émoluments et débours qui devront être facturés aux demandeurs via la représentation. L'OFJ/FIS ajoute également ses émoluments sur le formulaire 802.

Lorsque la représentation a mené une audition, elle doit envoyer la facture définitive à l'office de l'état civil compétente.

¹⁴³ Art. 74a, OEC

¹⁴⁴ Art. 67, al. 2, OEC

¹⁴⁵ Art. 67, al. 2, phrase 3 OEC

¹⁴⁶ Art. 67, al. 3, OEC

5.8.2 Clôture de la procédure en cas de mariage à l'étranger

Après avoir reçu le dossier, l'office de l'état civil vérifie que les conditions du mariage sont remplies¹⁴⁷.

Lorsqu'il soupçonne un mariage abusif (p. ex. sur la base de la remarque faite par la représentation dans le cadre de la transmission des documents), il peut demander une audition des fiancés (la procédure se déroule selon la directive OFEC no 10.07.12.01 « Abus lié à la législation sur les étrangers », ch. 2.11)¹⁴⁸.

Lorsque la décision est positive¹⁴⁹, l'office de l'état civil émet le certificat de capacité matrimoniale et le fait parvenir aux fiancés domiciliés à l'étranger¹⁵⁰. Si la transmission de la décision positive se fait au moyen du formulaire de transmission 802 « Clôture de la procédure préparatoire (PPM) / délivrance d'un certificat de capacité matrimoniale (CCM) ou de la procédure préliminaire d'un partenariat enregistré (PPP) » (form. 802 Clôture PPM/CCM ou PPP - 2020) à la représentation via l'OFJ / UIS, la représentation transmet le certificat de capacité matrimoniale aux fiancés et calcule les frais en tenant compte de l'avance versée. Si la représentation avait mené une audition, elle doit annuler la facture provisoire.

Une décision de refus de célébrer le mariage¹⁵¹ doit être transmise par l'office de l'état civil via l'OFJ / UIS à la représentation, à l'intention des fiancés domiciliés à l'étranger. La transmission de la décision négative se fait aussi au moyen du formulaire de transmission 802 « Clôture de la procédure préparatoire (PPM) / délivrance d'un certificat de capacité matrimoniale (CCM) ou de la procédure préliminaire d'un partenariat enregistré (PPP) » (form. 802 Clôture PPM/CCM ou PPP - 2020). À ce moment-là, l'office de l'état civil indique les émoluments et débours qui devront être facturés aux demandeurs via la représentation. L'OFJ / UIS ajoute aussi ses émoluments sur le formulaire 802. Lorsque la représentation a mené une audition, elle doit envoyer la facture définitive à l'office de l'état civil compétent, à condition que l'avance pour les frais d'audition ait été perçue par ce dernier. Si tel n'est pas le cas, la représentation fera le décompte de la facture définitive avec l'avance de frais qu'elle a prélevée au préalable.

5.9 Émoluments

La représentation perçoit directement auprès des fiancés, quand ils se présentent dans les locaux, les éventuels émoluments et débours pour ses prestations. Les autorités suisses perçoivent aussi les émoluments et les débours à l'occasion de la présence personnelle des fiancés¹⁵². Si la représentation a prélevé une avance de frais, les autorités de l'état civil (AS, office de l'état civil, OFJ / UIS) doivent communiquer leurs frais sur le formulaire 802 (form. 802 Clôture PPM/CCM ou PPP). L'OFJ / UIS effectue le décompte avec la représentation sur le compte courant du DFAE.

Si la représentation a mené une audition et qu'il a été décidé que le mariage peut être célébré, la représentation doit annuler la facture provisoire pour cette audition. Les émoluments de l'OFJ / UIS sont portés en compte dans le cadre de la facture finale sur le formulaire 802

¹⁴⁷ Art. 66 OEC

¹⁴⁸ Art. 74a, OEC

¹⁴⁹ Art. 75 OEC en rel. avec l'art. 67, al. 2, OEC

¹⁵⁰ En pratique, c'est l'office de l'état civil qui transmet la décision directement aux fiancés.

¹⁵¹ Art. 75 OEC en rel. avec art. 67, al. 3, OEC

¹⁵² Voir ch. 2.1 du « Tableau récapitulatif des émoluments en matière d'état civil - Représentations suisses à l'étranger ».

(form. 802 Clôture PPM/CCM ou PPP). Ils sont compensés par l'avance de frais encaissée par la représentation ou par l'office de l'état civil. Si la demande en vue de mariage a été refusée, la représentation établit le décompte final de ses propres opérations qu'elle facture à l'office de l'état civil compétent, par l'intermédiaire de l'OFJ / UIS.

Si les fiancés retirent leur demande, les émoluments et débours pour les prestations déjà fournies sont mis à leur charge (voir le ch. 3).

6 Réception et transmission de déclarations relatives à la conversion d'un partenariat enregistré en mariage

6.1 Aperçu de la procédure

Les personnes qui ont conclu un partenariat enregistré en Suisse (entre personnes de même sexe) ou à l'étranger (entre personnes de même sexe ou de sexe différent) avant le 1^{er} juillet 2022 peuvent convertir en tout temps leur partenariat existant en mariage par une déclaration conjointe. Les partenaires enregistrés ont la possibilité de faire cette déclaration en Suisse auprès de l'office de l'état civil de leur choix.

Les représentations suisses à l'étranger sont également habilitées à recevoir de telles déclarations de conversion¹⁵³. Les représentations agissent conformément à la présente directive (cf. également la directive OFEC no 10.22.04.01 du 1^{er} avril 2022 « Mariage pour tous »).

Si le partenariat a été conclu à l'étranger, la conversion suppose préalablement que le partenariat ait été reconnu comme équivalent au partenariat enregistré suisse (ce qui est le cas en particulier de la « Lebenspartnerschaft » allemande, de l'« Eingetragene Partnerschaft » autrichienne et l'« union civile » italienne, mais non du « pacte civil de solidarité »/« PACS » français) et qu'il ait été enregistré ultérieurement dans le registre de l'état civil suisse. Si les conditions pour une conversion ne sont pas remplies, la déclaration doit être refusée. Sur demande, une décision susceptible de recours doit être rendue à cet effet (art. 90, al. 1, OEC). Le couple peut également être invité à déposer une demande en vue de la préparation d'un mariage.

La réception d'une déclaration commune de conversion du partenariat enregistré en mariage est régie par le droit suisse et n'est donc pas subordonnée à la condition qu'une procédure correspondante soit connue dans le pays d'origine des époux.

En vertu de l'article 5, lettre f, de la Convention de Vienne sur les relations consulaires (voir le ch. 2.2.1), l'exercice de fonctions d'officiers de l'état civil n'est admis que pour autant que les lois et règlements de l'État de résidence ne s'y opposent pas. Des limitations sont notamment possibles dans les États qui connaissent également la faculté de convertir un partenariat enregistré en mariage. Lorsque la situation n'est pas claire et qu'il existe un risque que la conversion ne soit pas reconnue parce que l'un des partenaires possède la nationalité du pays hôte, la représentation à l'étranger en informe le couple et l'invite à déposer la déclaration de conversion du partenariat enregistré en mariage auprès des autorités locales compétentes.

¹⁵³ Art. 5, al. 1, let. c^{bis} OEC.

L'art. 75n, al. 1, OEC ne prévoit aucune restriction pour deux personnes étrangères ayant leur domicile actuel à l'étranger. La déclaration de conversion doit donc être reçue par la représentation compétente. En Suisse, l'autorité compétente dans cette configuration est l'office de l'état civil qui a enregistré le partenariat.

Dans l'hypothèse d'un partenariat enregistré à l'étranger, il n'y a pas de compétence pour la réception d'une déclaration de conversion par les autorités suisses dès lors que le partenariat n'a pas été préalablement enregistré en Suisse et que les personnes concernées ne sont pas suisses, ni domiciliées en Suisse. La réception d'une déclaration de conversion suppose l'existence d'un partenariat enregistré en Suisse ou d'un partenariat enregistré équivalent inscrit au registre suisse de l'état civil. Le partenariat enregistré doit ainsi être susceptible de reconnaissance et transcription, ce qui n'est pas le cas de personnes étrangères qui n'ont pas été res-saisies dans Infostar¹⁵⁴.

6.2 Réception de la déclaration de conversion

6.2.1 Conditions

L'identité et la capacité civile des personnes qui se présentent doivent être vérifiées. C'est le lieu de noter que la procédure et les conditions relatives à la conversion d'un partenariat enregistré en mariage sont simplifiées par rapport à la procédure ordinaire de mariage. La conversion du partenariat en mariage doit intervenir sans obstacles bureaucratiques inutiles ; la conversion suppose la capacité de discernement des partenaires.

Les partenaires doivent en outre présenter des documents actuels prouvant le partenariat enregistré existant, à moins que cela ne ressorte déjà du registre de l'état civil. Sans preuve de l'enregistrement du partenariat enregistré au registre de l'état civil, la déclaration ne peut être acceptée.

6.2.2 Exceptions à la déclaration de conversion

Ne sont pas couverts par les dispositions relatives à la déclaration de conversion :

- Les mariages entre personnes de même sexe valablement contractés à l'étranger avant le 1^{er} juillet 2022 : Si un tel mariage n'a pas encore été transcrit en Suisse, il doit être enregistré en tant que mariage dès l'entrée en vigueur de la révision du CC (voir le ch. 6.5).
- Les partenariats conclus à l'étranger après l'entrée en vigueur de la révision du CC, soit après le 30 juin 2022. Dans ces cas, les partenaires peuvent à tout moment se marier en Suisse en vertu du nouveau droit (mariage pour tous) sans dissoudre leur partenariat.

¹⁵⁴ voir les art. 5 al. 1 let. cbis, 15a al. 1, 23 et 75n al. 1 OEC à combiner avec l'art. 32 LDIP ainsi que les art. 11 ss de la loi sur les Suisses de l'étranger ; LSEtr et les art. 3 ss de l'Ordonnance sur les Suisses de l'étranger ; OSEtr ; voir aussi le Rapport de la Commission des affaires juridiques du Conseil national, FF 2019 8127, ch. 4.3 ; la Directive OFEC no 10.22.04.01 « Mariage pour tous », ch. 4.2 et le Processus OFEC no 30.3 du 15 décembre 2004 « Enregistrement des données des ressortissants étrangers (saisie) Transaction Personne ».

6.2.3 Présentation personnelle des déclarants

Les déclarants doivent se présenter personnellement devant l'officier de l'état civil ou devant le collaborateur consulaire accrédité de la représentation suisse à l'étranger et remettre ensemble la déclaration de conversion. Il n'est donc pas possible qu'un seul des partenaires fasse la déclaration.

6.2.4 Forme de la déclaration de conversion

La déclaration de conversion doit être reçue sur la formule arrêtée par l'OFEC (formulaire 0.3.4.1 « Déclaration de conversion d'un partenariat enregistré en mariage »). Elle doit être signée à la main par les déclarants et en présence de la personne compétente pour la réception et l'enregistrement. L'officier de l'état civil ou le collaborateur habilité de la représentation suisse à l'étranger légalise les signatures.

6.2.5 Déclaration de conversion sous forme de cérémonie

La conversion d'un partenariat en mariage dans le cadre d'une cérémonie assimilable à un mariage, telle que prévue à l'art. 35, al. 3, LPart, ne peut être effectuée que par un officier de l'état civil en Suisse.

6.2.6 Effets de la déclaration de conversion

La déclaration prend effet à la date des signatures des deux partenaires et de leur légalisation par l'officier public¹⁵⁵. A partir de cette date, les partenaires enregistrés sont considérés comme mariés.¹⁵⁶

La déclaration de conversion n'a pas d'effets sur le nom. Si les partenaires ont décidé lors de l'enregistrement de leur partenariat de conserver leur nom (en vertu de l'art. 12a LPart ou de la disposition transitoire, l'art. 37a LPart), ils n'ont pas la possibilité de prendre un nom qui leur soit commun lors de la conversion. Cependant, tout époux peut demander à changer de nom selon l'art. 30 CC.

Les personnes concernées peuvent demander contre émolument la délivrance de la «Preuve de la conversion du partenariat enregistré en mariage ».

6.3 Transmission des documents aux autorités d'état civil compétentes en Suisse

La déclaration de conversion du partenariat enregistré en mariage et les documents joints (p. ex. déclaration, preuve du partenariat enregistré existant, preuve du domicile, copie de la pièce d'identité, etc.) sont transmis à l'autorité compétente au moyen du formulaire 803 « Conversion du partenariat enregistré en mariage » (formulaire 803 Conversion du partenariat enregistré en mariage) conformément aux règles générales (voir le ch. 2.3) via l'OFJ/UIS à l'autorité de surveillance compétente (cf. art. 21, al. 2, OEC en relation avec l'art. 23 OEC). La

¹⁵⁵ art. 18a, al. 1 OEC

¹⁵⁶ art. 35a, al. 1 LPart

représentation peut indiquer sur le formulaire 803 si elle souhaite une confirmation de la transcription pour la mise à jour du registre des Suisses de l'étranger.

L'office de l'état civil du lieu d'origine de la personne de nationalité suisse est compétent pour enregistrer la déclaration de conversion de Suisses ou des ressortissants étrangers qui ont une relation avec un citoyen suisse en vertu du droit de la famille.¹⁵⁷ Si une personne a plusieurs lieux d'origine, les documents doivent en règle générale être envoyés à l'autorité de surveillance compétente du premier lieu d'origine (selon le document d'identité suisse de la personne concernée).

Les déclarations de conversion de personnes étrangères qui n'ont aucun lien de droit familial avec des Suisses, mais qui sont inscrites dans le registre des personnes, doivent être enregistrées par les autorités de l'état civil du domicile actuel de la personne ou du lieu où une autre formalité administrative doit être accomplie, à titre subsidiaire au lieu d'enregistrement du partenariat enregistré.

6.4 Émoluments

Les émoluments perçus pour les prestations fournies à cet égard par les représentations suisses à l'étranger sont fixés à l'annexe 3, ch. 4.3, OEEC.

6.5 Mariage célébré à l'étranger entre personnes de même sexe (mise à jour)

Si un mariage entre personnes du même sexe conclu à l'étranger a déjà été inscrit en tant que partenariat enregistré dans le registre de l'état civil suisse en application de l'ancien art. 45, al. 3, LDIP (en vigueur jusqu'au 30 juin 2022), les couples concernés peuvent demander, conjointement ou séparément, une mise à jour de leur état civil dans le registre de l'état civil (« marié » au lieu de « en partenariat enregistré » ; art. 8 let. f ch. 1 OEC) et de la nature de leur relation (« mariés » au lieu de « en partenariat enregistré » ; art. 8 let. o ch. 1 OEC) auprès de l'autorité cantonale de surveillance de l'état civil de leur canton d'origine. Si aucun des deux partenaires enregistrés en Suisse ne possède la nationalité suisse, l'autorité de surveillance compétente est l'autorité de surveillance du canton dans lequel ils ont leur domicile ou (en l'absence de domicile en Suisse) l'autorité de surveillance du canton dans lequel le partenariat a été enregistré. Cette mise à jour est gratuite. Afin de simplifier les procédures auxquelles sont associées les représentations suisses à l'étranger, l'OFEC a élaboré un modèle de demande accessible au public sous : [Formulaires](#)

6.6 Tableau sur les Questions en rapport avec la mise en œuvre du « mariage pour tous »

L'OFEC publie sur son site Internet un tableau en lien avec des questions en rapport avec la mise en œuvre du « mariage pour tous ». Cette table qui comporte des questions de représentations suisses à l'étranger est mise à jour régulièrement. Ce tableau est publié sous : [Pratique de l'OFEC](#).

¹⁵⁷ Art. 32 LDIP, Art. 23 OEC

7 Réception et transmission de déclarations concernant le nom indépendantes d'une procédure préparatoire du mariage

7.1 Admissibilité d'une déclaration concernant le nom en droit suisse

Selon le droit suisse¹⁵⁸, la représentation peut recevoir des déclarations concernant le nom dans les cas suivants :

- La personne concernée a uniquement la nationalité suisse ou la personne a d'autres nationalités en plus de la nationalité suisse mais elle entretient des liens plus étroits avec la Suisse qu'avec les autres États (p. ex. domicile en Suisse).
- La personne n'a pas la nationalité suisse, mais son nom a été formé à l'occasion d'un événement d'état civil enregistré en Suisse en application du droit suisse (p. ex. mariage).
- La personne n'a pas la nationalité suisse, mais elle est domiciliée en Suisse et souhaite que le droit suisse s'applique à un événement d'état civil survenu à l'étranger (p. ex. naissance d'un enfant).

Si une déclaration concernant le nom est déposée selon le droit suisse, elle a aussi valeur de soumission du nom au droit suisse¹⁵⁹. Lorsqu'un événement d'état civil a lieu à l'étranger et qu'il a des répercussions sur le nom en vertu du droit étranger et que la personne de nationalité suisse concernée, ne souhaite pas qu'il en soit ainsi, elle a la possibilité de soumettre son nom au droit suisse en déposant une déclaration en ce sens « Déclaration concernant la soumission du nom au droit du pays d'origine [art. 37 al. 2, LDIP] » (form. 0.43).

Exemple :

Après son mariage célébré à l'étranger, Madame « Weiss », citoyenne suisse, obtiendrait le nom de son mari (« Müller »). Elle souhaite toutefois conserver son nom de célibataire « Weiss » après son mariage, comme le droit suisse le permet. Pour ce faire, elle peut déclarer au moment où elle transmet l'acte de mariage, à brève échéance¹⁶⁰, qu'elle souhaite soumettre son nom au droit de son pays d'origine.

La déclaration concernant le nom ou la soumission du nom au droit suisse peut soit découler d'un document lié à un événement d'état civil modifiant le nom, auquel cas elle a lieu lors de la transmission de ce document (p. ex. transmission de l'acte de naissance, de l'acte de mariage, etc.), soit se faire indépendamment d'un événement d'état civil (p. ex. déclaration suite à la dissolution du mariage, etc.).

En vertu de l'article 5 lettre f de la Convention de Vienne sur les relations consulaires (voir le ch. 2.2.1), l'exercice de fonctions d'officiers de l'état civil n'est admis que pour autant que les lois et règlements de l'Etat de résidence ne s'y opposent pas. Des limitations sont notamment possibles dans les Etats qui connaissent également la faculté de déposer des déclarations concernant le nom. Lorsque la situation n'est pas claire et particulièrement dans les cas où le changement de nom risque de ne pas être reconnu du fait que l'intéressé détient la citoyenneté de l'Etat d'accueil, la représentation l'invite à déposer la déclaration devant les autorités locales compétentes.

¹⁵⁸ Art. 5, al. 1, let. e, OEC

¹⁵⁹ Art. 14, al. 3, OEC

¹⁶⁰ Dans les six mois après le mariage

7.2 Déclaration concernant le nom prévue à l'art. 8a titre final CC (art. 14a OEC)

Le conjoint qui a changé de nom, en application du droit suisse, lors d'un mariage conclu avant le 1^{er} janvier 2013 peut déclarer à la représentation en tout temps qu'il entend reprendre son nom de célibataire. Cette déclaration (sujette à émolument¹⁶¹), peut être faite à tout moment pendant le mariage.

Exemple :

Monsieur « Müller » et Madame « Müller » (née « Weiss ») se sont mariés avant le 1^{er} janvier 2013. L'épouse a pris le nom de son mari « Müller ». Après son mariage, Madame « Müller » peut à tout moment déclarer vouloir reprendre son nom de célibataire « Weiss ».

Elle fait cette déclaration sur le formulaire « Déclaration concernant le nom [art. 8a, tit. fin. CC] » (form. 0.42a).

Cette déclaration n'a pas d'effets sur le nom des enfants. Pour modifier le nom de ceux-ci, il faut déposer une demande de changement de nom¹⁶².

7.3 Déclaration concernant le nom après la dissolution du mariage ou du partenariat enregistré (art. 13 ou 13a OEC)

Lorsqu'un mariage ou un partenariat enregistré a été dissous par divorce ou dissolution judiciaire, décès, déclaration d'absence ou annulation, la personne qui a changé de nom en application du droit suisse au moment du mariage ou de la conclusion du partenariat enregistré peut déclarer en tout temps à la représentation qu'elle veut reprendre son nom de célibataire (déclaration sujette à émoluments¹⁶³).

Le moment où le mariage ou le partenariat enregistré a été dissous ne joue aucun rôle.

Exemples :

Monsieur « Müller » décède et Madame « Müller » (née « Weiss ») déclare après le décès de son mari vouloir reprendre son nom de célibataire « Weiss ».

Monsieur « Müller » et Madame « Weiss Müller » (née « Weiss ») divorcent. Madame « Weiss Müller » déclare après le divorce vouloir reprendre son nom de célibataire « Weiss ».

Cette déclaration, se fait au moyen formulaire « Déclaration concernant le nom [art. 30a et 119 CC, 30a, LPart] » (form. 0.42b), et a valeur de soumission du nom au droit suisse¹⁶⁴. Il n'est pas nécessaire de remplir la « Déclaration concernant la soumission du nom au droit du pays d'origine [art. 37 al. 2 LDIP] » (form. 0.43).

Cette déclaration n'a pas d'effet sur le nom des enfants. Pour modifier le nom de ceux-ci, il faut déposer une demande de changement de nom.

¹⁶¹ Annexe 3, ch. 3.7, OEEC

¹⁶² Art. 13d, tit. fin. CC

¹⁶³ Annexe 3, ch. 3.2, OEEC

¹⁶⁴ Art. 13 ou 13a, en rel. avec l'art. 14, al. 3, OEC

7.4 Déclaration concernant le nom du premier enfant commun de parents mariés ensemble (art. 37 OEC)

Si l'enfant naît à l'étranger, son nom sera en règle générale régi par le droit étranger (p. ex. double nom en vertu du droit étranger). Les ressortissants suisses peuvent demander que le nom de l'enfant soit régi par le droit suisse¹⁶⁵. Lorsqu'ils possèdent aussi d'autres nationalités, il convient de déterminer si les conditions pour soumettre le nom au droit suisse sont bien réunies (art. 23, al. 2, LDIP).

- Si les parents portent un nom de famille commun, leur enfant le portera automatiquement lorsque les conditions de la soumission du nom au droit suisse sont réunies et que les parents ont déposé la déclaration à cet effet. Pour ce faire, ils utilisent le formulaire « Déclaration concernant la soumission du nom au droit du pays d'origine [art. 37 al. 2 LDIP] » (form. 0.43) (le cas échéant, sans frais¹⁶⁶). Il n'est nécessaire de déposer formellement cette déclaration de soumission au droit du pays d'origine que si le nom que recevrait l'enfant en application du droit étranger est différent du nom obtenu en application du droit suisse sans déclaration concernant le nom.
- Des parents, mariés ensemble, portent comme nom de famille commun le nom de célibataire de l'épouse : « Weiss ». Selon le droit étranger, leur enfant qui naît à l'étranger porterait le nom du père (« Müller »). Grâce à la déclaration de soumission du nom au droit suisse, leur enfant prendra le nom de famille commun « Weiss », qui correspond dans le cas présent au nom de célibataire de la mère. Si les parents portent des noms différents et qu'ils ont choisi lors du mariage lequel des deux noms leurs enfants porteront, ils peuvent déclarer, simultanément à l'annonce de la naissance ou dans l'année suivant la naissance du premier enfant, que celui-ci portera l'autre nom¹⁶⁷. Cette déclaration ne peut être faite que par les parents qui ont déjà choisi au moment du mariage lequel de leur nom de célibataire leurs enfants porteront. Elle ne peut être remise que pour leur premier enfant, mais elle est ensuite valable pour tous les enfants communs pour autant que le droit suisse soit applicable. Pour ce faire, il faut utiliser la formule « Déclaration concernant le nom [art. 270, al. 2, CC] » (form. 0.42a). La déclaration est exemptée d'émolument lorsqu'elle est faite au même moment que l'annonce de la naissance. Il n'est pas nécessaire d'utiliser en sus la formule « Déclaration concernant la soumission du nom au droit du pays d'origine [art. 37 al. 2 LDIP] » (form. 0.43). Si la déclaration est remise en même temps que l'annonce de la naissance, elle est gratuite, autrement, elle est soumise à émoluments¹⁶⁸.
- Si les parents portent des noms différents et qu'ils n'ont pas choisi, au moment du mariage, le nom que leurs enfants porteront, ils doivent décider, au moment de l'annonce de la naissance de leur premier enfant commun, lequel de leur nom de célibataire celui-ci portera¹⁶⁹, s'ils souhaitent que le droit suisse soit appliqué. Pour ce faire, il faut utiliser la formule « Déclaration concernant le nom [art. 270, al. 2, CC] » (form. 0.42a) (opération le cas échéant

¹⁶⁵ Art. 37, al. 2, LDIP en rel. av. art. l'14, al. 2 et 3, OEC

¹⁶⁶ Annexe 3, ch. 3.3, OEEC, opération exempte d'émolument lorsque la déclaration de soumission du nom au droit du pays d'origine est remise en même temps que la remise de l'acte de naissance étranger de l'enfant. Autrement, un émolument de 75 CHF doit être perçu.

¹⁶⁷ Art. 37, al. 3, en rel avec l'art. 14, al. 3, OEC

¹⁶⁸ Annexe 3, ch. 3.6, OEEC

¹⁶⁹ Art. 37, al. 2 LDIP, en rel. avec l'art. 14, al. 3, OEC

exemptée d'émolument¹⁷⁰). Les époux n'ont pas besoin de remplir la « Déclaration concernant la soumission du nom au droit du pays d'origine [art. 37 al. 2 LDIP] » (form. 0.43).

Les parents ne peuvent en principe déposer une déclaration concernant le nom que pour leur premier enfant commun. Lorsqu'un deuxième enfant commun naît à l'étranger et qu'ils souhaitent que le nom commun attribué à leurs enfants en vertu du droit suisse lui soit donné, les parents déposent, si les conditions nécessaires sont remplies, une « Déclaration concernant la soumission du nom au droit du pays d'origine [art. 37 al. 2 LDIP] » (formulaire 0.43).

7.5 Déclaration concernant le nom du premier enfant commun de parents non mariés ensemble (art. 37a OEC)

Si l'enfant naît à l'étranger, son nom sera en règle générale régi par le droit étranger (p. ex. double nom en vertu du droit étranger). Les ressortissants suisses peuvent demander que le nom de l'enfant soit régi par le droit suisse¹⁷¹. Lorsqu'ils possèdent aussi d'autres nationalités, il convient de déterminer si les conditions pour soumettre le nom au droit suisse sont bien réunies (art. 23, al. 2, LDIP).

Les parents ne peuvent déposer une déclaration concernant le nom que pour leur premier enfant commun. Le nom ainsi choisi vaut pour tous les enfants communs, pour autant que le droit suisse s'applique.

En Suisse, la déclaration concernant le nom du premier enfant commun de parents non mariés ensemble dépend de l'autorité parentale conjointe. L'établissement de l'autorité parentale conjointe se fonde sur le droit applicable au lieu de résidence de l'enfant. Les parents doivent prouver, document à l'appui, qu'ils ont l'autorité parentale conjointe. Si l'autorité parentale venait à changer par la suite, le nom de l'enfant ne pourrait plus être adapté que par une demande de changement de nom.

Une « Déclaration concernant la soumission du nom au droit du pays d'origine [art. 37 al. 2 LDIP] » (form. 0.43) formelle n'est nécessaire que si le nom que recevrait l'enfant en application du droit étranger est différent du nom formé en application du droit suisse sans déclaration concernant le nom (par ex. les parents ont l'autorité parentale conjointe et l'enfant obtient le nom de famille de célibataire du père ou de la mère, choisi par les parents lors de l'annonce de la naissance, alors que selon le droit étranger il porterait un double nom, formé de celui du père et de celui de la mère).

7.5.1 Pas d'autorité parentale conjointe

Lorsque les parents ne sont pas mariés ensemble et qu'ils n'ont pas l'autorité parentale conjointe, celui qui détient l'autorité parentale peut déposer la déclaration de soumission au droit suisse. Pour ce faire, il faut utiliser la « Déclaration concernant la soumission du nom au droit du pays d'origine [art. 37 al. 2 LDIP] » (form. 0.43) (cette opération est le cas échéant sans frais¹⁷²). Il n'est nécessaire de remplir cette déclaration que si le nom que recevrait l'enfant en

¹⁷⁰ Annexe 3, ch. 3.6, OEEC ; la déclaration est soumise à émolument si elle n'est pas déposée simultanément à la transmission de l'acte de naissance étranger de l'enfant.

¹⁷¹ Art. 37, al. 2, LDIP en rel. av. l'art. 14, al. 2 et 3, OEC

¹⁷² Annexe 3, ch. 3.3, OEEC, aucun émolument n'est prélevé lorsque la déclaration de soumission du nom au droit du pays d'origine est remise en même temps que la transmission de l'acte de naissance étranger de l'enfant. Autrement, un émolument de 75 CHF doit être perçu.

application du droit étranger est différent du nom obtenu en application du droit suisse (p. ex. l'enfant obtient le nom de célibataire de sa mère, seul parent qui exerce l'autorité parentale – alors que selon le droit étranger il porterait le nom du père qui l'a reconnu).

7.5.2 Autorité parentale conjointe

Lorsque les parents ne sont pas mariés ensemble mais qu'ils conviennent d'exercer conjointement l'autorité parentale, et qu'ils souhaitent soumettre le nom au droit suisse, ils doivent décider lequel de leur nom de célibataire leurs enfants porteront, au moment de l'annonce de la naissance de leur premier enfant¹⁷³. Pour ce faire, il convient, faute d'alternative, d'utiliser le formulaire « Déclaration concernant le nom [art. 270a, al. 2, CC] » (form. 0.42a). La déclaration n'est pas soumise à émolument¹⁷⁴ et a valeur de soumission du nom au droit suisse¹⁷⁵. Il n'est donc pas nécessaire de remplir, en plus, la formule de « Déclaration concernant la soumission du nom au droit du pays d'origine [art. 37 al. 2 LDIP] » (form. 0.43).

Lorsque les parents ne sont pas mariés ensemble et qu'ils instituent l'autorité parentale conjointe après la naissance de leur premier enfant, que ce soit de par la loi (p. ex. en vertu du droit du lieu de domicile, lorsque le père reconnaît l'enfant après la naissance) ou par convention, ils peuvent, dans un délai d'une année suivant l'institution de l'autorité parentale conjointe, déclarer que l'enfant portera le nom de célibataire de l'autre parent (contre paiement d'un émolument¹⁷⁶)¹⁷⁷. La représentation doit vérifier que le délai d'un an a été respecté (par la présentation des dispositions légales du pays en question ou de la convention sur l'autorité parentale conjointe). La déclaration, qui se fait au moyen de la formule « Déclaration concernant le nom [art. 270a, al. 2, CC] » (form. 0.42a), a valeur de soumission du nom au droit suisse.

Si l'autorité parentale ne devient conjointe qu'à un moment où l'enfant a plus de douze ans, il doit lui-même donner son consentement au changement de nom. Dans ce cas, l'enfant doit donner personnellement son consentement auprès de la représentation.

Exemple :

Le premier enfant commun de Madame « Weiss » et de Monsieur « Müller » porte le nom de célibataire de sa mère, à savoir « Weiss ». Les parents conviennent après la naissance qu'ils exerceraient conjointement l'autorité parentale. Dans l'année suivant l'établissement de l'autorité parentale conjointe, ils déclarent ensemble que l'enfant portera le nom de célibataire du père, soit « Müller ».

7.6 Consentement de l'enfant au changement de nom suite au mariage de ses parents

Lorsque les parents se marient alors que leur premier enfant commun est âgé de douze ans ou plus, ce dernier doit consentir au changement de nom consécutif au mariage si ses parents décident d'un nom de famille commun qui ne correspond pas à celui que l'enfant portait jusqu'alors. Il doit donner son consentement personnellement auprès de la représentation.

¹⁷³ Art. 37, al. 2, LDIP en rel. avec art. 37a, al. 3 et 14, al. 3, OEC

¹⁷⁴ Annexe 3, ch. 3.6, OEEC

¹⁷⁵ Art. 14, al. 3, OEC

¹⁷⁶ Annexe 3, ch. 3.6, OEEC.

¹⁷⁷ Art. 37, al. 2, LDIP en rel. avec l'art. 270a, al. 2, CC et l'art. 37, al. 4, OEC

Pour la déclaration concernant le nom et, le cas échéant, le consentement de l'enfant, il faut remplir le formulaire « Déclaration concernant le nom [art. 160, al. 2 et 3 CC] » (form. 0.41c). Cette déclaration a aussi valeur de soumission du nom au droit suisse¹⁷⁸. Il n'est pas nécessaire de remplir, en plus, la formule de « Déclaration concernant la soumission du nom au droit du pays d'origine [art. 37 al. 2 LDIP] » (form. 0.43).

7.7 Procédure

7.7.1 Conditions générales

La représentation examine les éventuels motifs de récusation, vérifie qu'elle est compétente et contrôle l'identité et la capacité civile des personnes concernées, conformément au ch. 2.2.

7.7.2 Légalisation des signatures

La déclaration concernant le nom est signée et remise en présence d'un collaborateur de la représentation. Les signatures doivent être légalisées¹⁷⁹.

7.7.3 Transmission

La déclaration concernant le nom et les annexes (p. ex. certificat de domicile, copie du passeport) doivent être transmises à l'autorité cantonale de surveillance compétente (voir le ch. 7.7.4) par l'intermédiaire de l'OFJ / UIS selon la procédure ordinaire (voir le ch. 2.3), au moyen du formulaire 803 « Déclaration concernant le nom auprès de la représentation suisse à l'étranger » (form. 803 « Déclaration nom RS »). Le cas échéant, la représentation peut noter sur le formulaire qu'elle souhaite recevoir une confirmation de l'inscription en vue de mettre à jour le registre des Suisses de l'étranger.

7.7.4 Office de l'état civil compétent en Suisse

L'office de l'état civil du lieu d'origine de l'auteur de la déclaration est compétent pour enregistrer la déclaration concernant le nom déposée auprès d'une représentation. Pour les ressortissants étrangers, c'est l'office de l'état civil de leur domicile qui est compétent. S'ils n'ont pas de domicile en Suisse, c'est l'office de l'état civil qui a enregistré l'événement d'état civil lié au changement de nom.

Lorsque la représentation a demandé une confirmation de l'inscription, l'office de l'état civil lui transmet cette confirmation ou le refus de l'inscription de la déclaration concernant le nom au moyen du formulaire de « Confirmation de transcription – reconnaissance d'enfant ou de la déclaration concernant le nom auprès de la représentation suisse » (form. 803 « Confirmation de transcription à RS »)

¹⁷⁸ Art. 14, al. 3, OEC

¹⁷⁹ Art. 18, al. 1, let. e à g, k et l, OEC

7.8 Émoluments

Pour ses prestations, la représentation perçoit les émoluments fixés à l'annexe 3 OEEC¹⁸⁰. Ces prestations englobent les conseils et les informations donnés au sujet de la déclaration ainsi que la légalisation de la signature. La représentation ne perçoit pas d'émolument supplémentaire si la déclaration concernant le nom est remise dans le cadre d'une procédure préparatoire du mariage, ou avec l'annonce de la naissance.

8 Réception et transmission de la demande d'adaptation de la graphie du nom

8.1 Conditions préalables et aperçu de la procédure

La révision de l'ordonnance sur l'état civil du 26 juin 2024 a élargi le jeu de caractères utilisé dans Infostar, de sorte que de nombreux caractères spéciaux supplémentaires des langues étrangères peuvent désormais être saisis et enregistrés dans le registre. Les personnes dont le nom contient des caractères spéciaux qui ne pouvaient jusqu'à présent pas être enregistrés dans le registre suisse ont la possibilité de demander par écrit à l'office de l'état civil une adaptation de l'orthographe de leur nom afin que celui-ci soit également inscrit dans le registre suisse dans son orthographe d'origine¹⁸¹. Suite à la modification de la graphie du nom dans le registre de l'état civil, les documents d'identité suisses (passeport, carte d'identité) peuvent notamment être délivrés avec les caractères spéciaux concernés.

La demande d'adaptation de l'orthographe du nom peut être déposée à l'occasion d'un autre événement d'état civil à enregistrer (naissance, reconnaissance, mariage, divorce) survenu le 11 novembre 2024 ou après cette date, ou à partir du 1^{er} janvier 2025 de manière indépendante, c'est-à-dire sans être liée à un événement d'état civil.

8.2 Procédure

La demande à l'office de l'état civil, qui peut également être déposée auprès de la représentation suisse, doit être présentée au moyen du formulaire mis à disposition par l'OFEC¹⁸². Ce formulaire est disponible sur le site Internet de l'Office fédéral de la justice et contient des informations complémentaires sur les conditions à remplir. Il n'est pas nécessaire de se présenter en personne à la représentation, car il ne s'agit pas d'une déclaration personnelle, mais d'une demande écrite à déposer. Il en résulte que la représentation vérifie uniquement sa propre compétence. Les motifs de récusation ainsi que l'identité et la capacité d'agir des personnes qui déposent la demande conformément au ch. 2.2 ci-dessus ne doivent pas être examinés. Ce n'est que si la représentation constate que la demande est entachée d'un vice de

¹⁸⁰ Voir le ch. 5 du « Tableau récapitulatif des émoluments en matière d'état civil - Représentations suisses à l'étranger »

¹⁸¹ Une description détaillée de la procédure est disponible sur le site Internet de l'Office fédéral de la justice. www.bj.admin.ch > Société > Caractère spéciaux dans les noms de personnes.

¹⁸² Le formulaire (Demande d'adaptation des caractères spéciaux du nom) est disponible sur le site Internet de l'Office fédéral de la justice, . www.bj.admin.ch > Société > Caractère spéciaux dans les noms de personnes ou Formulaires.

forme (p. ex. non-utilisation du formulaire prescrit, formulaire de demande incomplet, signatures manquantes ou annexes manquantes) qu'elle doit signaler ces manquements au requérant avant de transmettre la demande à la Suisse et lui donner la possibilité de les corriger. Il n'est pas nécessaire de légaliser les signatures.

Après l'enregistrement, l'office de l'état civil compétent établit une confirmation de la modification de la graphie du nom enregistrée dans le registre de l'état civil et la transmet à la représentation. Celle-ci la remet ensuite à la personne qui a déposé la demande.

8.3 Transmission

La demande de mise à jour de la graphie du nom et les documents joints sont transmis à l'autorité de surveillance compétente (voir le ch. 8.4) au moyen du formulaire 804 « Transmission générale à l'autorité de surveillance (AS) » conformément aux règles générales (voir le ch. 2.3) via l'OFJ/FIS. La représentation peut indiquer sur le formulaire 804 si elle souhaite une confirmation de transcription afin que le registre des Suisses de l'étranger soit mis à jour.

8.4 Office de l'état civil compétent en Suisse

L'office de l'état civil du lieu d'origine de la personne requérante est compétent pour traiter une demande d'adaptation de la graphie du nom déposée auprès d'une représentation. Si les époux et/ou les enfants ont des lieux d'origine différents, la demande n'est transmise qu'à l'un des lieux d'origine, qui est alors compétent pour traiter toutes les demandes. Si la demande est présentée dans le cadre d'un autre événement à enregistrer dans le registre de l'état civil, la demande d'adaptation de la graphie du nom est traitée par l'office de l'état civil compétent.

Les Suisses de l'étranger peuvent également déposer leur demande directement auprès de n'importe quel office de l'état civil en Suisse.

Les demandes de ressortissants étrangers qui n'ont pas une relation avec un citoyen suisse en vertu du droit de la famille sont transmises à l'office de l'état civil qui a procédé au dernier enregistrement. Si la demande est présentée dans le cadre d'un autre événement à enregistrer dans le registre de l'état civil, la demande d'adaptation de la graphie du nom est traitée par l'office de l'état civil compétent.

8.5 Émoluments

La transmission de la demande écrite d'adaptation de la graphie du nom en dehors d'un autre événement d'état civil est soumise à émoluments (annexe 3, ch. 10 OEEC). En cas de demandes communes de conjoints et/ou d'enfants au sens de l'annexe 1, ch. 24 OEEC, l'émolument n'est perçu qu'une seule fois. Si la demande est présentée à l'occasion d'un autre événement d'état civil, la représentation ne peut percevoir aucun émolument pour la transmission.

Tous les émoluments doivent être perçus à titre d'avance par la représentation suisse. Cela comprend l'émolument de la représentation suisse pour la transmission de la demande (annexe 3, ch. 10 OEEC), les émoluments de l'UIS pour la transmission et les opérations comptables de la demande à l'autorité cantonale compétente (annexe 4, ch. 1.1 OEC) ainsi que les émoluments de l'office de l'état civil pour le traitement de la demande et l'enregistrement de l'adaptation de la graphie du nom (annexe 1, ch. 24 OEEC).

9 Réception et transmission des déclarations relatives au changement de sexe inscrit dans le registre de l'état civil et au changement de prénom qui en découle

9.1 Déclaration relative au changement de sexe inscrit dans le registre de l'état civil

La déclaration relative au changement de sexe inscrit dans le registre de l'état civil et au changement de prénom qui en découle peut être remise à l'étranger auprès de la représentation suisse compétente (art. 14b, al. 1, OEC). Les représentations agissent conformément aux présentes instructions (cf. également la directive OFEC n° 10.22.01.01 du 1^{er} janvier 2022 « Changement du sexe inscrit dans le registre de l'état civil ») et aux instructions des autorités de l'état civil.

9.2 Conditions requises pour la réception d'une déclaration de changement de sexe

Conformément à l'art. 30b CC, la déclaration peut être remise par toute personne qui a la conviction intime et constante de ne pas appartenir au sexe inscrit dans le registre de l'état civil. Conformément aux règles générales découlant du principe de la bonne foi, la sincérité des déclarations de modification d'inscription du sexe à l'état civil sera présumée. Il n'est pas permis de poser des conditions supplémentaires pour recevoir une déclaration de changement de sexe. Sont en particulier prohibées les exigences d'âge et de santé ainsi que les interventions chirurgicales ou d'autres modifications physiques, en particulier la stérilisation et d'autres traitements médicaux, un diagnostic de maladie mentale ou la dissolution de l'union actuelle régie par la loi (mariage ou partenariat enregistré). Le changement de sexe à l'état civil ne suppose donc aucune condition préalable.

En vertu de l'art. 5, let. f, de la Convention de Vienne sur les relations consulaires (voir le ch. 2.2.1), l'exercice de fonctions d'officiers de l'état civil n'est admis que pour autant que les lois et règlements de l'Etat de résidence ne s'y opposent pas. Des limitations sont notamment possibles dans les Etats qui connaissent également la faculté de changer l'inscription officielle du sexe par déclaration. Lorsque la situation n'est pas claire, et en particulier dans les cas où le changement officiel du sexe risque de ne pas être reconnue du fait que l'intéressé détient la citoyenneté de l'Etat d'accueil, la représentation l'invite à déposer la déclaration de changement de sexe officiel devant les autorités locales compétentes.

9.3 Effets d'une déclaration de changement de sexe inscrit dans le registre de l'état civil

Le changement de l'inscription du sexe dans le registre de l'état civil déploie ses effets dès la réception de la déclaration à l'office de l'état civil. Il n'a pas d'effet sur les liens de famille (mariage, partenariat enregistré, parenté et filiation). En cas de changement de sexe inscrit à l'état civil d'un couple lié par un partenariat enregistré, celui-ci reste uni dans cette institution. Les partenaires peuvent cependant demander à convertir le partenariat enregistré en mariage en application des règles entrées en vigueur au 1^{er} juillet 2022 avec la réforme sur le mariage civil pour tous (art. 35 LPart).

9.4 Transmission à l'office de l'état civil compétent en Suisse

Le formulaire 0.6.8.3 « Déclaration de changement de sexe inscrit dans le registre de l'état civil » et les documents joints (p. ex. déclaration, consentement du représentant légal, copie du passeport, etc.) sont transmis avec le formulaire 803 « Déclaration de changement de sexe inscrit dans le registre de l'état civil auprès d'une représentation suisse (CHV) à l'étranger » (formulaire 803 Déclaration de changement de sexe CHV) selon les règles générales (voir le ch. 2.3) via l'OFJ/FIS et à l'autorité cantonale de surveillance compétente pour le lieu d'origine de la personne concernée, qui est chargée de l'enregistrement dans le registre électronique de l'état civil (Infostar). La représentation peut indiquer sur le formulaire 803 si elle souhaite une confirmation de l'inscription afin que le registre des Suisses de l'étranger soit mis à jour.

Si la personne concernée n'est pas en possession du droit de cité suisse, la déclaration doit être envoyée à l'office de l'état civil compétent pour le domicile en Suisse, subsidiairement à l'office de l'état civil qui était compétent pour le lieu de naissance ou pour l'enregistrement de la personne.

9.5 Émoluments

Les émoluments perçus pour les prestations fournies à cet effet par les représentations suisses à l'étranger sont fixés à l'annexe 3, ch. 3.8 s. OEC.

10 Réception et transmission de déclarations de paternité – reconnaissances d'enfant par l'intermédiaire de la représentation

La déclaration de paternité ou la reconnaissance d'enfant, doit en principe se faire auprès de l'autorité compétente en Suisse (officier de l'état civil) ou à l'étranger. Lorsque la reconnaissance d'un enfant est admise par le droit du pays concerné et qu'elle est de nature à créer un lien de filiation, celui qui souhaite reconnaître l'enfant (l'auteur de la reconnaissance) doit en principe déposer la déclaration de reconnaissance auprès de l'autorité compétente de son domicile.

La reconnaissance de paternité étrangère doit être transmise de façon habituelle, au moyen du formulaire 801 (voir le ch. 4.4 ss.) en vue d'être reconnue et transcrite dans le registre de l'état civil en Suisse¹⁸³.

Dans certains cas, la loi du pays ne prévoit pas la possibilité de reconnaître un enfant¹⁸⁴ ou ne l'autorise pas¹⁸⁵, et la personne ne peut pas se déplacer en Suisse pour remettre la déclaration auprès d'un officier d'état civil.

¹⁸³ Art. 32 en rel. avec l'art. 73 LDIP

¹⁸⁴ La possibilité de déposer une reconnaissance d'enfant n'est pas prévue par le droit du pays ou la reconnaissance ne crée pas de lien de filiation selon le droit du pays.

¹⁸⁵ La reconnaissance d'un enfant né hors mariage est par exemple interdite dans certains pays musulmans ou anglo-saxons (certaines provinces canadiennes). Certains États n'autorisent pas une reconnaissance lorsque l'enfant n'est pas né dans leur pays (p. ex. l'enfant est né en Suisse).

Dans ces cas, la déclaration de paternité peut être transmise, de façon subsidiaire - dans le sens d'une solution de nécessité - aux autorités suisses de l'état civil par l'entremise de la représentation pour autant que les conditions nécessaires¹⁸⁶ soient bien remplies.

10.1 Conditions et déroulement de la procédure

La représentation vérifie que les conditions de la subsidiarité sont remplies : cela signifie qu'il doit être impossible de déposer la reconnaissance de paternité dans le pays concerné. En cas de doute, la représentation contacte l'OFEC.

La représentation vérifie ensuite qu'il existe un lien avec la Suisse. Un tel lien existe lorsque l'enfant va naître ou est né en Suisse, lorsque le père, la mère ou l'enfant sont de nationalité suisse ou lorsque la mère ou l'enfant habitent en Suisse¹⁸⁷.

Si cette vérification confirme que la reconnaissance peut être déposée auprès de la représentation, cette dernière contacte l'office de l'état civil du lieu où la reconnaissance sera enregistrée en Suisse (voir le ch. 10.2.1) et l'informe du fait qu'elle prévoit de recevoir la déclaration. Cela permet d'anticiper les éventuels problèmes (p. ex. si l'enfant a déjà un lien de filiation avec un autre homme).

Si cette vérification démontre que les conditions pour déposer une reconnaissance d'enfant ne sont pas réunies, la représentation informe l'intéressé par écrit.

En cas de doute quant à la paternité génétique de la personne qui fait la déclaration, celle-ci doit néanmoins être acceptée. Les circonstances qui motivent le doute doivent être consignées par le représentant et transmises à l'office de l'état civil, qui décide alors de la validité de la reconnaissance. La reconnaissance d'un enfant n'est en outre pas possible si celui-ci a déjà deux parents (mères ou pères).

Il est impossible de révoquer la reconnaissance d'enfant après avoir déposé la déclaration (signature de la « Déclaration d'une reconnaissance avant la naissance » ou de la « Déclaration d'une reconnaissance après la naissance »).

La procédure se déroule comme suit :

- L'intéressé contacte la représentation et annonce vouloir déposer une déclaration de paternité. La représentation vérifie qu'il est effectivement impossible de reconnaître l'enfant à l'étranger, qu'il y a un lien avec la Suisse et que l'auteur peut reconnaître l'enfant (pas de lien de filiation juridique avec un autre homme).
- La représentation contacte l'office de l'état civil compétent pour l'enregistrement de la reconnaissance en Suisse et s'assure que cet office accepte que la déclaration de paternité soit reçue à la représentation (voir le ch. 10.2.1).
- La représentation convient d'un rendez-vous avec l'intéressé et lui indique quels documents il doit présenter.
- L'auteur doit déposer la déclaration de reconnaissance auprès de la représentation en personne, et la signer à la main (voir le ch. 10.3.4).

¹⁸⁶ Art. 11, al. 6, OEC

¹⁸⁷ Art. 71, al. 1, LDIP

- Il faut prendre en compte les connaissances linguistiques de l'auteur de la reconnaissance (voir le ch. 5.4.3).
- Pour terminer, la représentation transmet les documents à l'office de l'état civil compétent pour vérification et enregistrement de la déclaration de reconnaissance en Suisse (voir le ch. 10.4) L'office confirme l'enregistrement à la représentation ou l'informe de son refus (voir le ch. 10.5).

La procédure est menée conformément aux règles générales énoncées au ch. 2.2 : la représentation examine d'éventuels motifs de récusation, vérifie qu'elle est compétente et contrôle l'identité et la capacité civile des personnes concernées.

10.2 Préparation de la réception de la déclaration de paternité

10.2.1 Compétence et accord de l'autorité de l'état civil compétente en Suisse

Une fois que la représentation a vérifié que la reconnaissance de l'enfant peut s'effectuer par son entremise, elle doit contacter l'office de l'état civil compétent pour l'enregistrement en Suisse ; elle l'informe de la réception de la reconnaissance.

Par ordre de priorité, ce sont les offices de l'état civil suivants qui sont compétents pour enregistrer une déclaration de paternité reçue par l'entremise de la représentation suisse à l'étranger¹⁸⁸ :

- l'office de l'état civil du lieu d'origine du père suisse,
- l'office de l'état civil du lieu d'origine de la mère suisse,
- l'office de l'état civil du domicile de la mère,
- l'office de l'état civil du domicile de l'enfant (si l'enfant ne vit pas avec les parents),
- dans tous les autres cas, l'office de l'état civil du lieu de naissance de l'enfant.

L'office de l'état civil compétent mène la procédure. Il doit être d'accord avec la réception de la déclaration de paternité par l'entremise de la représentation. Il vérifie à titre préalable que l'enfant a uniquement un lien de filiation avec sa mère dans le registre de l'état civil suisse. Lorsque l'enfant est reconnu avant sa naissance, l'office de l'état civil doit s'assurer que la mère n'est pas mariée (présomption de paternité du mari de la mère). En outre, l'office peut indiquer à la représentation les documents que l'auteur de la reconnaissance doit présenter (en fonction notamment des données qui figurent dans Infostar) et requérir la collaboration de l'auteur de la reconnaissance (art. 16, al. 1, LDIP).

Lorsque l'office de l'état civil compétent donne son accord, la représentation doit communiquer à l'auteur de la reconnaissance les documents qu'il doit présenter (voir le ch. 10.2.2). Si les conditions de la reconnaissance ne sont pas remplies, la représentation informe l'intéressé par écrit.

10.2.2 Documents à présenter et données personnelles

La reconnaissance d'un enfant ne peut être enregistrée dans le registre de l'état civil que si la mère, l'enfant (s'il est né) et l'auteur de la reconnaissance y sont saisis et que leurs données

¹⁸⁸ Art. 71, al. 1, LDIP, application par analogie à l'art. 23, OEC

sont à jour¹⁸⁹. Si ce n'est pas le cas, l'auteur de la reconnaissance doit fournir les documents nécessaires à la saisie ou la mise à jour des données du registre de l'état civil. Lorsque la déclaration de paternité est déposée auprès de la représentation, celle-ci s'assure que l'auteur de la reconnaissance fournit les documents requis.

L'auteur de la reconnaissance doit présenter les documents suivants¹⁹⁰ :

- Ressortissant suisse :
 - Une pièce d'identité¹⁹¹.
 - En cas de domicile à l'étranger, un certificat y relatif récent. Si les autorités étrangères ne délivrent pas ce genre de document, le domicile doit être confirmé d'une autre façon (p. ex. au moyen d'une facture d'électricité récente ou par une confirmation d'inscription au registre des Suisses de l'étranger pour les personnes qui sont immatriculées dans ledit registre¹⁹²).
- Ressortissant étranger :
 - Une pièce d'identité¹⁹³.
 - En cas de domicile à l'étranger, un certificat y relatif récent. Si les autorités étrangères ne délivrent pas ce genre de document, le domicile doit être confirmé d'une autre façon (p. ex. au moyen d'une facture d'électricité récente¹⁹⁴).

Lorsqu'il ne dispose pas déjà d'un document récent délivré par le registre suisse de l'état civil :

- Documents relatifs à la naissance, au sexe, au nom, à la filiation, à la nationalité et une attestation de l'état civil (pas obligatoire) (p. ex. acte de mariage, documents relatifs à la dissolution d'un mariage, etc.).

L'auteur de la reconnaissance présente en outre les documents suivants, s'il peut se les procurer :

- pour la mère de nationalité étrangère :
 - si elle n'est pas encore inscrite au registre de l'état civil suisse : un acte de naissance avec indication de la filiation ;
 - dans la mesure du possible : une copie de la pièce d'identité ;
 - une attestation de son état civil ;
 - un certificat de domicile.
- pour l'enfant né à l'étranger :
 - l'acte de naissance étranger avec indication de la filiation (nom de la mère)¹⁹⁵ ;
 - dans la mesure du possible : une copie de la pièce d'identité ;

¹⁸⁹ Art. 15, al. 2, OEC

¹⁹⁰ Les documents d'état civil ne doivent en règle générale pas dater de plus de six mois. Dans des cas exceptionnels et dûment justifiés, l'autorité de l'état civil peut admettre des documents plus anciens (art. 16, al. 2, OEC).

¹⁹¹ Art. 16, al. 1, let. b, OEC

¹⁹² art. 64, al. 1, let. a, OEC

¹⁹³ Art. 16, al. 1, let. b, OEC

¹⁹⁴ art. 64, al. 1, let. a, OEC

¹⁹⁵ L'acte de naissance de l'enfant ne doit en principe pas dater de plus d'un mois.

- un certificat de domicile (si son domicile ne coïncide pas avec celui de la mère).

Si le père ne peut pas se procurer les documents relatifs à la mère ou à l'enfant (p. ex. si l'enfant est né en Suisse), il doit pour le moins fournir des informations claires sur l'identité de l'enfant déjà né (nom, prénom, date de naissance, lieu de naissance, nationalité) et celle de la mère (nom, prénom, date de naissance, nationalité) ainsi que sur son domicile et son adresse exacte.

Dès que les documents sont disponibles, la représentation convient d'un rendez-vous avec l'intéressé qui devra se présenter en personne.

10.2.3 Compréhension linguistique

La déclaration de reconnaissance doit être reçue au moyen de la formule prévue à cet effet, dans l'une des langues officielles de la Suisse (allemand, français, italien). S'il s'avère, dans le cadre du contact préalable avec l'auteur de la reconnaissance, qu'il ne comprend aucune de ces langues, la représentation doit prendre les mesures nécessaires pour lever les problèmes de compréhension linguistique lors de la réception de la déclaration. Si cela s'avère nécessaire, il faut convoquer un interprète. Il faut s'assurer qu'aucun motif ne pourrait justifier sa récusation (voir le ch. 2.2.2). En cas de recours à un interprète externe ne faisant pas partie du personnel de la représentation, ce dernier doit signer le document « Intervention d'un(e) interprète ou d'un(e) traducteur/trice » dûment complété. Sa signature doit être légalisée.

La représentation demande à l'interprète de reproduire fidèlement l'expression de la volonté de l'auteur de la reconnaissance et elle attire son attention sur les conséquences pénales d'une fausse déclaration. L'interprète remplit la formule « Intervention d'un(e) interprète ou d'un(e) traducteur/trice » et le signe. La représentation légalise sa signature. La formule doit être jointe au dossier à transmettre.

Les débours de l'interprète sont à la charge de l'auteur de la reconnaissance, sauf s'il s'agit d'une traduction en langage des signes¹⁹⁶.

10.3 Réception de la déclaration de paternité

La représentation vérifie l'identité de l'auteur de la reconnaissance d'enfant et s'assure qu'il a l'exercice des droits civils. En outre, elle le conseille et le renvoie au memento sur la reconnaissance d'un enfant en Suisse (www.ofec.admin.ch > [Mémentos](#) > [Reconnaissance](#)).

10.3.1 Conditions générales

Un enfant peut être reconnu avant ou après sa naissance, et même après son décès, sans limite de temps. Dans l'intérêt de l'enfant, la représentation doit prendre les mesures nécessaires pour la transmission de la reconnaissance à la Suisse dès qu'elle dispose de tous les documents requis.

La réception de la déclaration de reconnaissance avant ou après la naissance en application du droit suisse (« Déclaration d'une reconnaissance avant la naissance en application du droit suisse », form. 0.5.0.1, ou « Déclaration d'une reconnaissance après la naissance en application du droit suisse », form. 0.5.0.2) ne peut se faire que si les conditions indiquées au ch. 10.1

¹⁹⁶ Art. 7, al. 3, OEEC

sont remplies et que l'office de l'état civil compétent accepte de recevoir la déclaration de reconnaissance de l'enfant par l'intermédiaire de la représentation.

Un enfant ne peut être reconnu que s'il a uniquement un lien de filiation avec sa mère au moment de la reconnaissance. Il n'est pas possible de reconnaître un enfant s'il existe déjà un lien de filiation avec un autre homme ou si la mère est mariée (présomption de paternité du mari de la mère). Un enfant adopté ne peut pas non plus être reconnu.

10.3.2 Conditions formelles

La déclaration doit absolument être remise par son auteur en personne devant le personnel de la représentation¹⁹⁷. L'auteur de la reconnaissance doit prouver son identité. La représentation fait une copie légalisée de la pièce d'identité qui lui est présentée en original¹⁹⁸.

Quiconque veut reconnaître un enfant doit avoir la capacité civile (voir le ch. 2.2.5) La représentation doit s'en assurer¹⁹⁹.

Si l'auteur de la reconnaissance est capable de discernement mais mineur, sous curatelle de portée générale ou si une autre mesure qui exige le consentement du représentant légal a été prononcée, le consentement de son représentant légal est nécessaire²⁰⁰. Le représentant légal doit prouver qu'il dispose d'un pouvoir de représentation ; normalement, il doit être présent, avec l'auteur, au moment de la reconnaissance ou donner son consentement séparément.

10.3.3 Information sur les conséquences civiles et pénales de la reconnaissance d'un enfant

Le personnel de la représentation informe oralement l'auteur de la reconnaissance sur les conséquences civiles et pénales de la reconnaissance d'un enfant. Celui-ci doit confirmer avoir reçu ces informations en apposant sa signature (formule « Instructions sur les droits et obligations Reconnaissance d'un enfant à l'étranger par l'intermédiaire d'une représentation suisse en application du droit suisse »). Sur demande, il peut se faire remettre une copie de la formule signée.

10.3.4 Déclaration de l'auteur de la reconnaissance et signature de la formule

L'auteur de la reconnaissance est invité à remplir et à signer la formule « Déclaration d'une reconnaissance avant la naissance en application du droit suisse » (form. 0.5.0.1) ou « Déclaration d'une reconnaissance après la naissance en application du droit suisse » (form. 0.5.0.2). Si un représentant légal doit intervenir, il doit lui aussi signer la formule. Si l'on a eu recours à un interprète, il faut également le documenter (voir le ch. 4.2.2)

10.3.5 Légalisation de la signature

Le personnel de la représentation légalise la signature de l'auteur de la reconnaissance et, le cas échéant, celle de son représentant légal sur la déclaration de reconnaissance²⁰¹.

¹⁹⁷ Art. 260, al. 3, CC

¹⁹⁸ Art. 16, al. 1, let. b, OEC

¹⁹⁹ Art. 16, al. 1, let. b, OEC

²⁰⁰ Art. 260, al. 2, CC

²⁰¹ Art. 18, al. 1, let. b, en rel. avec l'art. 18a, al. 1, OEC

10.4 Transmission des documents à l'office de l'état civil compétent en Suisse

La déclaration de reconnaissance d'un enfant et les documents joints sont transmis à l'office de l'état civil compétent via l'OFJ / UIS au moyen de la « Déclaration de paternité auprès de la représentation suisse à l'étranger » (form. 803, « Déclaration paternité RS ») (selon le ch. 10.2.1). Les données actuelles relatives aux personnes concernées (nom de l'auteur de la reconnaissance, mère de l'enfant et enfant) doivent, si elles sont disponibles, être inscrites sur le formulaire. Si ces informations ne sont pas disponibles (p. ex. le lieu d'origine, car il ne s'agit pas d'un citoyen suisse), le champ reste vide. La représentation reporte sur le formulaire la liste de tous les documents joints y compris les documents étrangers (p. ex. acte de naissance). Elle doit également joindre et remplir le formulaire 801 correspondant (voir le ch. 4.4.4 ; avec des exceptions, p. ex. les documents CIEC).

Après transmission de la déclaration de paternité en Suisse, le père doit rester à disposition de la représentation afin de fournir les éventuels documents manquants.

10.5 Clôture de la procédure

L'office de l'état civil compétent vérifie les documents et inscrit la reconnaissance de l'enfant au registre de l'état civil si toutes les conditions sont remplies. L'office délivre ensuite au père la « Confirmation d'une reconnaissance avant la naissance » ou la « Confirmation d'une reconnaissance après la naissance ». Celle-ci est transmise via l'OFJ / UIS par la représentation au moyen du formulaire 803 « Confirmation de transcription – reconnaissance de l'enfant ou de la déclaration concernant le nom auprès de la représentation suisse » (form. 803, « Confirmation de transcription à RS »).

Si les conditions pour enregistrer la reconnaissance d'enfant ne sont pas remplies, l'office de l'état civil en informe par écrit l'auteur de la reconnaissance, via l'OFJ / UIS et la représentation, au moyen du formulaire 803, « Confirmation de transcription à RS ». S'il s'agit d'une reconnaissance avant la naissance, il informe l'auteur de la reconnaissance, qu'il ne peut pas reconnaître un enfant si la mère est mariée au moment de sa naissance, en raison de la présomption de paternité du mari.

10.6 Preuve de la reconnaissance et preuve de la paternité

La confirmation d'une reconnaissance d'enfant prénatale établit uniquement le fait de la reconnaissance sans établir la création d'un lien de filiation avec l'auteur de la reconnaissance²⁰². Pour ce faire, un document supplémentaire prouvant la création du lien de filiation paternel après la naissance doit être délivré (si l'enfant est né en Suisse, l'acte de naissance est le document qui est notamment destiné à cet effet). En revanche, la confirmation qu'un enfant a été reconnu après sa naissance prouve tant la reconnaissance que la création du lien de filiation avec l'auteur de la reconnaissance.

Après la naissance de l'enfant ou lors de l'enregistrement de la reconnaissance, l'auteur de la reconnaissance peut commander auprès de la représentation, contre paiement d'un émolu-ment, d'autres documents qui attestent sa paternité. Il s'agit en particulier du certificat relatif à l'état de famille enregistré ou, si la naissance a eu lieu en Suisse, de l'acte de naissance. Ce

²⁰² Si la mère se marie avant la naissance de l'enfant, c'est son mari qui devient automatiquement le père de l'enfant, invalidant ainsi toute reconnaissance de l'enfant faite par un tiers.

document peut être délivré au moyen de la formule internationale plurilingue (acte de naissance CIEC).

La représentation commande ces documents payants au moyen du formulaire « Commande d'actes d'état civil par la représentation suisse » via l'OFJ / UIS.

10.7 Émoluments

Pour ses prestations, la représentation perçoit les émoluments fixés à l'annexe 3 OEEC²⁰³. Ces prestations englobent les conseils et les informations ainsi que la légalisation de la ou des signatures. La représentation encaisse en outre l'émolument, y compris les frais, pour l'acte de reconnaissance de l'enfant délivré par l'office de l'état civil compétent. Exceptionnellement, l'OFJ / UIS n'encaisse dans ce cas pas d'émoluments pour la transmission des documents.

En plus de cet émolument de base, un émolument est perçu lorsque la déclaration nécessite le consentement d'un représentant légal.

Les émoluments et débours pour commander d'autres documents d'état civil (p. ex. acte de naissance actuel) doivent être facturés en sus.

Enfin, il faut tenir compte des remarques générales sur les émoluments figurant au ch. 3.

11 Obtention de décisions et de documents d'état civil étrangers

11.1 Généralités

Les personnes tenues d'annoncer des événements d'état civil doivent se procurer elles-mêmes les documents étrangers concernant ces événements et les apporter à la représentation suisse. Celle-ci peut les soutenir²⁰⁴ en leur fournissant par exemple l'adresse de l'autorité étrangère compétente. Elle n'a toutefois pas l'obligation de se procurer les documents auprès de l'autorité étrangère ni de les faire légaliser ou apostiller. C'est à la personne concernée de s'en charger. Les règles présentées au ch. 4.3 doivent être respectées.

11.2 Obligation de délivrer des documents en vertu d'accords internationaux

Dans certaines circonstances, les documents doivent être délivrés en vertu d'accords internationaux. La représentation doit notamment tenir compte de la Convention de Vienne du 24 avril 1963 sur les relations consulaires²⁰⁵ et la Convention du 20 novembre 1989 relative aux droits de l'enfant²⁰⁶ pour soutenir les personnes désireuses d'obtenir des documents.

²⁰³ Voir à ce sujet le ch. 8 du « Tableau récapitulatif des émoluments en matière d'état civil - Représentations suisses à l'étranger ». Réception de la déclaration CHF 75.00, plus frais de port/ de courrier diplomatique, CHF 5.00. Une avance de CHF 32,50 doit être prélevée pour la confirmation de la reconnaissance par l'office de l'état civil. Si le consentement du représentant légal a été nécessaire, CHF 30 supplémentaires sont facturés.

²⁰⁴ Art. 5, al. 1, let. b, OEC

²⁰⁵ RS 0.191.02

²⁰⁶ RS 0.107

En cas de décès d'un ressortissant de l'État d'envoi, près de 150 États signataires de la Convention de Vienne se sont engagés à informer sans retard la représentation de la circonscription dans laquelle le décès a eu lieu²⁰⁷. S'agissant de la Convention des NU relative aux droits de l'enfant, presque tous les États se sont engagés à enregistrer l'enfant dès sa naissance²⁰⁸.

Si une personne n'arrive pas à faire enregistrer une naissance ou un décès, elle peut solliciter l'aide de la représentation, qui la soutiendra dans ses démarches et tentera de susciter l'État de résidence à respecter notamment les engagements suivants :

- les conventions internationales citées sur l'enregistrement des naissances et l'annonce en cas de décès ;
- le cas échéant, les accords bilatéraux²⁰⁹ qui touchent les citoyens des deux États.

La représentation aide également les personnes à obtenir les documents d'état civil que les autorités étrangères doivent délivrer aux autorités suisses de l'état civil sur la base de conventions internationales (voir le ch. 4.3.1). Dans ce contexte, il faut rappeler aux autorités étrangères que le principe de la réciprocité s'applique. Les autorités suisses de l'état civil fournissent leurs services en vertu des art. 54 et 55 OEC.

Les débours doivent être facturés aux personnes qui ont demandé les documents. L'acte de décès doit par exemple être facturé aux héritiers qui le commandent. S'il n'y a personne à qui imputer les débours pour la mise à jour du registre de l'état civil, l'office de l'état civil compétent pour l'enregistrement doit les supporter²¹⁰.

11.3 Difficultés à obtenir les documents

La représentation doit informer l'autorité cantonale de surveillance de l'état civil lorsqu'elle a connaissance de décisions ou d'événements survenus à l'étranger qui ont des incidences sur l'état civil, et ce même si elle n'a pas encore obtenu les documents requis ou qu'il s'avère impossible de les obtenir. Elle doit indiquer comment elle a eu connaissance des événements, pourquoi il n'a pas (encore) été possible d'obtenir les documents et à quel coût elle pourrait se les procurer.

Exemple :

Conformément à la Convention de Vienne du 24 avril 1963 sur les relations consulaires, le décès d'un ressortissant de l'État d'envoi doit être notifié sans retard à la représentation. La convention ne prévoit toutefois pas la délivrance d'un acte de décès. C'est pourquoi il arrive régulièrement qu'un décès soit communiqué, mais que l'acte de décès ne puisse pas être obtenu, du moins pas immédiatement. Dans ce cas, et à la condition que le décès ne fasse aucun doute, celui-ci doit être annoncé aux autorités de l'état civil en Suisse, même si le lieu et la date sont encore inconnus (décès sans acte de décès). Lors de la transmission, la représentation doit communiquer comment l'autorité étrangère a annoncé le décès, s'il est possible d'obtenir un acte de décès et ce qu'il en coûterait.

²⁰⁷ Art. 37 de la Convention de Vienne sur les relations consulaires du 24 avril 1963

²⁰⁸ Art. 7 de la Convention relative aux droits de l'enfant

²⁰⁹ Déclaration du 3 décembre 1937 entre la Suisse et la France concernant la délivrance d'actes de l'état civil (RS 0.211.112.434.9)

²¹⁰ Art. 13, al. 3, OEEC

Cette procédure s'applique à tous les événements et décisions qui ne sont pas corroborés par des documents (par ex. lorsque la représentation apprend qu'un mariage a eu lieu, qu'un enfant a été reconnu ou qu'un divorce a été prononcé). Il faut à chaque fois informer l'autorité de surveillance et lui communiquer pourquoi il n'a pas (encore) été possible d'obtenir les documents et à quel coût ils pourraient être obtenus. Cette information doit être transmise rapidement pour que l'autorité de surveillance puisse le cas échéant prendre des mesures (par ex. bloquer l'inscription au registre de l'état civil pour éviter la bigamie, etc.). En l'absence de documents à transmettre, la représentation peut informer l'autorité de l'état civil suisse par courrier électronique. Si des documents doivent être transmis, il faut utiliser le formulaire de transmission correspondant tout en signalant dans le champ « Autres » sous la rubrique « Autres remarques et informations de la représentation » que l'obtention de documents s'avère difficile voire impossible.

Les autorités suisses de l'état civil décident comment procéder et chargent le cas échéant la représentation d'entreprendre des démarches.

12 Vérification de l'authenticité de documents étrangers (véracité du contenu)

12.1 Généralités

La vérification de l'authenticité consiste à soumettre les données mentionnées dans le document à un examen approfondi. Cet examen s'impose notamment lorsque le taux de falsification de documents d'état civil est élevé dans l'État en question²¹¹ ou encore lorsque la représentation a des soupçons concrets que les indications fournies ne correspondent pas à la réalité²¹². Dans ces cas, la représentation recommande lors de la transmission de documents, en le mentionnant directement sur le formulaire 801, qu'une vérification de l'authenticité du document et de la véracité du contenu soit menée par un avocat de confiance. Elle motive brièvement sa recommandation et estime le montant des frais de vérification²¹³.

La légalisation d'un document étranger ou l'apposition de l'apostille ne confirme pas la véracité du contenu. L'examen de l'authenticité d'un document est donc également admissible lorsque les exigences concernant la signature et la compétence de l'autorité qui a délivré le document (voir le ch. 4.3.2) sont remplies²¹⁴.

La représentation organise l'examen approfondi de documents étrangers²¹⁵ lorsque les autorités suisses de l'état civil le lui demandent (voir à ce propos le ch. 12.2). Il arrive aussi que la

²¹¹ Par ex. le document est authentique (signatures de l'autorité qui a délivré le document, etc.), mais le contenu repose uniquement sur les déclarations des personnes concernées. Ou encore : le mariage mentionné dans l'acte de mariage étranger n'a jamais eu lieu.

²¹² Par ex. la mère mentionnée dans l'acte de naissance étranger ne peut pas être la mère biologique (mère soupçonnée d'avoir eu recours à une mère porteuse) ou le père mentionné dans l'acte de naissance étranger ne peut pas être le père biologique de l'enfant parce qu'il ne connaissait pas encore la mère au moment de la conception (père soupçonné d'avoir voulu éviter une procédure d'adoption), etc.

²¹³ Dans la rubrique « Autres remarques et informations de la représentation », il faut cocher la case « La représentation recommande une vérification du contenu et de l'authenticité de l'acte par une instance de confiance ».

²¹⁴ Cela vaut notamment pour les documents apostillés et ceux dispensés de la légalisation.

²¹⁵ Art. 5, al. 1, let. g, OEC

personne concernée accepte sur conseil de la représentation que les documents soient soumis à un examen (vérification de documents dite volontaire ; voir le ch. 12.3).

La représentation demande une avance pour ses prestations et ses débours en lien avec la vérification d'authenticité. Elle charge en règle générale un avocat de confiance de mener les investigations. Les données figurant dans le document sont vérifiées sur place (consultation du registre de l'état civil, audition de parents proches ou d'autres personnes, etc.).

L'avocat de confiance rend compte des résultats de ses recherches dans un rapport qu'il remet à la représentation. Celle-ci examine si le mandat a été rempli correctement et transmet le rapport à l'autorité suisse de l'état civil mandante.

12.2 Vérification à la demande des autorités suisses de l'état civil

L'autorité suisse de l'état civil compétente peut, notamment dans le cadre des tâches visées à l'art. 32 LDIP, demander que les documents qui lui sont transmis soient vérifiés en détail.

Elle doit mandater la représentation au moyen du formulaire prévu (form. « Mandat des autorités de l'état civil à RS »), transmis via l'OFJ / UIS. L'autorité suisse de l'état civil doit indiquer pour chaque document étranger les motifs et la finalité de la vérification demandée, afin que la représentation puisse s'acquitter de la tâche sans délai.

Exemples :

- Vérification de l'acte de mariage étranger en vue de la transcription en Suisse.
Points à clarifier : le mariage est-il inscrit au registre de l'état civil étranger ? Est-ce que les données personnelles des ressortissants étrangers sont identiques à celles figurant dans le registre étranger ? Est-ce que les données figurant sur le document sont identiques à celles qui figurent au registre étranger ? Est-ce que les conditions posées par le droit étranger en matière de mariage ont été respectées ? Etc.
- Vérification de l'acte de naissance étranger en vue de la transcription en Suisse.
Points à clarifier : est-ce que le lien de filiation indiqué dans l'acte de naissance a été établi valablement selon le droit étranger ? Est-ce que la mère indiquée dans l'acte de naissance a bien donné naissance à l'enfant ? Etc.
- Vérification des données de l'état civil de ressortissants étrangers dans les situations suivantes :
 - enregistrement d'un enfant né en Suisse
Points à clarifier : est-ce que les données de l'état civil des parents de l'enfant selon les documents présentés sont identiques à celles inscrites au registre étranger ?
 - traitement d'une demande en vue de la préparation du mariage / de l'enregistrement d'un partenariat du couple XY
Points à clarifier : est-ce que le ressortissant étranger est réellement veuf/veuve selon le registre étranger ? Etc.
 - naturalisation de XY
Points à clarifier : est-ce que les données personnelles figurant dans le document à examiner sont identiques à celles qui figurent au registre étranger ? Etc.
 - saisie dans le registre de l'état civil

Points à clarifier : est-ce que les indications sur l'âge et l'origine correspondent aux renseignements donnés par d'autres autorités sur place (hôpitaux, écoles, services de l'habitant, etc.) ?

Dans certains États, les données figurant sur les documents d'état civil ne suffisent pas à mener une vérification poussée. Il est dans ce cas utile de fournir des informations complémentaires sur les membres de la famille (par ex. indications sur l'ascendance des personnes concernées et sur d'autres liens de parenté).

Si les personnes concernées sont des demandeurs d'asile (permis N), des personnes à protéger (permis S) selon l'art. 4 en relation avec l'art. 66 de la loi du 26 juin 1998 sur l'asile (LAsi)²¹⁶ ou si elles remplissent les conditions de réfugiés de la Convention de Genève²¹⁷, l'autorité de l'état civil qui donne le mandat doit le mentionner et rappeler que la vérification doit être effectuée avec toute la prudence qui s'impose (vérification discrète, c'est-à-dire sans prise de contact avec les autorités du pays d'origine, etc.).²¹⁸

Certaines représentations utilisent un formulaire spécifique pour la vérification de documents d'état civil par un avocat de confiance (« Questionnaire pour la vérification de documents d'état civil »). Ce formulaire permet de demander à la personne concernée de fournir les données et informations essentielles à la vérification. Si la personne vit en Suisse, il est conseillé de lui demander de remplir le formulaire en question avant que l'autorité de l'état civil ne charge la représentation de procéder à une vérification.

Pour garantir une collaboration efficace avec la représentation, l'autorité suisse de l'état civil indique sur le mandat qui est responsable du dossier (nom, courriel et numéro de téléphone direct). La représentation sait ainsi à qui adresser ses questions.

L'autorité de l'état civil doit mentionner sur le mandat le montant des frais qui seront pris en charge ou de l'avance qui a été demandée. Si le montant de la garantie ou de l'avance est dépassé, la représentation doit solliciter une nouvelle garantie de prise en charge des frais avant de procéder à d'autres vérifications (voir le ch. 3).

Si la représentation a besoin d'autres documents ou informations, elle prend contact sans délai avec l'autorité de l'état civil qui l'a mandatée.

12.2.1 Avocat de confiance mandaté par la représentation

Dès réception du mandat demandant la vérification d'un document, la représentation entreprend les démarches qui lui semblent appropriées compte tenu de l'ensemble des circonstances. Si le mandat donné par les autorités de l'état civil n'est pas clair, s'il ne correspond pas aux directives mentionnées sous le ch. 12.2 ou si la garantie de prise en charge des frais fait défaut, la représentation sollicite des instructions complémentaires ou demande les documents manquants.

Elle mandate en règle générale un tiers qui a sa confiance et qui dispose de l'expérience pratique et juridique nécessaire (avocat de confiance ou autre service adapté).

La représentation remet au mandataire les documents à vérifier, fournit les renseignements nécessaires à la bonne exécution du mandat ainsi que le cas échéant le questionnaire rempli

²¹⁶ RS 142.31

²¹⁷ Convention du 28 juillet 1951 relative au statut des réfugiés (Convention de Genève), RS 0.142.30

²¹⁸ Voir ch. 2.3.2 de la directive OFEC no 10.19.03.01 du 1^{er} mars 2019 concernant les modalités de la collaboration entre les autorités de l'état civil et le Secrétariat d'État aux migrations (SEM).

par la personne concernée (« Questionnaire pour la vérification de documents d'état civil »). Elle l'informe sur le but du mandat, en précisant quelles données doivent être vérifiées (en particulier l'identité des personnes concernées ainsi que la date et le lieu de survenance des événements d'état civil consignés dans le document). Si les vérifications portent sur un acte de mariage, le mandataire doit également se prononcer sur la validité du mariage au regard de la loi de l'État étranger (âge minimal, obstacles au mariage, compétence de l'autorité qui a célébré le mariage, etc.) ainsi que sur les vices éventuels et leurs effets (mariage nul ou annulable sur requête d'une autorité ou d'une personne concernée, etc.).

La représentation veille à ce que son mandataire respecte la plus stricte confidentialité ; il est recommandé de lui faire signer un engagement écrit, surtout lorsque les documents concernent des personnes qui ont déposé une demande d'asile en Suisse.

La représentation veille par ailleurs à ce que le mandat soit exécuté avec diligence. Elle informe l'autorité suisse de l'état civil de l'avancement de la procédure, d'éventuels retards, des difficultés inattendues rencontrées ou de l'augmentation des coûts (dépassement de l'avance versée par la personne concernée à l'autorité de l'état civil).

12.2.2 Transmission des résultats et appréciation par l'autorité

La représentation transmet sans délai les résultats des investigations à l'autorité suisse de l'état civil via l'OFJ / UIS et l'informe des frais totaux. Tous les documents à vérifier doivent être transférés en un seul envoi, accompagnés du décompte final, au moyen du formulaire « Mandat des autorités de l'état civil à RS ».

L'autorité suisse de l'état civil reçoit le rapport de l'avocat de confiance dans son intégralité²¹⁹ et signé. L'autorité de surveillance appelée à se prononcer sur la transcription apprécie librement la valeur probante du rapport.²²⁰

12.3 Vérification d'un document étranger demandée par la personne concernée

Dans le but d'accélérer les opérations de transcription, toute personne qui fournit des documents étrangers à la représentation peut la charger de procéder à la vérification approfondie de ces documents (vérification dite volontaire). La représentation demande une avance de frais. Elle informe la personne concernée que l'identité de l'avocat de confiance (ou de toute autre personne mandatée pour effectuer les investigations requises) ne peut lui être dévoilée, que les frais ne peuvent être remboursés et que le résultat de la vérification ne lie pas l'autorité compétente, qui reste libre de requérir des vérifications supplémentaires. Il est recommandé de faire signer à la personne concernée une déclaration écrite selon laquelle elle accepte les conditions de la vérification (formulaire du DFAE).

²¹⁹ Si l'avocat de confiance constate que les données d'état civil ne sont pas correctes (par ex. si aucun mariage n'a été conclu, contrairement à ce qu'indique le document à vérifier), il en fait part à la représentation dans son rapport. Celui-ci est transmis à l'autorité de surveillance ou à l'office de l'état civil compétent, qui peut considérer que le mariage n'est pas prouvé. Cette constatation aurait pour effet qu'un enfant né en Suisse serait né hors mariage et qu'il n'y aurait pas de présomption de paternité du mari. La naissance de l'enfant devrait alors être enregistrée sans indication du père, celui-ci devant d'abord prouver son identité et le cas échéant reconnaître l'enfant.

²²⁰ Dans le cadre des demandes de consultation de dossiers, elle veille à ce que l'anonymat de l'avocat de confiance soit garanti. Dans ce cas, ses données personnelles et sa signature sur le rapport doivent être noircies.

La représentation doit choisir avec soin l'avocat de confiance. Elle doit veiller à ce qu'il respecte le secret professionnel et remplisse ses tâches avec la discrétion et la fiabilité voulues. L'avocat doit s'adapter du mieux qu'il peut aux circonstances du cas et aux spécificités locales, notamment lorsqu'il interroge des personnes (par ex. les membres de la famille, les voisins, etc.).

Lorsqu'une personne concernée demande à consulter son dossier, il faut impérativement caviarder le nom de l'avocat de confiance.

La représentation indique sur le formulaire de transmission 801 qu'une vérification volontaire de l'authenticité a déjà été menée²²¹ et joint le rapport en question, signé par l'avocat de confiance.

13 Recherche et transmission d'informations sur le droit étranger (art. 5, al. 1, let. h, OEC)

Si les informations sur les données de l'état civil à transcrire sont lacunaires ou ne permettent pas de clarifier la situation juridique et que la collaboration des parties²²² n'est pas concluante non plus, les autorités suisses de l'état civil peuvent s'adresser à la représentation pour qu'elle leur donne des précisions sur le droit étranger. Elles utilisent pour ce faire le formulaire « Mandat des autorités de l'état civil à RS ».

L'autorité de l'état civil présente la situation de façon sommaire, fournit tous les documents permettant de comprendre l'affaire et pose des questions précises. Au besoin, elle donne des instructions (en indiquant par ex. qu'elle souhaite uniquement recevoir un extrait de la législation étrangère).

La représentation peut s'adresser aux services compétents de l'État concerné ou à l'avocat de confiance ; elle communique le cas échéant à l'autorité suisse ce que coûteront les investigations demandées et elle ne confère aucun mandat à des tiers (par ex. à l'avocat de confiance ou aux autorités étrangère) avant que la prise en charge des frais ne soit garantie.

Comme dans le cas de l'examen approfondi d'un document étranger, la représentation veille à ce que le mandat soit exécuté avec la discrétion et le soin requis et informe les autorités suisses de l'avancement de la procédure. Celles-ci apprécient librement les expertises juridiques qui leur sont soumises.

Les prestations fournies par la représentation en relation avec la recherche de renseignements ou avec des expertises, de même que les prestations fournies par l'OFJ / UIS dans ce contexte, sont facturées à l'autorité de l'état civil mandante conformément à l'OEEC²²³. La représentation inscrit les frais correspondants sur le formulaire que lui a adressé l'autorité de l'état civil mandante (« Mandat des autorités de l'état civil à RS ») et le transmet via l'OFJ / UIS à l'autorité de l'état civil. Celle-ci facture l'ensemble des frais (les siens et ceux de la représentation) à la personne qui est à l'origine des vérifications, conformément aux dispositions de l'OEEC.

²²¹ Cocher la case « Procédure de vérification volontaire effectuée (rapport en annexe) » dans la rubrique « Autres remarques et informations de la représentation ».

²²² Selon l'art. 16, al. 1, LDIP, le contenu du droit étranger est établi d'office, mais la collaboration des parties peut être requise.

²²³ Prestations des représentations : CHF 75.00 par demi-heure conformément à l'annexe 3, ch. 1.2, OEEC. Prestations de l'OFJ / UIS : CHF 50.00 conformément à l'annexe 4, ch. 2.2, OEEC.

14 Commande par la représentation d'actes d'état civil auprès des autorités suisses

14.1 Principe

Toute personne peut demander des actes d'état civil la concernant à l'office de l'état civil du lieu de survenance de l'événement ou de son lieu d'origine. Si elle a besoin d'un acte servant à prouver un événement d'état civil survenu en Suisse (naissance, mariage, partenariat enregistré, décès, etc.), elle doit s'adresser à l'office de l'état civil qui a enregistré l'événement. La personne de nationalité suisse qui a besoin d'un acte relatif à l'état civil (certificat individuel d'état civil) ou au statut familial (certificat de famille, certificat de partenariat, certificat relatif à l'état de famille enregistré, etc.) doit s'adresser à l'office de l'état civil de son lieu d'origine. Si la personne concernée ne possède pas la nationalité suisse, c'est l'office de l'état civil de son domicile ou du lieu de l'événement qui est compétent.

La représentation utilise le formulaire « Commande d'actes d'état civil par la représentation suisse (RS) »

Les frais d'établissement de l'acte sont facturés conformément à l'ordonnance sur les émoluments en matière d'état civil (OEEC)²²⁴.

Les citoyens suisses qui séjournent à l'étranger et les ressortissants étrangers concernés par un fait d'état civil survenu en Suisse peuvent commander les actes d'état civil via la représentation et ne doivent pas s'adresser directement à l'office de l'état civil compétent en Suisse. Les frais de transmission de l'OFJ / UIS s'ajoutent alors aux émoluments et débours de l'office de l'état civil (annexe 4, ch. 1.1, OEEC).

La représentation utilise le formulaire « Commande d'actes d'état civil par la représentation suisse (RS) ».

14.2 Modalités de la commande

La représentation vérifie d'abord si les documents sont commandés par une personne qui est habilitée à le faire. Il n'est pas possible de commander des documents d'état civil pour autrui à moins qu'une procuration n'ait été donnée par la personne concernée (par ex. titulaire de l'acte ou héritier) ou par l'autorité compétente (en matière de succession, par ex).

Si les conditions de commande sont remplies, la représentation demande une avance de frais à la personne qui a commandé le document pour couvrir les émoluments et débours estimés²²⁵.

La commande se fait au moyen du formulaire de commande « Commande d'actes d'état civil par la représentation suisse RS ») envoyé à l'adresse électronique de l'OFJ / UIS (fis_documents@bj.admin.ch).

La représentation indique ses références et l'adresse électronique du responsable du dossier à contacter en cas de questions. Elle mentionne en outre le canton de l'autorité de surveillance et l'office de l'état civil compétents (arrondissement d'état civil selon la liste).

²²⁴ Art. 81 OEC

²²⁵ Voir le « Tableau récapitulatif des émoluments en matière d'état civil - Représentations suisses à l'étranger ».

Les principaux documents qui peuvent être commandés figurent déjà sur le formulaire :

- Certificat individuel d'état civil : ce document sert à prouver les données actuelles inscrites au registre de l'état civil (y compris ascendance et état civil). Il ne mentionne pas d'autres liens (par ex. conjoints, enfants). Il est rédigé en cinq langues (allemand, français, italien, anglais et espagnol). Le ressortissant suisse peut le commander auprès de l'office de l'état civil de son lieu d'origine, le ressortissant étranger auprès de celui de son domicile (confirmation de l'état civil enregistré concernant les ressortissants étrangers et les apatrides). Les émoluments et débours se montent à 70 francs²²⁶.
- Certificat de famille ou de partenariat : il contient les données personnelles des conjoints ou partenaires enregistrés et mentionne les enfants communs. Si un conjoint ou un partenaire enregistré n'a pas d'enfants nés d'une autre relation, ce document peut aussi servir de preuve du lien de parenté en cas de succession. Le certificat de famille ou de partenariat est rédigé en trois langues (français, allemand, italien). Il doit être commandé auprès de l'office de l'état civil du lieu d'origine du citoyen suisse. Les émoluments et débours se montent à 80 francs²²⁷.
- Extrait de l'acte de naissance, extrait de l'acte de reconnaissance, extrait de l'acte de mariage, extrait de l'acte de partenariat enregistré et extrait de l'acte de décès : ces documents attestent l'événement d'état civil (naissance, filiation, mariage ou partenariat enregistré, décès) relatif au titulaire. Ils sont établis sur la base des modèles multilingues de la Commission internationale de l'état civil (CIEC)²²⁸. Ils doivent être commandés auprès de l'office de l'état civil du lieu où l'événement s'est produit. Les émoluments et débours correspondent à ceux du certificat individuel d'état civil²²⁹.

Les autres documents à commander doivent être mentionnés dans le champ « Autres » (par ex. certificat de partenariat, acte de partenariat, certificat relatif à l'état de famille enregistré, etc.). Si la représentation ne sait pas quel type de document commander dans une situation donnée, elle peut demander conseil à l'office de l'état civil compétent.

Une commande qualifiée d'urgente entraîne une majoration des émoluments de 50 %²³⁰.

La représentation mentionne par ailleurs si le document doit être légalisé ou apostillé pour le pays de destination, qui est également indiqué sur le formulaire.

Pour éviter tout malentendu, la représentation fournit les informations détaillées sur la personne habilitée à commander le document (titulaire) qui sont nécessaires à l'établissement du document demandé (par ex. pour un certificat individuel d'état civil : nom et prénom du titulaire, date de naissance, lieu de naissance, lieu d'origine, ascendance).

Lorsqu'elle a obtenu l'acte d'état civil, la représentation doit soustraire des débours totaux l'avance payée par la personne qui a passé commande et lui facturer le solde si les débours

²²⁶ Voir le ch. 1 du « Tableau récapitulatif des émoluments en matière d'état civil - Représentations suisses à l'étranger ».

²²⁷ Voir le ch. 1 du « Tableau récapitulatif des émoluments en matière d'état civil - Représentations suisses à l'étranger ».

²²⁸ Convention du 14 mars 2014 relative à la délivrance d'extraits et de certificats plurilingues et codés d'actes de l'état civil (Convention CIEC no 34 ; RS 0.211.112.113) et Convention relative à la délivrance d'extraits plurilingues d'actes de l'état civil (RS 0.211.112.112).

²²⁹ Voir le ch. 1 du « Tableau récapitulatif des émoluments en matière d'état civil - Représentations suisses à l'étranger ».

²³⁰ Art. 6, al. 1, let. a, OEEC

ne sont pas couverts. Le document d'état civil commandé peut seulement être remis ou envoyé au titulaire (personne au nom de laquelle l'acte a été établi), à l'ayant-droit (par ex. parents d'un enfant mineur qui ont demandé un acte de naissance) ou à la personne mandatée (munie d'une procuration écrite du titulaire).

14.3 Documents d'état civil tirés des registres tenus par les représentations jusqu'en 2005

De 1915 à 2005, certaines représentations étaient dotées de fonctions supplémentaires en matière d'état civil. Pendant cette période, elles enregistraient les événements d'état civil directement dans les registres des événements qu'elles tenaient. Ces registres se trouvent aujourd'hui aux archives fédérales. C'est l'OFEC qui établit les actes sur la base de ces registres. Les représentations mentionnées ci-après doivent donc s'adresser à l'OFEC pour commander les documents tirés des registres qu'elles ont tenus pendant la période indiquée entre parenthèses :

- Représentation de Pékin, Chine : registre des reconnaissances (1947-1986) ; registre des mariages (1955-1986), registre de publication des bans (1955-1986) ; registre des décès (1955-1986) ;
- Représentation du Caire, Égypte : registre des naissances et des légitimations (1935-2005) ; registre des mariages (1936-1993), registre de publication des bans (1936-1959) ; registre des décès (1936-2005) ;
- Représentation de Téhéran, Iran : registre des naissances (1922-2005) ; registre des mariages (1921-2002) ; registre des décès (1923-2002) ;
- Représentation de Beyrouth, Liban : registre des naissances et des légitimations (1926-2005) ; registre des mariages (1937-1988), registre de publication des bans (1938-1987) ; registre des décès (1937-1987) ;
- Représentation de Londres, Grande-Bretagne : registre des reconnaissances (1915-1988) ;
- Représentation de Damas et Bagdad, Irak : registre des naissances (1962-2005) ; registre des mariages (1958-2005), registre de publication des bans (1958-1980) ; registre des décès (1958-2005).

15 Vérification de données d'état civil nécessaires à l'accomplissement des tâches administratives de la représentation

Indépendamment des tâches énumérées à l'art. 5 OEC, la représentation peut demander la vérification de données d'état civil qu'elle tient dans son propre registre (registre des Suisses de l'étranger, E-VERA).

Elle peut demander à l'office de l'état civil compétent de confirmer gratuitement tout au plus deux données d'état civil concernant une personne enregistrée. Cette vérification doit toutefois être liée à la réalisation des tâches administratives de la représentation (en général la délivrance d'un passeport ou d'une carte d'identité) et n'est pas prévue pour la mise à jour systématique du registre des Suisses de l'étranger.

La représentation indique les points à clarifier (deux au maximum), par ex. :

- contrôle de l'orthographe d'un nom,
- ordre des prénoms,
- date de naissance exacte,
- lieu(x) d'origine,
- état civil,
- statut de vie enregistré.

La demande de vérification doit être envoyée par courrier électronique directement à l'office de l'état civil du lieu d'origine de la personne concernée (si nécessaire via l'OFJ / UIS).

L'office de l'état civil ne contrôle que les données à clarifier. Si l'incertitude porte sur plus de deux points, il est recommandé de commander un certificat individuel d'état civil aux frais du ressortissant suisse.

16 Entrée en vigueur et abrogation d'autres directives

La présente directive entre en vigueur le **1^{er} février 2020**. Les documents suivants sont abrogés et archivés :

Date	Titre	Référence
01.01.2011	Réception, légalisation, traduction et transmission de décisions et de documents d'état civil étrangers	20.11.01.04
01.01.2011	Reconnaissance d'enfant par l'intermédiaire de la représentation suisse à l'étranger lorsque celle-ci n'est pas possible à l'étranger	20.11.01.02
01.01.2011	Aperçu des règles régissant les activités des représentations dans le domaine de l'état civil	20.11.01.01
05.01.2001	Procédure préparatoire du mariage de fiancés résidant à l'étranger et désirant se marier en Suisse	E.273.1 / H.I.21
28.04.2000	Nouvelles dispositions sur l'état civil et le mariage II	00-04-01
10.12.1999	Nouvelles dispositions sur l'état civil et le mariage I	99-12-04

Office fédéral de l'état civil OFEC

David Rüetschi